

Thüringer Landtag

7. Wahlperiode

32. Sitzung

Montag, den 21.12.2020

Erfurt, Plenarsaal

a) Gesetz zur Änderung des Thüringer Haushaltsgesetzes 2020 (Thüringer Nachtragshaushaltsgesetz 2020 – ThürNHhG 2020 –)

5

Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 7/1499 -

dazu: Beschlussempfehlung des
Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 7/2325 -

ZWEITE BERATUNG

b) Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 (Thüringer Haushaltsgesetz 2021 – ThürHhG 2021 –)

5

Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 7/1498 -

dazu: Beschlussempfehlung des
Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 7/2326 -

ZWEITE BERATUNG

c) Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes

5

Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 7/1501 - Neufassung -

dazu: Beschlussempfehlung des
Haushalts- und Finanzaus-
schusses

- Drucksache 7/2327 -

ZWEITE BERATUNG

**d) Mittelfristiger Finanzplan für die
Jahre 2020 bis 2024 für den Frei-
staat Thüringen**

6

Unterrichtung durch die Landeregierung

- Drucksache 7/1822 -

dazu: Beschlussempfehlung des
Haushalts- und Finanzaus-
schusses

- Drucksache 7/2328 -

Emde, CDU

6

Höcke, AfD

17, 20,

24, 56

Kemmerich, FDP

34, 102,

129

Hennig-Wellsow, DIE LINKE

39

Prof. Dr. Voigt, CDU

42

Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

49, 53,

84, 88

Hey, SPD

57

Montag, FDP

57, 67,

107, 108, 141, 144, 144

Ramelow, Ministerpräsident

58

Taubert, Finanzministerin

62, 130

Mitteldorf, DIE LINKE

64

Kniese, AfD

65, 98

Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

66, 71,

126, 127

Marx, SPD

68, 76,

91

Kellner, CDU

69, 70,

70, 71

Walk, CDU

72

Dittes, DIE LINKE

74, 75

Bergner, FDP

76, 124,

132

Mühlmann, AfD

78

Tischner, CDU

79, 80

Möller, SPD

80, 89,

105, 106, 111

Jankowski, AfD

81

Wolf, DIE LINKE

82

Baum, FDP

83, 84,

92

Schaft, DIE LINKE

85

Beier, DIE LINKE

86, 87

Schard, CDU

87

Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	93, 97, 146
Kowalleck, CDU	93, 94, 94, 128, 144
Merz, SPD	94, 125, 139, 141
Kießling, AfD	95, 131, 132, 133
Hande, DIE LINKE	96, 136
Schubert, DIE LINKE	99
Henkel, CDU	100
Lehmann, SPD	101
Tiefensee, Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft	103
Dr. König, CDU	104, 105
Pfefferlein, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	108
Dr. Lauerwald, AfD	109
Stange, DIE LINKE	110, 111
Hoffmann, AfD	112, 113
Dr. Bergner, FDP	114
Wahl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	114, 115, 119
Gottweiss, CDU	116
Maurer, DIE LINKE	116, 118
Siegesmund, Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz	118
Malsch, CDU	120, 131
Dr. Lukin, DIE LINKE	121, 122
Henke, AfD	122
Liebscher, SPD	123
Gröning, AfD	149
Bühl, CDU	158

Beginn: 9.04 Uhr

Präsidentin Keller:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, ich heiße Sie ganz herzlich willkommen zu unserer heutigen Sitzung des Thüringer Landtags, die ich hiermit eröffne. Ich begre die Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie die Zuschauerinnen und Zuschauer am Internet-Livestream.

Die heutige Sitzung wurde gemäß Artikel 57 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen in Verbindung mit § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung einberufen. Zugrunde liegt ein Einberufungsverlangen der Fraktionen Die Linke, der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Die diesbezügliche Unterrichtung liegt Ihnen in der Drucksache 7/2322 vor.

Schrittfhrer zu Beginn der heutigen Sitzung ist Herr Abgeordneter Beier, die Redeliste führt Herr Abgeordneter Urbach.

Für die heutige Sitzung haben sich Herr Abgeordneter Hartung, Frau Abgeordnete Mller, Frau Abgeordnete Dr. Wagler, Herr Abgeordneter Braga und Frau Ministerin Werner entschuldigt.

Ich darf heute ganz herzlich unseren heutigen Geburtstagskindern gratulieren, Herr Knut Korschewsky nullt sogar. Herzlichen Glückwunsch und bleiben Sie gesund!

(Beifall im Hause)

Frau Astrid Rothe-Beinlich, herzlichen Glückwunsch und auch für Sie viel Glück und Gesundheit!

(Beifall im Hause)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, noch ein Hinweis in eigener Sache, in unserer eigenen Sache: Ich bin darum gebeten worden, dass wir die Korrekturen für die heutigen Redebeiträge per Mail verschicken, damit Sie das auch von zu Hause aus vornehmen können, um das für uns alle auch zu erleichtern. Zum einen werden wir sicher die nächsten Tage so schnell nicht wieder hier in den Landtag kommen und auch aus Infektionsschutzgrnden ist das eine gute Angelegenheit. Wir wollen dieser Bitte auch gern nachkommen. Sie bekommen also Ihre Redeauszge per Mail, können die Korrektur vornehmen und dann wieder zurückschicken. Ich denke, damit können Sie sich einverstanden erklären.

(Zwischenruf Abg. Prof. Dr. Voigt, CDU: Digitaler Landtag!)

Ja, gut. Damit sind Sie darüber informiert und bekommen das so.

Dann einige Hinweise zur Tagesordnung heute:

Der Beschluss des ltestenrats gemäß § 29 Abs. 2 Satz 1 der Geschäftsordnung, wonach bis auf Weiteres die auf einen Tagesordnungspunkt entfallende Redezeit grundsätzlich halbiert wird, gilt auch in der heutigen Sitzung fort. Der Ältestenrat hat sich auf der Grundlage einer Feststellung im Haushalts- und Finanzausschuss über einen Ablaufplan verständigt, zu dem ich nach Aufruf der heutigen Tagesordnungspunkte näher ausführen werde.

In der heutigen Sitzung sind nicht nur die Berichterstattung und die Aussprache vorgesehen, sondern auch die Schlussrunde und die Abstimmungen. Die Beschlussempfehlung zu Tagesordnungspunkt a hat die Drucksachenummer 7/2325, zu dem Teil b die Nummer 7/2326, zu Teil c die Nummer 7/2327 und zu Teil d die Nummer 7/2328.

(Präsidentin Keller)

Die eingegangenen Änderungsanträge und Entschließungsanträge zu den Tagesordnungspunkten a bis c werden im Rahmen der Abstimmung bekannt gegeben.

Sehr geehrte Damen und Herren, wird dieser Tagesordnung zuzüglich der von mir genannten Hinweise widersprochen? Das kann ich nicht erkennen, dann gilt die Tagesordnung so als festgestellt.

Damit rufe ich auf den heutigen **Tagesordnungspunkt**

**a) Gesetz zur Änderung des Thüringer Haushaltsgesetzes 2020
(Thüringer Nachtragshaushaltsgesetz 2020 – ThürNHhG 2020 –)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

- [Drucksache 7/1499](#) -

dazu: Beschlussempfehlung des

Haushalts- und Finanzausschusses

- [Drucksache 7/2325](#) -

ZWEITE BERATUNG

**b) Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021
(Thüringer Haushaltsgesetz 2021 – ThürHhG 2021 –)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

- [Drucksache 7/1498](#) -

dazu: Beschlussempfehlung des

Haushalts- und Finanzausschusses

- [Drucksache 7/2326](#) -

ZWEITE BERATUNG

c) Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

- [Drucksache 7/1501 - Neufassung](#) -

dazu: Beschlussempfehlung des

Haushalts- und Finanzausschusses

- [Drucksache 7/2327](#) -

ZWEITE BERATUNG

(Präsidentin Keller)

d) Mittelfristiger Finanzplan für die Jahre 2020 bis 2024 für den Freistaat Thüringen

Unterrichtung durch die Landeregierung

- Drucksache 7/1822 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 7/2328 -

Das Wort hat Herr Abgeordneter Emde zur Berichterstattung aus dem Haushalts- und Finanzausschuss. Bitte schön, Herr Abgeordneter Emde.

Abgeordneter Emde, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, ich berichte über den Verlauf und das Ergebnis der Beratung des Haushalts- und Finanzausschusses zu den Entwürfen des Nachtragshaushaltsgesetzes 2020, zum Haushaltsgesetz 2021, zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes sowie zum Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2020 bis 2024.

(Beifall SPD)

Danke, ich versuche auch, es kurz zu halten so gut es geht, aber es war eine sehr ausführliche Beratung und das muss schon hier auch wiedergegeben werden. Es war auch eine sehr spannende Beratung. Ich bin ja schon ein paar Jahre im Parlament, aber so spannende und sehr extrem dynamische Haushaltsberatungen gab es selten.

(Beifall SPD)

Zeitweiliger Gegenstand der Haushaltsberatungen waren auch die Entwürfe für das Erste Gesetz zur Änderung des Thüringer Corona-Pandemie-Hilfefondsgesetzes und das Zweite Gesetz zur Änderung des Thüringer Förderfondsgesetzes. Diese beiden Beratungsgegenstände wurden von der Landesregierung am 1. Dezember zurückgezogen. Ferner war auch Gegenstand der Haushaltsberatungen der Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes. Dieser wird allerdings heute im Plenum nicht behandelt und ich gehe davon aus, dass wir das im Februarplenum aufrufen werden.

Zu beiden Geszentwürfen des Haushalts und des Nachtragshaushalts kamen gegen Ende des Beratungsverfahrens noch Ergänzungsvorlagen der Landesregierung hinzu, die es notwendig machten, das Verfahren weiter zu verdichten und das Ende der Beratungen zeitlich nach hinten zu verschieben. Sie alle wissen, dass unser ursprünglicher Zeitplan vorsah, dass wir heute schon damit durch wären. Die letzte Sitzung sollte am 18. Dezember sein.

Das gesamte Verfahren musste unter den erschwerten Bedingungen stattfinden, die die aktuelle Corona-Pandemie erforderlich macht. Dies verkomplizierte die Verfahren und sorgte mit einer Steuerschätzung im September und dann noch einer folgenden im November für zusätzliche Dynamik. Bei allem Streit in der Sache möchte ich doch konstatieren, dass sich alle Beteiligten der Notwendigkeit der pünktlichen Verabschiedung eines Haushalts 2021 in dieser für Thüringen schwierigen politischen und durch Corona noch verschärften Situation bewusst sind.

(Abg. Emde)

Das ich trotz alledem nunmehr meinen Bericht erstatten und das Hohe Haus heute seiner Aufgabe als Haushaltsgesetzgeber fristgerecht nachkommen kann, ist dem zielorientierten Zusammenwirken aller Beteiligten zu verdanken.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun konkret zum Verfahren: Die vorgenannten Gesetzentwürfe, die Gegenstand der Haushaltsberatungen waren, wurden von der Landesregierung am 27. August vorgelegt, vom Landtag am 4. September 2020 in einer ersten Lesung gemeinsam beraten und an den Haushaltsausschuss überwiesen, der noch am selben Tag zusammenkam, um die Termins-, Anhörungs- und Verfahrensbeschlüsse zu fassen.

Der Mittelfristige Finanzplan wurde mit Schreiben vom 1. Oktober 2020 an die Präsidentin des Landtags nachgereicht. Diese hat ihn dann sofort auf Basis unserer Geschäftsordnung an den Haushalts- und Finanzausschuss weitergereicht und wir haben ihn in die Beratung einbezogen.

Die genannten Beratungsgegenstände wurden insgesamt in zehn Sitzungen des Ausschusses behandelt, wovon sieben außerplanmäßigen Charakter hatten. Die Beratungen zum Haushalt 2021 begannen Mitte September dieses Jahres.

Zu den Gesetzentwürfen wurden der Gemeinde- und Städtebund Thüringen und der Thüringische Landkreistag schriftlich und mündlich angehört. Sie waren auch von Beginn an zu größtmöglicher Kooperation bereit. Das bezieht sich auf die Frage der Gesprächsbereitschaft, auf die Ermöglichung auch kurzfristiger Termine, es bezieht sich auch auf die Beantwortung bzw. Positionierung zu auftretenden Fragen, wofür ich den beiden kommunalen Spitzenverbänden im Namen des Haushalts- und Finanzausschusses ausdrücklich danke.

(Beifall DIE LINKE, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)

Auf entsprechende Nachfragen der Ausschussmitglieder im Rahmen der Beratungen lieferte uns die Landesregierung zahlreiche ergänzende Zuarbeiten zu einzelnen Haushaltstiteln. Dafür möchte ich der Landesregierung, insbesondere den beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der betreffenden Ministerien bereits an dieser Stelle ausdrücklich meinen Dank aussprechen. Die Zuarbeiten erfolgten umfangreich, zügig und exakt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)

Liebe Kollegen, die Beratungen konnten dank sachorientierter und konstruktiver Zusammenarbeit in der gebotenen Sorgfalt erfolgreich geführt und auch zügig abgeschlossen werden. Dafür danke ich meinen Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss, auch für ihre Geduld, wenn es einmal sehr viele Nachfragen gab oder wenn eine Beratung sich doch bis länger in die Abendstunden hineinzog. Es war aber aus meiner Sicht ein faires und durchweg sachbezogenes Diskutieren.

Zu den wesentlichen Beratungsergebnissen möchte ich nun die Eckdaten des Thüringer Haushaltsgesetzes 2021 sowie des Nachtragshaushaltsgesetzes 2020 nennen.

1. Mit der vorliegenden Beschlussfassung wird Ihnen ein gegenüber dem Entwurf der Landesregierung erhöhtes Haushaltsvolumen von 11,987 Milliarden Euro für das Haushaltsjahr 2021 vorgeschlagen. Die Erhöhung gegenüber dem Regierungsentwurf beläuft sich entsprechend auf rund 600 Millionen Euro.
2. Der Entwurf der Landesregierung für den Nachtragshaushalt 2020 sah eine Kreditaufnahme über rund 1,8 Milliarden Euro vor, davon 826 Millionen Euro aufgrund konjunktureller Schwankungen gemäß § 18

(Abg. Emde)

Abs. 2 der Thüringer Landeshaushaltsordnung und 995 Millionen Euro unmittelbar auf der Grundlage der pandemischen Notsituation. Im Ergebnis der Haushaltsberatungen verbleibt eine deutlich reduzierte Netto-neuverschuldung in Höhe von nur noch rund 1,27 Milliarden Euro.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Folgenden möchte ich Ihnen einen Überblick über die Beratungen im Ausschuss in chronologischer Reihenfolge geben. Weil die Haushaltsberatungen auch in diesem Jahr sehr umfangreich waren, seien hierzu nur einige aus meiner Sicht wesentliche Punkte in der gebotenen Kürze genannt.

Die Protokolle der Haushaltsberatungen wurden immer zeitnah als Vorabprotokolle erstellt. Die letzten Protokolle wurden am vergangenen Donnerstag, dem 17. Dezember, zur Verfügung gestellt. Damit hatten Sie bereits die Möglichkeit, sich über Verlauf und Ergebnis der Beratungen im Ausschuss umfassend zu informieren.

Die Grundsatzausprache zum Haushaltsgesetz 2021 fand in der 11. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 17. September statt. Zu Beginn der Aussprache stellte der Ministerpräsident zwei Besonderheiten der diesjährigen Haushaltsberatungen hervor. Zum einen wies er darauf hin, dass die den Haushaltsentwurf einbringende Landesregierung nicht von einer eigenen Mehrheit im Landtag getragen wird. Zum anderen machte der Ministerpräsident auf die besonderen Anforderungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie aufmerksam. Er wies auf prognostizierte Steuerdefizite, die seinerzeit auf rund 850 Millionen Euro geschätzt worden waren, hin.

Besonderes Augenmerk wurde in der Grundsatzausprache auf die vorgesehene Kreditermächtigung zum Ausgleich des Nachtragshaushalts für das laufende Jahr gelegt. Auch die Finanzministerin Frau Taubert unterstrich diesbezüglich, dass mit der Corona-Pandemie eine außergewöhnliche Notsituation bestehe, die sich der Kontrolle des Staates entziehe. Sie selbst habe sich lange dagegen gesträubt, überhaupt Kredite aufzunehmen. Man habe sich in der Landesregierung letztlich aber dafür entschieden, weil man keine andere Möglichkeit gesehen habe, den Nachtragshaushalt 2020 auszugleichen. Hinsichtlich der erforderlichen Höhe der Kreditaufnahmen stellte die Finanzministerin bereits im Rahmen der Grundsatzausprache in Aussicht, diese bei Vorliegen der Novembersteuerschätzung erneut zu evaluieren. Entsprechend hat die Landesregierung mit Schreiben vom 2. Dezember 2020 Ergänzungsvorlagen sowohl zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2021 als auch zum Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes 2020 vorgelegt, in der die Prognosen der aktuellen Novembersteuerschätzung berücksichtigt werden. Demnach stelle sich der Bedarf zur Finanzierung der notwendigen stützenden Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie und deren Folgen durch das Land anders dar, als zum Zeitpunkt der Einbringung des ursprünglichen Entwurfs des Thüringer Nachtragshaushaltsgesetzes. Zur Deckung des Bedarfs an Landesmitteln in dem Sondervermögen „Hilfe zur Überwindung direkter und indirekter Folgen der Corona-Pandemie“ wird nunmehr nur noch ein Betrag in Höhe von 694,77 Millionen Euro als erforderlich erachtet. Die im ursprünglichen Entwurf des Nachtragshaushalts vorgesehene Aufstockung um den sogenannten Thüringer Investitionspakt soll damit entfallen. Die im Investitionspakt vorgesehenen Maßnahmen sollen stattdessen durch eine Umschichtung im bestehenden Sondervermögen oder in den Folgejahren realisiert werden.

Zum Haushaltsentwurf für das kommende Jahr 2021 führte die Finanzministerin in der Grundsatzausprache aus, dass man sich im Kabinett darauf verständigt habe, innerhalb des Landeshaushalts in den Sachausgaben bei den Ansätzen des Jahres 2020 zu bleiben. Mit Blick auf den Personalhaushalt, der mit 3,18 Milliarden Euro ungefähr 28 Prozent des gesamten Haushaltsvolumens ausmachen sollte, erklärte die Finanzmi-

(Abg. Emde)

nisterin, man habe sich entschieden, das von der Landesregierung entwickelte Personalentwicklungskonzept auszusetzen.

Der Präsident unseres Landesrechnungshofs sowie Vertreter der Oppositionsfraktionen weisen insbesondere vor den Hintergrund einer teilweisen Schonung von Rücklagen angesichts der geplanten, sehr hohen Kreditermächtigungen auf die verfassungsrechtlichen Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sowie die Vorgaben der sogenannten Schuldenbremse hin. Vor diesem Hintergrund wurden im Rahmen der Beratungen der Einzelpläne zahlreiche Ausgabetitel sowie Anlagen zu den einzelnen Ausgaben von den Ausschussmitgliedern kritisch hinterfragt sowie Zuarbeiten der Landesregierung hierzu angefordert. Durch diese Nachfragen sollte insbesondere den Grundsätzen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit, den Geboten der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sowie den Maßgaben der sogenannten Schuldenbremse Rechnung getragen werden.

Im Folgenden werde ich nun auf die Einzelpläne in der Reihenfolge ihrer Beratung im Ausschuss eingehen und Ihnen einige aus meiner Sicht wesentliche Punkte darstellen. Vorab lässt sich feststellen, dass bei der Beratung der verschiedenen Einzelpläne einige Punkte immer wieder aufgegriffen wurden, zum Beispiel die kritische Sicht auf die Entwicklung von Personalkosten in den einzelnen Ressorts. Ein weiterer wichtiger Punkt, der sich durch die Beratungen wie ein roter Faden hindurchzog, war die finanzielle Situation der Kommunen. Außerdem wurde im Zusammenhang mit den Einzelplänen der Entwurf eines geänderten Wirtschaftsplans zum Sondervermögen erörtert. Dieser Entwurf wurde mit dem Zurückziehen des Entwurfs zur Änderung des Corona-Pandemie-Hilfefondsgesetzes indes hinfällig und war dann demzufolge nicht mehr Gegenstand der Beratungen.

Begonnen haben wir die Beratungen mit dem Einzelplan 02, der Thüringer Staatskanzlei. Die Gesamtausgaben belaufen sich in diesem Einzelplan auf knapp 230 Millionen Euro und liegen damit genau im Ansatz für das laufende Haushaltsjahr 2020. Gegenstand der Beratung auch in diesem Jahr waren Kosten infolge von Baumaßnahmen an den Dienstgebäuden der Staatskanzlei, insbesondere die Sanierung der Staatskanzlei. Thematisiert wurden außerdem finanzwirksame Maßnahmen zum Erhalt und zur Stärkung der Thüringer Kultur- und Medienlandschaft unter den Bedingungen der Corona-Pandemie, auch vor dem Hintergrund einer Co-Finanzierung von Bundesmitteln für Investitionen im Kulturbereich.

Anschließend wurde der Einzelplan 04 des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport beraten. Darin ist ein Anstieg der Ausgaben gegenüber dem Ansatz des diesjährigen Haushalts vorgesehen, und zwar um 73 Millionen Euro auf insgesamt 1,98 Milliarden Euro. Der weitaus größte Teil der Mittel ist mit rund 1,42 Milliarden Euro für Personalausgaben vorgesehen. Damit soll im Bildungsressort kein Stellenabbau erfolgen. Ferner soll der Beschäftigungsumfang von Erzieherinnen und Erziehern in den Horten durchweg auf 80 Prozent erhöht werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hinsichtlich der Schulen in freier Trägerschaft wies auf Staatssekretärin Dr. Hessen in den Beratungen auf das Auslaufen der einschlägigen Finanzierungsregelungen zum Jahresende 2020 und damit die Notwendigkeit einer Neuregelung für das Jahr 2021 hin. Im Ergebnis der Beratungen belaufen sich die Zuschüsse für die Schulen in freier Trägerschaft nun auf rund 215 Millionen Euro, das entspricht ungefähr 33 Millionen Euro mehr, als von der Landesregierung geplant wurde.

(Abg. Emde)

Bei den Zuschüssen zu den Kindergärten in Höhe von 121 Millionen Euro, die sich im Vergleich zum Haushaltsjahr 2020 um 32 Millionen Euro erhöhen sollen, werden insbesondere das beitragsfreie zweite Kindergartenjahr sowie die Ausgaben infolge des Gute-Kita-Gesetzes abgebildet.

Die Zuschüsse im Bereich Jugend sollen gegenüber dem Vorjahr um 39 Millionen auf 77 Millionen Euro zurückgehen, weil die Zahl der zu betreuenden unbegleiteten minderjährigen Ausländer rückläufig ist. Abgebildet sind hier darüber hinaus 23,4 Millionen Euro für die Schulsozialarbeit sowie weitere 16,5 Millionen Euro für die örtliche Jugendförderung.

Die Sachausgaben des Landes für die staatlichen Schulen wachsen um eine Million auf insgesamt 40 Millionen Euro an.

Schließlich soll der Sportetat um 14 Millionen auf insgesamt 56 Millionen Euro erhöht werden. Dabei stellen aber die Doppelweltmeisterschaften im Biathlon und Rodeln 2023 in Oberhof mit 33 Millionen Euro den größten Posten dar.

Es schlossen sich die Beratung zum Einzelplan 05 des Ministeriums für Migration, Justiz und Verbraucherschutz an. Minister Adams machte in der Haushaltsberatung auf die Herausforderungen des Generationswechsels in der Digitalisierung in der Thüringer Justiz aufmerksam. Für die Justiz ergibt sich im Landeshaushalt ein Mehrbedarf insbesondere hinsichtlich der räumlichen Unterbringung der Gerichte. Hier ist ein Aufwuchs bei den Ausgaben für Gebäudemieten um etwa 1,8 Millionen Euro zu verzeichnen, die auf notwendige Sanierungsarbeiten am Gebäude des Landgerichts Erfurt zurückzuführen sind.

Der Minister wies außerdem darauf hin, dass im Bereich Verbraucherschutz der Beratungsbedarf im Zusammenhang mit der pandemischen Situation erheblich gestiegen ist.

Zur Beratung des Einzelplans 10 – Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft –: Gegenstand der Beratungen waren zum Beispiel Aufwendungen im Bereich des ÖPNV wie etwa die Zuschüsse für das Azubi-Ticket, aber auch Planung und Bau von Straßen sowie die soziale Wohnraumförderung. Der Einzelplan 10 wurde überdies gemeinsam mit dem zwischenzeitlich zurückgezogenen Zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Förderfondsgesetzes beraten.

Als Nächstes folgte der Einzelplan 18, hier geht es um die staatlichen Hochbaumaßnahmen, in dem für das Haushaltsjahr 2020/2021 Zuschüsse in Höhe von insgesamt rund 182 Millionen Euro veranschlagt werden, was einen Zuwachs von etwa 1 Million Euro, verglichen mit dem Ansatz für 2020, bedeutet. Mit diesen Mitteln sollen Sanierungen sowie Neubauprojekte auf landeseigenen Liegenschaften finanziert werden. Darüber hinaus sind im Einzelplan 18 Haushaltsmittel für einen Zuschuss an das Universitätsklinikum Jena, den Anteil Thüringens am Neubau der gemeinsamen JVA Zwickau-Marienthal und die denkmalschutzrechtlich erforderlichen Maßnahmen am Schloss Reinhardsbrunn veranschlagt. Zu einzelnen Bauvorhaben, insbesondere an verschiedenen Polizeidienststellen, lieferte die Landesregierung auf Bitten der Ausschussmitglieder umfangreiche Informationen über zu erwartende Kosten nach.

Es folgte die Beratung des Einzelplans 08, also des Sozialministeriums. Was sich im Budget widerspiegelt, sind eben auch die Anforderungen aus der Krisensituation. Während die Gesamtausgaben dieses Ressorts für 2021 bei rund 713,18 Millionen Euro lagen, sind Einnahmen in Höhe von ca. 405 Millionen Euro eingeplant. Der Zuschussbedarf in diesem Ressort erhöht sich jedoch damit auf rund 308,7 Millionen Euro im Vergleich zu 307,3 Millionen Euro im laufenden Jahr. Vom Gesamtbudget entfallen rund 50,2 Millionen Euro auf Personalausgaben. Im Geschäftsbereich des Thüringer Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie sollen 40 neue Stellen aus allgemeinen Personalverstärkungsmitteln finanziert werden, die sich auf

(Abg. Emde)

das Ministerium selbst und das Landesamt für Verbraucherschutz verteilen. Diese Stellen sind vor allem für die Bereiche Öffentlicher Gesundheitsdienst, Krisenmanagement, Gesundheitsschutz und Gefahrenabwehr vorgesehen. Das im Einzelplan 08 gegenüber dem Haushaltsjahr 2020 um 2,2 Prozent auf rund 663,5 Millionen Euro erhöhte Aufgabenbudget ist zu 77 Prozent rechtlich fixiert, 15 Prozent betreffen ESF-Förderprogramme und nur 8 Prozent stellen sich hier disponibel dar. Im Bereich der freiwilligen Leistungen liegen die Ausgaben im Haushaltsjahr 2021 mit 52,5 Millionen Euro knapp 9 Millionen Euro unter denen des Vorjahres. Hier sollten Einsparungen unter anderem in den Bereichen Familienförderung, Menschen mit Behinderungen und Tierschutz vorgenommen werden. 60 Millionen Euro wurden für die Finanzierung von Baumaßnahmen im Krankenhausbereich sowie Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen insbesondere im medizinisch-technischen Bereich veranschlagt.

Sodann wurde der Einzelplan 07 des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft im Ausschuss beraten. In diesem Einzelplan ist auf der Einnahmenseite eine Steigerung gegenüber dem Haushalt 2020 von rund 14 Millionen Euro angesetzt, das Ausgabenbudget erhöht sich um 13,4 Millionen Euro. Damit reduziert sich der Zuschuss hier um rund eine halbe Million Euro auf 923,7 Millionen Euro im kommenden Jahr. Vorgesehen wurden im Einzelplan 07 unter anderem ein Zuschuss an die Hochschulen infolge der sogenannten Rahmenvereinbarung V in Höhe von 19 Millionen Euro sowie eine Erhöhung der Zuschüsse für das Uniklinikum Jena um rund 4,5 Millionen Euro. Außerdem sollen die Verpflichtungsermächtigungen auf rund 700 Millionen Euro erhöht werden. Diese betreffen vor allem Zuschüsse an private Unternehmen sowie an Gemeinden und Gemeindeverbände, insbesondere in der Breitband- und Glasfaserinfrastruktur.

Kommen wir zur Beratung des Einzelplans 09 des Thüringer Ministeriums für Umwelt, Energie und Naturschutz. Das Ausgabenvolumen liegt hier mit rund 290 Millionen Euro in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Dabei soll knapp ein Viertel der Gesamtausgaben, also ca. 70 Millionen Euro, direkt den Kommunen zukommen, um ihnen die Wahrnehmung ihrer Aufgaben etwa im Bereich der Abwasserbeseitigung, der Gewässerunterhaltung und des Klimaschutzes zu ermöglichen. Einen Schwerpunkt bilden im Einzelplan 09 die Bereiche Hochwasserschutz, Gewässerunterhaltung und -entwicklung, da sind knapp 80 Millionen Euro eingeplant. 36 Millionen Euro werden veranschlagt, um den mit der kommunalen Familie vereinbarten Abwasserpakt weiterhin umzusetzen. Im Bereich Energie und Klimaschutz sollen 12 Millionen Euro in Klimafolgeanpassungen und weitere 9 Millionen Euro in die Energieeffizienz investiert werden. Darüber hinaus sind im Einzelplan 09 Verpflichtungen im Altlastenbereich und Sanierungsaufwendungen etwa im Rahmen des Braunkohleabkommens etatisiert.

Im Folgenden wurde der Einzelplan 16 beraten, in dem die Ausgaben für Informations- und Kommunikationstechnik mit Ausnahme des Landtags und des Verfassungsgerichtshofs zusammengefasst werden. Die Ausgaben steigen hier gegenüber dem Jahr 2020 um 26,5 Millionen Euro auf insgesamt rund 136 Millionen Euro an, wobei der Zuschussbedarf dem des Haushalts für 2020 entspricht. Mehrausgaben sollen durch erhöhte Einnahmen aus Bundesmitteln gedeckt werden. Die Mehrausgaben ergeben sich etwa aus der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes des Bundes, wonach die Länder verpflichtet sind, bis Ende des Jahres 2022 eine Vielzahl von Verwaltungsleistungen elektronisch verfügbar zu machen. Dafür sind 5 Millionen Euro angesetzt, ebenso wie für den Aufbau des neuen Rechenzentrums in Ilmenau. 2 Millionen Euro wurden jeweils vorgesehen für die Einführung des Dokumentenmanagementsystems VIS sowie für erhöhte Kosten für Softwarelizenzen. 20 Millionen Euro wurden angedacht für gemeinsame IT-Ausgaben mit den Kommunen entsprechend dem E-Government-Gesetz. Im Landesrechenzentrum sollen zehn neue Stellen geschaffen werden, um zentrale IT-Leistungen zu ermöglichen.

(Abg. Emde)

Im anschließend beratenen Einzelplan 03 des Thüringer Innenministeriums sind insgesamt Ausgaben von 660 Millionen Euro veranschlagt, womit ein Anstieg über 21 Millionen Euro im Vergleich zum Haushaltsjahr 2020 zu verzeichnen ist. Von den Gesamtausgaben entfallen circa 441 Millionen Euro, also zwei Drittel, auf die Personalausgaben für die Polizei und Verwaltung. Investitionen wurden im Entwurf der Landesregierung in Höhe von rund 116 Millionen Euro vorgesehen. Davon wurden etwa 66,5 Millionen Euro für das Sondervermögen Beitragserstattung Wasserver- und Abwasserentsorgung und 20 Millionen Euro für die Ausstattung der Polizei, so für über 200 Funkstreifenwagen, 30 Sonderfahrzeuge und zehn Motorräder, eingeplant. Zudem sollen mit der Einstellung von 250 Anwärtern für den gehobenen und mittleren Polizeidienst altersbedingte Abgänge kompensiert werden.

Für das Amt für Verfassungsschutz soll die Zahl der ausgewiesenen Planstellen von 83 auf 88 steigen. Im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes wurden Fördermittel über insgesamt 20 Millionen Euro eingeplant. Es sollen hiervon 2 Millionen Euro für die Anschaffung von Fahrzeugen und speziellen Geräten bereitgestellt werden.

Besonders intensiv wurden im Ausschuss die kommunalrelevanten Themen des Haushaltsentwurfs beraten. Im Rahmen der gemeinsamen Beratung des Entwurfs eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes in Drucksache 7/1501 – Neufassung – sowie des Kapitels 17 20 des Entwurfs des Haushalts 2021 erfolgte auch die Auswertung der schriftlichen Anhörung der kommunalen Spitzenverbände.

Im Haushaltsentwurf für das Jahr 2021 wurde vorgesehen, die Finanzausgleichsmasse mit etwa 2,119 Milliarden Euro auf dem Niveau des Vorjahres zu stabilisieren. Zudem sollten 17,3 Millionen Euro aus dem Stabilisierungsfonds der Finanzausgleichsmasse zufließen.

Hinzu kommen Leistungen an die Kommunen außerhalb der Finanzausgleichsmasse in Höhe von 1,446 Milliarden Euro. Davon erfasst sind beispielsweise Investitionsmittel nach dem Thüringer Gesetz für eine kommunale Investitionsoffensive, welches für die Jahre 2021 bis 2024 gilt.

Mit dem Entwurf des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes werden verschiedene kommunale Forderungen aufgegriffen. So sollen zum Beispiel spezielle Demografieansätze für kommunale Aufgaben implementiert und der Sonderlastenausgleich für unterdurchschnittlich dicht besiedelte Gemeinden vom Jahr 2022 in das Jahr 2021 vorgezogen werden. Ferner wird der über den Kommunalen Finanzausgleich finanzierte Kurlastenausgleich von 10 auf 11 Millionen Euro erhöht.

Im Ausschuss diskutiert wurden die Eignung des Kommunalen Finanzausgleichs als Instrumentarium zur Bewältigung der Pandemieauswirkungen, das Volumen der Finanzausgleichsmasse, die Notwendigkeit einer späteren Anpassung an die seinerzeit noch nicht vorliegende November-Steuerschätzung und die Verteilung der Schlüsselzuweisungen in der Hauptansatzstaffel gemäß dem Partnerschaftsgrundsatz. Auch wurde die Prüfung der finanziellen Mindestausstattung der Kommunen im Rahmen der sogenannten kleinen Revision in der Beratung thematisiert. Einigkeit in diesem Hause und mit den kommunalen Spitzenverbänden gibt es auch darin, dass der KFA einer generellen Überarbeitung bedarf. Sie wissen, dass daran bereits ein Unterausschuss arbeitet und es ist auch ein Gutachten der Landesregierung in Auftrag gegeben mit dem Ziel, Anfang 2022 zu einem neuen Kommunalen Finanzausgleich zu gelangen.

Gegenstand der Beratung zur kommunalen Finanzausstattung waren ferner Entnahmen aus dem Stabilisierungsfonds und eine von den kommunalen Spitzenverbänden angeregte Aussetzung der Finanzausgleichsumlage. Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang auf den angenommenen Änderungsantrag der CDU-

(Abg. Emde)

Fraktion zum Finanzausgleichsgesetz, wonach kreisangehörige Gemeinden im Jahr 2021 eine pauschale Zuweisung in Höhe von 200 Euro pro Einwohner für die ersten 250 Einwohner einer Gemeinde erhalten sollen, sowie auf den ebenfalls angenommenen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen und der CDU-Fraktion in Vorlage 7/1394, der insbesondere eine Erhöhung der Schlüsselmasse um rund 100 Millionen Euro vorsieht.

Es folgten sodann die Beratungen zum Einzelplan 01 des Thüringer Landtags. Hier werden Gesamtausgaben in Höhe von 64 Millionen Euro veranschlagt, was einen Zuwachs zum Haushalt 2020 in Höhe von 6 Millionen Euro darstellt. Nachfragen wurden im Ausschuss insbesondere zu den Personalausgaben des Landtags und der beim Landtag angesiedelten Beauftragten sowie zu den Aufwendungen für ehemalige Abgeordnete gestellt. Auch wurden in diesem Zusammenhang der Mehrbedarf an Personalkostenzuschüssen für die Fraktionen insbesondere wegen der Begleitung der Arbeit des Verfassungsausschusses im laufenden Haushaltsjahr thematisiert. Gelöst werden soll dieses Problem – auch für die Zukunft – durch das Ausbringen eines entsprechenden Deckungsvermerks.

Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang auf die beiden Ergänzungsvorlagen und einen entsprechenden vom Haushalts- und Finanzausschuss angenommenen Änderungsantrag der Regierungsfaktionen und der Fraktion der CDU zum Haushaltsplan 2021. Danach dürfen Mehrausgaben im dafür erforderlichen Umfang gegen Deckung bei allen anderen Titeln des Einzelplans 01 geleistet werden. Schlussendlich soll natürlich das Ziel sein: Wenn hier Mehrausgaben aufgrund von Wahlergebnissen und unvorhergesehene Dinge entstehen, dann möchte doch der Landtag dafür sorgen, dass eine Deckung innerhalb der dem Landtag zur Verfügung stehenden Mittel gefunden wird. Das heißt also: Sparsamkeit steht ganz oben an.

Im sodann beratenen Einzelplan 12 des Thüringer Verfassungsgerichtshofs konnte die Höhe der Ausgaben im Vergleich zum Haushaltsjahr 2020 um 40.000 Euro auf 540.000 Euro reduziert werden.

Abschließend wurde von uns der Einzelplan 11 des Thüringer Rechnungshofs beraten. Hier hat sich das Ausgabenbudget um knapp 160.000 Euro auf etwa 8,64 Millionen Euro leicht erhöht, wovon jedoch 94 Prozent für Personalausgaben vorgesehen sind. Bezüglich der Personalausgaben weichen die Voranschläge des Rechnungshofs vom Entwurf des Haushaltsplans erneut insofern ab, als dass eine Stellenhebung für die Direktoren des Rechnungshofs auf die für Abteilungsleiter in anderen obersten Landesbehörden übliche Bezahlung angestrebt wird.

Im Einzelplan 06 des Thüringer Finanzministeriums sind Ausgaben von insgesamt knapp 192,5 Millionen Euro veranschlagt. Die Einnahmen belaufen sich ähnlich wie im Haushaltsjahr 2019 auf rund 18 Millionen Euro. Von den Ausgaben sind in etwa 90 Prozent für Personalkosten vorgesehen. Neue Stellen sollen im Bereich E-Gouvernement und IT geschaffen werden. Des Weiteren soll die Anzahl der Auszubildenden in der Steuer- und Finanzverwaltung um 125 Anwärtinnen und Anwärter erhöht werden.

Im Einzelplan 17 der Allgemeinen Finanzverwaltung steigen die Ausgaben im Vergleich zum Jahr 2019 um ungefähr 104 Millionen Euro auf knapp 3,7 Milliarden Euro an, wobei sich insbesondere die personalen Investitionsausgaben erhöhen. Die Einnahmen steigen von rund 9 auf ca. 9,5 Milliarden Euro an, wovon rund 7,2 Milliarden auf Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben entfallen. Insgesamt ergibt sich ein Überschuss im Einzelplan 17 von ca. 5,8 Milliarden Euro.

Anschließend wurde der mittelfristige Finanzplan für die Jahre 2020 bis 2024 für den Freistaat und der Finanzbericht der Landesregierung, der Gesamtplan und das Haushaltsgesetz 2021 sowie das Gesetz zur Änderung des Thüringer Haushaltsgesetzes 2020 beraten. Da die wesentlichen Punkte hierzu bereits im Rah-

(Abg. Emde)

men der Beratung der Einzelpläne behandelt worden waren, konnten diese Beratungen zügig besprochen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in dem soeben geschilderten Beratungsverlauf sind die Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände eingeflossen. Die Anhörung der kommunalen Spitzenverbände erfolgte in Form von insgesamt vier Anhörungsrunden, nämlich drei schriftlichen und einer mündlichen. Was den Inhalt der eingeholten Stellungnahmen angeht, möchte ich mich ebenfalls auf die aus meiner Sicht wesentlichen Punkte beschränken. Die Spitzenverbände trugen bezüglich des Finanzausgleichs vor, dass für das Haushaltsjahr 2021 ein deutlich höherer Bedarf beim Mehrbelastungsausgleich bestehe.

Nach dem Prüfbericht des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales bestehe ein Mehrbedarf aufgrund von Veränderungen im Bestand pflichtiger und eigener Aufgaben der Kommunen in Höhe von ca. 66,6 Millionen Euro. Auch bei den Personalausgaben sei eine Steigerung von mindestens 30 bis 50 Millionen Euro zu verzeichnen. Für die Landkreise bestehe für die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes ein Mehraufwand von rund 19 Millionen Euro. Insbesondere der Landkreistag forderte in Anbetracht dessen eine deutliche Erhöhung der Finanzausgleichsmasse um zusätzliche 200 Millionen Euro ab dem Finanzausgleich 2021.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die geschilderten Beratungen und durchgeführten Anhörungen mündeten in einer Vielzahl von Änderungsanträgen. So lagen dem Haushalts- und Finanzausschuss rund 1.000 aus allen Fraktionen kommende Änderungsanträge vor. Die Anträge der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der CDU sowie ein Antrag der FDP-Fraktion wurden angenommen.

(Beifall FDP)

Die Regierungsfractionen brachten Änderungsanträge zum Regierungsentwurf des Haushalts 2021 ein, die insbesondere eine Zuführung zum Wohnungsbauvermögen in Höhe von 15 Millionen Euro vorsah. Man denke, vorher war eine Entnahme von knapp 10 Millionen Euro geplant. Hier hat es doch eine deutliche Veränderung gegeben. Aber auch die Schaffung von 840 zusätzlichen Lehrerstellen waren Gegenstand der Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen. Weitere Anträge wurden von ihr gestellt und betrafen die Beförderungskorridore im Polizeivollzugsdienst, den ÖPNV und die Einführung der Familienkarte.

Die Fraktion der AfD legte ebenfalls Änderungsanträge vor, die vornehmlich Einsparungen beim Nachtragshaushalt 2020 und beim Haushalt 2021, hier insbesondere im Asylbereich, vorsahen. Zusätzliche Ausgaben wurden vor allem im kommunalen Bereich sowie bei der Ausstattung der Polizei und von Krankenhäusern beantragt. Die Änderungsanträge der AfD-Fraktion betrafen insbesondere den Straßenausbaubeitrag und den Härtefallfonds.

Die Fraktion der CDU beabsichtigte mit ihren Änderungsanträgen ein vorrangiges Aufbrauchen von Rücklagen und eine Reduzierung der Kreditaufnahme. Ferner solle sich die kommunale Finanzausstattung um insgesamt 200 Millionen Euro erhöhen, vornehmlich durch die Aufstockung des Finanzausgleichs um 110 Millionen Euro sowie zusätzliche 30 Millionen Euro für die kreisangehörigen Gemeinden. Änderungsanträge der CDU-Fraktion betrafen ferner die Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft sowie eines Zulagensystems für Lehrer, die Familienkarte und Mittel für den Behindertenbeauftragten sowie die Landesfeuerwehrschule.

Auch die FDP-Fraktion brachte eine Vielzahl von Änderungsanträgen ein. Diese hatten beispielsweise Investitionen in den Bereichen der Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft, ein Pilotprojekt für interaktive Streifenwagen bei der Thüringer Polizei, die Digitalisierung im Gesundheitswesen sowie eine Erhöhung der

(Abg. Emde)

Meisterprämie zum Gegenstand. Im kommunalen Bereich war der Wegfall von Zweckbindungen beabsichtigt, Steuereinnahmen sollten zur Bildung von Rücklagen und zum Schuldenabbau eingesetzt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt dem Landtag mehrheitlich, den Entwurf des Thüringer Gesetzes über die Feststellung des Landeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 unter Berücksichtigung der Ergänzungsvorlage mit den in der Beschlussempfehlung in der Drucksache 7/2326 ausgeführten Änderungen anzunehmen. Unser Ausschuss empfiehlt dem Landtag darüber hinaus mehrheitlich, den Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes 2020 unter Berücksichtigung der Ergänzungsvorlage anzunehmen. Die entsprechende Beschlussempfehlung findet sich in Drucksache 7/2325.

Der Haushalts- und Finanzausschuss schlägt weiterhin vor, die Thüringer Finanzministerin zu ermächtigen aufgrund des Ergebnisses der Beratungen des Landtags, das Zahlenwerk und den Text des Landeshaushaltsplans und des Nachtrags zu berichtigen, Folgeänderungen vorzunehmen sowie Schreib-, Rechen- und sonstige Fehler zu bereinigen und Erläuterungen so zu ändern, wie sie sich aus den Beratungen zum Thüringer Haushaltsgesetz und zum Nachtragshaushaltsgesetz einschließlich den jeweiligen Haushaltsplänen ergeben haben. Ferner soll die Präsidentin des Landtags ermächtigt werden, bei der Ausfertigung und Verkündung des Thüringer Haushaltsgesetzes 2021 und des Nachtragshaushaltsgesetzes 2020 Unstimmigkeiten im Wortlaut zu beseitigen und Folgeänderungen vorzunehmen, die sich nach Maßgabe des Ergebnisses der Beratungen ergeben haben. Außerdem wird vorgeschlagen, dem Haushalts- und Finanzausschuss die Entscheidung über die Aufhebung von Sperrvermerken im Landeshaushaltsplan 2021 zu übertragen.

Des Weiteren empfiehlt der Ausschuss, das Zweite Gesetz zur Änderung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes in der Drucksache 7/1501 – Neufassung – mit den Änderungen laut Beschlussempfehlung in Drucksache 7/2327 anzunehmen.

Schließlich empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2020 bis 2024 für den Freistaat Thüringen in Drucksache 7/1822 zur Kenntnis zu nehmen. Ich verweise insoweit auf die Beschlussempfehlung in Drucksache 7/2328.

Abschließend, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich allen an den Haushaltsberatungen Beteiligten für die konstruktive und von gegenseitiger Achtung geprägte Arbeitsatmosphäre ganz herzlich danken, auch der Landesregierung, allen voran der Finanzministerin, die in dieser Zeit auch noch mit der Genesung eines gebrochenen Arms fertig werden musste. Gedankt sei natürlich auch ihren Mitarbeitern im Finanzministerium sowie in allen Ministerien. Ich möchte aber auch dem Staatssekretär Dr. Schubert und Haushaltsdirektor Theune ausdrücklich Dank sagen. Bei den kommunalen Spitzenverbänden bedanke ich mich nochmals und nachdrücklich für die engagierte und kritische Kooperation. Den Mitgliedern und Mitarbeitern des Thüringer Rechnungshofs, allen voran Dr. Dette und Frau Dr. Schuwirth, gebührt ebenfalls Dank für die kritische Begleitung der Beratungen. Mein Dank gilt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung, insbesondere dem für den Haushalts- und Finanzausschuss zuständigen Referenten Herrn Bieler sowie Herrn Apel und Herrn Schleicher für ihre fachliche, rechtliche, organisatorische Begleitung des Verfahrens und ihre sehr zuvorkommende Art, die uns insgesamt eine große Hilfe war.

(Beifall FDP)

Auch den anderen Bediensteten der Landtagsverwaltung Dank für ihren Beitrag zu einem reibungslosen Verlauf, insbesondere dem Parlamentssekretariat, der Druckerei, der Poststelle, dem EDV-Referat, dem Inneren Dienst und ganz besonders auch den Mitarbeiterinnen des Sachgebiets Protokollierung, namentlich

(Abg. Emde)

und stellvertretend Frau Ruft. Es ist gar nicht so einfach, so dynamisch verlaufende Beratungen sachgerecht und ordentlich zu protokollieren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)

Schließlich möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen für ihre Verdienste bei den Beratungen und dem Erstellen der Änderungsanträge danken, allen voran Herrn Schuster, Herrn Sonnenschein-Battefeld, Markus Steinmeier, Stefan Schuhmacher, Jan Richter und Frau Mareike Tichatschke. Ohne Sie könnten die Abgeordneten ihre Arbeit nicht leisten und Sie mussten unter extremem Zeit- und inhaltlichen Druck arbeiten. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall im Hause)

Das war ein langer Vortrag, er war aber notwendig. Ich kann sagen, diese Haushaltsberatungen waren ein ordentliches Stück Arbeit. Danke an meine Kollegen im Haushaltsausschuss, dass Sie mir alle die Sitzungsleitung recht leichtgemacht haben. Mir hat es Freude gemacht, aber es ist auch gut, dass die Beratung jetzt zu Ende ist. Ich hoffe, wir haben in diesem Jahr die letzte Sitzung des Landtags. Vielen Dank noch mal für die Beratungen. Ich denke, wir haben letzten Endes in dieser speziellen politischen und Krisensituation ein gutes Ergebnis für dieses Land erreicht und dafür herzlichen Dank, dass wir das so hingekriegt haben.

(Beifall im Hause)

Präsidentin Keller:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Emde. Dem Dank kann man sich nur anschließen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, damit eröffne ich die gemeinsame Aussprache. Bei den vier Beratungsgegenständen ergibt sich gemäß § 29 Abs. 2 Satz 3 der Geschäftsordnung unter Berücksichtigung des Ältestenratsbeschlusses zur Redezeit eine grundsätzliche Gesamtredezeit der Fraktionen in Höhe von 6 Stunden. Aus Vereinfachungsgründen werden die Sekundenanteile auf volle Minuten aufgerundet. Aufgrund des relativ geringen Zeitumfangs für den Komplex „Einzelpläne“ sind bei den meisten Einzelplänen zusätzliche Aufrundungen vorgenommen worden, um für jede Fraktion und die Landesregierung zumindest immer eine Mindestredezeit von 3 Minuten zu ermöglichen. Die rundungsbedingten Abweichungen von etwa 1 Stunde und 30 Minuten werden dabei hingenommen. Sofern die Landesregierung ihre für die einzelnen Beratungskomplexe „Generalaussprache“, „Einzelpläne“ und „Schlussrunde“ errechneten Redezeiten von insgesamt 1 Stunde und 20 Minuten überschreitet, erhöhen sich die Redezeiten der Fraktionen jeweils entsprechend.

Letzte Woche Freitag hat der Landtag einen Beschluss gefasst, der es der Landesregierung auch für die heutige Plenarsitzung ermöglicht, im Wortlaut vorbereitete Reden vorab zu übermitteln. Auf der Grundlage dieses Beschlusses hat die Landesregierung letzten Freitag zu den Einzelplänen 02, 03, 05, 07, 08, 09, 10 und 18 die Reden der fachlich zuständigen Ressorts vorab übermittelt. Diese Reden wurden den Fraktionen unverzüglich zur Kenntnis gegeben und anschließend den Mitgliedern des Landtags elektronisch im Abgeordneteninformationssystem bereitgestellt bzw. an diese in Papierform verteilt.

Entsprechend dem Beschluss werden die Reden zusätzlich als Anlage zur Sitzungsniederschrift über die heutige Plenarsitzung genommen (**Rede der siehe ... sowie Anlage ...**).

(Präsidentin Keller)

Wie im Ältestenrat festgelegt wurde, beginnen wir mit der **Generalaussprache zum Haushalt insgesamt einschließlich des Einzelplans 01 – Thüringer Landtag –, des Einzelplans 11 – Thüringer Rechnungshof – und des Einzelplans 12 – Thüringer Verfassungsgerichtshof –**.

Die Redezeiten verteilen sich auf die Fraktionen wie folgt: Fraktion Die Linke 40 Minuten, Fraktion der AfD 35 Minuten, Fraktion der CDU 34 Minuten, Fraktion der SPD 26 Minuten, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 24 Minuten und Fraktion der FDP 24 Minuten.

Nach 40 Minuten Redezeit der Landesregierung verlängert sich die Redezeit jeder Fraktion gemäß § 29 Abs. 4 der Geschäftsordnung entsprechend. So weit die Hinweise.

Die Aussprache ist eröffnet. Die größte Oppositionsfraktion beginnt. Das Wort hat Herr Abgeordneter Höcke für die AfD-Fraktion. Bitte, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Höcke, AfD:

Sehr geehrte Damen und Herren, auch von meiner Seite einen wunderschönen guten Morgen zur Sondersitzung unseres Landtags! Alles dreht sich nur um Corona in den letzten Wochen/Monaten. Corona ist in aller Munde. Auch die Genese des Haushalts 2021 kann ohne Corona nicht verstanden werden, deswegen werde ich in meiner Rede immer mal wieder auf Corona zu sprechen kommen müssen.

(Unruhe DIE LINKE)

Ich möchte aber auch eingangs eine Bemerkung machen, die mir notwendig erscheint, die ich für wichtig halte, die vor allen Dingen den unsouveränen Umgang der Altfraktionen und leider auch der Landesregierung mit Corona kurz einordnen möchte.

Sehr geehrte Damen und Herren, seit Monaten tagen wir jetzt schon als Corona-Parlament. Wir haben ein umfangreiches Hygienekonzept, das wir alle, ob wir es für gut halten und für gut befinden oder nicht, selbstverständlich umsetzen. Wir sitzen an unseren Plätzen auf Abstand zum Nachbarn. Wenn wir uns erheben und durch den Raum gehen, ziehen wir alle selbstverständlich die Nasen-Mund-Bedeckung an. Die freundlichen Mitarbeiter der Landtagsverwaltung – vielen Dank für Ihren Einsatz –

(Beifall AfD)

desinfizieren regelmäßig die Kontaktflächen. Ja, da darf man ruhig mal applaudieren. Die vorgeschriebenen Lüftungspausen werden akribisch eingehalten. Trotzdem reichen den Altfraktionen, trotzdem reicht der Landesregierung der Hinweis auf einen positiv getesteten Abgeordneten im Hohen Haus, um mal eben ganze Landtagsitzungen ausfallen zu lassen, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall AfD)

Für mich ist das ein absolutes Unding. Per Mehrheitsbeschluss wird hier vor allen Dingen der Opposition die Möglichkeit genommen, am Rednerpult ihre Position vorzutragen. Das ist kein gutes Vorgehen, das beschädigt die Demokratie, ja, das beschädigt den Parlamentarismus – eine besorgniserregende Entwicklung,

(Zwischenruf Abg. Meißner, CDU: Scheinheilig!)

die wir als AfD ablehnen.

(Beifall AfD)

(Abg. Höcke)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich denke, da ich das jetzt hier so ausführe, auch an die vielen Krankenschwestern, ich denke an die Ärzte, ich denke an die Pfleger, ich denke an die Kindergärtnerinnen, ich denke an die Verkäuferinnen, die jeden Tag oftmals in überfüllten Bussen und Bahnen zu ihrer Arbeitsstätte fahren und abends mit überfüllten Bussen und Bahnen zurückfahren müssen, die eben nicht unter den so gut organisierten hygienischen Maßnahmen arbeiten können, wie wir das hier im Hohen Haus tun dürfen. Deswegen ist diese Extrawurst, die Sie sich hier als Altfraktionen gebraten haben, etwas, das wir als AfD grundsätzlich ablehnen. Für uns ist diese Extrawurst ein Schlag ins Gesicht der arbeitenden Bevölkerung.

(Beifall AfD)

Und dass Sie sich, Herr Ministerpräsident – Wo sitzt er denn? Da sitzt er, er sitzt in den Reihen der Abgeordneten. Dass Sie sich, Herr Ramelow – so habe ich es aus der Presse entnommen, Sie können es ja gerne korrigieren und noch mal hier ans Rednerpult treten –, dass Sie sich, nur weil Sie bei der Eröffnung einer Straße aus der Distanz einem als positiv getesteten Mitglied des Landtags zugewunken haben, daraufhin in freiwillige Kurzquarantäne begeben,

(Zwischenruf Abg. Wahl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das nennt man Verantwortung!)

sehr geehrter Herr Ministerpräsident, das ist für mich wirklich das Sahnehäubchen an fehlender Souveränität.

(Beifall AfD)

Der eine oder andere hat vielleicht ähnliche Gedanken gehabt wie ich, als ich die Pressemitteilung gelesen hatte. Ich musste sofort an Francesco Schettino denken. Sie wissen, wer Francesco Schettino ist? Ja, das ist der Kapitän der Costa Concordia, der eben nicht, wie es für einen Kapitän üblich ist, als Letzter von Bord gegangen ist, sondern der bei den Ersten war. Und das ist ein Dienstethos, das ich ablehne.

(Beifall AfD)

(Heiterkeit SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich ja, dass die rot-rot-grünen Fraktionen jetzt wieder hellwach sind. Am Anfang ging es ja etwas schläfrig los.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Ramelow, Ministerpräsident: ... wirkt Corona!)

Sehr geehrte Damen und Herren von den Altfraktionen, Sie scheinen mir die Bodenhaftung verloren zu haben. Anders ist es nicht zu erklären, dass im Haushaltsausschuss sämtliche Altfraktionen gegen Anträge der AfD-Fraktion gestimmt haben, mit denen wir die finanzielle Untersetzung der automatischen Diätenerhöhung den Garaus gemacht hätten. Das hätten wir gerne getan als AfD-Fraktion, weil diese automatische Diätenerhöhung eine Privilegierung für uns Abgeordnete ist, die wir nicht einsehen. Ihre Arbeitseinstellung, die ich eingangs im Umgang und im Betreiben des Corona-Parlaments skizziert habe, und solche Privilegien wie die sogenannte automatische Diätenerhöhung – sie nähren die Politik, sie nähren die Parteienverdrossenheit im Lande. Ich kann die Menschen draußen gut verstehen, wiewohl ich das bedauere.

Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, ich frage mich tatsächlich, ob Sie noch gut schlafen können. Das Haushaltsvolumen haben Sie, Frau Taubert, in den letzten fünf Jahren um über 2 Milliarden Euro gesteigert, über 2 Milliarden Euro mehr bei einer stetig sinkenden Einwohnerzahl in Thüringen, bei einer stetig weiter älter werdenden Bevölkerung in Thüringen, was natürlich bedeutet, dass die wirtschaftliche Produktivität

(Abg. Höcke)

auch rückgängig ist. Das ist das Ergebnis von fünf Jahren Rot-Rot-Grün bzw. jetzt schon das sechste Jahr Rot-Rot-Grün.

Die Schuldenlast unseres kleinen Freistaats belief sich jetzt schon auf 16 Milliarden Euro und trotz der fiskalisch fetten Jahre, auf die wir in der Vergangenheit zurückblicken konnten, haben wir jetzt noch mal 1,6 Milliarden Euro obendrauf gekriegt. Das ist eine Landesschuldengesamtlast pro Kopf von 8.000 Euro. Wenn ich jetzt nur mal die Nettosteuerzahler nehme, dann ist das eine Landesschuldengesamtlast von sogar 24.000 Euro. Und wenn ich uns jetzt mal rausnehme, sehr geehrte Damen und Herren von den Altfraktionen, wenn ich uns mal rausnehme als Steuertransferempfänger, wenn ich die Beamten noch rausnehme, wenn ich die öffentlich Angestellten noch rausnehme, da sind wir mittlerweile bei einer Gesamtlandesschuldenzahl von über 30.000, vielleicht sogar 35.000 Euro.

Was Sie den kommenden Generationen aufbürden, wie Sie die Spielräume für unsere Kinder und Enkel jetzt schon einengen – ich sage Ihnen das als vierfacher Familienvater –, das ist für mich absolut unmoralisch und verwerflich.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Lukasch, DIE LINKE: Sie sind unmoralisch!)

Mir scheint es, sehr geehrte Landesregierung, sehr geehrte Frau Finanzministerin Taubert, Sie haben große Vorbilder. Und jetzt schaue ich mal auf die europäische Ebene, ich schaue mal zum Handeln der EZB, der Europäischen Zentralbank. Auf europäischer Ebene will die EZB 1,85 Billionen Euro in die Hand nehmen, um Staatsanleihen von insolvenzgefährdeten Staaten zu kaufen. Und „WELT Online“ titelte – ich zitiere –: „1,85 Billionen Euro – die EZB wagt den Aufbruch in die Unendlichkeit des Geldes“. Wahrscheinlich wollen Frau Taubert und die ganz große Koalition diesen Aufbruch auch für Thüringen. Sie, die Bundesregierung und die EU feiern eine Verschuldungsorgie nach der anderen, als gäbe es kein Morgen mehr, und das alles unter dem Deckmantel von Corona. Die EZB wird es schon richten, die EZB finanziert es ja mit aus dem Nichts geschaffenen Geld.

(Beifall AfD)

Ein Kommentar unter dem Welt-online-Artikel lautete: [E]s wird Geld gedruckt ohne Ende, ohne dahinterliegende Wertschöpfung. Die Hyperinflation nebst Schuldenschnitt ist vorprogrammiert und offenbar gewollt.“

Sehr geehrte Frau Finanzministerin Taubert, vielleicht wissen Sie ja mehr, vielleicht wissen Sie mehr vom Zustand des Weltfinanzsystems und dem Zustand des Euro als wir. Vielleicht ist das ja sogar Ihr Kalkül, dass die Staatsschulden, die Sie anhäufen, in einer Hyperinflation verbrannt werden. Wenn es so ist, dann bitte ich Sie, sehr geehrte Frau Taubert, machen Sie sich ehrlich und vor allen Dingen erzählen Sie den Thüringern davon, was auf uns zukommt! Klären Sie sie auf, damit sie nicht in die Inflationsfalle laufen! So ehrlich sollte man sein und so redlich sollte man als Finanzminister in Thüringen sein.

(Beifall AfD)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Altfraktionen und die Landesregierung sind im Bereich Corona weiter auf dem Holzweg unterwegs. Sie unterminieren die Wirtschaft und sie unterminieren damit kurz-, mittel- und langfristig auch unsere Staatsfinanzen. Es ist aber völlig egal, ob es ein harter oder leichter – neudeutsch – Lockdown ist. Man kann eine Volkswirtschaft nicht nach Belieben runter- und hochfahren. Man kann eine Volkswirtschaft nicht wie eine Lampe ein- und ausschalten. Das führt zu strukturellen Schäden, die nie wieder gutzumachen sind.

(Abg. Höcke)

(Beifall AfD)

Schon Mitte April stellten wir als AfD-Fraktion in einem Corona-Positionspapier fest: Die massiven Grundrechtsbeschränkungen und die bewusst in Kauf genommene Schädigung des Wirtschaftslebens waren nicht erforderlich. Ein halbes Jahr später haben wir eine Revision gemacht, haben wir den Faktencheck gemacht, wir haben Zahlen analysiert, wir haben die ersten empirischen Daten zusammengeführt, haben ein zweites Corona-Papier veröffentlicht, das zu demselben Schluss kam: Die massiven Grundrechtseinschränkungen und die bewusst in Kauf genommene Schädigung, sie waren nicht erforderlich und sie sind nicht erforderlich. Dieses Land, unser Freistaat Thüringen, braucht Freiheit statt Corona-Angst.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Hennig-Wellsow, DIE LINKE: Sie haben eine Vollmeise!)

Frau Präsidentin, ich weise Sie darauf hin, dass die Fraktionsvorsitzende der Linken gerade zu mir gesagt hat, ich hätte eine Vollmeise.

(Zwischenruf Abg. Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da hat Sie durchaus recht, wenn sie das gesagt hat!)

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Keller:

Ich werde das im Protokoll nachprüfen und dann werde ich entsprechend reagieren.

Abgeordneter Höcke, AfD:

Dann bedanke ich mich dafür, Frau Präsidentin.

Ich will an der Stelle auch durchaus mal darauf hinweisen, dass die Position dieses Rednerpults eine Ungleichbehandlung darstellt. Das muss auch mal öffentlich gesagt werden.

(Zwischenruf Abg. Möller, SPD: Nur gegen Sie, Herr Höcke!)

Wenn man wirklich auf das Prinzip der Gleichbehandlung setzen würde, dann müsste ich als AfD-Fraktionsvorsitzender nicht immer vis-à-vis zum Block der Krypto-Kommunisten reden,

(Beifall AfD)

die, allein wenn ich hier vorne auftauche, schon Wut und Heulkrämpfe produzieren. Und der Ministerpräsident, der darf dort drüben sitzen, vis-à-vis zu meiner Fraktion und guckt in das Gesicht freundlicher AfDler.

(Beifall AfD)

Ja, das ist ein Unterschied, das ist eine krasse Fehlbehandlung. Und eigentlich müsste dieses Rednerpult – und das vielleicht mal als Hinweis ...

(Zwischenruf Abg. Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ah, deswegen haben Sie den Lehrerberuf aufgegeben, weil Sie die Schüler nicht mehr ertragen haben! Jetzt verstehe ich es!)

Sie brauchen sich jetzt hier nicht aufzuregen, Herr Adams. Ich mache mir Sorgen, Herr Müller, um Ihre Gesundheit.

Vielleicht mal ein Hinweis an die Landtagsverwaltung: Gleichbehandlungsgrundsatz, dieses Rednerpult gehört bei jeder Sitzung in einer Rochade verrückt, einmal rechts und einmal links.

(Abg. Höcke)

(Heiterkeit SPD)

Denn das ist eine Benachteiligung, was hier läuft.

(Zwischenruf Abg. Zippel, CDU: Jetzt wird es lächerlich!)

Fakt ist, sehr geehrte Damen und Herren, für die meisten Menschen geht von dem sogenannten Coronavirus gar keine Gefahr aus. Für diese übergroße Bevölkerungsmehrheit muss ein normales Leben möglich sein. Das sind über 90 Prozent, die keine Vorerkrankungen haben, die nicht zu einer Risikogruppe gehören.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für diese Menschen muss es ein normales Leben geben dürfen. In einem demokratischen Rechtsstaat gilt die alte Devise: In dubio pro libertat – im Zweifel für die Freiheit.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Da kann man doch in Freiheit sterben! Super! Nicht!)

(Beifall AfD)

Das heißt natürlich nicht, dass Risikogruppen nicht geschützt werden müssten. Selbstverständlich müssen Risikogruppen geschützt werden.

(Zwischenruf Abg. Möller, SPD: Einsperren oder was?)

Für den Rest der übergroßen Bevölkerungsmehrheit reicht aber die Befolgung einer Etikette, wie das in jeder Grippezeit der Fall ist. Die Verantwortung für die eigene Gesundheit muss vom Staat wieder in die Hand des Bürgers gelegt werden.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Können Sie mal zum Haushalt reden?)

Zudem steht zu befürchten – und das haben wir, sehr geehrte Kollegen, auch schon hier im Hohen Hause diskutiert –, dass fehlende oder ausgefallene Vorsorgeuntersuchungen, Arztbesuche, dass Depressionen, die sich ausbreiten, der Bewegungsmangel, der zu verzeichnen ist, gerade für unsere Kinder und Jugendlichen, dass der wirtschaftliche Niedergang, den Sie mit Ihrer Corona-Politik angelegt haben und zu verantworten haben, dass der mittel- und langfristig mehr Opfer produziert, als das Virus an sich. Das ist zumindest zu befürchten, das ist zumindest möglich und das muss artikuliert werden dürfen. Auch das, was ich gerade an Corona-Positionierung artikuliert habe, muss ein Teil des gesellschaftlichen Diskurses in einer demokratischen Gesellschaft sein. Diese Positionierung darf nicht verleumdet werden, diese Positionierung darf nicht stigmatisiert werden, diese Positionierung muss eine Selbstverständlichkeit sein. Ich sage das in dieser Deutlichkeit auch in Ihre Richtung, Herr Kollege Voigt, weil Sie der AfD Corona-Leugnung unterstellt haben.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben in diesem Interview nicht nur von Corona-Leugnung gesprochen, Sie haben den AfD-Landesverband Thüringen auch auf das Übelste beleidigt. Das, was Sie dort an Unsinn produziert haben, weise ich in entschiedenen Worten hier und an dieser Stelle zurück.

(Beifall AfD)

Sie haben mit Ihren Äußerungen, sehr geehrter Kollege Voigt, eine Grenze überschritten.

(Abg. Höcke)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie überschreiten jeden Tag Grenzen!)

Sie haben eine Grenze überschritten. Sie haben hier versucht, einen neuen harten Voigtsprech zu platzieren. Und ich habe mich gefragt: Warum tut er das? Ich habe zwei Erklärungsansätze für mich gefunden. Aber vielleicht können Sie dazu noch einmal ausführen, wenn Sie hier am Rednerpult sind.

(Zwischenruf Abg. Meißner, CDU: Was ist denn nun mit dem Haushalt? Hat er den überhaupt gelesen?)

Erstens, sehr geehrter Kollege Voigt, habe ich das Gefühl, dass Sie zu viel Zeit mit Ihren neuen Freunden von den krypto-kommunistischen Fraktionen im Hohen Hause verbringen.

(Beifall AfD)

Ich habe das Gefühl, dass deren totalitäre Diktion auf Ihren Sprachgebrauch Einfluss genommen hat und Eingang gefunden hat. Das ist der erste Erklärungsansatz. Und der zweite Erklärungsansatz ist, sehr geehrter Herr Kollege Voigt, dass Sie mit Ihrer neuen Härte von Ihrer eigenen Inhaltslosigkeit ablenken wollen. So scheint es zu sein, er lächelt zustimmend. Von daher kann man davon ausgehen, dass es so ist.

(Beifall AfD)

Ja, Sie stehen für reine Inhaltslosigkeit. Das beste Beispiel ist doch die Diskussion um die Windkraft im Wald. Die CDU musste doch zum Jagen getragen werden. Wenn es nicht mutige Bürger in Ihrem Wahlkreis gegeben hätte, wenn es nicht diese engagierten Bürgerinitiativen gegen Windkraft in Thüringen geben würde, wenn es hier im Land Thüringen nicht eine starke AfD geben würde, dann wären Sie doch gar nicht in die Puschen gekommen.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Prof. Dr. Voigt, CDU: Wir haben schon dafür gearbeitet, da waren Sie noch nicht mal im Landtag!)

Sie als CDU sind doch der Hauptbefürworter für die Windkraft.

(Zwischenruf Abg. Prof. Dr. Voigt, CDU: Das ist doch absurd!)

Sie haben als Bundespartei in diesem Bereich völlig versagt und haben das Land in eine Sackgasse geführt.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: So ein Käse!)

Sie sind verantwortlich für 30.000 Windräder in Thüringen. Schauen Sie mal nach Hessen, wo Ihr Parteifreund Bouffier mit den Grünen zusammen ein riesiges Windkraftprogramm aufgebaut hat, wo er die wunderschönen Wälder Nordhessens verspargeln ließ.

(Zwischenruf Abg. Prof. Dr. Voigt, CDU: Sie sind doch so ein Blindgänger!)

Man kann jedem Thüringer Wähler nur zurufen: Vertraut in der Angelegenheit Windkraft nicht auf die CDU. Wer hier der CDU vertraut, der ist verraten und verkauft!

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Prof. Dr. Voigt, CDU: Das muss aber tief sitzen, dass wir das ohne Sie ausgehandelt haben!)

(Abg. Höcke)

So sieht das nämlich aus! Sie brauchen sich nicht aufzuregen, Herr Voigt. Für den Machterwerb sind Sie bereit, jeden Inhalt zu opfern, das ist klar. Ich lese gerade Franz-Josef Strauß' Erinnerungen. Haben Sie die mal gelesen?

(Zwischenruf Abg. Prof. Dr. Voigt, CDU: Die habe ich schon gelesen, da haben Sie nicht mal lesen können!)

Das sollten Sie mal tun, ein interessantes Buch, eine gute Lektüre für jeden, der im Politikbetrieb der Bundesrepublik Deutschland unterwegs ist.

(Zwischenruf Abg. Meißner, CDU: Haben Sie den Haushalt schon gelesen?)

Franz-Josef Strauß hätte Sie wahrscheinlich folgendermaßen beschrieben, sehr geehrter Herr Kollege Voigt. Er hätte von Ihnen ein Bild angefertigt, das sähe so aus: Er hätte Sie als glattgeschliffenen, kreisrunden Kieselstein in einem bayrischen Gebirgsbach beschrieben.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Prof. Dr. Voigt, CDU: Das sind saubere Bäche, insofern ist alles gut!)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Existenzangst greift um sich. In nie gekannter Deutlichkeit melden sich die Verbandsvertreter zu Wort. Der Präsident des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes prophezeit, dass nach dem zweiten Lockdown einem Drittel der 245.000 Betriebe seiner Branche die Schließung droht. Der Deutsche Reiseverband rechnet mit einem Umsatzeinbruch bis Jahresende von 28 Milliarden Euro. Der Schauspielverband spricht von einem kulturellen Kahlschlag. Der Vorsitzende der AG Kino bezeichnet die Lage als katastrophal und spricht von Verwerfungen, die weit über die Schließung hinausgehen. Der Verband der Pyrotechnischen Industrie sieht angesichts des auch in Thüringen verhängten Verkaufsverbots für Feuerwerk eine Existenzbedrohung, zumindest aber für dieses Jahr einen Umsatzrückgang von 95 Prozent. Wir als AfD-Fraktion versuchen in einem Eilverfahren zu retten, was zu retten ist.

(Beifall AfD)

Es geht in Deutschland und Thüringen um die Existenz ganzer Berufsgruppen und Millionen Selbstständiger. Niemals zuvor gab es in der Weltgeschichte so etwas wie einen Lockdown. Niemals zuvor gab es in der Weltgeschichte etwas, das ich gern als „Generalstreik von oben“ bezeichne. Sie, Herr Ministerpräsident, und Sie, sehr geehrte Damen und Herren von den Altfraktionen, sind die ersten, die so etwas gemacht haben. Das ist ein historisches Novum. In meinen Augen haben Sie damit historische Schuld auf sich geladen.

(Beifall AfD)

Wissen Sie, was mich am meisten ärgert, sehr geehrte Damen und Herren von den Altfraktionen? Dass Sie einfach so weitermachen, als sei nichts geschehen. Immer geht es nur um Ihr Klientel, immer geht es nur darum, sich einen hübschen Wahlkampfhaushalt zurechtzuzimmern.

(Zwischenruf Abg. Montag, FDP: Wie kommen Sie denn darauf, Herr Höcke? Sie sind Teil der Altfraktionen! Sie sind älter als ich!)

Immer geht es nur um die eigene persönliche Machtoption, wenn man in Hinterzimmergeklüngel versucht, das Geld zu verteilen.

(Beifall AfD)

(Abg. Höcke)

Von staatspolitischer Verantwortung sprechen Sie gern, aber staatspolitische Verantwortung leben Sie nicht. Das ist Ihr Problem.

(Beifall AfD)

Oder wollen Sie das, was am 7. Dezember im Bernhard-Vogel-Saal drüben im Landtag geschah,

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Während Sie weiter Weihnachten feiern mit 50 Leuten, ohne Abstand einzuhalten!)

unter den Begriff der staatspolitischen Verantwortung subsumieren? Ich sage Ihnen, was es war: Das war ein großes Geschacher auf Kosten des Thüringer Steuerzahlers.

(Beifall AfD)

Bei vielen Nougat – wie man hört oder aus der Presse entnehmen konnte – haben die umbenannte SED, die SPD, die Grünen und die Merkel-Union – die sogar Gastgeber war, ja, das Ganze fand im Bernhard-Vogel-Saal statt, man kann das gar nicht oft genug wiederholen – das bekannte „gibst du mir etwas, gebe ich dir etwas“ gespielt. Die „Thüringer Allgemeine“ kommentierte – ich weiß jetzt nicht, welcher der Herren es war, ich glaube, es war Herr Debes, ich zitiere –: „Der Kompromiss wirkt an einigen Stellen wie ein teures Sammelurium an Dingen, die sich die beteiligten Parteien schon immer wünschten, aber nicht leisten konnten.“ Corona macht es möglich.

Große Dissonanzen sind nicht bekannt. 19 Stunden für einen ganzen Haushalt. Das zeugt davon, dass es zwischen den Partnern große Schnittmengen gegeben hat. An der Stelle könnte man eigentlich sagen: Machen Sie sich doch einfach ehrlich, sehr geehrte Kollegen von der CDU, von der SPD, von den Grünen und von der umbenannten SED, machen Sie sich ehrlich und überlegen Sie mal, ob es nicht sinnvoll ist, für die Wahlen im April eine gemeinsame Plakatlinie zu entwerfen.

(Beifall AfD)

Dann wird den Thüringern draußen zumindest vor Augen geführt, dass hier zusammenwächst, was zusammengehört. Einen Namen für die neue Koalition im Werden habe ich auch schon gefunden. Ich weiß, Sie lieben Schokolade und wenn Sie mal rot, grün und schwarz zusammenmischen, dann bekommen Sie ganz leicht etwas heraus, das auch wie Schokolade oder besser wie Nougat aussieht. Ich schlage also vor, dass wir in Zukunft von Nougat-Koalition sprechen, wenn wir von der vertrauensvollen Partnerschaft von CDU, SPD, Grünen und Linken reden.

Präsidentin Keller:

Abgeordneter Höcke, es reicht. Ich finde, Sie sollten endlich zur Sache sprechen. Wir sind in einer Generaldebatte zum Haushalt.

(Beifall DIE LINKE, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)

Abgeordneter Höcke, AfD:

Die AfD gegen die Nougat-Koalition, wir reden hier über Haushalt, sehr geehrte Frau Präsidentin.

(Zwischenruf Abg. Meißner, CDU: Das ist das erste Mal, dass Sie zum Haushalt reden!)

(Zwischenruf Abg. Zippel, CDU: Peinlich!)

Ich rede hier als Fraktionsführer. Ich rede hier im Rahmen einer Generaldebatte als Fraktionsführer,

(Abg. Höcke)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Möchtegernführer!)

selbstverständlich über die Genese des Haushalts und Sie sollten mein Rederecht hier nicht einschränken. Darum bitte ich Sie.

(Beifall AfD)

Spaß beiseite, ich bin wirklich entsetzt über die Anbiederung der CDU.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es ist kein Spaß! Die Präsidentin muss doch erwarten können, dass zum Gegenstand geredet wird!)

Während in Thüringen Hunderttausende in existentiellen Nöten sind, haben Sie horrende Summen für die ideologischen Lieblingsprojekte der Linkenfraktion bewilligt. Das will ich Ihnen mal hier unter die Nase reiben. 2,25 Millionen Euro mehr für Integrationsförderung, also überwiegend für die Eingliederung von illegalen Einwanderungen – Zustimmung von der CDU. 1 Million Euro mehr zur Verbesserung des Betreuungs- und Verpflegungsangebotes in der Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl – Zustimmung von der CDU. Wahrscheinlich ist das dann ein kleiner Bonus für das, was dort im letzten Jahr in dieser Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl passiert ist. 280.000 Euro Zuschuss an eine Fachberatungsstelle gegen Menschenhandel. Menschenhandel in Thüringen? Zustimmung von der CDU! 5,876 Millionen Euro und damit noch mal 1,2 Millionen Euro mehr als 2020 für das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit, aus dem – und wir haben es mit vielen Anfragen nachgewiesen – vor allen Dingen linke und linksextreme Strukturen genährt werden. Zustimmung von der CDU! Errichtung und Betrieb einer Beratungsstelle „Hatespeech“. Zustimmung von der CDU! 650.000 Euro gibt es für eine Landesdiskriminierungsstelle. Zustimmung der CDU – wobei ich den Erläuterungstext des Antrags einfach zu schön finde und hier mal zitieren möchte. Ich zitiere: „Ausgaben sind vorgesehen für die Projektförderung durch die Landesservicestelle Bürger*innenbeteiligung und die Antidiskriminierungsstelle sowie im Zusammenhang mit dem Thüringer Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt, insbesondere der Koordinierungsstelle LSBTIQ* und für die Errichtung und Etablierung eines Queeren Zentrums.“. Zustimmung von der CDU!

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist Anerkennung von Lebensrealitäten!)

Multikulti, Genderismus, Minderheitenkult, alles kein Problem für die CDU. Thüringen ist unter Rot-Rot-Grün zu einem Feuchtbiotop für Linksextremismus geworden und die CDU hilft nicht dabei, diesen Sumpf trocken zu legen. Im Gegenteil, sie tut alles dafür, dass dieser Sumpf blüht, und das ist ein Skandal.

(Beifall AfD)

Ja, sehr geehrte Kollegen von der CDU, ich weiß, es gibt auch wirklich anständige Abgeordnete in Ihren Reihen, aber in Mehrheit haben Sie mitgeholfen, eine steuerfinanzierte parteinahe Zivilgesellschaft aufzubauen. Keine freie Zivilgesellschaft, die den Volkswillen katalysiert, die die Diskussionskultur auch positiv befruchtet, sondern eine parteinahe steuerfinanzierte Zivilgesellschaft, eine abhängige Zivilgesellschaft, die eben nur den Regierungswillen katalysiert und nur den Regierungsparteien als Resonanzraum für ihre Botschaften dient. Und das ist tatsächlich eine Gefahr für die Demokratie in Deutschland.

(Beifall AfD)

Und an der Stelle möchte ich mal auf das von der CDU-Bundesregierung auf den Weg gebrachte neue Programm gegen rechts hinweisen, das – wie wir wissen und aufgeklärt haben – vor allen Dingen den Kampf gegen die bürgerliche Welt mit ihren Wertvorstellungen als Grundlage unseres Staates finanziert und vor al-

(Abg. Höcke)

lem linke und linksextreme Strukturen fördert. In den nächsten drei Jahren soll 1 Milliarde Euro in die sogenannte Zivilgesellschaft fließen, eine Zivilgesellschaft, die eben nicht frei, sondern von Ihnen selbst geschaffen worden ist. Und manchmal wünschte ich mir, Sie würden mal mehr linke Theorielektüre genießen oder sich zuführen. Haben Sie noch nie was von Antonio Gramsci gehört oder noch niemals was von Antonio Gramsci gelesen?

(Zwischenruf Abg. Prof. Dr. Voigt, CDU: Sie sind wirklich eine Luftpumpe! Sie sind eine Luftpumpe, nichts Anderes!)

Das, was Sie hier unterstützen, sehr geehrter Herr Voigt, das ist klassische linke Hegemonialpolitik. Damit unterwandert man den Staat.

(Beifall AfD)

Sehr geehrte Damen und Herren, mit über 300 Änderungsanträgen haben wir als AfD Schwerpunkte einer alternativen Haushaltspolitik gegen das Altparteieneinerlei aufgezeigt. Darauf sind wir sehr stolz. Wir haben uns bei der Antragsformulierung einfach gefragt: Was nutzt den Thüringern und was braucht in Thüringen kein Mensch?

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie!)

Illegale Einwanderung braucht kein Thüringer. Wir wollen eine Verabschiedungskultur für illegale Einwanderer

(Beifall AfD)

und haben das in einschlägigen Änderungsanträgen untersetzt. Wenn wir von Fachkräftegewinnung reden, dann denken wir vor allen Dingen über die Entwicklung unseres eigenen Nachwuchses nach.

Unwirksame Klimaprojekte braucht kein Thüringer. Wir wollen keine Naturzerstörung als AfD, wir wollen echten Naturschutz.

(Beifall AfD)

Genderismus und hundert Geschlechter braucht kein Thüringer. Wir wollen echte Frauen und Männer und nicht mehr.

Und politische Indoktrinierung, sehr geehrte Damen und Herren, braucht kein Thüringer. Ich bin der festen Überzeugung, die Thüringer sind das betreute Denken satt.

(Beifall AfD)

Was wir wo gestrichen haben, werden Ihnen meine Kollegen dann bei Einzelplanberatungen ausführen. Grundsätzlich gilt für uns als AfD: Wir nehmen das Geld von den Ideologen und geben das Geld den Thüringern bzw. investieren es in die Zukunft unseres Landes.

Polizei: Da wollen wir eine flächendeckende Ausrüstung mit Bodycams. Wir wollen den Neubau der PI Arnstadt und wir wollen vor allen Dingen die Grundsanierung der Polizeischule in Meiningen. Da müssen wir Spitze in der Bundesrepublik Deutschland sein, damit der Freistaat Thüringen ein attraktiver Arbeitgeber für junge Polizeianwärter sein kann.

(Beifall AfD)

(Abg. Höcke)

Feuerwehr: Mehr Mittel wollen wir hier in die Hand nehmen zur Unterstützung der Jugendfeuerwehr, die eine exzellente Arbeit machen, eine pädagogisch wertvolle Arbeit. Wir wollen eine Erhöhung der Feuerwehrrente über die Brosamen hinaus, die ihnen bisher gewährt werden. Der Einsatz der Feuerwehrkameraden ist unersetzlich und unentbehrlich. Ich sage an dieser Stelle: Herzlichen Dank für Ihren Einsatz, liebe Feuerwehrkameraden.

(Beifall AfD)

Landwirtschaft: Wir wollen mehr Mittel in die Hand nehmen für die Prophylaxe vor der Amerikanischen Schweinepest. Sehr geehrte Damen und Herren, die Afrikanische Schweinepest steht an der Grenze des Freistaats. Und das, was die Thüringer Landesregierung macht, ist viel zu wenig. Da muss nachgebessert werden. Da muss mehr Geld in die Hand genommen werden.

Wir wollen die Pflege stärken. 4 Millionen Euro mehr für die Unterstützung und Stärkung der Pflege in Thüringen, vor allen Dingen im ländlichen Raum. Wir wollen in die Gesundheit investieren, in ein mobiles Krebsberatungssystem. Vor allen Dingen wollen wir den Ausbau des klinischen Krebsregisters unterstützen. Dafür wollen wir Geld in die Hand nehmen. Da ist das Geld gut angelegt. Wir haben dort einschlägige Änderungsanträge.

(Beifall AfD)

Im kommunalen Bereich wollen wir vor allen Dingen auch den Härtefallfonds auffüllen, um die Folgelasten bei den Straßenausbaubeiträgen abzumildern.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch etwas zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes sagen. Gleich werden die Redner, die nach mir an dieses Pult treten, versuchen, sich wieder den Kommunalorden ans Revers zu heften. Vor allem die CDU wird für sich in Anspruch nehmen, Vertreter der Kommunen zu sein. Ich sage Ihnen, liebe CDU, nach dem Desaster, das Ihr Finanzminister Voß angerichtet hat, sollten Sie das nicht mehr tun, wenn Sie sich nicht der Lüge überführt wissen wollen. Sie haben versucht, die Kommunen in Thüringen auf dem finanzpolitischen Weg ins Sterbezimmer zu führen. Das ist die Tatsache. Die rot-rot-grüne Landesregierung hat dasselbe auf dem strukturpolitischen Weg versucht, über die gescheiterte Gebietsreform. Aber so ganz aufgegeben hat sie ihren Plan immer noch nicht. Das, was hier in Gesetzesform als Novellierung gegossen worden ist, dafür sollten Sie sich, sehr geehrte Damen und Herren von den Altfraktionen, einfach schämen. Das ist zu viel zum Sterben, aber zu wenig zum Leben für die Kommunen.

(Beifall AfD)

Von Umsetzung des Konnexitätsprinzips im Gesetz keine Spur – 110 Millionen Euro mehr, das ist ein schlechter Witz. Haben Sie allein mal die Aufwendung für die Sozialleistung überprüft? Wahrscheinlich ist das nicht erfolgt. Sollen weiterhin – kann man mal fragen – die Sozialleistungskosten das Haushaltsvolumen der kreisfreien Städte und Landkreise um bis zu 60 Prozent – im Durchschnitt sind es 48 Prozent, in Ostthüringen sind es über 60 Prozent – belasten? Und was – auch das darf man fragen – ist mit den kleinen Gemeinden und den kreisangehörigen Städten? Warum ändert sich beispielsweise der Soziallastenfaktor zu deren Gunsten nicht im novellierten Thüringer Finanzausgleichsgesetz, obwohl die Bundeszuweisungen für die Kosten der Unterkunft nach § 22 Sozialgesetzbuch II seit dem 1. Januar 2020 um 25 Prozent gestiegen sind und die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften in Thüringen bekannterweise rückläufig sind? Das jährliche Betteln – das ist die Überzeugung der AfD-Fraktion – der Kommunen muss ein Ende haben. Wir haben im-

(Abg. Höcke)

mer unser Ja zur kommunalen Selbstverwaltung betont. Deswegen müssen die Kommunen vom Land auskömmlich finanziert werden. Das Geld ist da, es muss nur richtig ausgegeben werden.

(Beifall AfD)

Sehr geehrte Damen und Herren, abschließend will ich noch mal das Kernziel der AfD-Fraktion nennen, das die über 300 Änderungsanträge im Haushalt untersetzt haben. Dieses Kernziel lautet: Wir als AfD wollen aus einem Ideologiestaat wieder einen neutralen Staat machen, eine neutrale Institution des Gemeinwohls.

(Beifall AfD)

Hunderte Millionen, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, könnte man für die Thüringer durch die Entideologisierung der Politik sparen. Wir nehmen dieses Geld, nehmen es den Ideologen und investieren es in die Zukunft unseres Landes. An der Stelle möchte ich noch mal betonen: Ich freue mich durchaus auf einen möglichen Wahlkampf im April. Die Thüringer hätten etwas zu wählen, sie haben etwas zu wählen. Sie können Ja sagen zu neuen Nougatkoalitionen. Das wäre dann ein Ja für mehr Ideologie und mehr staatliche Bevormundung. Oder sie sagen Ja zur AfD. Das bedeutet, Ja zu sagen zu Thüringen und Ja zu sagen zur Freiheit. Ich bin mir sicher, dass die Thüringer eine kluge Wahl treffen werden und bedanke mich an dieser Stelle für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Präsidentin Keller:

Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Hey für die SPD-Fraktion.

Abgeordneter Hey SPD:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Höcke, Sie haben viel über Vieles geredet, wenig über den Thüringer Haushalt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich versuche, das jetzt ein bisschen anders zu machen. Aber eine kleine Replik auf das, was Sie hier vorn an diesem Redepult geäußert haben, möchte ich doch noch geben. Zum einen: Sie sagen, es sei geradezu verantwortungslos und geradezu lächerlich gewesen gegenüber Verkäuferinnen, gegenüber Pflegerinnen, Krankenschwestern, Leuten, die – ich nenne das jetzt mal – systemrelevant in diesem Land sind, eine Sitzung des Thüringer Landtags abzusagen aufgrund des Verdachts oder der Bestätigung von Corona-Fällen hier im Hause. Ich sage Ihnen mal, was unverantwortlich ist: An dem Tag, an dem Sie glaubten, wir hätten nur geschachert, hat Ihre Fraktion im Thüringer Landtag mit mehr als 40 Mitgliedern – das ist sogar von Ihnen so bestätigt worden – in Ihrem Fraktionsraum eine Weihnachtsfeier gefeiert.

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Waren Sie dabei?)

Jetzt kennen die Leute draußen nicht die Größe der Fraktionsräume. Aber ich kann ihnen sagen: Nach den neuesten Maßnahmen, an die sich im Übrigen Verkäuferinnen, Krankenschwestern, Lkw-Fahrer und alle anderen Menschen auch zu halten haben, gehen nie im Leben 40 Leute in Ihren Fraktionsraum rein, ohne dass man sich dort einem Infektionsrisiko aussetzt.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Bei uns sind alle gesund!)

Das weiß man nicht, weil Sie sich nicht haben testen lassen.

(Abg. Hey SPD)

(Beifall DIE LINKE, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)

Auch das hat Ihr Parlamentarischer Geschäftsführer in die Kameras gesagt, dass es in der Fraktion mehrheitlich die Überzeugung gibt, nicht an Tests teilzunehmen, die die Landtagsverwaltung hier freundlicherweise mit bereitgestellt hat. Und dann sage ich Ihnen noch Eines: Ich war an diesem Abend innerhalb dieser 19 Stunden natürlich als Fraktionsvorsitzender auch im Landtag mit vorhanden – ich nenne mich nicht „Fraktionsführer“, Herr Höcke.

(Heiterkeit DIE LINKE)

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Ich sage Ihnen deutlich, ich habe Mitglieder Ihrer Fraktion und Gäste Ihrer Weihnachtsfeier spätestens nach 20.00 Uhr gesehen, die darauf gepiffen haben, eine Maske aufzusetzen, wenn sie den Fraktionsraum zum Beispiel verlassen haben, um auf die Toilette rauszugehen und wieder reinzugehen, die sich über uns lustig gemacht haben, weil wir draußen standen und verhandelt haben und alle eine Maske aufhatten. Ich sage Ihnen Eines: Es ist unverantwortlich, nicht nur gegenüber den Kolleginnen und Kollegen unterschiedlicher Farben hier in diesem Landtag, sondern auch denen gegenüber, die hier die Technik bereitstellen, die das Protokoll führen, die unter anderem uns in die Lage versetzen, überhaupt heute hier die Debatte zu führen, wenn Sie sich de facto als Infektionsrisiko einer solchen Weihnachtsfeier stellen und sich dann hier hinstellen und noch behaupten, wir würden aus irgendwelchen Gründen – und die wären lachhaft – in irgendeiner Art und Weise eine Landtagssitzung absagen. Das ist wirklich unredlich, Herr Höcke.

(Beifall DIE LINKE, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)

Und noch Eines, weil ich das nicht auf mir sitzen lassen möchte: Sie spielen hier auf etwas an. Ich bin seit 2009 Mitglied des Thüringer Landtags und ja, es ist eine kleine Tradition von mir, dass ich – ich will den Namen jetzt nicht sagen – ein Thüringer Qualitätsprodukt, in Schmalkalden produziert, nämlich Nougat, immer mal Kolleginnen und Kollegen gebe, wenn es länger dauert. Ich kann Ihnen sagen, ich habe schon Nougat hier verteilt, da haben Sie noch vor Schülern gestanden und haben Geschichte unterrichtet, Herr Höcke. Das ist das Eine. Und das Zweite ist: Lieber brauner Nougat als braune Demokratie, das sage ich Ihnen auch.

(Beifall DIE LINKE, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)

Und noch etwas: Wenn Sie sich hier als hochbezahlter Fraktionsvorsitzender des Thüringer Landtags hinstellen und ernsthaft bemängeln, an welchem Standort, an welcher Position ein Rednerpult hier in diesem Hause ist, dann frage ich Sie: Was müssen draußen die Leute, die seit Monaten unter schwierigsten Bedingungen ihrem Job nachgehen, auch Krankenschwestern, auch Krankenpfleger, auch beispielsweise Lkw-Fahrer, was müssen die glauben? Das, finde ich, erzeugt richtige Politikverdrossenheit, sich über solche Sachen hier in irgendeiner Form mokant so zu äußern. Das versteht draußen keiner mehr, Herr Höcke.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt versuche ich mal nach alldem, was Sie versucht haben, hier in Bezug auf Corona vorzubringen, das Thema auch einfach mal ein Stück weit beiseite zu lassen, weil wir heute in einer Haushaltsdebatte sind, weil dieser Freistaat einen Haushalt braucht für das Jahr 2021. Und ich versuche auch mal, auf den Etat des Haushalts bzw. auf den Landesetat 2021 einzugehen. Die Pressestelle meiner Fraktion hat für die sozialen Netzwerke in den letzten Tagen schon mal in Bezug auf den Haushalt 2021 gepostet, dass das ein Haushalt ist, der sich sehen lassen kann. Und um es gleich vorwegzuschicken: Das trifft es sehr gut, das ist tatsächlich ein Etat, der sich sehen lassen kann.

(Abg. Hey SPD)

Weil es an dieser Stelle der eine oder andere meiner Vorredner bereits getan hat – bzw. Herr Emde hat es getan –, will ich hier auch Danke sagen an alle, die mitgeholfen haben, dass wir heute in der Lage sind, das Haushaltsgesetz zu beschließen. Dabei will ich insbesondere an die denken, die hinter den Kulissen neben den Verhandlern fleißig wie die Bienchen in den letzten Wochen gerackert haben, also die Referenten in den Fraktionen von Rot-Rot-Grün und der CDU, aber auch ganze Mitarbeiterstäbe in den Ministerien, die Tag und Nacht bereitgestanden haben, um Auskünfte zu geben, Dinge neu zu berechnen, Vorlagen zu bearbeiten. Auch an die an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist ein Haushalt, der sich sehen lassen kann. Und wie üblich ist es so, dass der Erfolg viele Väter hat.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und Mütter!)

Jede Fraktion, die für diesen Haushalt mitverhandelt hat, gibt sich in den letzten Tagen die größte Mühe zu betonen, dass der Haushalt eigentlich nur deshalb gut ist, weil ihre jeweiligen Wünsche drinstecken. Ich habe gelesen, dass das ein besonders grüner Haushalt ist. Das ist aber nur ein Beispiel für viele, viele andere Meldungen aus unterschiedlichen Richtungen. Es ist ja nun mal so, dass Klappern auch zum Handwerk gehört, und das ist auch okay.

Vor allem aber ist eines mal an dieser Stelle zu sagen: Es gibt eine Einigung für einen Haushalt, der heute mehrheitlich beschlossen werden kann. Ja, es gibt diese Einigung nach stundenlangen, teilweise nächtelangen Verhandlungen – die letzte Verhandlungsnacht 19 Stunden lang. Es hat viele Zweifler außerhalb des Landtags, aber zugegebenermaßen auch in den eigenen Reihen gegeben, ob das überhaupt gelingen kann. Weil die Ziele der einzelnen vier Fraktionen bei entscheidenden Knackpunkten teilweise völlig unterschiedlich sind. Weil es schon allein über die Frage der Vorgehensweise bei Herstellung des Haushalts völlig andere Meinungen zwischen CDU und Rot-Rot-Grün gab, zum Beispiel in der Frage der Kreditaufnahme, der Frage um das Aufbrauchen der Rücklage, der Frage um globale Minderausgaben. Weil viele gesagt haben, wie das denn klappen soll, wenn allein auch nur ein einziger Partner aussteigt bei so entscheidenden Knackpunkten wie – ich nenne jetzt mal zum Beispiel – der Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen oder dem Verfassungsschutz.

Aber wir sehen heute, es hat geklappt und es war möglich, sich auf ein so komplexes Werk wie eben dieses Haushaltsgesetz mit allen Änderungsanträgen zu einigen. Und das ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch mal ein Wert an sich.

(Beifall SPD)

Und weil wir das alle wissen: Rot-Rot-Grün hat keine eigene Mehrheit, um dieses Gesetz zu verabschieden. Man braucht immer auch zumindest einen Teil der Christdemokraten dazu. Und weil das auch dazugehört und nicht nur der Vollständigkeit halber: Herr Voigt, als Vorsitzender der CDU-Fraktion, ich will mich auch bei Ihnen bedanken für die Zusammenarbeit in den letzten Wochen und auch für Ihre Verlässlichkeit in vielen Sachfragen. Ich finde, das gehört auch in schwierigen politischen Zeiten einfach zur Fairness und zum Verständnis für ein gutes Miteinander über die Parteigrenzen hinweg dazu, und das gilt für Ihr gesamtes Verhandlungsteam, also auch für Herrn Bühl und Herrn Emde.

Zugegebenermaßen hatten wir es in den Verhandlungen nicht immer leicht mit Ihnen, Sie aber ganz sicher auch nicht mit uns. Das gehört dazu, wenn man über fast 12 Milliarden Euro streitet und wie die sinnvoll verteilt werden. In einer Sache, lieber Herr Voigt, muss ich allerdings doch noch mal feucht nachwischen. Sie haben in einem Interview – das wurde Anfang der letzten Woche gesendet, das lief beim MDR – gesagt, das

(Abg. Hey SPD)

sei ja nicht Ihr Haushalt, aber Sie hätten sich in den entscheidenden Punkten durchgesetzt. Sehen Sie es mir nach, dass ich darauf hier gesondert eingehe: Herr Voigt und liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, das ist sehr wohl auch Ihr Landeshaushalt, den wir hier gemeinsam verabschieden. Das ist ja auch irgendwie logisch, denn Sie wollen ja auch betonen, wie viel schöne Sachen da drinstecken, wo das CDU-Wappen draufklebt. Eines funktioniert ja nicht, wenn man Ihre Aussage mal ganz wörtlich nimmt, das ist eben eine rot-rot-grünes Machwerk – dieser Haushalt –, also ein links-grünes Konstrukt, aber die wirklich schönen Sahnestückchen darin, die kommen von der CDU. Das kann man zwar erzählen, das kann man posten, meinetwegen auch auf diesem neuen Medium der aufgeplusterten Politik, also auf Twitter, aber es ist eben doch nicht sehr realitätsnah.

An manchen Stellen, Herr Voigt, sind Abgeordnete Ihrer Fraktion ja auch gar nicht zimperlich, bestimmte Haushaltspunkte, die Rot-Rot-Grün durchgesetzt hat, umgehend im Internet als eigene Errungenschaften zu preisen. Ich habe zum Beispiel sehr erheitert die Tatsache aufgenommen, dass die Einigung zur Anschubfinanzierung des Wiedererwerbs des Schlosses Landsberg im Süden Thüringens – da hatte die CDU am Anfang so ein bisschen Probleme. Kaum war die Einigung auch in dieser Form geschmiedet, wurde es dann sofort von CDU-Abgeordneten über Facebook und Twitter als ihren eigenen Erfolg mit vermarktet. Aber das ist nun mal so, bei Seite gelegt, ich wollte es nur, weil ich aus meinem Herzen keine Mördergrube machen möchte, an dieser Stelle noch mal erwähnen.

Dieser Haushalt kann sich sehen lassen, weil er wirklich entscheidende Weichenstellungen bewirkt, zum Beispiel im Bereich der Bildung. Wir haben 840 weitere Lehrerstellen, die sprechen eine sehr, sehr deutliche Sprache. Uns ist aber auch wichtig, dass im Bereich der Kindergärten eine Verdopplung der Ausbildungsplätze im PIA-Programm erreicht werden konnte. Über die Eingruppierung der Grundschullehrer in die A13 ist am Freitag – also am Ende letzter Woche – hier in dieser Plenardebatte am Pult schon viel gesagt und diskutiert worden. Es werden 5 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt für Lüftungssysteme in den Schulen, 10 Millionen Euro zusätzlich für die Beschaffung digitaler Endgeräte in den Schulen.

Es ist ein Haushalt, der im Bereich der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Digitalisierung die richtigen Zeichen setzt. Es gibt hier rund 85 Millionen Euro mehr im Sondervermögen, allein 23 Millionen Euro für den Breitbandausbau, 16 Millionen Euro für zusätzliche Investitionen am Universitätsklinikum in Jena und was uns vor allem wichtig war, 11,8 Millionen Euro zusätzlich für die Unterstützung der Transformationsprozesse in der Wirtschaft. Das klingt – ich weiß – ziemlich sperrig, aber dahinter steckt vor allem eins: Wir erleben seit Jahren einen Umbruch in der Autoindustrie, zum Beispiel in Bezug auf die Antriebstechnologien, aber generell auch, weil die Digitalisierung sicher überall ein Segen für viele kleine Unternehmen, aber auch eine enorme Herausforderung ist. Für die Bewältigung dieser Herausforderungen, für Hilfestellungen ist genau dieses Geld gedacht.

4 Millionen Euro, meine Damen und Herren, werden bereitgestellt für zusätzliche Medizinstudienplätze. Auch das ist ja eine wichtige Forderung, die hier jetzt umgesetzt werden kann.

Dieser Haushalt ist auch einer, der dort ansetzt, wo wir als SPD ja zwei-, dreimal hingucken, nämlich im Bereich des Sozialen. 2,5 Millionen Euro zusätzlich für das Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“, 22,5 Millionen Euro für die Einführung einer Familienkarte, die im Übrigen genau denen zugutekommen soll, die in dieser Corona-Pandemie auch besonders herausgefordert waren und sind – das ist nun mal die Familie – und die eine Unterstützung verdienen, und auch 2,2 Millionen Euro, auf die ich eingehen möchte, für den Aufbau von Beratungs- und Unterstützungsangeboten der älteren Generationen im ländlichen Raum. Dieses Programm hört auf den schönen Namen „AGATHE“ und der erinnert an eine schö-

(Abg. Hey SPD)

ne Fernsehfigur, die als Krankenschwester auf dem Land unterwegs war. Hier geht es aber um wesentlich mehr, nämlich um Hilfestellungen in nahezu allen Lebensbereichen für die ältere Generation im ländlichen Raum.

Wir bessern nach für die Kommunen. Ja, Herr Höcke, sie haben das vorhin kritisiert, vor einigen Tagen ist das auch schon vielfach in den Medien kommuniziert worden, aber ich sage: 200 Millionen Euro zusätzlich für die Kommunen, das ist eine gute Sache. Die gehen zum Teil direkt in die Schlüsselmasse und als Kompensierung für Steuerausfälle, aus diesem Paket 10 Millionen Euro auch für Orte, die bereits aus dem Kulturlastenausgleich Geld erhalten haben und 10 Millionen Euro für die Kur- und Erholungsorte.

In den Verhandlungen war es uns wichtig, natürlich auch das Thema der „inneren Sicherheit“. Auch das spiegelt sich in diesem Etat 2020/2021 sehr deutlich wider. Mehr Polizeianwärter, wir schaffen einen Korridor zur Beförderung im mittleren Polizeivollzugsdienst auf A9. Fast 4 Millionen Euro stehen bereit für die Beschaffung für neue Polizeifahrzeuge, 5 Millionen Euro für zusätzliche Maßnahmen der Digitalisierung. Wir stellen die Weichen für acht neue Planstellen für die Landesfeuerweherschule und 5 Millionen Euro zusätzlich für Feuerwehrhäuser, für Fahrzeuge, Geräte und Uniformen. Es werden 9,5 Millionen Euro im Sondervermögen für die Rettungsleitstellen und auch den Katastrophenschutz in den Kommunen bereitgestellt – auch das sehr sinnvoll angelegtes Geld.

Und ja – ich sage das sehr bewusst –, auch der Verfassungsschutz hat einen Stellenaufwuchs erfahren – ganz offiziell. Wir finden das gut. Aber Sie wissen auch, wie sehr das uns in der Koalition beschäftigt hat. Das zeigt auch, wie sehr sich hier jede Fraktion bewegt hat. Für diesen Willen zur Bewegung danke ich an dieser Stelle auch noch mal.

Dieser Haushalt hilft beim sozialen Wohnungsbau durch 15 Millionen Euro zusätzliche Zuweisung beim Wohnungsbauvermögen. Er hilft dem grünen Herzen, nämlich unserem Wald, für den 26 Millionen Euro zusätzlich ausgegeben werden können, nämlich 11 Millionen für die Forstanstalt und je 7,5 Millionen zunächst für private und dann auch für die Kommunalwälder. Das Azubi-Ticket wird mit rund 5 Millionen Euro zusätzlich bedacht und für kommunalen Straßenbau stehen 15 Millionen Euro zusätzlich bereit, davon sind 5 Millionen für Radwege vorgesehen.

Dieser Haushalt setzt auch die richtigen Schwerpunkte in der Kultur mit 6 Millionen Euro zusätzlich, beispielsweise zur Förderung von Musik- und Jugendkunstschulen. Besonders wichtig – finde ich zumindest – sind die 5 Millionen Euro zusätzlich für unsere Stiftung Schlösser und Gärten. Die Debatte zur Ausfinanzierung dieser Stiftung ist ja in den letzten Monaten sehr ausführlich und sehr kontrovers geführt worden. Dieses Geld ist nämlich nicht nur dringend notwendig, um einen Schritt voranzukommen bei der Gegenfinanzierung der Bundesgelder, die dankenswerterweise bereitgestellt worden sind, sondern mit diesem Haushaltsansatz muss auch ein wichtiges Signal gesendet werden, dass wir eine weitere Debatte führen müssen, und zwar sehr dringend. Das ist die Diskussion darüber, wohin wir eigentlich wollen mit dieser Stiftung, was uns diese Stiftung wert ist und vor allem, ob und wie wir diese Stiftung endlich in die Lage versetzen können, so zu agieren, dass sie wie eine moderne Schlösserverwaltung einerseits agieren kann, aber das kulturelle Erbe dieses Landes andererseits auch so vermarkten kann, wie es dieses Erbe verdient und wie es im Übrigen auch die unermüdlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Stiftung verdient haben.

Eines freut mich auch ganz besonders und ich will daraus keinen Hehl machen: Das ist die Anhebung der Bezahlung für die Eingangssämter von Steuer- und Finanzanwärtlern. Wer meine Vita kennt, weiß, ich bin nicht nur gelernter Offsetdrucker, sondern später auch Steuerfachwirt geworden. Aber mal ganz uneigennützig: Die werden sehr oft vergessen. Es gibt nicht nur Polizisten und Lehrer und all die anderen sehr wichti-

(Abg. Hey SPD)

gen Berufsgruppen, es gibt auch die, die ziemlich unbemerkt von der Öffentlichkeit seit Jahrzehnten ihren Job tun und all die Milliarden, die wir so gern verteilen, zunächst mal einnehmen und zuordnen müssen, die dafür sorgen, dass es Steuergerechtigkeit gibt und die nie so im Rampenlicht stehen mit ihrer Arbeit, die aber auch wirklich nicht einfacher geworden ist.

Ich habe erstens nur begrenzte Redezeit, möchte die auch nicht voll und ganz ausschöpfen – je schneller wir hier vorankommen, umso schneller gibt es einen Landeshaushalt. Ich kann deswegen auch nicht auf alle markanten Dinge eingehen, die es ansonsten noch im Haushalt gibt. Der eine oder andere Fachsprecher oder Referent mag es mir nachsehen.

An dieser Stelle will ich aber auch mal sagen: Danke und Hut ab vor allen Kolleginnen und Kollegen aus allen vier Fraktionen, die für ihre jeweiligen Fachbereiche streiten und gestritten haben. Danke nämlich dafür, dass Sie sich trotz aller weiteren Wünsche – und glauben Sie mir, ein Fachpolitiker hat immer weitere Wünsche – an den Rahmen gehalten haben, der vorgegeben war, und auch an das Zeitfenster, irgendwann keine Änderungswünsche mehr einzureichen. Herr Emde hat in seiner Berichterstattung bereits gesagt, er hat das noch nie erlebt, dass es eine – wie hat er sich ausgedrückt – so sportliche Zielvorgabe gegeben hat auch im zeitlichen Rahmen. Dass das geklappt hat, ist ja auch ein Beispiel dafür, dass sich die Fachpolitiker dann zum Schluss auf diesen Konsens geeinigt haben.

Ich finde, dieser Haushalt setzt richtige Schwerpunkte, vor allem aber zeigt er in dieser Krise ein wichtiges Signal: Dieses Land ist nämlich handlungsfähig und es ist möglich, gegen die Krise mit ganz konkreten Dingen anzugehen. Wir können uns nämlich schlecht hinstellen und sagen: Jetzt ist gerade Corona, jetzt wird erst mal nur das Allernötigste gemacht und dann gucken wir mal, wenn alles vorbei ist, was uns ansonsten noch so einfällt. Nein, wir verbinden mit diesem Haushalt eigentlich gleich Zweierlei: sofort anzusteuern gegen die Krise und gleichzeitig für die Zukunft und für die Zeit nach Corona vorzusorgen.

Das ist ein Spagat, meine Damen und Herren. Aber vor allem zeigt es eins: Diejenigen, die draußen gerade Stimmung machen gegen alles, was Parlamente derzeit zu entscheiden haben – leider machen sie auch Stimmung in den Parlamenten selbst –, sollten begreifen, es gibt hier eine Vielzahl von Menschen, die Verantwortung übernommen haben, um mehr als 11 Milliarden Euro heute auf die Reise zu schicken und damit dem Freistaat die Grundlage zu geben, auch im kommenden Jahr verlässliche Finanzierung bereitzustellen. Auch das, meine Damen und Herren, ist ein Wert an sich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und weil wir über Werte und schwierige Zeiten reden, ganz am Ende noch Eines, weil wir auch ganz viel in den letzten Tagen in den Zeitungen gelesen haben – ich habe es aus den Medien vernommen –, darüber hören: Wir alle wissen, dass nach der letzten Abstimmung irgendwann am späten Abend oder mitten in der Nacht, je nachdem wie lange die Debatte heute hier dauern wird, dass dann der Stabilitätsmechanismus endet, den Rot-Rot-Grün und die CDU bis zum heutigen Tage hatten. Dieser Mechanismus hat dazu beigetragen, dass in diesen zugegebenermaßen sehr seltsamen Zeiten der Landtag insoweit funktioniert, als dass wichtige Entscheidungen gemeinsam für das Land getroffen wurden. In Zeiten, in denen sich mancher nur verächtlich zu dem äußert, was Politik so macht, ist das sehr wichtig gewesen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Keine Sorge Herr Voigt, ich werbe hier jetzt nicht für eine Fortsetzung dieses Stabilitätspakts oder für eine Neuauflage. Ich will damit nur Eines noch mal ganz klar und deutlich sagen: Wenn man ein gemeinsames Ziel hat, wenn man hin und wieder eigene Standpunkte ein Stückweit zurücknimmt, weil man weiß, dass es

(Abg. Hey SPD)

manchmal wichtiger ist, etwas gemeinsam hinzubekommen, dann handelt man eben auch im Sinne dieses wohlbekannten Ausspruchs: Erst das Land, dann die Partei, dann die Person. Das wird in den kommenden Wochen, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, noch eine Rolle spielen, denke ich, auch hier in diesem Landtag. Und wir werden uns erlauben, an diesen Ausspruch zu erinnern.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen jetzt noch eine lebhafte und gute Beratung. Ich hoffe, dass es ein bisschen flinker geht, als der eine oder andere vielleicht befürchtet, und dass wir dann zu einem guten Landeshaushalt 2021 kommen. Ich danke Ihnen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Keller:

Danke. Das Wort erhält Herr Abgeordneter Kemmerich für die FDP-Fraktion.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Bürgerinnen und Bürger an den Online-Medien, sofern Sie sie heute nutzen, eine Regierung leistet dann gute Arbeit, wenn sie den Bürgerinnen und Bürgern möglichst viele Chancen gibt, nicht, wenn sie möglichst viel Geld ausgibt. Thüringen muss im Jahr 2021 nicht nur die Folgen der Pandemie bewältigen. Nein, wir haben sehr entscheidende Weichen für die Zukunft dieses Landes zu stellen. Viele Herausforderungen warten auf uns, insbesondere – Frau Taubert hat es heute in einem Interview noch mal wiedergegeben – auf die Fiskalpolitik der nächsten Jahre, damit sie nicht zu sehr eingeschränkt ist, sondern dass wir die notwendigen Spielräume nutzen, schaffen, um die sehr umfangreichen Aufgaben zu bewältigen, die sich den nächsten zehn Jahren stellen: Verschuldung, demografischer Wandel, zukunftsfähige Technologien, Schulausbildung und natürlich die Infrastruktur unseres schönen Freistaates. Wir Freien Demokraten setzen die Haushaltspolitik auf diese Säulen: in die Zukunft investieren, die Eigenverantwortung der Kommunen stärken, die Schuldenlast senken und Rücklagen bilden. Leider können wir diese Grundsätze in diesem Haushalt nicht unumwunden sehen und deshalb werden wir letztlich auch diesem Haushalt nicht zustimmen.

(Beifall FDP)

Thüringen hat viele Baustellen. Wir müssen nicht nur die Folgen der Pandemie, der Corona-Krise bewältigen. Nein, wir müssen die Probleme lösen, die vorher schon da waren, die teilweise hier ins Brennglas gerückt sind und die sich verschärft haben. Es ist oft schon angesprochen worden: Die 19-Stunden-Sitzung, die letztlich in einem Kompromiss endete, war ein teurer Kompromiss. Das Haushaltsvolumen ist nach anfänglicher Planung von 11,4 Milliarden Euro auf fast 12 Milliarden Euro angewachsen. Das zeigt, dass hier nach dem teuersten Kompromiss gerungen worden ist, nämlich dass am Ende jeder das bekommen hat, um dem zuzustimmen, was jetzt durchaus auf dem Rücken der Steuerzahler ausgetragen wird.

(Beifall FDP)

Bedenken Sie, in der Zeit der rot-rot-grünen Regierung ist das Haushaltsvolumen mal eben von knapp 9 Milliarden Euro auf jetzt fast 12 Milliarden Euro angestiegen. Das lässt für die Zukunft nichts Gutes hoffen.

(Beifall FDP)

Welche Probleme müssen wir lösen? Ich denke, eins ist allgegenwärtig, digitale Ausstattung der Schulen. Ich komme noch darauf zurück. Die schleichende Digitalisierung der Verwaltung ist nachteilig für die Bürgerinnen und Bürger, nachteilig für die Unternehmen, aber letztlich auch nachteilig für die Mitarbeiter in den

(Abg. Kemmerich)

Verwaltungen, die immer noch arbeiten wie teilweise in der Steinzeit; die Apps in der Hosen- oder in der Handtasche, aber nicht auf den Bildschirmen in den Verwaltungen. Hier ist nicht nur seit Corona, sondern seit Langem großer Handlungsbedarf. Auch da, meine Damen und Herren – Herr Hey hat ja jede Zahl hier einzeln zelebriert – ist es eben ganz wichtig, hier auch mal richtig zu investieren. Das mag jetzt ein großer Berg sein, man mag auch vielleicht in diesen Zeiten nicht so angetan zu sein, jetzt hier viel Geld in die Hand zu nehmen, aber jeder Cent, den wir heute in die Projektentwicklung, in die Digitalisierung, in den Fortschritt in diesem Bereich investieren, kriegen wir auf Heller und Pfennig zurückgezahlt in den nächsten Jahren, in den nächsten Generationen.

(Beifall FDP)

Mangel an Breitbandausbau auf dem Land: Ich weiß, es wird wieder viel Geld ins Schaufenster gestellt. Aber Geld allein ist doch nicht immer das Problem, das haben wir immer wieder diskutiert – Herr Tiefensee war gerade noch hier im Saal. Es geht darum, dass das Geld sprichwörtlich in die Erde kommt. Was nützt dieses Verfahren, wenn Bauunternehmen, wenn die Kommunen, wenn alle nicht in der Lage sind, eben genau dieses Geld letztlich auszugeben, denn nach wie vor ist Breitband-Mobilfunk in Thüringen steinzeitmäßig.

(Beifall FDP)

Wenn Sie von Jena nach Erfurt fahren, müssen Sie zehnmal ein Telefonat wieder neu beginnen. Nach wie vor klagen Unternehmen auf dem Land, dass sie besser mit einer dicken Festplatte drei Orte weiter fahren, als darauf zu warten, dass ihre Internetleitung funktioniert. Was in dieser Krise ganz deutlich wurde: Zu den Kernzeiten, wenn alles online ging, um Videokonferenz- oder andere Tools zu benutzen, brechen ganze Netze zusammen. Meine Kinder, viele Kinder sitzen ergebnislos vor der Schulcloud, weil zumindest schon mal gar nicht der Anschluss funktioniert, geschweige denn die Inhalte.

Zustände in der Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl, Ausstattung der Polizei und der Sicherheitskräfte des Vollzugs, Feuerwehr und Verfassungsschutz – all das sind große Baustellen, die wir nicht erst seit Corona haben. Wir haben gegenüber unseren Kindern, allen Kindern dieses Landes die Verantwortung, ihnen diese Probleme nicht zu vererben. Genauso sind wir in der Verantwortung, ihnen nicht mehr als das an Schulden aufzubürden, was notwendig ist, und nicht, was opportun ist. Die Schuldenlast, die wir dieser Generation hinterlassen, schränkt massiv deren Handlungsspielraum ein. Jeden Euro, den unsere Kinder für die Tilgung unserer Schulden aufbringen müssen, können sie nicht in die Bildung unserer Enkel investieren. Das muss jedem hier bewusst sein.

(Beifall FDP)

Die Fraktion der Freien Demokraten hat über 350 Änderungsanträge zum Haushalt vorgelegt.

(Beifall FDP)

Meinen Dank unseren fleißigen Mitarbeitern, die das auch in diesem sportlichen Zeitkorsett haben machen müssen. Ich will nur mal daran erinnern, dass entgegen der Vereinbarungen der Haushalt den Fraktionen viel später zugeleitet worden ist, dass wir – nett formuliert – öfter mal überrascht worden sind durch Fristverkürzung, Fristverlängerung, vielerlei Inhalte, Tischvorlagen, die kurz vorher noch aus dem Verhandlungsgebaren der ganz großen Koalition entstanden sind. All das hat uns als bürgerliche Opposition oft vor sehr große Probleme gestellt, die wir letztlich aber in politische Arbeit gemünzt haben.

(Beifall FDP)

(Abg. Kemmerich)

Trotz unserer Änderungsanträge und sicherlich auch vieler Streichungsanträge haben wir noch Spielraum für Investitionen gesehen: 1,4 Millionen Euro für interaktive Streifenwagen, Durchführung eines IT-Projektmanagements, Fortbildungsverband für Verwaltungsmitarbeiter. Nochmals: Da ist jeder Cent wichtig, um die Prozesse einmal anzufassen, die danach schlanker werden und für alle die Arbeit erleichtern. Ein Meisterbonus von eben 4.000 Euro für Handwerks- und Industriemeister war auch mit drin. Die freien Schulen sind letztlich bedacht worden. Wir bringen wieder Investitionspauschalen für die Kommunen und sorgen so für mehr freie Mittel für freie Kommunen, für freie Investitionen in unserem Freistaat.

(Beifall FDP)

Wir erhöhen die Schlüsselzuweisungen und entlasten die kommunalen Haushalte. Immerhin haben wir das Haushaltsvolumen trotz dieser Umschichtungen noch mal um 20 Millionen Euro reduziert, um insofern die Spielräume für die Zukunft zu erhöhen.

(Beifall FDP)

Ein Haushaltsplan ist dann gut, wenn er den Bürgern möglichst viele Chancen gibt, nicht, wenn er möglichst viel Geld ausgibt.

(Beifall FDP)

Ich möchte die Gelegenheit aber auch noch einmal nutzen, im Sinne der Unternehmer hier eine Lanze zu brechen. Im Mai und Juni haben wir sehr darum gerungen, wie wir einen Neustart für die Thüringer Wirtschaft, für das Thüringer gesellschaftliche Leben auch mit initiieren können, auch durch Haushaltsmittel. Jetzt befinden wir uns im zweiten, erst weichen, dann harten Lockdown, keiner weiß, wann und wie er endet. Aber eines wissen wir: Viele Menschen draußen sind persönlich sehr betroffen durch die Folgen dieses Lockdowns, auch durch die Folgen der Pandemie.

Mein Respekt vor großen Teilen der Bevölkerung, die tatsächlich das mit hoher Eigenverantwortung und mit hoher Zuversicht tragen, aber trotzdem müssen wir ihnen die Frage beantworten: Wie geht es denn weiter? Was passiert, wenn die Folgen überwunden sind – für jeden persönlich, aber auch für die Unternehmen.

Natürlich möchte ich hier die Lanze brechen für die Unternehmen, die zurzeit in einem Berufsverbot, in einem Tätigkeitsverbot harren, aber trotzdem optimistisch in die Zukunft blicken wollen.

Fangen wir damit an: Novemberhilfen, die sogenannten. Herr Tiefensee wird auch nicht müde und viele Mitglieder der Regierung, Berlin dafür zu kritisieren, dass die Hilfen zu spät kommen. Das ist einfach. Aber hier der Thüringer Haushaltsgesetzgeber hätte auch die Möglichkeit gehabt, hier einzuspringen. Das ist noch nicht einmal haushaltswirksam. Man hätte Kredite herausgeben können durch die Thüringer Aufbaubank oder andere Möglichkeiten, um Liquiditäts- und Überbrückungshilfen den Unternehmen zukommen zu lassen.

Der Gastronom, der Unternehmer, der seit Anfang November – andere Unternehmen seit gut einer Woche – ohne Einnahmen dasteht, kann nicht mal warten bis Februar oder später im nächsten Jahr, sondern er braucht jetzt Liquidität, um seine notwendigen Kosten zu decken und auch für die Mitarbeiter Geld in die Hand zu nehmen, denn auch die Auszahlung von Kurzarbeitergeld und anderen Dingen, die den Mitarbeitern zugutekommen, nehmen viel Zeit in Anspruch.

Natürlich stellt sich auch die Frage und da müssen wir heute schon drum ringen, es werden die Zahlen sinken – ich will jetzt nicht diskutieren, ob die Festlegung auf 50 Inzidenzen die richtige ist, aber sicherlich haben wir durchaus heute im Freistaat bewiesen, flexibler zu denken. Zurzeit kocht die Situation über und sie

(Abg. Kemmerich)

ist auch sehr ernst zu nehmen, insbesondere in den Krankenhäusern. Aber trotzdem eines – und da müssen wir auch in Thüringen mehr machen – ist wichtig, nämlich diejenigen tatsächlich zu beschützen – und wer hier von Wegsperrern redet, redet sich nur in die eigene Falle hinein –, sie sinnvoll davor zu beschützen, dass sie mit dem Infekt in Berührung kommen und damit auch mit Leuten in Berührung kommen, die diesen Infekt in Einrichtungen, in Pflegeheime, in Altenheime überhaupt transportieren können. Das hätte man viel besser organisieren können, nein, müssen, dann hätten wir gar nicht in diesem Bereich diese hohen Einschläge. Das sind gerade die Leute, die sich eben nicht so zur Wehr setzen können; das sollte uns das wert sein und deshalb sollte unsere ganze Konzentration darauf gerichtet sein, hier etwas zu tun.

Auf der anderen Seite ermöglichen wir Hol-Service für Speisen, für Bücher. Können Sie mir erklären, warum das nicht für Blumen geht oder für andere Dinge des Einzelhandels nach demselben Motto? Ich bestelle vorher einen Anzug, ein Hemd, den Blumenstrauß, vielerlei Dinge – das hätte unserem Einzelhandel sehr gut zu Gesicht gestanden, auch hier Möglichkeiten zu haben, insbesondere diese Saisonware, die man nur im Winter tragen kann, an den Mann und die Frau zu bringen, was dafür Sorge hätte tragen können, dass sie hier einen kleinen Teil der entgangenen Umsätze kompensieren können.

Wir halten sehr an Branchenzuweisungen fest. Mir hat jemand aus einem Tanzschulunternehmen erzählt, dass er eine Debatte geführt hat mit Gesundheitsämtern und mit dem zuständigen Ministerium, wo er denn einzuordnen ist – bei Sport, bei Bildung, Freizeit? Antwort: Nehmen Sie die Einordnung bitte selber vor. Das ist keine verlässliche Politik für die Unternehmen, dass ein Unternehmer selbst entscheiden muss, in welche bürokratische Schlingpflanze er sich hineinstürzt, sondern es ist Aufgabe der politisch Verantwortlichen, hier zu sagen: Das erwartet dich, das ist dein eigener Beitrag, um dir selber wieder auf die Füße zu helfen.

Meine Damen und Herren, eines muss uns allen gegenwärtig sein: Wir können kein Einkommen und keine Einnahmen permanent ersetzen. Das würde die finanziellen Möglichkeiten unseres Gemeinwesens in Bälde überfordern – ob das auf der kommunalen Ebene, der Landesebene, der Bundesebene oder der europäischen Ebene ist. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass wir so schnell als möglich wieder in die Lage versetzt werden, dass alle Unternehmen, alle Menschen in die Lage versetzt werden, wieder aus eigener Möglichkeit, aus eigenem Betätigen Wertschöpfung zu leisten und sich damit wieder für den eigenen Unterhalt einzusetzen.

Noch eine Sache, die mir bei den Möglichkeiten, Unternehmen zu unterstützen, aufgefallen ist – Überbrückungshilfe. Schlagen Sie die Seite der Thüringer Aufbaubank auf, dort steht lapidar: Ein Antrag ist noch nicht möglich. Ich habe es eben ausgeführt, es ist für einen Unternehmer kaum hinnehmbar, dass das am heutigen Tage immer noch in der Form vorhanden ist. Wenn man dann weitergeht, kommt man wieder auf die übliche Methode, dass man sich hier einen Antrag, wenn man ihn gefunden hat, ausdrucken kann, um ihn dann zu unterschreiben und an die Thüringer Aufbaubank zu verschicken. Das ist nicht Digitalisierung des 21. Jahrhunderts, das ist noch aus den 90er-Jahren. Meine Damen und Herren, da wird es höchste Zeit, dass Sie hier etwas tun.

Deshalb noch mal unsere ganz klare Forderung, die auch an mehreren Haushaltsstellen hinterlegt ist: Investieren Sie in die digitalisierten Prozesse! Da reicht es nicht, wie eben gehört, dass wir digitale Endgeräte anschaffen. Was nützt ein Tablet, wenn ich keinen Anschluss habe? Was nützt ein Tablet, wenn ich nicht die Möglichkeit habe, Inhalte abzurufen, die interaktiv mit diesem Tablet zu gestalten wären? Nur das Tablet ist nett, nice to have, aber das ist auch alles, meine Damen und Herren. Wir müssen anders denken, wir müssen Prozesse anders organisieren, und da wird es höchste Zeit.

(Beifall FDP)

(Abg. Kemmerich)

Schule muss stattfinden, und zwar planbar. Wir hören die Diskussionen, die jetzt wieder geführt werden: Verlängerung der Winterferien. Meine Damen und Herren, ich habe manchmal Sorge – und meine Kinder und ich denke, viele Kinder und viele Eltern teilen diese Sorge –, dass das wiederum ein verlorenes Schuljahr bleibt. Nichts haben wir seit dem ersten Lockdown unternommen, um die Situation zu verbessern, nichts haben wir unternommen, um die Ressource an die Kinder zu bringen, die die wichtigste dieses Landes ist, nämlich Bildung – kein Distanzunterricht, keine digitale Ausstattung, keine Möglichkeiten, sich tatsächlich mit der Situation zurechtzufinden. Das stellt viele Eltern und viele Großeltern, viele, die mit der Erziehung unserer nächsten Generation befasst sind – natürlich Lehrer, Pädagogen, Hortnerinnen etc. –, vor große Probleme und sie wissen nicht, wie es ausgeht. Und das kurz vor Weihnachten im Jahre 2020 als Botschaft in diese Gruppe Menschen zu tragen, das schmerzt mich wirklich, und da hilft es auch nicht, ein paar Zahlen zu bewegen – nein –, da muss mehr als Haushaltsmittel hingebracht werden, da braucht man Engagement, Ideen, auch mal Ideen, die aus der Rolle fallen, aus dem Rahmen springen, einfach dem Ziel untergeordnet, tatsächlich Bildung zu gewährleisten. Das muss oberste Prämisse sein.

Und meine Damen und Herren, wir können uns Tage dafür feiern, 840 neue Lehrerstellen geschaffen zu haben. Aber das Schaffen von einer Stelle schafft nicht einen Lehrer.

(Beifall FDP)

(Zwischenruf Abg. Wolf, DIE LINKE: Sie haben gar nichts geschafft!)

Oder, Herr Wolf, wissen Sie, wo die Lehrer jetzt plötzlich herkommen sollen, die Sie seit Jahren eher aus Thüringen weggetrieben haben, anstatt dafür Sorge zu tragen, dass die in Thüringen anfangen? Einstellungspraxis – wir haben auch öfters diskutiert: Ändern Sie das und schaffen Sie nicht einfach nur Stellen!

(Beifall FDP)

(Unruhe DIE LINKE)

Polizei und Vollzug: Meine Damen und Herren, diese Gruppe, die seit Jahren darunter leidet, eben nicht finanziell so ausgestattet zu sei, wie teilweise das Verbrechen – dort ist die Ausstattung besser –, verdient all unsere Aufmerksamkeit. Deshalb ist es ganz, ganz wichtig, dass wir hier ermöglichen, dass die Polizei so arbeitet, wie man das heute machen kann. Der interaktive Streifenwagen ist ein wichtiges, aber ein symbolisches Investment in diese Tätigkeit, nämlich dass man eben nicht am Unfallort nach wie vor in eine Kladde einschreibt, um dann später auf die Behörde zu fahren, um dort diese Aufzeichnungen in einen manchmal nicht mal zeitgemäßen Computer einzutragen. Das kann man heute mit Scannern und das kann man heute mit Texterkennungssoftware – das ist alles handelbar, nur nicht in Thüringen, auch in vielen Teilen Deutschlands nicht. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Fakt, dass wir viel, viel schneller hier investieren, um das zu ermöglichen.

(Beifall FDP)

Ich habe es gesagt, wir wollen den Kommunen in Größenordnungen mehr Freiheit, mehr freie Mittel, mehr freie Verwendung und damit Freiheit geben, denn sie vor Ort wissen mehr als jeder andere, wo der Schuh drückt, wo die Investitionsnotwendigkeiten sind. Seit Jahr und Tag haben wir die Diskussionen. Ich glaube, mit dem Haushalt, der heute zum Beschluss ansteht, sind wir bei Weitem noch nicht da angekommen, wo wir hinhüben in Zukunft. Dort wird das Leben entschieden und wir müssen gerade auch dafür Sorge tragen, dass der ländliche Raum hier die Lebenswertigkeit erhält. Deshalb ist ganz wichtig, dass die Menschen vor Ort die Möglichkeit auch haben, dort für sich, für ihre Bedarfe, für ihr Leben die notwendigen Investitionen zu tätigen.

(Abg. Kemmerich)

(Beifall FDP)

Digitalisierung im Bereich Gesundheit, wir kommen später sicherlich noch mal dazu. Wir haben das Sechsfache hier als Investitionen vorgesehen für die Digitalisierung im Gesundheitswesen: Onlinesprechstunden, künstliche Intelligenz zur Bewertung von Befunden, all das sind eher Kleinigkeiten auf dem Weg, medizinische Versorgung zeitgemäß und patientengerecht, auch dass da keiner leiden muss, wieder so zu organisieren, dass medizinische Versorgung auch in Zukunft die Breite und die Intensität hat, die sie immer hat und die natürlich die Bürger und Bürgerinnen mit Recht von uns erwarten und erwarten müssen.

(Beifall FDP)

Zum Schluss, meine Damen und Herren, danke ich insbesondere allen Mitarbeitern in den Verwaltungen, in der Landtagsverwaltung, in den Finanzämtern, in den anderen Ministerien, aber auch allen Mitarbeitern in den Fraktionen und den Kollegen für eine in großen Teilen sehr sachlich geführte Diskussion um das Ringen um den besten Haushaltsansatz für das Jahr 2021 und die Bewältigung und des Nachtragshaushalts im Jahr 2020.

Ich habe es schon gesagt: Mit vielen Dingen sind wir nicht nur nicht glücklich, sondern nicht einverstanden. Aber wir werden als Opposition weiter darauf drängen, dass die Investitionsschwerpunkte, die wir sehen für die finanzielle Ausstattung dieses Landes, unseres Freistaats Thüringen in Zukunft mehr die Handschrift der Freien Demokraten tragen. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Präsidentin Keller:

Ich unterbreche jetzt die Aussprache für die Lüftungspause für 5 Minuten. Wir setzen also um 11.16 Uhr fort. Das Wort erhält dann Frau Abgeordnete Hennig-Wellsow für die Fraktion Die Linke.

Vizepräsident Bergner:

Wenn Sie bitte langsam wieder Ihre Plätze aufsuchen würden! Wir fahren fort mit den Beratungen und für die Fraktion Die Linke hat Frau Abgeordnete Hennig-Wellsow das Wort.

Abgeordnete Hennig-Wellsow, DIE LINKE:

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Abgeordnete, die nach der Lüftungspause schon hier sind. Ich möchte jedenfalls zu allererst den Referenten von Rot-Rot-Grün und der CDU danken, dass sie so hervorragend diesen Haushalt vorbereitet haben,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

natürlich neben allen anderen auch, die die Vorarbeit geleistet haben. Aber Markus Steinmeier, Andreas Schuster, Jan Richter und Stefan Schuhmacher haben da Überwältigendes geleistet. Das gilt nicht nur für die Abgeordneten, die hier 19 Stunden und länger verhandelt haben, auch schon im Arbeitskreis, sondern auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Aus meiner Sicht haben sie das sehr hervorragend gemacht – also vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde, wir stehen hier zu einem Zeitpunkt, der ein größerer Moment in der Geschichte des Thüringer Landtags sein könnte – aus dem einfachen Grund, weil zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepu-

(Abg. Hennig-Wellsov)

blik oder dieses Landtags eine Koalition aus Linken, SPD und Grünen und in Zusammenarbeit mit der CDU einen Haushalt verhandelt hat, bearbeitet hat und jetzt hier vorlegt, der zum ersten Mal in dieser Konstellation auch abgestimmt gehört.

Wenn wir uns mal anschauen, wo dieser Landtag noch im Februar dieses Jahres stand, hätten wir wahrscheinlich am 5. Februar um 13.35 Uhr nicht gesagt, dass wir im Dezember 2020 einen Haushaltsentwurf zur Abstimmung vorlegen. Insofern: Die Krise, in die uns Thomas Kemmerich im Februar dieses Jahres geschickt hat, haben wir zusammen mit der CDU durchaus überwunden, wir haben die Regierungskrise gemeistert, indem wir einen Stabilitätsmechanismus mit der CDU ausgehandelt haben, der sich auch in den vergangenen Monaten an vielen verschiedenen Punkten durchaus bewährt hat.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und wir haben es auch geschafft, eben die Verantwortung, die andere hier in diesem Raum nicht haben, tatsächlich wieder auf den richtigen Pfad zu kriegen.

(Beifall DIE LINKE)

Kurz nach der Regierungskrise und der Wahl von Thomas Kemmerich und der Korrektur dessen, indem wir Bodo Ramelow wieder zum Ministerpräsidenten gewählt bekommen haben, hat uns die Corona-Krise ereilt – auch nicht ganz einfach und für uns alle neu und als Herausforderung für eine Haushaltspolitik, als Herausforderung für die Landespolitik, für Pandemiepolitik durchaus nicht zu unterschätzen.

Wir haben heute schon mal gehört, dass es hier im Raum Fraktionen gibt, die immer noch nicht begriffen haben, dass Corona eine tödliche Krankheit ist, dass es eine Pandemie gibt, die nicht so einfach zu bekämpfen ist, ohne dass alle mit an einem Strang ziehen, und die immer noch glauben – jetzt auch mit den neuesten Nachrichten, dass der Virus mutiert, dass er leichter zur Ansteckung führt und, und, und –, innerhalb eines Schnipsens mit dem Finger sei diese Pandemie zu überwinden oder es sei nur eine Grippe. Ich glaube, da zeigen hier mindestens fünf Fraktionen mehr Verstand.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was die Corona-Zeit ausgelöst hat, merken wir ja auch in der Haushaltspolitik. Das, was sie auslöst, ist ja unter anderem Angst und Unsicherheit, weil die Normalität, die wir kennen, nicht mehr existiert. Es bedeutet auch gerade in der Haushaltspolitik zu verstehen, dass wir in eine neue Normalität kommen müssen, dass wir eine neue Normalität annehmen müssen, weil eben völlig klar ist, dass Veränderung jetzt beginnt. Wer nicht versteht, dass sich jetzt Veränderung in der Gesellschaft vollzieht – nicht nur in Thüringen, nicht nur in Deutschland, sondern weltweit –, der hat nicht verstanden, dass jetzt auch die Zeit des Handelns ist.

Dass alte Strukturen zum Teil nicht mehr

(Zwischenruf Abg. Montag, FDP: Sie handeln falsch, falsche Handlung!)

tragen bzw. reformiert werden müssen, zeigt sich – finde ich – in der Corona-Krise sehr deutlich. Das ist auch ein Punkt, wo ich sage: Ja, wir haben einen gemeinsamen Landeshaushalt auf den Weg gebracht, aber was uns nicht endgültig gelungen ist, diesen Haushalt auch coronasicher für die Zukunft zu machen. Aber was wir geschafft haben, ist, zumindest zu verstehen – auch durch die Corona-Krise –, dass wir ein kaputt gespartes Gesundheitssystem nicht mehr länger halten können, dass es eine Reform des Gesundheitssystems braucht, hin zu einer Bürgerversicherung und hin zu Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen, die auch den Pflegerinnen und Pflegern das Arbeiten erlaubt.

(Abg. Hennig-Wellsov)

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was wir auch sehen: dass die Digitalisierung wesentlich schneller vorangetrieben werden muss, als wir es bisher getan haben. Was wir auch sehen: dass Bildung eine immer größere Rolle spielen wird, auch in anderen Strukturen als bisher. Was wir auch sehen: dass sich ökonomische Betrachtung, ökonomische Wege völlig verändern, als sie noch vor drei oder vier Jahren beraten worden sind. Was wir auch sehen: dass unsere Infrastruktur auf diesem Level, wo sie ist, nicht bleibt. Deswegen bin ich etwas unzufrieden für die Linke, dass wir das Kreditvolumen auch auf Wunsch der CDU reduziert haben auf die coronabedingten Ausfälle, aber nicht es genutzt haben, eine höhere Kreditaufnahme zu machen, um einen Aufbauhaushalt für Thüringen auf den Weg zu bringen, aus dem einfachen Grund: Alte Strukturen müssen transformiert werden und dafür ist jetzt die Notwendigkeit und wäre auch jetzt die Zeit.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Montag, FDP: Steuerbelastung!)

Mit anderen Worten gesprochen: Es gilt jetzt in der Krise zu investieren und nicht in die Krise hinein zu sparen. Das wäre der wirklich richtige Weg. Wenn man sich die anderen Bundesländer anguckt, ist Thüringen, was die Kreditaufnahme angeht, auch prozentual zum Haushalt durchaus mit der roten Laterne unterwegs. Das mag für manche ein Wert an sich sein,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

aber diejenigen, die verstehen, dass sich Veränderung mittlerweile schon vollzieht, wissen, dass an der Schuldenbremse und alles andere festzuhalten, kein Weg ist, der uns auch zukünftig durch Krisen führt.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dennoch haben wir mit diesem Haushalt - wir vergessen ja immer, dass es ein aufgerollter Haushalt 2020 ist – vieles gesichert, was Rot-Rot-Grün in den vergangenen Jahren auf den Weg gebracht hat. Herr Emde hat es in seinem Bericht aus dem Haushaltsausschuss schon gesagt, Matthias Hey hat Etliches genannt. Aber ich würde es einen Dreiklang für die Linke nennen:

Das eine ist, dass wir soziale Maßnahmen gesichert haben. Da geht es um Bildung, da geht es um beitragsfreie Kindergartenjahre, zwei Jahre, die gesichert sind. Da geht es darum, Arbeitsmarktprogramme zu sichern, und da geht es darum, dass wir das soziale, gesellschaftliche Leben in Thüringen sichern, auch im Jahr 2021.

Der zweite Punkt, der neu in einem Haushalt des Landes Thüringen steht, ist, das ganze Thema Transformation voranbringen. Was meint Transformation? Das Umgestalten zum Beispiel der Automobilbranche, das Umgestalten digitaler Arbeit, das Umgestalten auch, eben als Parlament mitzugestalten, den Gewerkschaften, den Unternehmen, den Beschäftigten Instrumente in die Hand zu geben, mit in die Hand zu geben, um tatsächlich auch unsere gesellschaftliche Entwicklung der Zukunft anzupassen.

Der dritte große Punkt darf natürlich auch in der Corona-Krise nicht fehlen. Das ist das ganze Thema „Gesundheitsschutz“. Das ist einer der wichtigsten Punkte in diesem Haushalt. Da geht es um das Pandemielaager, da geht es um das Impfen, da geht es um Vorsorge, etwas, wo die Linke sagt: Gesundheit ist das A und O, alles kommt danach.

Ich bin durchaus froh, dass es uns gelungen ist, die CDU wieder auf den Pfad der staatspolitischen Verantwortung zu bringen,

(Abg. Hennig-Wellsow)

(Beifall DIE LINKE)

(Heiterkeit CDU, FDP)

sonst wären wir heute mit Sicherheit nicht bei einem Haushalt, der Kontinuität, Stabilität und Fortentwicklung ausstrahlt – all das macht dieser Haushalt –, und dass wir dabei auch das Duzen gelernt haben. Ich glaube, Mario Voigt und ich duzen uns mindestens seit nachts um drei am 7. auf den 8. Dezember, wenn nicht schon eher. Ich will meinen hohen Respekt davor ausdrücken, dass wir alle, wie wir hier sitzen und die den Vorschlag für den Haushalt 2021 gemacht haben, Differenzen überwunden haben, dass wir als Demokraten zusammengefunden haben, dass wir den kleinsten gemeinsamen Nenner trotz aller Unterschiede gefunden haben. Insofern bedanke ich mich bei allen, die uns bis hierher gebracht haben. Das war nicht ganz einfach, das sage ich auch für die Linke. An dem einen oder anderen Punkt werden wir uns auch nach wie vor streiten oder nicht zusammen stimmen können. Insofern: Der Haushalt 2021 ist für das soziale und gesellschaftliche Leben in Thüringen eine grundsätzliche Bedingung und Voraussetzung. Insofern herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bergner:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Hennig-Wellsow. Das Wort hat jetzt für die CDU-Fraktion Prof. Voigt.

Abgeordneter Prof. Dr. Voigt, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, wir unterhalten uns heute über den Haushalt 2021. Gleichzeitig ist es so, dass mich Herr Höcke persönlich angesprochen hat, dann hat er auch eine persönliche Antwort verdient.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Geht so!)

Ein Patriot stellt sein Land über sein eigenes politisches Fortkommen.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Das hat er ja vorher schon gemacht!)

Und das, Herr Höcke, unterscheidet Sie maßgeblich von allen anderen hier im Raum, weil Ihnen Ihr politisches Fortkommen offensichtlich am wichtigsten ist. Ich will Ihnen Eines sagen, weil sie die CDU unmittelbar angesprochen haben:

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Sie!)

In meiner Fraktion sitzen Leute, die haben 1989 auf der Straße gestanden, die haben mit den Kerzen in der Hand für den Umbruch in diesem Land gesorgt. Da waren Sie noch in Neuwied Pennäler. Deswegen kann ich Ihnen nur Eines sagen: Sie müssen hier in diesem Raum niemandem Nachholunterricht erteilen darüber, was Thüringer Geschichte angeht, weil Sie waren gar nicht Teil dieser Thüringer Geschichte.

(Beifall DIE LINKE, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)

Und weil sie mich auch persönlich angesprochen haben: Der eine oder andere weiß das, mein Großvater ist zwangsausgesiedelt, ein Großteil meiner Familie ist sogar geflüchtet. Ich bin der Erste in meiner Familie, der studieren durfte, weil es meiner Familie untersagt wurde. Deswegen kann ich nur Eines sagen: Ich finde das immer aberwitzig, wenn Sie hier sitzen und in so einer intellektuellen Überkompensation Ihre eigene Verunsicherung mit Zitaten von Gramsci, von Spängler oder von wem auch immer anreichern. Das ist nichts anderes als kleines spießbürgerliches Sportlehrertum, was Sie hier an den Tag legen. Und deswegen kann ich Ihnen nur sagen: Das ist einfach zu wenig! Das ist zu wenig!

(Abg. Prof. Dr. Voigt)

(Beifall DIE LINKE, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)

Ich will Ihnen auch sagen: Ich bin immer wieder überrascht, wie es angehen kann, dass 22 Leute Ihnen wie Lemminge hinterherlaufen. Ich habe dafür kein Verständnis. Sie haben mir eine Nougatstange auf den Platz gelegt und haben über Schokoladenfraktionen philosophiert. Ich sage Ihnen Eines: Das einzige, was hier braun im Raum ist, das sind Sie. Deswegen kann ich nur Eines sagen: Das gehört hier nicht her!

(Beifall DIE LINKE, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)

Die Haushalte, die heute hier zur Abstimmung stehen und über die wir eigentlich reden wollten, sind eine markante Wegmarke in besonderer Zeit. Einerseits weil der Nachtragshaushalt 2020 und der Haushalt 2021 in Zahlen gegossene Politik in sehr schwierigen, in pandemischen Zeiten ist. Zum anderen weil es aber auch das zentrale Ziel dessen war, worauf sich Rot-Rot-Grün und die CDU Ende Februar bei einem Stabilitätsmechanismus verständigt haben. Ich kann das für die CDU sagen: Die CDU ist ihren Weg gegangen. Es war ein Weg, der den Menschen in unserem Land genützt hat. Ohne die CDU wären die falschen Entscheidungen getroffen worden. Deswegen stehen wir auch zu diesem Haushalt, obwohl es nicht unserer ist.

(Beifall CDU)

Der eigentliche Zweck war, den Bürgern und Kommunen, der Wirtschaft und allen, die mit staatlichen Zuschüssen rechnen und planen müssen, einen Haushalt und Planungssicherheit zu geben. Wir haben das getan, weil die Thüringer es wert sind. Wir haben das getan, weil wir Thüringen über Parteipolitik gestellt haben, weil die Probleme, mit denen unser Land in diesem Jahr konfrontiert ist, Probleme sind, die kein Partei-Label tragen, sondern die darauf ausgerichtet sind, mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung dafür zu sorgen, dass wir gut durch diese Krise kommen. Und deswegen haben wir es als CDU gemacht. Ich kann nur sagen, ich bin dankbar für die Gesprächsbereitschaft sowohl auf der Seite der rot-rot-grünen Fraktionen, aber auch auf der Seite der FDP, mit der wir auch geredet haben. Unser Ziel ist, zusammenzuführen, statt zu spalten. Dieser gemeinsame Auftrag für unser Land treibt mindestens fünf Fraktionen hier in diesem Landtag an. Deswegen glaube ich, dass wir gemeinschaftlich unterwegs sein sollten. Es ist nicht der Haushalt der CDU, Herr Hey, doch es ist ein Haushalt, in dem die CDU-Fraktion wichtige Initiativen für die Zukunft gestellt hat. Mehr Fairness für die Kommunen, gleichwertige Lebensbedingungen im gesamten Land, Impulse für die mittelständische Wirtschaft und mehr Unterstützung für Schulen und bei der Förderung der Familien.

Es hat sich in den Verhandlungen aber auch gezeigt, dass es grundsätzlich unterschiedliche Politikverständnisse gibt. Für die CDU ist der Staat eine Ordnung, in der der Bürger sich frei entfalten kann, ohne dass ihm die Politik in Endlosschleifen erklärt, wie er zu leben hat, was er zu sagen hat und besser, was er nicht zu sagen hat. Dieses Leben in Freiheit und Verantwortung wollten wir für die Bürger erreichen durch gute Schule, durch Sicherheit für die Familien, durch eine verlässliche gesundheitliche und soziale Absicherung, durch die Gewährleistung innerer Sicherheit, durch gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land und durch die Förderung wirtschaftlicher Selbstständigkeit und von Innovation. Die Demokratie lebt von wählbaren Unterschieden, die sich klar und deutlich voneinander abheben. Genauso lebt die Demokratie aber eben auch von der Fähigkeit zum Kompromiss. Und in dieser Spannung verstehen wir uns als konstruktive Opposition. Wir sind konstruktiv, wo es um die Belange des Landes und der Bürger geht. Der Stabilitätsmechanismus war aber zugleich auch dazu gedacht, ein Stoppsignal dort zu setzen, wo etwas mit uns nicht zu machen ist. In diesem Sinne glaube ich, dass der Stabilitätsmechanismus in schwieriger Zeit das Land gestützt hat – das verabschieden wir auch heute. Gleichzeitig konnte niemand ahnen, als wir den Stabilitätsmechanismus verabschiedet haben, dass wir in eine pandemische Lage kommen und deswegen natürlich auch gemeinschaftlich darüber diskutieren mussten, was der richtige Weg des Landes ist. Ich will durchaus nochmal

(Abg. Prof. Dr. Voigt)

den Chefvirologen Björn Höcke zitieren, der im Sommer darüber philosophierte, dass Corona vorbei ist und auch nicht wiederkommen würde.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist der Cheftrainer!)

Also, wenn es diese Empirie ist, Herr Höcke, von der Sie vorhin gesprochen haben, wo Sie eigene empirische Studien angefertigt haben, dann kann ich nur sagen, Ihre wissenschaftliche Befähigung ist zumindest nicht in Ihrem Pädagogikstudium bewiesen worden. Ich glaube eher, was Sie gezeigt haben, ist nichts anderes, dass Sie der parlamentarische Arm des Kerns der Querdenkerbewegung sind. Ich glaube, dieser Punkt muss immer wieder herausgestrichen werden, weil Sie nicht im Blick haben, wie es der Krankenschwester, dem Lkw-Fahrer, dem Einzelhändler geht. Das haben Sie nicht im Blick. Denn wenn es so wäre, dann würden Sie nicht auf verbotenen Demos herumturnen und dann würden Sie auch nicht Polizisten anzeigen, sondern dann würden Sie sich hinter die Rettungskräfte dieses Landes stellen. Das Gegenteil ist der Fall, Sie machen ihnen das schwieriger und deswegen sind Sie auch ein Corona-Leugner und dabei bleibt es.

(Beifall DIE LINKE, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will das sagen, weil wir auch hier im Parlament konstruktiv begleitet haben und parlamentarisch mit dem Mantelgesetz auch dafür Sorge getragen haben, dass Thüringen durch diese Jahrhundertpandemie hindurch kommt.

Genauso hat es uns irritiert und besorgt, dass die Landesregierung angesichts dieser existentiellen Herausforderung immer wieder mit einem Zick-Zack-Kurs irritiert hat. Sie hat an dem einen Tag das eine gesagt, am nächsten Tag das andere gemacht. Dieses Irrlichtern in der größten Krise des Freistaats hat die Menschen verunsichert und es hat vor allem dazu geführt, dass im Sommer nicht die Zeit genutzt worden ist, das Land auf die zweite Welle vorzubereiten. Wir als Fraktion haben immer von einem Winterfahrplan gesprochen, wir haben ein Konzept vorgelegt, wo es darum geht, die vollständige Ausstattung der Krankenhäuser und Pflegeheime mit Hygiene- und Desinfektionsmitteln in den Vordergrund zu stellen, die personelle Stärkung schon im Sommer vorzunehmen, die technische Ausrüstung der Schulen bei Lufttechnik und digitalen Endgeräten und Lernmitteln gehörten ebenso dazu. Das sind Dinge, die hätten wir im Sommer erledigen können. Ich bin den Bürgern dankbar, dass sie in der schwierigen Zeit mit Umsicht agiert haben. Für die Thüringer wird es jetzt vor allen Dingen um eines gehen, dass das Jahr 2021 wieder ein Jahr der Normalität werden soll.

Gleichzeitig ist der Haushalt, den wir vor uns liegen haben, natürlich geprägt durch diese Pandemie. Deswegen haben wir im September bei Einbringung des Haushalts auch klar gesagt, was wir tun werden. Und wir haben uns daran gehalten. Wir haben finanzpolitisch gesagt, dass es für uns wichtig ist, dass einerseits der Kernhaushalt dadurch gestärkt werden muss, dass die Dinge nicht in einem Sondervermögen oder einer Initiative geparkt werden, sondern dass sie alle in den Kernhaushalt überführt werden, dort, wo es hingehört, dort, wo es transparent ist, dort, wo es uneindeutig ist. Wir haben darüber gesprochen, dass erst die Rücklagen zu verwenden sind, bevor Kredite aufgenommen werden können. Und all das geschieht mit diesem Haushalt. Dadurch steigt das Haushaltsvolumen, aber gleichzeitig haben wir für finanzpolitische Klarheit gesorgt, haben Investitionsprogramme auch in den Kernhaushalt überführt und damit eben auch dem Budgetrecht des Parlaments Genüge getan.

(Beifall CDU)

Die CDU-Fraktion hat den Haushalt im Rahmen des Möglichen in Richtung Zukunft getrimmt. Wir haben im Haushalt auf Initiativen gedrängt, die die Thüringer wollen, weil es die Thüringer uns wert sind.

(Abg. Prof. Dr. Voigt)

Wir haben fünf Punkte besonders hervorgehoben. Das Erste: Wir haben auf mehr Fairness für die Dörfer und Städte gedrängt, weil die Kommunen es wert sind. 200 Millionen Euro mehr für die kommunale Familie und davon 100 Millionen Euro Schlüsselzuweisungen, über die sie direkt vor Ort entscheiden können. Wir müssen wieder den Gemeinden und Städten mehr zutrauen, statt sie am Gängelband des Landes zu halten. Deswegen haben wir in den Wahlen 2019 100 Millionen Euro Schlüsselzuweisungen mehr versprochen. Die CDU hat geliefert. Das ist die größte Finanzzuweisung der Kommunen, die es seit sechs Jahren gegeben hat. Wir geben den Kommunen wieder mehr Freiraum zum Atmen und das ist eine Errungenschaft der CDU.

(Beifall CDU)

Zahlreiche Probleme haben sich logischerweise im Land auch aufgestaut, weil der ländliche Raum unter Rot-Rot-Grün immer wieder hinten runtergefallen ist. Deswegen haben wir dem ländlichen Raum mehr Beachtung gegeben, weil die Thüringer in Dörfern und Städten es wert sind. Es geht darum, dass wir gleichzeitig sicherstellen, dass gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land existieren. Die kleinstädtisch und ländlich geprägten Regionen profitieren unter anderem von unserem Einsatz im kommunalen Straßenbau, in einem eigenen Förderprogramm für kleine Gemeinden, der im Vorgriff auf eine Reform des Kommunalen Finanzausgleichs dafür Sorge tragen soll, dass sie auch wieder Luft zum Atmen haben. Es geht darum, Krankenhäuser, zusätzliche Investitionen, medizinische ambulante Versorgung vor Ort auch dadurch sicherzustellen, dass der Landarzt eben nicht nur im Fernsehen kommt, sondern dass er tatsächlich auch für Thüringerinnen und Thüringer erreichbar ist. Wir haben den Ausbau des Netzes der Kontaktbereichsbeamten befördert, weil wir wollen, dass mindestens ein zusätzlicher Kontaktbereichsbeamter in jedem Landkreis existiert, 23 insgesamt, weil uns wichtig ist, dass diese Sicherheit vor Ort tatsächlich auch ankommt. Und genauso haben wir uns dafür eingesetzt, dass auch im religiösen Leben mit der Sanierung der Dorfkirchen auch mehr Lebensqualität und Kultur vor Ort stattfindet.

(Beifall CDU)

Der dritte Schwerpunkt, den wir gesetzt haben: Wir haben auf bessere Qualität, mehr Lehrer und eine moderne Schule gedrängt, weil die Thüringer eine bessere Bildungsqualität verdient haben. Der Haushalt 2021 stellt Mittel für die umfassendste Schuloffensive seit sechs Jahren zur Verfügung. Das ist auch eine Errungenschaft der CDU-Fraktion, weil wir uns für ein Zulagensystem, für Lehrerstellen in unterversorgten Gebieten oder in Mangelfächern eingesetzt haben, für Lehrer mit besonderen Aufgaben, weil wir auch die Entfristung von Lehrern wollten und eine bessere Besoldung der Grundschullehrer, aber vor allen Dingen, weil wir auch im Schulbau und der Digitalisierung des Klassenzimmers endlich Fortschritte machen wollen.

Ich kann so viel sagen: Ich glaube, ohne die CDU würde es die Unterstützung in dieser Höhe für die freien Schulen nicht geben. Es sind uns die freien Schulen wert und genau aus dem Grund haben wir uns für sie eingesetzt.

(Beifall CDU)

Die CDU ist die Fraktion für Wirtschaft und Mittelstand. Wir haben auf eine moderne Mittelstandspolitik gedrängt, weil die Handwerker und Mittelständler im Freistaat es wert sind und verdient haben, mit Unterstützung und Anerkennung bedacht zu werden. Für uns war entscheidend, dass es um die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der Thüringer Wirtschaft geht. Wir haben das größte Industrieprogramm in den Haushalt hineinverhandelt, wo es eben tatsächlich um zukünftige Forschungsprojekte und Arbeitsplätze geht. Es geht um einen vollwertigen Meisterbonus, der ein starkes Signal für die Selbstständigkeit ist, und vor allen Dingen um eine Stärkung der dualen Ausbildung. Es darf nicht dazu kommen, dass nur noch die

(Abg. Prof. Dr. Voigt)

Berufsschulen entlang der A 4 existieren, sondern es muss darum gehen, dass wir auch im ländlichen Raum weiterhin Berufsschulen haben, die wohnortnah es unseren Fachkräften ermöglichen, sie zu besuchen. Aus dem Grund haben wir uns für ein Pilotprojekt zur Digitalisierung der Berufsschulen eingesetzt. Die erste digitale Berufsschule in Deutschland sollte in Thüringen sein und das ist ein Projekt der CDU-Fraktion.

(Beifall CDU)

Last, but not least, fünftens: Thüringen investiert mit dem Haushalt 2021 mehr in Familien. Der neue Kinder-Bauland-Bonus erleichtert Familien abhängig von der Kinderzahl die Investition in die eigenen vier Wände. Mit der Familiencard wird der Besuch in Thüringer Kultur- und Freizeiteinrichtungen für Kinder kostenfrei. Das ist ein unmittelbarer Beitrag zur Förderung der Familien und es ist ein unmittelbarer Beitrag zur Heimatbildung und für die Kulturträger. Das ist der richtige Weg, wie man Familienpolitik in Thüringen macht.

(Beifall CDU)

Natürlich gibt es auch Projekte, die wir manchmal im Kleinen und manchmal im Großen verhandelt haben. Und ich darf das sagen: Für uns war die Frage, wie man mit der SED-Diktatur und dem DDR-Unrecht umgeht, ganz wesentlich. Deswegen werden auch die Grenz Museen in Thüringen mehr Geld erfahren, um die wichtige erinnerungspolitische Arbeit zu leisten. Es wird ein eigenes Forschungsvorhaben geben, das sich intensiv damit auseinandersetzt und vor allen Dingen sicherstellt, dass wir auch langfristig unserer besonderen historischen Bedeutung nachkommen. Dafür haben wir uns als CDU-Fraktion starkgemacht.

(Beifall DIE LINKE, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu Windrädern im Wald ist schon viel gesagt worden. Wir glauben, dass eine moderne Energiepolitik dafür Sorge trägt, dass wir einerseits die bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen richtig setzen. Herr Höcke, wenn Sie wissen würden, was in der Bundespolitik passiert, dann wäre Ihnen klar, dass die Landesgruppe der CDU im Bundestag dafür gesorgt hat, dass der entscheidende Paragraph im EEG gestrichen wurde, dass es keine Krisenintervention gibt, dass wir der Windkraftlobby den Weg nicht freigemacht haben, sondern gesagt haben, wir wollen eine energiepolitische Wende, die mit sauberer Technologie, aber gleichzeitig auch bürgernah stattfindet. Dasselbe haben wir in Thüringen getan. Wir haben dafür Sorge getragen, dass im Thüringer Wald bald wieder die Bäume – und nicht die Windkraftanlagen – in den Himmel wachsen.

(Beifall CDU)

Und nun zum dritten Thema – weil Sie es auch angesprochen haben –, zu der Frage der Migrationspolitik: Wir haben als CDU immer gesagt, es darf in der Flüchtlingspolitik keinen Thüringer Alleingang geben. Genau aus diesem Grund haben wir das Thüringer Landesaufnahmeprogramm aus dem Haushalt gestrichen. Für uns ist wichtig: Es darf keine Thüringer Nebenaußenpolitik geben, sondern wir müssen in Gemeinschaft, mit allen bundesdeutschen Ländern und mit der Bundesrepublik, dafür Sorge tragen, dass wir eine verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik machen, aber gleichzeitig keine Nebenkriegsschauplätze in der Thüringer Haushaltspolitik schaffen.

Für uns ist entscheidend, dass wir Suhl gestärkt haben. Ich sage Ihnen das, weil für uns die kommunalen Verantwortungsträger wichtig sind. Natürlich haben wir mit dem Oberbürgermeister in Suhl darüber gesprochen, natürlich haben wir mit der Landesaufnahmestelle gesprochen, weil es wichtig ist, dass wir eine menschenwürdige Ausstattung haben, gleichzeitig aber auch die nötige Sicherheit in den Vordergrund stellen.

Was mir schwerfällt – ich glaube, die CDU ist hier im Parlament die einzige Kraft, die eine ausgewogene Position übernimmt –: Es geht nicht nur auf der einen Seite wie bei Links darum, dass alles bunter und vielfälti-

(Abg. Prof. Dr. Voigt)

ger werden muss. Es geht auch um ein gemeinsames Fundament unserer Gesellschaft. Aber was auch nicht angeht, ist, dass wir eine Gesellschaft haben, die monochrom und homogen ist, so, wie Sie sich das vorstellen. Das entspricht nicht der Komplexität einer modernen Gesellschaft. Diese Differenzierungsfähigkeit brauchen wir schon, weil wir ansonsten der Polarisierung das Wort reden, die unserer Gesellschaft schadet. Aus diesem Grund hat sich die CDU dafür eingesetzt, dieses Landesaufnahmeprogramm zu streichen und trotzdem für Sicherheit und Qualität in Suhl zu sorgen.

(Beifall CDU)

Jetzt könnte man die Frage stellen – Herr Hey hat es ja getan –: Na ja, was wollt ihr denn anders machen? Natürlich haben wir mit diesen Vorstellungen, die wir deutlich gemacht haben, nur den CDU-Pfad für eine andere Zukunftspolitik für den Freistaat in den Blick genommen. Aber unser Anspruch ist doch, dass Thüringen nach der Krise wieder in Schwung kommt. Dafür braucht es eine Partei, die etwas von Wirtschaft versteht. Es braucht aber auch eine Partei, die die Zukunftsfragen dieses Landes im Blick hat: Ist Thüringen das Land, was es sein könnte? Haben wir alle Potenziale ausgenutzt? Unterstützen wir die Gesellschaft so, wie wir es müssten? Hat unsere Wirtschaft die Rahmenbedingungen, die sie braucht? Dienen unsere politischen Entscheidungen, die Sorgen und Nöte der Thüringer immer in den Blick zu nehmen? Ich denke, wenn wir das die Thüringer Thüringerinnen fragen würden, würde ein großer Teil sagen: Nicht! – Und genau an diesem Punkt glauben wir, dass Thüringen mehr kann.

Ich danke Ihnen persönlich für die gute Zusammenarbeit. Aber eins müssen Sie doch mal konstatieren: In den sechs steuerstärksten Jahren, die Thüringen jemals hatte, ist nicht entscheidend dafür Vorsorge getroffen worden, in Zukunft zu investieren. Es ist nicht die Frage der Infrastrukturinvestition in den Blick genommen worden. Das, was wir jetzt hier gemeinsam besprechen, ist der erste Haushalt im neuen Jahrzehnt. Wo wollen wir eigentlich 2030 stehen? Wollen wir nicht vielleicht den Anspruch formulieren, dass wir 2030 als Thüringen besser sind als Bayern? Thüringen kann mehr, und diese Zukunftsfrage muss man doch in den Blick nehmen. Darum geht es uns, dass eine Haushaltspolitik tatsächlich für die nächste Generation die Rahmenbedingungen schafft, dass Thüringen erfolgreich ist. Diese Frage hat für uns Handlungsmaßstab.

Das beginnt in der Schule. Wir kämpfen für ein Land, in dem jeder Schülerin und jedem Schüler verlässlich guter Unterricht in allen Fächern und in allen Schularten gewährt wird und es eine richtige Schule in Reichweite gibt, die technisch top ausgestattet ist und die vor allen Dingen auch mit den Zukunftsfragen dieses Landes konfrontiert ist.

Unser Anspruch als CDU-Fraktion ist es, dass wir das digitalste Schulwesen in ganz Deutschland haben, dass wir die Möglichkeit schaffen, auch mit den besten Methoden zu lernen, denn Thüringen kann mehr in Schule und Hochschule. Warum sollen wir nicht den Anspruch haben, dass das Stanford Deutschlands vielleicht auch in Ilmenau steht,

(Heiterkeit AfD)

weil wir dort Ingenieure ausbilden, die dieses Land voranbringen.

(Beifall CDU)

Das sind doch mal diese Fragen, die die Zukunft unseres Landes ausmachen. Es ist auch ein Land der guten Arbeit und eines selbstbewussten gewerblichen Mittelstands, einer Wirtschaft, die sich gut ausgebildetes Fachpersonal leistet. Bis 2030 werden 300.000 Fachkräfte fehlen. Denen müssen wir doch attraktive Rahmenbedingungen schaffen. Das bedeutet, dass für uns Meister und Master gleichermaßen unterstützt werden und dass wir in Digitalisierung und Innovationskraft in die erste Liga aufrücken. Und das bedeutet aber

(Abg. Prof. Dr. Voigt)

auch, dass wir duale Ausbildung nicht einfach so als Wurmfortsatz nehmen, sondern tatsächlich auch ernst nehmen. Das ist der Punkt, den wir gesetzt haben in diesem Haushalt und wo wir weiter Dinge anders machen würden. Denn Thüringen kann mehr und wir können auch ein Fachkräftemagnet sein.

Es geht uns aber auch darum, dass Stadt und Land gleichwertige Lebensverhältnisse bekommen und dass niemand der Arbeit hinterher ziehen muss, dass es auch um ein Mobilitätsversprechen geht und dass wir die Lebensqualität der Thüringerinnen und Thüringer in Dörfern und in Kleinstädten genauso ernst nehmen.

Uns geht es darum, Familien mit Kindern die bestmögliche Unterstützung zu geben, eigenes Wohneigentum zu bilden, um damit auch eigenes Vermögen aufzubauen, aber trotzdem für jedes eigene Lebens- und Familienmodell offen zu sein. Thüringen muss wieder stärker Familienland sein und es muss viel mehr Familien in den Blick nehmen, die tatsächlich auch den Großteil unseres Landes ausmachen.

Gleichzeitig geht es uns darum, dass wir ein Land der Sicherheit sind. Das gilt von der verlässlichen medizinischen Versorgung überall im Land bis zum Vertrauen darauf, dass die Feuerwehr ausrückt und die Polizei da ist, wenn sie gebraucht werden. Thüringen kann mehr, wenn es um Sicherheit geht. Wir haben bei Bodycams und Videoüberwachung nicht zu einem gemeinsamen Kompromiss finden können. Ich kann Ihnen aber eines sagen: Die Frage, wie die Thüringerinnen und Thüringer über diese Punkte denken, ist sehr eindeutig und Dinge wie in Erfurt auf manchen Demonstrationsflächen wären einfacher mit Videoüberwachung und richtigen Bodycams aufzuklären gewesen. Ich glaube, daran hätten wir gutgetan.

(Beifall CDU)

Last but not least – es ist natürlich auch ein Land der Kommunen, in dem klar ist, dass das Wichtigste vor Ort, vor der eigenen Haustür passiert. Der Bürger erlebt den Staat 24 Stunden, sieben Tage die Woche in der eigenen Gemeinde. Deswegen ist es wichtig, dass wir zu einer besseren finanziellen Ausstattung kommen. Wir haben für die Schlüsselzuweisungen gekämpft. Aber es muss darum gehen – gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden, die sich sehr in diese Haushaltsberatung eingebracht haben –, dass die Gespräche, die bei dem Kommunalgipfel stattgefunden haben, jetzt auch dazu führen, dass wir einen stärkeren Kommunalen Finanzausgleich im Jahr 2022 bekommen. Dafür setzen wir uns ein. Denn das soll dann wirklich auch mal acht Jahre halten können und darauf sollen sich unsere Kommunen verlassen.

(Beifall CDU)

All das ist es, worum wir kämpfen und wofür wir uns politisch einsetzen. Wir glauben, Landespolitik sollte sich auf diese Hausaufgaben fokussieren. Sie sollte Politik vom Bürger her denken, sie sollte sich klare Ziele und auch messbare Resultate in den Blick nehmen, sie sollte die Bürger ernst nehmen und sie sollte sie mitnehmen und nicht als sozial-moralische Mängelwesen begreifen. Das ist die Diskussion, die wir im nächsten Jahr zu führen haben.

Wir werden im Laufe des kommenden Jahres noch einmal die Gelegenheit haben, diese politischen Konzeptionen, diese Vorschläge in Thüringen zur Abstimmung zu stellen. Die sind schon bei Rot-Rot-Grün 2019 abgewählt worden. Diese Frage von Zukunft wird auch 2021 auf dem Stimmzettel stehen. Als gute Demokraten sind wir unserer Verantwortung gegenüber den Bürgern dieses Landes gerecht geworden. Wir haben diesen Haushaltsbeschluss gemeinsam vorbereitet. Zu dieser demokratischen Verantwortung gehört auch, die Unterschiede herauszustellen. Auch das haben wir getan. Wir haben eingelöst, was wir mit dem Stabilitätsmechanismus versprochen haben. Ich bitte für meine Fraktion um Zustimmung zum Nachtragshalt 2020 und zum Haushalt 2021. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bergner:

Vielen Dank, Herr Prof. Voigt. Das Wort hat jetzt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Rothe-Beinlich.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauerinnen, Zuhörerinnen an den unterschiedlichsten Medien! Es ist immer nicht ganz einfach, wenn schon fast alle Fraktionen vor einem gesprochen haben und es um ein und denselben Gegenstand geht, den Haushalt nämlich. Aber trotzdem will natürlich auch ich aus unserer Sicht noch einmal einige Punkte benennen.

Ich will auch nur in einem Punkt auf die Rede von Herrn Höcke eingehen, weil ich finde, dass Susanne Hennig-Wellsow, Matthias Hey, aber auch Dr. Mario Voigt alles im Prinzip dazu gesagt haben. Eines jedoch will ich nicht so stehen lassen. Der heiße Wind, der von 30.000 Windrädern in Thüringen schwadronierte, muss vielleicht doch mal auf den schnellen Faktencheck. Es sind genau 866 Windräder. Das zeigt vielleicht einmal eindrücklich, wie seriös alles Mögliche ist, was Sie von der AfD hier vorn vortragen oder eben nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Deutschland – Deutschland!)

Dass wir uns in einer ganz besonderen Situation befinden, ist hier schon vielfach ausgeführt worden. Dass es noch nie so war, dass sich vier Fraktionen tatsächlich im Vorfeld verständigen wollten und mussten, auch das war und ist neu, und ja, wir haben lange gesessen, während andere gefeiert oder was auch immer getan haben. Aber ich glaube, genau das ist es auch, wofür wir hier zusammen im Thüringer Landtag sitzen. Da muss auch ich noch einmal an den Februar erinnern. Es war der 5. Februar, der uns, glaube ich, allen noch ein Stück weit in den Knochen sitzt, als sich jemand übermannt und zum Ministerpräsidenten ernannt fühlte,

(Heiterkeit DIE LINKE)

nachdem er mit den Stimmen von CDU, FDP, AfD gewählt wurde. Zum Glück haben wir danach sehr schnell Klarheit schaffen können. Und zum Glück kam es auch zu diesem Stabilitätsmechanismus in einer sehr besonderen Zeit, das muss man einfach noch mal so sagen. Denn kaum war dieser geschlossen, stand in den Sternen, ob wir hier überhaupt zusammentreten können, um gemeinsam einen Ministerpräsidenten zu wählen. Das ist zum Glück gelungen und dann war Corona auch schon da.

Ich will es noch einmal für alle, die im Moment in ihren Familien oder im Freundeskreis Menschen haben, die an Corona erkrankt sind, sagen: Das ist eine besonders schlimme Situation, gerade so kurz vor Weihnachten. Wer sich dann hier vorn hinstellt und so tut, als ob das mal eben nur eine Grippe sei und nicht so ernst zu nehmen, der schlägt nicht nur all denen ins Gesicht, die Weihnachten eben nicht mit den Liebsten verbringen können, der schlägt nicht nur all denen ins Gesicht, die keinen Besuch im Krankenhaus beispielsweise empfangen dürfen, sondern der tritt auch alles mit Füßen, was mit Menschlichkeit auch nur annähernd zu tun hat.

(Beifall DIE LINKE, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte mich ausdrücklich bedanken bei all denen, die auch über Weihnachten arbeiten werden, die sich kümmern werden um die Menschen, die Hilfe brauchen. Ich möchte mich auch bei denen bedanken, die für uns im Thüringer Landtag Tests zur Verfügung gestellt haben, die ebenfalls mit Füßen getreten wurden von eben dieser einen Fraktion. Und ich möchte mich auch bei all denen bedanken, die trotzdem zusammenste-

(Abg. Rothe-Beinlich)

hen, die sich solidarisch zeigen, aber eben Abstand halten. Und Abstand halten von der AfD scheint ein grundsätzliches Gebot zu sein, daran sollten wir uns auch nach diesen Haushaltsverhandlungen noch weiter halten.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wichtig war und ist aber gerade in Pandemie- und Krisenzeiten, dass wir auch haushaltspolitische Handlungsfähigkeit erreichen. Denn stellen Sie sich vor, wir würden heute keinen Haushalt auf den Weg bringen, wie viele Vereine, Verbände, etc. auf nötige Gelder warten würden. Wir alle wissen nicht, wie die Situation weitergeht. Wir alle wissen nicht, was Anfang nächsten Jahres sein wird. Insofern bin ich sehr froh, dass wir heute hier am 21. Dezember sitzen und gemeinsam über den Haushalt beraten.

Durch die positiveren Steuerschätzungen von September und November konnte die Nettokreditaufnahme gegenüber dem Entwurf auf rund 1,55 Milliarden Euro reduziert werden. Ich will es auch noch mal kurz sagen: Ja, die Gespräche mit der CDU – es waren nicht nur einmal 19 Stunden, es war auch nicht so, dass wir uns nur einmal getroffen hätten, aber die waren sicherlich die entscheidenden – waren teilweise schwierig. Aber ich glaube, sie haben gezeigt, wenn es darum geht, dass man gemeinsam in der Sache streitet und dass es um Lösungen geht, dass dies auch gelingen kann. Und es reicht eben nicht, über Twitter anzukündigen, dass man auch bereit wäre, über irgendwas zu reden, sondern man muss sich auch zusammensetzen.

(Zwischenruf Abg. Montag, FDP: Seid doch nicht so unverschämt, wirklich!)

Herr Montag, das müssen Sie sich gefallen lassen. Ihre Showeffekte kann ich wirklich nur noch schwer ertragen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Montag, FDP: Ich habe es Ihnen angeboten! 350 Änderungsanträge!)

Sie haben über Twitter gesagt, wir können mal reden, als ob Sie nicht wüssten, wo wir sitzen. Dann suchen Sie die ernsthafte politische Auseinandersetzung! Die läuft aber nicht über Twitter, Herr Montag. Das ist unverschämt, was Sie gerade machen, aber auch das müssen Sie vertreten.

(Zwischenruf Abg. Montag, FDP: 70 Prozent Mehrheit – darauf ausruhen!)

Alle Seiten mussten schwierige Kompromisse eingehen,

(Zwischenruf Abg. Montag, FDP: Das ist eine Frechheit!)

beispielsweise durch die Rückführung des 300-Millionen-Investpakets oder das Aufbrauchen der Rücklage. Gleichzeitig muss aber auch der gestiegene Ausgabebedarf aufgrund der Pandemie kompensiert werden. Dadurch ist das Haushaltsvolumen knapp an die Grenze unterhalb der 12 Milliarden Euro gestiegen. Durch eine Änderung der Landeshaushaltsordnung konnte die Tilgung für den Freistaat verträglich auf acht statt nur fünf Jahre verteilt werden. Thüringen reiht sich damit in die Reihe aller anderen Bundesländer ein, die aufgrund der Pandemiesituation Kredite aufnehmen. Ich bin da allerdings auch bei meiner Fraktionsvorsitzenden, Kollegin Susanne Hennig-Wellsow: Es gehört zur Wahrheit zu sagen, dass kein einziges Bundesland die Rücklage völlig aufbraucht, bevor es Kredite aufnimmt, so wie wir es jetzt machen werden. Das war ein klassischer Kompromiss. Wir mussten uns darauf einlassen. Ich finde es falsch, aber auch ich habe dem zugestimmt und werde dem mit dem Haushalt zustimmen.

Die seitens der Opposition darüber geführte Diskussion, ob eine Kreditaufnahme verfassungskonform ist, hat sich während der Haushaltsberatung zerstreut und es wurde uns übrigens bis heute keines der angekün-

(Abg. Rothe-Beinlich)

digten Gutachten vorgestellt. Vielleicht bekommen wir sie zu Weihnachten ja doch noch. Das bestätigt uns in dem Grundsatz, dass sich der Vorwurf der Verfassungswidrigkeit zweifelsfrei eben nur vorm Verfassungsgericht klären lässt. Die noch im September eingebrachten beiden Gesetze, nämlich das Thüringer Förderungsgesetz und die Erweiterung des Corona-Hilfsfondsgesetzes, konnten aufgrund der im Verfahren geänderten Systematik von der Landesregierung wieder zurückgezogen werden. Eine Tilgung ist aufgrund der Nettokreditaufnahme in 2020 und 2021 nun nicht mehr vorgesehen.

Ich möchte jetzt zu einem Bereich sprechen, über den tatsächlich noch niemand heute geredet hat, und das ist der ganze Bereich Europa. Dieses Jahr war bewegend und auch einschneidend mit Blick auf die Europäische Union. Mit Großbritannien verließ ein bedeutendes Land die Europäische Union. Großbritannien war Mitglied seit 1973. Wir beobachten zudem, dass einige Mitgliedsstaaten zunehmend dem Nationalismus verfallen und sich scheinbar immer mehr von europäischen und damit rechtsstaatlichen und solidarischen Werten verabschieden. Dabei liegen so große Aufgaben vor uns. Die Europäische Union muss mehr denn je zusammenstehen. Nur gemeinsam – in jedem Mitgliedsstaat, in jeder Region und Kommune – kann der europäische Green-Deal beispielsweise umgesetzt werden, damit Europa tatsächlich als erster Kontinent klimaneutral wird. Nur gemeinsam können wir Rechtsstaatlichkeit und Solidarität verteidigen und auch die Folgen der Corona-Krise bewältigen. Deshalb begrüßt unsere Fraktion ausdrücklich die im nächsten Jahr geplanten Aktivitäten der Staatskanzlei zur Steigerung der europäischen Kompetenz.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Europäische Union soll eben für die Thüringerinnen kein abstraktes Gebilde irgendwo in Brüssel sein, der vor Ort nur durch Hinweisschilder in Erscheinung tritt, sondern der Europagedanke muss von den Menschen gelebt, getragen werden. Es braucht wichtige aktuelle Diskussionen über europäische Themen auch hier im Thüringer Landtag. Und wir begrüßen den Austausch auch mit anderen europäischen Mitgliedsstaaten und Regionen.

Ich möchte an unsere Partnerschaften beispielsweise zur Region Malopolska, aber auch mit Frankreich und mit Ungarn erinnern. Gerade Polen und Ungarn sind nun Länder, in denen Minderheiten diskriminiert werden, Presse und Justiz nicht unabhängig agieren können und Rechtsstaatlichkeit immer mehr ausgehöhlt wird. Hier muss der Freistaat auch seiner Verantwortung als proeuropäisches Bundesland gerecht werden und gegen Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit ganz klare Kante zeigen zur Verteidigung der europäischen Werte und auch im direkten Austausch mit der Region.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns jedenfalls als Bündnis-Grüne ist die Antwort auf die Herausforderung unserer Zeit immer: mehr Europa und mehr gemeinsames Handeln auch hier in Thüringen.

Im Bereich der Aufarbeitung – das hat Prof. Voigt eben schon erwähnt – der DDR-Geschichte fördern wir mit 220.000 Euro die Entwicklung der Zentren der Demokratie in Gera und Suhl. Außerdem ermöglichen wir eine Anschubfinanzierung zum Aufbau einer dezentralen Beratungsstruktur für die ehemaligen Heimkinder in der DDR. Auch das ist immer wieder von einzelnen Betroffenen an uns herangetragen worden. Für die Errichtung und Etablierung eines Queeren Zentrums stellen wir 100.000 Euro mehr ein. Insgesamt sind es damit 200.000. So wird endlich eine zentrale Anlaufstelle auch für queere Menschen in Thüringen umgesetzt.

Der erste Schritt für eine umfassende Queere- und Infrastruktur in Thüringen ist damit getan. Eine Million Euro geben wir für die Projektförderung der Sozio- und Breitenkultur. Damit soll der pandemiebedingte Umbau der bestehenden Projektförderung endlich finanziert werden. 500.000 Euro erhält auch das Chancege-

(Abg. Rothe-Beinlich)

ber- und Chancengeberinnen-Programm, eine grüne Kulturidee, die zusammen mit dem Paritätischen und dem Kulturrat erarbeitet wurde und die es Kulturschaffenden ermöglicht, in Bildungs- und Kultureinrichtungen, aber auch in Seniorenheimen im nächsten Jahr Projekte durchzuführen.

200.000 Euro gibt es auch für die Koordinierungsstelle der Provenienzforschung. Gerade kleinere und mittlere Museen haben es nämlich oft bei der Analyse ihres Sammlungsbestandes schwer. Daher benötigen sie Hilfestellung durch externe Akteure und zu diesem Zweck soll die Koordinierungsstelle direkt beim Museumsverband angegliedert sein. Mit 2 Millionen Euro erhöhen wir schließlich die Zuschüsse für die Musik und Jugendkunstschulen – auch das ist ein wichtiges Signal.

Im Bereich Innen und Kommunales möchte ich besonders die so wichtige Polizeivertrauensstelle benennen. Endlich erhält sie drei Stellen mehr. Dadurch soll sie perspektivisch unabhängig werden und auch für eigene Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen zuständig sein. Der zugehörige Begleitantrag – Entschließungsantrag in der Drucksache 7/2344 – soll ebenfalls die Vertrauensstelle der Polizei stärken. Außerdem fördern wir das Pilotprojekt „Supervision“ für das Landeskriminalamt und eine Landespolizeiinspektion mit Sachmitteln und einer Stelle. Wir bauen eine Abteilung „Sozialkompetenz“ bei der Polizeischule auf. Sie soll Aus- und Fortbildungen in den Bereichen Führungskräfte, Qualifizierung, Teamentwicklung, strategische Moderation, Konfliktmanagement und Stressbewältigung stärken.

Mit zweieinhalb Millionen soll zudem eine Plattform für digitale Gremienarbeit in den Kommunen entwickelt werden. Viele von uns sind Stadträte oder Stadträtinnen oder in Kreisräten oder auch in Gemeinderäten aktiv. Wir wollen, dass auch diese unter Pandemiebedingungen rechtssicher online tagen können. Eine entsprechende Änderung der Thüringer Kommunalordnung steht allerdings noch aus. Da hoffen wir auch auf breite Unterstützung.

Der Bildungsbereich ist hier auch schon vielfach benannt worden. Gerade die Digitalisierung stellt uns da im wahrsten Sinne des Wortes vor riesige Herausforderungen. Der Etat sieht eine Reihe von wichtigen Investitionen vor, für die wir uns ganz besonders stark gemacht haben. Die freien Schulen erhalten endlich die 33 Millionen Euro mehr. Wir haben letzten Freitag über das Gesetz für Freie Schulen diskutiert und können verlässlich planen. Wir entfristen mit dem Stellenplan 800 Lehrerinnen und Lehrer an den staatlichen Schulen, um tatsächlich auch die Vertretungsreserve besetzen zu können und besonders in der Sprachförderung – ich habe es hier schon häufiger erwähnt –, gab es bislang Defizite. Jedes fünfte Kind in Thüringen mit Sprachförderbedarfen erhielt bisher keine Förderung. Daher unser Antrag, zusätzliche 40 Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache nun endlich auch einzustellen.

(Beifall DIE LINKE)

Für den Ausbau der praxisintegrierten Erzieher- und Erzieherinnenausbildung verdoppeln wir die PIA-Plätze von 60 auf 120 und erleichtern gerade Seiteneinsteigerinnen den Quereinstieg in den Erzieher- und Erzieherinnenberuf. Wir stellen über drei Jahre 1,3 Millionen Euro für außerschulische Bildungsangebote für nachhaltige Entwicklungen in den Naturparks, Biosphärenreservaten und im Nationalpark Hainich bereit. 1,2 Millionen Euro zusätzlich erhält das Landesprogramm „Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“. Da geht es auch mit 600.000 Euro ganz wichtig um neun Jahrhunderte jüdisches Leben und mit 600.000 Euro um die Stabilisierung der Strukturprojekte. Auch dafür stehen wir gemeinsam.

Wir setzen die gleiche Bezahlung von Grundschullehrern und Grundschullehrerinnen gegenüber anderen Lehrkräften um und schaffen die Möglichkeit für Zuschläge für Mangelfächer. Auch das wurde hier am Frei-

(Abg. Rothe-Beinlich)

tag umfangreich diskutiert. Für die politische Erwachsenenbildung stellen wir für flächendeckende Angebote ebenfalls 2,8 Millionen Euro mehr bereit. Ein ganz wichtiges Signal.

Ich komme jetzt zum Bereich Integration und Migration. Lieber Herr Prof. Voigt – ja, es war Ihnen aus politischen Gründen wichtig, dass die Landesaufnahmeordnung als Begriff im Haushalt nicht mehr vorkommt. Wohl aber ist das Geld vorhanden, wenn es uns erlaubt wird und möglich ist, diese Menschen hierher zu holen. Das wissen Sie auch alle, jetzt tun sie nicht so empört.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Ach, na sowas!)

So ist das in den Haushaltsverhandlungen. Wir stärken die finanziellen Grundlagen

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

für Integrationsförderung in Thüringen, sichern das Landesprogramm „Dolmetschen“ für die kommenden drei Jahre. Wir geben eine Million Euro zusätzlich für die Sozialberatung anerkannter Geflüchteter, das bleibt eine wichtige Aufgabe.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Da hat er doch gelogen!)

Die Maßnahmen der Integrationsförderung steigern wir um 2,25 Millionen Euro, unter anderem für das Landesprogramm „Muttersprache“. Wir alle wissen, wer die Muttersprache nicht beherrscht, wird es auch nicht schaffen, eine andere Sprache gut zu erlernen. Die Modernisierung der Erstaufnahmeeinrichtung wird ebenfalls weiterverfolgt und wir schaffen einen Opferunterstützungsfonds für Opfer rechtsextremer, rassistischer, antisemitischer und sexualisierter Gewalt mit 150.000 Euro.

Ein ganz wichtiges Thema, schauen Sie sich einfach den aktuellen MDR-Bericht zu Rassismuserfahrungen auch in Thüringen an, dann wissen Sie, warum wir genau diese Anlaufstelle brauchen. Ebenso schaffen wir eine Fachberatungsstelle für Opfer von Menschenhandel, über die sich hier Bernd Höcke so trefflich aufgeregt hat. Wir halten sie für richtig und wichtig und für ganz entscheidend, dass sie endlich auch vorkommt.

Im Bereich für Justiz und Verbraucherschutz stärken wir die Personalstruktur und die Justizvollzugsanstalten. Und auch für die Digitalisierung innerhalb des Justizapparats wurden umfangreiche Gelder in den Haushalt eingestellt. Ab 2021 finanzieren wir mit der Kofinanzierung des Bundesprogramms langfristig die Einrichtung einer landesweiten Vernetzungsstelle für Seniorenernährung. Gesundheit und Lebensqualität sind eben auch ein Leben lang mit guter Ernährung verknüpft. Für die Verantwortlichen in der häuslichen Pflege, für stationäre Einrichtungen oder mobile Dienste bietet die Vernetzungsstelle Beratung und vermittelt Wissen.

Vizepräsident Bergner:

Frau Abgeordnete, ich möchte Sie trotzdem bitten, im weiteren Vortrag die Namen von Abgeordneten auch korrekt zu nennen. Danke.

(Beifall AfD)

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Völlig richtig, vielen Dank.

Im Bereich Digitalisierung schaffen wir zehn Stellen für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes und stärken damit das völlig unterbesetzte Kompetenzzentrum, das die Verwaltung in Land und Kommunen bei Technikanschaffungen, Prozessmanagement etc. unterstützt. Zum Bereich Digitalisierung gehört natürlich die schon angesprochene Plattform für kommunale Gremiensitzungen.

(Abg. Rothe-Beinlich)

In der Wissenschaft gehen 60 Millionen Euro zur Förderung an das Universitätsklinikum in Jena. Die Gelder sind für aufgeschobene Investitionen im Bereich Geräteanschaffung – gerade bei der Strahlentherapie – und als Ausgleich für den wichtigen Tarifabschluss und die Erhöhung der Gehälter bei den Beschäftigten gedacht. Das hat das UKJ nämlich bisher aus seinem laufenden Etat gezahlt. Mit 13,9 Millionen Euro fördern wir im Bereich Forschung und Wissenschaft den Next-Generation-Cluster zur Stärkung der Zukunftssicherheit im Forschungsbereich.

Wir stellen weitere 200.000 Euro für eine unabhängige Beratungsstelle „Prostitution“ in den Haushalt ein. Wir sind übrigens das einzige Bundesland, das eine solche Beratungsstelle für diese Berufsgruppen immer noch nicht hat. Es geht an dieser Stelle um den Zugang zu Beratung und Gesundheitsprävention, zu persönlicher und beruflicher Neuorientierung, zu Rechts- und Sozialversicherungsauskünften, aber auch zu sozialpädagogischen Hilfen für alle, die in der Sexarbeit tätig sind.

Ein wichtiger Schwerpunkt für uns ist außerdem die Sicherung von Hebammenleistungen und die ausreichende Bereitstellung von Geburtshilfe. Endlich ist nun auch die Zukunft der Geburtshäuser in Thüringen gesichert. Zusätzlich schaffen wir Anreize, um die Anzahl der freiberuflich im und vor allen Dingen auf dem Land tätigen Hebammen zu erhöhen. Damit wollen wir ein flächendeckendes Angebot in der Geburtshilfe in ganz Thüringen gewährleisten. Auch die Finanzierung der Website zur Hebammenuche „hebammen-thueringen.de“ kann dadurch gesichert werden.

Wir fördern weiterhin die Umsetzung des Modellprojekts Drug-Checking mit 100.000 Euro, da für uns als Bündnisgrüne klar ist, dass Abhängige und auch nur gelegentlich Konsumierende Hilfe brauchen und keine Strafverfolgung. Mit der Etablierung dieses Drug-Checking-Projekts kann Thüringen zu den Vorreitern in Deutschland werden.

Die Maßnahmen zur Stärkung und Weiterentwicklung des öffentlichen Gesundheitsdienstes in Thüringen erhöhen wir auf 420.000 Euro. Das betrifft neben personellen und qualitativen Aspekten des öffentlichen Gesundheitsdienstes auch viele weitere Bereiche. Neben den vom Bund zugesagten Mitteln brauchen wir daher auch ausreichend Landesmittel. Der öffentliche Gesundheitsdienst muss damit als Schaltstelle wesentlich besser und schneller ausgestaltet werden, das zeigt uns gerade die Corona-Pandemie schmerzlich auf. Die Gewinnung von Ärztinnen und Ärzten für den öffentlichen Gesundheitsdienst war schon vor der Corona-Pandemie eine Herausforderung, viele wissen das aus den Kommunen. Wir haben dieses Problem auch in Erfurt, was die Besetzung von Amtsarztstellen etc. angeht. Es bedarf einer höheren Unterstützung der Kommunen, um finanzielle Anreize für die Personalgewinnung genau in diesem Bereich zu setzen.

1 Million Euro stellen wir für Investitionen an Tierheime zur Verfügung. Die Förderung ermöglicht dringend notwendige Maßnahmen an zahlreichen Gebäuden und sichert so auch die Arbeit der Tierschutzvereine in ganz Thüringen.

Jetzt komme ich zu einem ganz zentralen Punkt aus bündnisgrüner Sicht, nämlich zu den Bereichen Umwelt, Natur, Energie und Verkehr. Im Haushalt 2020 können wir große Erfolge im Klimaschutz verbuchen, verbunden mit konjunkturellen Impulsen für die regionale Wertschöpfung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für die Solarenergie – das Förderprogramm Solar Invest – gibt es einen spürbar hohen Aufwuchs. Wir erhöhen die Förderung hier um ganze 12,5 Millionen Euro, bisher – 2020 – standen dafür 4,5 Millionen Euro zur Verfügung, nun insgesamt 17 Millionen Euro für die Förderung neuer Solaranlagen, für Flächensanierungen zur Nachnutzung von Photovoltaikanlagen oder für Speicher- und Mieterstrom. Die Fördermittel für Solar In-

(Abg. Rothe-Beinlich)

vest waren übrigens bereits im Herbst ausgeschöpft. Das Programm wird sowohl erhöht als auch für 2022 und 2023 verstetigt. Wir meinen, das ist ein gutes, ein wichtiges, ein überfälliges Signal.

2 Millionen Euro der Gelder sind zweckgebunden für einen Bürgerenergiefonds. Die Bürgerenergie stärkt die Teilhabemöglichkeiten an der Energiewende und ebenfalls die regionale Wertschöpfung. Auch der Klimaschutz für Kommunen, das Förderprogramm „Klima Invest“ erfährt einen hohen Aufwuchs mit einer Erhöhung um 17,5 Millionen Euro – bisher standen nämlich nur 5,5 Millionen Euro zur Verfügung, nun 23 Millionen Euro – zur Unterstützung von Kommunen bei Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen wie zum Beispiel der Finanzierung von Klimaschutzmanagerinnen.

Zu der im Entwurf angesetzten Steigerung von 5,5 auf 11 Millionen Euro im Titel 883 kommen noch 12 Millionen Euro im Titel 883 14 des Wirtschaftsplans des Corona-Sondervermögens hinzu. Mit mehr als 1,25 Millionen Euro steigen wir ein ins Wärmeinvestitionsprogramm zur Hebung von Potenzialen bei der Energieerzeugung und Energieeffizienz im Sektor Wärme. Das Programm ist abgesichert durch Verpflichtungsermächtigungen über 5 Millionen Euro 2022 und weitere 1 Million Euro im Jahr 2023.

Bei Wasserstoff geben wir 5 Millionen Euro für Investitionen und zur Sicherung der Kofinanzierung von Programmen des Bundes und der EU. Wir sind überzeugt, grüner Wasserstoff wird mittelfristig eine Rolle bei der Sektorenkopplung und auch bei der Power-to-X-Technologie spielen. Darüber hinaus verstetigen wir weitere Mittel zum Klimaschutz, zum Beispiel bei der ThEGA 5 Millionen Euro oder auch im Bereich Energieeffizienz, ich sage nur: GREEN invest.

Immense Aufwüchse aus den vergangenen Jahren bei Natura 2000, Grünes Band, der Schaf-Ziegen-Prämie etc. im Bereich Naturschutz werden verstetigt. Bei den Natura-2000-Stationen stocken wir nochmals die Personalstellen auf. Jede Station kann nun mit vier Vollzeitstellen statt bisher zwei ausgestattet werden.

Mit 1 Million Euro fördern wir Investitionen und Maßnahmen, unter anderem die Stiftung für Bären, Wildtiere und Artenschutz, insbesondere das Projekt in Worbis. Ich kann Ihnen das allen nur ans Herz legen. In Projekten wie dem Alternativen Bärenpark Worbis finden Bären und Wölfe aus schlechten Haltungen ein neues und tiergerechtes Zuhause. Genau solche Artenschutzprojekte müssen in Thüringen – aber bislang anders übrigens als Zoos oder Tierparks – ohne öffentliche Gelder auskommen. Oft fehlt damit das Geld für größere Investitionen. Nun ist erstmals ein solcher Titel im Haushalt verankert, ein ganz großer Schritt, wie wir meinen, für den Artenschutz, aber natürlich auch für die Bären.

Schließlich stellen wir 5 Millionen Euro mehr für den Ausbau der Radinfrastruktur in Thüringen zur Verfügung. Bessere und mehr Radmobilität sind wichtige Schlüssel der Verkehrs- und damit auch der Energiewende.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier haben uns ganz viele Anfragen aus den Kommunen erreicht, dass hierfür mehr Mittel eingestellt werden sollten, und dem sind wir nachgekommen.

Allein diese gerade genannten Punkte zeigen deutlich, dass es uns in der Tat gelungen ist, einen soliden, einen zukunftsorientierten und nachhaltigen Haushalt hier vorzulegen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit, so meinen wir, sind wir gut aufgestellt für die Herausforderungen des nächsten Jahres und werben um Zustimmung zu diesem sehr besonderen Haushalt in besonderen Zeiten. Vielen herzlichen Dank.

(Abg. Rothe-Beinlich)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bergner:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Rothe-Beinlich. Aus den Reihen der Fraktionen hat sich jetzt noch Herr Sesselmann für die AfD-Fraktion zu Wort gemeldet. – Die Wortmeldung wird zurückgezogen. Dann habe ich als Wortmeldung noch Herrn Kowalleck aus der CDU-Fraktion. – Die Wortmeldung wird ebenfalls zurückgezogen. Dann sehe ich aus den Reihen: Herr Höcke hat sich noch zu Wort gemeldet. Sie haben noch 2 Minuten.

Abgeordneter Höcke, AfD:

Sehr geehrte Damen und Herren, ich werde mich hier noch mal zu Wort melden, um diese Windmühlenproblematik abschließend zu klären. Frau Rothe-Beinlich, ich habe in meiner Rede ja die CDU als hauptverantwortlich für die Verspargelung unseres Landes bezeichnet. Ich meinte damit natürlich Deutschland,

(Zwischenruf Abg. Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sagen Sie doch, was Sie meinen und meinen Sie nicht, was Sie sagen!)

weil die CDU die regierungsalteste und größte Regierungspartei ist und in dem Zusammenhang habe ich meines Wissens die Zahl von 30.000 Windrädern transportiert. Ich gucke aber gerne noch mal in das Protokoll, ob ich mich da vielleicht etwas vertan habe. Aber 30.000 sind es in der gesamten Bundesrepublik. Das ist noch mal klarzustellen und festzustellen.

(Unruhe DIE LINKE)

Natürlich weiß ich, dass es in Thüringen knapp 1.000 sind. Das ist das Erste.

Und das Zweite ist: Herr Hey, Sie sind so relativ jovial über die Feststellung hinweggegangen, die ich hier von vorne getätigt habe, dass dieses Rednerpult tatsächlich eine Ungleichbehandlung darstellt. Wenn die Abgeordneten der AfD oder wenn ich hier vorne rede, dann haben wir eine Dauerbeschallung aus den Reihen von Rot-Rot-Grün. Das müssen Sie ja auch mitbekommen. Sie sitzen in diesem Block, dem man hier vis-à-vis gegenübersteht. Natürlich ist das eine Ungleichbehandlung, weil man hier ständig aus dem Rhythmus gebracht und gestört wird. Das darf man ruhig mal erwähnen.

(Unruhe DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie und Ihre Opferrolle!)

Wir akzeptieren das Tagen hier im Steigerwaldstadion. Das ist ein schlauchförmiger Raum – machen Sie sich doch mal locker, Herr Müller. Aber dann muss man doch dafür Sorge tragen, dass Sie, Herr Müller, auch mal vor den Abgeordneten der AfD reden dürfen

(Beifall AfD)

und nicht nur wir ständig hier vor Ihnen reden müssen und Sie anfangen, von der ersten bis zur letzten Minute unserer Redebeiträge hysterische Artikulation zu betreiben. Das geht nicht. Das ist eine Ungleichbehandlung. Das muss mal festgestellt werden. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Bergner:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Damit ist diese Redezeit auch aufgebraucht. Für die Landesregierung hat sich zu Wort gemeldet ...

(Zwischenruf Abg. Marx, SPD: Herr Hey noch!)

Oh, Entschuldigung. Das ist mir entgangen. Dann noch Herr Abgeordneter Hey. Bitte schön.

Abgeordneter Hey, SPD:

Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Höcke, das macht es nicht besser. Ich habe vorhin gesagt, dass es aus meiner Sicht in der jetzigen Situation, in der viele, viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Thüringen unter wirklich schwierigsten Bedingungen arbeiten müssen,

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Aber Sie nehmen sich ganze Tage frei, Herr Hey!)

geradezu unerträglich ist, wenn sich ein Fraktionsvorsitzender des Thüringer Landtags hier hinstellt und sich über die Lageposition des Rednerpults beschwert. Das ist doch erstens nach außen nicht mehr vermittelbar. Zweitens – damit das an dieser Stelle auch noch mal gesagt wird –: Sie haben gesagt, wir tagen notdürftig hier oben in der Messearena, weil die Maßnahmen innerhalb der Corona-Pandemie das so verlangen und wir einen größeren Raum brauchen. Damit das jetzt hier nicht so stehen bleibt und die AfD sich immer wieder darüber beschwert, wie bestimmte Dinge hier sind und wie das Rednerpult steht usw., usf., will ich an dieser Stelle für alle anderen Kolleginnen und Kollegen des Thüringer Landtags deutlich sagen: Höchsten Respekt und ein herzliches Dankeschön an die Landtagsverwaltung, dass sie es in den letzten Wochen und Monaten möglich gemacht hat, dass dieses Land Thüringen politisch gesteuert werden kann und dass sie trotz der widrigen Bedingungen, mit all den Einschränkungen, die sie versucht umzusetzen, für einen geregelten Parlamentsbetrieb sorgt. Das muss an dieser Stelle mal gesagt werden. Das ist wichtig, Herr Höcke, und nicht die Kritik, die Sie hier immer wieder vorbringen, weil irgendwo ein Pult an einer anderen Stelle steht. Das ist doch wirklich lächerlich. Also noch mal ein herzliches Dankeschön an die Landtagsverwaltung.

(Beifall DIE LINKE, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bergner:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hey. Jetzt habe ich noch eine Wortmeldung vom Abgeordneten Montag für die FDP-Fraktion.

Abgeordneter Montag, FDP:

Werter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Astrid Rothe-Beinlich, heute an Ihrem Geburtstag gingen so ein bisschen die Emotionen mit Ihnen durch.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein, das kann ich nicht bestätigen! Bei Ihnen vielleicht!)

Ich darf auf zwei Dinge zurückkommen. Wir haben scheinbar gänzlich unterschiedliche Positionen, wie ein Parlament funktioniert. Ich erinnere mich sehr gut daran, wie Sie noch in der 5. Legislatur die vorhandene oder nicht vorhandene Arroganz der damaligen Landesregierung beklagt haben. Aber dieses Maß an Arroganz, was Sie hier vorne gezeigt haben, das hat die CDU in 30 Jahren nicht erreichen können.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Montag)

Ich bin mir nicht sicher, ob Sie unsere Verfassung kennen und ob Sie auch den gewichtigen Auftrag einer Opposition kennen.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wer ist arrogant?)

Dazu gehört es, nicht ihre Minderheitsregierung zu tragen, schon gar nicht zu Ihnen zu kommen, um darum zu betteln, dass man mitmachen darf, sondern die Gremien zu nutzen, die einem dieses Plenum, dieser Landtag zur Verfügung stellt. Das haben wir getan: 350 Änderungsanträge.

(Zwischenruf Abg. Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Mit denen Sie ... Euro einsparen! Das ist doch lächerlich!)

Wir haben einen Entschließungsantrag mit 18 Seiten – ich weiß, es ist viel Papier, Herr Müller, manch einen überfordert das. Trotzdem lohnt die Lektüre.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wer ist arrogant?)

Wir haben unsere Position dargestellt, wie wir uns einen Haushalt vorstellen, der nicht allein Schulden macht, sondern der im Blick hat, dass die Schulden von heute die Steuerlast von morgen sind. Wir haben ein neues Grundprinzip eingeführt, die Freiheit und die finanzielle Eigenverantwortung der kommunalen Familie zu stärken, indem wir die Zweckbindung von Mitteln herausnehmen und die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in unserem Land tatsächlich selbstständig über Investitionen vor Ort entscheiden lassen. Das ist für uns gelebte Subsidiarität.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich muss mich wirklich wundern und ich verwahre mich ganz ehrlich vor dem Ton, denn wir haben uns nie, weder in den Fach- oder Sachdebatten, in den Ausschüssen, im HuFA oder dergleichen, auch nur irgendeiner Debatte entzogen oder auch nur irgendeiner Kompromissmöglichkeit nicht gestellt. Im Übrigen darf ich Sie daran erinnern, dass Sie sogar einem Antrag, den wir als FDP gestellt haben, als Rot-Rot-Grün zugestimmt haben.

(Beifall AfD)

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das mag Sie irritieren,

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein, das haben wir ganz bewusst gemacht, Herr Montag!)

zeigt aber, dass wir eben auch gute Arbeit machen. Sie hätten mehr tun können. Das wäre besser gewesen als das, was Sie hier vorgetragen haben. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bergner:

Vielen Dank, Herr Kollege Montag. Ich muss Sie auch bitten, an die Maske zu denken. Für die Landesregierung hat sich jetzt Herr Ministerpräsident Ramelow zu Wort gemeldet.

Ramelow, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist schon etwas Besonderes, was heute passiert. Deswegen rede ich vor der Finanzministerin, denn üblicherweise wäre, wenn wir im regulären Verfahren wären, zuerst die Finanzministerin dran und ich würde mich vielleicht später zu Wort melden.

(Ministerpräsident Ramelow)

Aber es ist nicht ein normaler Tag, den wir gemeinsam heute gestalten, sondern es ist im Sinne des Struck-schen Gesetzes der Beweis, dass nichts, was in den Landtag von einer Landesregierung eingebracht wird, am Ende den Landtag auch so wieder verlassen wird.

Im Gegensatz zu all den Jahren – und ich bin 1999 das erste Mal Mitglied des Thüringer Landtags gewesen – waren die Veränderungen in einem Haushalt – sagen wir mal, freundlich gesagt – überschaubar. Ich habe aber schon bei der Einbringung dieses Haushalts gesagt, dass dieser Haushalt, den wir als Landesregierung auf den Weg bringen, die Grundlage darstellen wird, damit hier im Parlament das Königsrecht des Parla-ments zum ersten Mal mit einer Kraft ausgefüllt wird, wie es noch nie in Deutschland geschehen ist.

(Zwischenruf Abg. Meißner, CDU: Wozu brauchen wir dann eine Landesregierung?)

Deswegen will ich auch einen besonderen Dank an alle, an die vier Fraktionsvorsitzenden der regierungsbe-gleitenden Fraktionen meinen Dank sagen.

(Heiterkeit AfD)

Das Gebrülle da hinten können wir uns ersparen, denn es gibt vier Fraktionen und eine Oppositionspartei, die sich der Verantwortung gestellt haben und sich eben nicht mit Weihnachtsfeiern und Corona sonst wie die Zeit vergeben haben.

(Beifall DIE LINKE, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)

Aber die Besonderheit, das Königsrecht des Parlaments auszufüllen – ich habe das auf vielen Parlaments-sitzungen erlebt. Da saß ich dann auf der Oppositionsbank und alle guten Vorschläge, Herr Montag, sind ge-nauso behandelt worden, wie Sie es gerade beschrieben haben. Ich habe da eine lange Leidensgeschichte und kann das sehr gut nachvollziehen, denke aber, dass es in diesem Fall völlig anders war. Diese Landes-regierung hatte keine eigene Mehrheit und hat keine eigene Mehrheit.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Die wird auch keine bekommen!)

Diese Landesregierung agiert, weil es verhindert worden ist, dass eine Fraktion in diesem Landtag einen Mi-nisterpräsidenten gewählt hat, dessen Wahlakt Sie hinterher als Falle bezeichnet haben, Herr Möller – in je-de Kamera haben Sie das gesagt –, und als Leimrute, die man Herrn Kemmerich gelegt hat.

(Beifall FDP)

Ich will daran noch mal erinnern: Wer mit der Verfassung so umgeht, wer mit einem Verfassungsorgan so umgeht, der will diese Demokratie beschädigen, und der hat das nur im Sinn.

(Beifall DIE LINKE, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)

Deswegen ist es besonders wichtig, dass in einer Phase, die wir uns am 5. Februar gar nicht vorstellen konnten, die mit dem 12. März gekennzeichnet ist, die auf einmal als eine Herausforderung auf ganz Deutschland, ja, auf die ganze Welt zugekommen ist, die wir uns so nicht vorgestellt haben – eine Fraktion sagt ja, diese Herausforderung gibt es gar nicht; im Sommerinterview hat der „Chefvirologe“ erklärt, es gäbe gar kein Corona und das käme auch nicht mehr wieder.

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Das habe ich doch nie gesagt!)

Jetzt sind wir in einer Situation, die noch schlimmer ist als das, was ich mir in den kühnsten Träumen habe vorstellen können. Da kann man dann sagen, das hätte man alles besser vorbereiten können. Ich muss aber sagen, das, was man besser hätte vorbereiten können, war immer daran geknüpft, dass wir eine Abarbei-

(Ministerpräsident Ramelow)

tung der Themen so haben, dass wir damit auch umgehen können. Also die Frage, ob Luftaustauschgeräte eingebaut werden oder nicht, hängt davon ab, dass sie zertifiziert sein müssen, dass sie geprüft sind. Ich darf darauf hinweisen, dass es immer noch die Bundesgremien sind, die Bundesfachausschüsse, die sagen, das Lüften in der Schule sei immer noch besser. Ich persönlich bin da bei Ihnen, Herr Voigt, und denke, da müsste man schneller und mehr herangehen. Aber es ist keine Frage, die wir so mal schnell nebenher erledigen können. Trotzdem sage ich: Das, was ich eben in den Ausführungen der Fraktionsvorsitzenden gehört habe, da ist einiges dabei, was die Grundlage dessen sein muss, was wir in Zukunft auch noch weiter ausbauen müssen.

Heute ist es aber an mir, ausdrücklich meiner, unserer Finanzministerin ein herzliches Dankeschön zu sagen, denn es ist ein sehr ungewöhnlicher Vorgang, dass eine Finanzministerin ein Kabinett dazu bringt, einen Haushalt fertig zu machen, von dem wir wissen, dieser Haushalt wird nicht mehr so aussehen wie der, den die Finanzministerin für verantwortlich gehalten hat. Sie hat uns genötigt, an bestimmten Stellen auf die Bremse zu treten, wo wir gern etwas großzügiger gewesen wären. Deswegen, liebe Frau Taubert, ich bewundere Ihre Kraft und Ihre Energie, mit der Sie in dieser schwierigen Zeit uns immer wieder allen in der Regierung gezeigt haben, dass wir zusammenhalten müssen. Aber Sie standen auch den Fraktionen zur Verfügung. Ich erinnere mich an das erste Gespräch auch mit Herrn Emde und Herrn Prof. Voigt, als wir darüber geredet haben, was das jetzt in dem Arbeitsprozess heißt, wenn das in den parlamentarischen Gang geht. Alle Auskünfte, die erbeten worden sind, sind erteilt worden. Die Mitarbeiter haben dort teilweise Tag und Nacht im Finanzministerium gearbeitet, fast so, wie im Gesundheitsministerium. Insoweit ist das ein wichtiges Signal, dass die Landesregierung und die Ministerien handlungsfähig sind und auf dieser Basis ein Werk entstehen konnte, bei dem in der Wechselwirkung zwischen dem Parlament und der Regierung auch die Veränderungsprozesse, die Sie als Abgeordnete dann auf den Weg gebracht haben, anschließend vom Finanzministerium wieder umgearbeitet worden sind. So etwas hat es in Deutschland noch nicht gegeben. Ich finde das eine großartige Leistung, nämlich ein respektvolles Miteinander-Umgehen von zwei Verfassungsorganen, die sagen: Wir lassen dieses Land nicht in der kritischsten aller Phasen, die dieses Land jemals seit 1945 erlebt hat, in einer Unklarheit, wie sich die Zukunft gestaltet. Und dass der Haushalt in diesem Jahr noch beschlossen wird, ist ein wichtiges Signal der Stabilität. Deswegen will ich keine einzelnen Dinge dabei bewerten, sondern will die Gesamtleistung bewerten als etwas Hervorragendes, etwas Wunderbares.

Sie haben, meine sehr verehrten Damen und Herren, das Land Thüringen, das am 5. Februar weltweit auf einmal in den Fokus geraten ist über einen denkwürdigen Vorgang, hat mit einer Minderheitsregierung und einem außergewöhnlichen Stabilitätsverfahren bewiesen, dass wir in der Lage sind, diesem Land Sicherheit und Stabilität zu geben, und Sie als Abgeordnete haben dabei eine wesentliche Prägung geleistet. Hier steht also kein Ministerpräsident, der jetzt sagt, wir als Landesregierung haben dieses oder jenes gemacht, sondern hier steht ein Mensch, der sich verneigt vor der gemeinsamen Leistung und der gemeinsamen Verantwortung, die Sie alle bewiesen haben. Deswegen auch mein herzlicher Dank an den Haushaltsausschuss, an Herrn Emde: mit welcher Stoischkeit er es ausgehalten hat, uns alle immer wieder daran zu erinnern, dass da ein paar Zuarbeiten zu erledigen sind, ein paar Umarbeiten zu machen sind. Ich bewundere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Fraktionen, die in den Nächten – ich habe mir teilweise berichten lassen von 3.00 Uhr, 4.00 Uhr morgens – die letzten Listen machen mussten, um am nächsten Morgen wieder abstimmungsfähig zu sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist nicht banal, das ist nicht nichts, sondern das ist Ausdruck von gelebter Demokratie in einem neuen Bundesland, bei dem wir so häufig erleben, dass von – sagen wir

(Ministerpräsident Ramelow)

mal – westlicher Seite so nach dem Motto hingeschaut wird: Die sind alle komisch. Jetzt haben wir etwas bewiesen, was in Deutschland noch nie jemand bewiesen hat: nämlich eine Minderheitsregierung, die mit der Unterstützung des Parlaments und mit Rückbindung ins Parlament einen Haushalt auf den Weg bringt, der heute beschlossen wird, der unserem Land guttut, der unserer Situation den besten Beitrag liefert, damit wir die Kommunen nicht allein lassen, der Schutzschirm der Kommunen damit auch ausgefüllt worden ist, damit deutlich wird: Keine kommunale Familie, kein kommunaler Träger wird jetzt allein gelassen. Denn, meine Damen und Herren – und davon bin ich überzeugt –, wir sind erst am Anfang dieser pandemischen Entwicklung. Wir sind noch lange nicht durch den Winter. Wir sind jetzt in einer Situation – und da möchte ich noch mal den Verweis auf das geben, was an Mutationen gerade aus England oder aus Südafrika am Horizont erscheint –, die damit verbunden sein kann, unsere Krankenhäuser und unsere Pflegeeinrichtungen noch einmal an die absolute Leistungsgrenze dessen zu bringen, was machbar ist. Damit machen wir deutlich: Wir lassen keine Krankenschwester, keinen Pfleger, keinen Arzt, wir lassen keinen beim Roten Kreuz, beim Technischen Hilfswerk, wir lassen keinen alleine. Und wir stellen mit Freude fest, dass uns die Bundeswehr im schönsten Einsatz aller Zeiten – das ist nämlich ein Friedenseinsatz – auf einmal hilft. Und das beweist wiederum, was die Bundeswehr in der Lage ist, an Stabilität zu liefern – gerade in Altenburg im Krankenhaus. Das ist ungeheuerlich. Und es ist gut, dass wir uns gemeinsam darauf verlassen können, dass alle Institutionen zusammenwirken und zusammen deutlich machen: Wir werden dem Corona-Virus die Stirn bieten, wenn wir zusammenstehen. Und wir werden diesem Land Stabilität geben, indem Sie gemeinsam in der wechselvollen Beziehung, die wir zwischen Regierung und Parlament geschaffen haben, ein völlig neues Fundament für das Königsrecht des Parlaments mit Inhalt ausgefüllt haben.

Deswegen mein Dank – ausdrücklich mein Dank – an die vier Parteien, an die vier Fraktionen hier im Thüringer Landtag, mein Dank an die Referenten, mein Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landtagsverwaltung, die das alles ermöglicht haben, denn es war eine unglaubliche Leistung.

Ich will es am Schluss noch mal sagen, die mahnenden Worte unserer Finanzministerin, die sagt: Das ist das höchste Haushaltsvolumen, das jemals in Thüringen auf den Weg gebracht worden ist. Dieses Haushaltsvolumen muss wieder finanziert werden. Das heißt, wir investieren jetzt in die Stabilität einer Konjunktur, bei der möglichst schnell auch wieder Produktion, Produkte und Steuerkraft entstehen, bei der möglichst schnell Arbeitsplätze notwendig werden und Menschen in Lohn und Brot kommen oder bleiben, damit deutlich wird: Thüringen will den Platz in der Mitte der Bundesrepublik Deutschland einnehmen. Herr Voigt, die Bemerkung am Rande: Wenn Sie uns immer mit Bayern vergleichen möchten, dann sage ich das Wort „Wind im Wald“ und „Bayern“ jetzt nicht.

(Heiterkeit CDU, SPD)

Ich erspare mir jegliche inhaltliche Differenz, weil ich trage alles mit, was gemeinsam verabredet worden ist. Ich finde, es ist jetzt auch gut, dass wir zum Jahresende einfach den Bürgern sagen: Das Thüringer Parlament ist handlungsfähig. Dafür mein herzlicher Dank und Gratulation, weil wir damit in einer der schwierigsten Phasen unserer Zeit den Menschen den Mut machen und den Mut geben, dass wir gemeinsam zusammenstehen und niemanden allein lassen.

In diesem Sinne: Ich wünsche allen ein frohes Weihnachten, auch wenn es das stillste aller Zeiten wird. Ich wünsche allen einen guten Start ins neue Jahr, auch wenn ich noch nicht weiß, wie groß die Herausforderungen wirklich sein werden. Aber wenn wir so viel Kraft gemeinsam entwickeln, wie wir jetzt auf den Weg gebracht haben, dann wird es klar, meine sehr verehrten Damen und Herren, im Sinne einer Bundeskanzlerin: Wir schaffen das! Alles Gute!

(Ministerpräsident Ramelow)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bergner:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Für die Landesregierung hat sich Finanzministerin Taubert zu Wort gemeldet.

Taubert, Finanzministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete, ich war vorhin erstaunt, weil ich das Wort noch nicht gehört habe. Herr Höcke hat vom „Krypto-Kommunismus“ gesprochen. Ich habe mal nachgeschaut. Das sind Bewunderer für den Kommunismus, die ihre Bewunderung verborgen halten, um vor politischer Verfolgung und politischem Selbstmord zu fliehen.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Nur weil ich dachte, vielleicht sollte ich mich angesprochen fühlen. Wer natürlich in der Dimension einer Diktatur denkt, Herr Höcke, kann auf solche Ideen kommen. Wir leben seit 30 Jahren in einem freien Land – es ist von einigen Abgeordneten angesprochen worden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern ist es offensichtlich die falsche Bezeichnung für die Seite, die Sie immer wieder zu stören droht.

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Haben Sie bei Wikipedia nachgesehen, Frau Taubert?)

Es ist nicht richtig, Herr Höcke, dass wir den Haushalt bewusst auf 12 Milliarden Euro aufgepumpt haben. Die Finanzministerin lassen Sie da bitte raus.

(Zwischenruf Abg. Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das hilft jetzt nicht mehr!)

Nein, das hilft nicht mehr, aber korrekt muss man schon sein.

Ich habe bei Herrn Kemmerich gehört oder ich weiß nicht, ob ich Herrn Montag da richtig verstanden habe, dass der Haushalt zu spät eingebracht worden sei. Vielleicht habe ich Sie auch missverstanden. Aber wir haben diesen am 4. September eingebracht. Das ist genau rechtzeitig, genauso wie es in der Landeshaushaltsordnung steht. Das heißt, es hatten alle genug Zeit, sich mit diesem Haushalt zu beschäftigen.

Es ist hier sehr häufig vom Breitbandausbau und von Digitalisierung gesprochen worden. Auch dazu möchte ich eine Bemerkung abgeben. Warum ist das denn mit dem Breitbandausbau so schwierig – am Geld kann es nicht mehr liegen –? Es liegt an den Firmen, es liegt an den Möglichkeiten. Wenn Sie sich mal an den ersten Landkreis, der in Thüringen angefangen hat, für den Breitbandausbau zu planen, zurückerinnern. Das war der Kyffhäuser-Kreis. Der Kyffhäuser-Kreis hat lange gebraucht, um das zu machen. Die anderen Landkreise kamen erst viel, viel später. Eins muss ich sagen: Herr Tiefensee hat sie fast genötigt, das Geld anzunehmen, was wir zur Verfügung gestellt haben. Deswegen ist es nicht redlich, der Landesregierung immer wieder vorzuwerfen, dass wir an der Stelle nichts tun. Es braucht offensichtlich längere Zeiten. Das Gleiche gilt für die Frage der Digitalisierung. Das sage ich ganz deutlich: Es ist gut und richtig, dass wir alle für die Digitalisierung sind und auch im Sinne des Online-Zugangsgesetzes wollen, dass Bürger das abrufen. Aber auch da haben wir vier Jahre benötigt, um die Kommunen zu inspirieren – sage ich mal freundlich –, sich tatsächlich dieser Thematik intensiv zu widmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Ministerin Taubert)

Wir können nicht mehr, als Geld zur Verfügung stellen, Leute zur Verfügung stellen und sagen, komm, wir helfen uns, aber du musst auch mitmachen, du musst wollen. Du musst jemanden haben, der interessiert ist. Einzelne Beispiele zeigen, dass es jetzt Stück für Stück gelingt, vor allen in den Landkreisen, aber auch in kleinen Kommunen, junge Leute, junge Mitarbeiter zu finden, die diese Sache weiterleben. Auch da geht es gar nicht darum, was die Landesregierung tut. Sie hat Geld zur Verfügung gestellt, sie unterstützt. Es geht jetzt darum, dass man Digitalisierung lebt. Insofern können Sie der Landesregierung nicht vorwerfen, dass wir dieses nicht tun.

Meine Damen und Herren, wir haben – darauf ist hingewiesen worden – als Landesregierung schon unter den drei Partnern sehr schwierige Haushaltsverhandlungen gehabt. Auch daran will ich noch mal erinnern. Die Finanzministerin – ich weiß auch nicht, was ihr da so in den Weg kam – hat tatsächlich gesagt „Ist 19“. – Heben Sie sich den Satz für die Haushaltsverhandlung 2022 auf.

Wir haben jetzt wesentlich mehr Volumen im Haushalt. Ich kann in meiner Person, mit meiner Erfahrung jedes einzelne Projekt, was in diesen Haushalt hineingekommen ist, nachdem das Kabinett Ihnen den Haushalt übergeben hat, verstehen. Ich kann vieles nachvollziehen. Vieles ist notwendig, wird uns aber in den späteren Jahren noch mal vor Herausforderungen stellen. Selbst wenn die Lage gut ist und – ich bin keine Pessimistin – die Steuereinnahmen einigermaßen weiterfließen, wenn wir hoffentlich die Corona-Pandemie so überwinden können, dass jeder seiner Arbeit wieder nachgehen kann, und wenn die Strukturprobleme, die wir in der Automobilindustrie schon vorher sehr sichtbar hatten, relativ schnell überwunden werden, haben wir für die kommenden Jahre eine richtige finanzpolitische Herausforderung, die wir gemeinsam stemmen müssen.

Meine Damen und Herren, es kommt dazu, dass auch die Bundesregierung sehr viel Geld in die Hand genommen hat. An der Stelle möchte ich noch mal sagen, alle Bundesländer, auch Thüringen, sind sehr dankbar dafür, was die Koalition aus CDU, CSU und SPD auf den Weg gebracht hat. Wir haben gesehen, dass eine ganze Reihe von Oppositionsparteien im Grundsatz mitgemacht hat, im Sinne von: Ich sage, das ist ein guter Anfang, wir brauchen das also. – Da war der Streit im Allgemeinen nicht so groß, sondern nur an bestimmten Stellen. Das bedeutet, dass auch wir Länder viel investieren, auch die Kommunen viel investieren. Bei uns geht es nicht nur um die Frage der Kreditaufnahme. Ich erinnere – auch das ist erwähnt worden –: 1,8 Milliarden Euro hatte unsere Rücklage Anfang des Jahres. Sie wird dieses Volumen Ende 2021 bei planmäßiger Rücklageentnahme nicht mehr haben. Die Zahl des Tages kann ich Ihnen nennen. Am 31.12.2021 ist die jetzt zu prognostizierende Zahl 60,42 Euro. Wir haben also noch 60,42 Euro Ende des Jahres 2021 in unserer Rücklage, wenn wir all die Mittel benötigen.

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, wir haben jetzt momentan eine runde Zahl in der Rücklage liegen. Wir denken immer nur an die ersten vier Zahlen und sagen dann „Millionen“ dazu. Die 42 Cent liegen aber auch in der Rücklage herum.

(Beifall SPD)

Wir haben Ihnen sowohl für den Nachtrag 2020 als auch für das Jahr 2021 eine Ergänzungsvorlage vorgelegt – auch da ganz herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit –, die jetzt die Kreditaufnahme abbildet. Wir haben pflichtgemäß nach den Vereinbarungen der vier Partner, die diesen Haushalt beschließen werden, die Zuführung zum Corona-Sondervermögen in Höhe von 300 Millionen Euro gestrichen. Was damit einhergeht, ist etwas, was mich als Finanzministerin schmerzt. Das will ich offen sagen. Mit dem Nachhaltigkeitsmodell haben wir versucht, abzubilden, wie wir die Nichtausgabe von Geld, wenn wir einen jungen Be-

(Ministerin Taubert)

amten, eine junge Beamtin einstellen, am Ende abbilden, wie wir Tilgung weiter in dem Haushalt vornehmen können, wie wir das tun können. Wir müssen das Nachhaltigkeitsmodell, also diese Tilgung aussetzen. So schreibt es das Gesetz vor, wenn wir Kredite aufnehmen müssen.

Nun haben wir einen Haushalt von knapp 12 Milliarden Euro. Wer es genau wissen will: Es sind 11,739 Milliarden Euro. Wir haben fast 1,8 Milliarden Euro aus der Rücklage entnommen, wir nehmen 1,557 Milliarden Euro Kredite auf. Der Zeitraum von acht Jahren, den Sie für die Tilgung festgelegt haben, ist ambitioniert, weil jedes Jahr zurückgezahlt werden muss, und zwar ab 2022, wenn wir voraussichtlich keine Kredite mehr aufnehmen, weil sich die Steuereinnahmen ungefähr auf dem Niveau von 2019 belaufen. Es bedeutet natürlich auch Einschnitte im investiven Bereich. Ich will das deutlich sagen: Ich befürchte, dass wir wesentlich weniger Investitionen vornehmen können, weil eine ganze Reihe von den auch noch hinzugekommenen Ausgabepunkten laufende Haushaltspunkte sind. Ich will diese gar nicht erwähnen. Jeder hat hier schon das eine oder andere gelobt. Es war so ein bisschen wie Weihnachten, es gibt Geschenke. Aber die Geschenke kosten und manche kosten sogar 40 Jahre lang, jedes Jahr Geld. Manches wird auch noch mehr werden. Das ist eine milliardenschwere Belastung, die in den kommenden Jahren auf uns zukommt. Es bedarf aller Anstrengung des gesamten Landtags und auch der Landesregierung, dass wir diese Herausforderung stemmen können.

Meine Damen und Herren, auch ich möchte mich bei den vielen fleißigen Helferinnen und Helfern bedanken, die diesen Haushalt möglich machen. Wie gesagt, ich weiß, wenn man zu zweit, zu dritt, zu viert sitzt, dann braucht jeder auch eine Maßnahme, zwei Maßnahmen, drei Maßnahmen, von denen er weiß, dass sie für seine Wählerklientel ganz besonders wichtig sind. Das ist Ihnen gelungen. Deswegen auch den Verhandlerinnen und Verhandlern ganz herzlichen Dank für das Ergebnis. Wir werden in den kommenden Jahren sehen, vielleicht hilft uns auch die Steuer wieder. Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sind in Deutschland recht ehrlich. Die kleinen Schnäppchenjäger gibt es zwar auch, die großen auch, aber im Grunde genommen sind wir ehrliche Steuerbürgerinnen und Steuerbürger, so wie wir hier sitzen und auch außerhalb des Landes. Möglicherweise gelingt es uns dann, die vielen Projekte, die für einzelne, aber auch für größere Gruppen wichtig sind, in den kommenden Jahren fortzuführen. Deswegen noch mal ganz herzlichen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bergner:

Vielen Dank, Frau Ministerin Taubert. Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht mehr. Dann ist damit die Generalaussprache beendet.

Wir steigen ein in den **Einzelplan 02 – Thüringer Staatskanzlei**. Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle darauf aufmerksam machen, dass die Landesregierung von ihrer Ankündigung Gebrauch gemacht hat, ihre Reden für die Einzelpläne 02, 03, 05, 07, 08, 09, 10 und 18 jeweils zu Protokoll zu geben (**siehe Vorlage 7/1438 sowie Anlagen ...**). Für den Einzelplan 02, den ich damit als Erstes aufrufe, hat sich Frau Abgeordnete Mitteldorf, Fraktion Die Linke, zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Mitteldorf, DIE LINKE:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, ich habe 3 Minuten Redezeit für den Einzelplan 02. Das ist natürlich extrem viel, um mal darüber zu sprechen, dass es auf der einen Seite unfassbar gut ist, dass wir auch im sechsten Jahr von Rot-Rot-Grün und in diesem Jahr mit Unterstützung des Stabilitätspartners CDU festhalten können, dass es keine Kürzun-

(Abg. Mitteldorf)

gen im Kulturbereich gibt. Das ist – und das ist traurig genug – in einem reichen Land wie Deutschland allerdings durchaus ein Wert an sich. Deswegen will ich das schon an den Anfang stellen, weil ich finde, das ist etwas, darauf kann auch Thüringen durchaus sehr stolz sein.

Wir haben es allerdings auch – und das will ich an der Stelle auch sagen – immer noch mit einem, sagen wir mal, nicht ganz vorhersehbaren Jahr 2021 zu tun. Sie alle wissen, gerade im Kulturbereich sind ganz viele Menschen, ganz viele Klubs, ganz viele Theater, ganz viele Museen, ganz viele Einrichtungen, auch was die Angebote von kultureller Jugendbildung, aber auch kultureller Bildung insgesamt betrifft, extrem von der Pandemie betroffen und zu den meisten Teilen geschlossen, jetzt im Moment sowieso. Im Moment ist natürlich nicht ersichtlich, wann denn die Kultur wieder zum Laufen und zum Leben kommen wird. Das ist auch ein Problem, das ich mit Blick auf den Einzelplan 02 dieses Haushalts durchaus sehe. Deswegen ist es richtig und gut, dass wir uns verständigt haben, dass wir neben den Maßnahmen, die wir im Sondervermögen bereits miteinander verabschiedet haben, auch ein Stipendienprogramm für Künstlerinnen und Künstler oder auch Kultur- und Medienschaffende in Höhe von 1 Million Euro auf den Weg bringen. Das ist nicht nur als Zeichen wichtig, sondern hilft tatsächlich auch vielen Menschen – so ist die Hoffnung zumindest bei mir – aus der Situation besser herauszukommen, als es jetzt der Fall ist. Wir haben – das wurde bereits gesagt – die Musik- und Jugendkunstschulen wieder auf den ursprünglichen Betrag – die CDU hat noch 1 Million Euro draufgelegt –, was die Finanzierung betrifft, angehoben. Wichtig ist für mich im Speziellen, dass wir uns dafür entschieden haben, das Produktionshaus der freien Theaterszene zu stärken, dass wir es auch über das Jahr 2021 als Konzept fortführen wollen.

Jetzt sind meine 3 Minuten schon fast um. Ich will nur sagen: Es ist viel Geld im System. Ich habe nur die Befürchtung, dass es im nächsten Jahr nicht an jeder Stelle, da ankommen wird und kann, wo es hingehört. Deshalb bleibt es meine Aufgabe und unser aller Aufgabe, dass wir gerade für den Kulturbereich über das Jahr 2021 Perspektiven schaffen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bergner:

Vielen Dank, Frau Kollegin, auch für das Selbsteinhalten der Redezeit. Als Nächstes hat sich für die AfD-Fraktion Frau Abgeordnete Kniese zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Kniese, AfD:

Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Zuschauer am Livestream, das Geld ist knapp und dennoch plant Rot-Rot-Grün zusammen mit Schwarz sorglos verschwenderisch den neuen Haushalt. Der für Kultur zuständige Einzelplan ist ein sehr kleiner Teil des Gesamthaushalts. Doch allein hier haben wir, die Fraktion der AfD, Einsparungen von knapp 4,5 Millionen Euro beantragt und das, wohl gemerkt, nur bei linksideologischen Projekten in diesem Einzelplan von Rot-Rot-Grün.

(Beifall AfD)

Diese Projekte bieten keinerlei Nutzen für unsere Bürger, denn sie dienen ausschließlich der Selbstbeweihräucherung von Rot-Rot-Grün und der Implementierung linker Propaganda in den Köpfen unserer Bürger.

(Beifall AfD)

Die Verantwortung für die Steuergelder von unseren Bürgern liegt in den Händen der Regierung. Nehmen Sie also Ihre Verantwortung ernst und hören Sie auf, Nutznießer fremden Geldes zu sein!

(Abg. Kniese)

Doch kommen wir zu einem überraschend positiven Aspekt, zu der Musik- und Kunstschulförderung. Bereits 2019 erkämpfte die Fraktion der AfD einen Etat für die Musikschulen, die bis dahin ein Schattendasein für Rot-Rot-Grün gefrustet haben.

(Beifall AfD)

Auch in diesem Haushalt haben wir, die Fraktion der AfD, die ursprünglichen Pläne von Rot-Rot-Grün, die Musik- und Kunstschulen mit nur 3 Millionen Euro zu fördern, auf 5,25 Millionen Euro angehoben.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Marx, SPD: Ihr?)

Sehr erfreulich ist, dass Rot-Rot-Grün zusammen mit der CDU in einer nächtlichen Kuschelrunde mit viel Pizza bzw. Nougat, wie ich erfahren habe, den Federhandschuh entgegengenommen hat und nun ihrerseits mit 6 Millionen Euro aufwartet. Uns soll es recht sein, denn Sie scheinen endlich begriffen zu haben, dass Politik für die Bürger, für unsere Bürger gemacht wird und nicht als Selbstzweck betrieben werden sollte. Die AfD wirkt also wieder einmal. Es wird doch langsam, liebe Kollegen.

Herr Prof. Voigt – Sie sind gerade nicht da, das macht nichts –, Sie nannten mich und meine Kollegen „Lemminge“. Unter meinen Kollegen sind einige, die die DDR noch hautnah miterlebt haben. Mein Großvater und mein Vater mussten aus dem DDR-Regime fliehen. Ich und meine Kollegen sind definitiv keine Lemminge,

(Heiterkeit DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn wenn wir im Gegensatz zu Ihnen, zu der CDU, paktieren, dann nicht mit den Vertretern der SED-Nachfolgepartei.

(Beifall AfD)

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Rot-Rot-Grün und Frau Merkel abgewählt werden müssen. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Bergner:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich Frau Henfling zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, vielem, was schon gesagt wurde von der Kollegin Mitteldorf, kann ich mich natürlich anschließen. Lassen Sie mich ganz kurz geradeziehen, was Frau Kniese hier gerade hart verbogen hat. Ich will nur darauf hinweisen, dass die Prüfung der institutionellen Förderung der Musik- und Jugendkunstschulen schon im letzten Koalitionsvertrag von Rot-Rot-Grün vereinbart war. Dazu braucht es definitiv keine AfD.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass Sie natürlich mit dem Rasenmäher über den Kulturhaushalt drüber gehen und dass Sie nicht dafür stehen, kulturellen Pluralismus in diesem Land zuzulassen, das wissen wir. Sie wollen Theatern vorschreiben, was sie zu spielen haben. Sie wollen wahrscheinlich auch sämtlichen Chören vorschreiben, was sie zu singen haben. Wenn es nach Ihnen ginge, dann wahrscheinlich nur noch Wagner oder so was – keine Ahnung.

(Abg. Henfling)

Aber der Punkt ist tatsächlich, Sie stehen für kulturelle Öde, und das ist natürlich mit Rot-Rot-Grün nicht zu machen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Thüringen hat eine große und reiche Kulturgeschichte und – meine Kollegin Astrid Rothe-Beinlich hat es hier auch schon erwähnt – wir haben im Kulturhaushalt natürlich versucht, für das nächste Jahr einige Sachen zu verankern. Ich gebe der Kollegin Mitteldorf recht, wir müssen im nächsten Jahr noch mal sehr genau hinschauen, ob das Geld dort ankommt, wo es hingehört. Wir werden natürlich im nächsten Jahr auch damit konfrontiert sein, bestimmten kulturellen Angeboten, Kunst und Kultur in Thüringen auch wieder ein bisschen auf die Beine helfen zu müssen. Das ist nichts, was trivial ist und einfach zu sein scheint. Ich glaube, das bedarf unserer aller Anstrengung.

Wir haben unter anderem die 500.000 Euro für das „Chancengeber*innenprogramm“ eingestellt. Das ist eine Kulturidee gewesen, die zusammen mit dem Paritätischen und dem Kulturrat erarbeitet wurde. Sie soll Kulturschaffenden ermöglichen, im nächsten Jahr auf Honorarbasis Angebote an Bildungs- und Kultureinrichtungen durchzuführen.

Mir sind die Gelder ganz besonders wichtig, die eingestellt worden sind, um die kleinen und mittleren Museen in Thüringen dabei zu unterstützen, die Sammlungsgegenstände, die sie vor Ort liegen haben, tatsächlich durchzuschauen und auf deren Provenienz zu prüfen, nicht nur in Bezug auf das koloniale Erbe, was eine wichtige Frage ist, sondern eben auch auf die Frage zu ihrem Bezug in DDR-/NS-Zeiten, aber sogar zum Ersten Weltkrieg haben wir noch Sachen liegen, bei denen die Provenienz nicht erforscht wurde. Ich glaube, das ist ganz wichtig. Dafür stehen 200.000 Euro für eine Koordinierungsstelle zur Verfügung. Ich glaube tatsächlich, das ist etwas, wozu wir auch darüber reden müssen, wie wir das tatsächlich in Strukturen bekommen und nicht nur, wie es jetzt vorgesehen ist, in einer Projektförderung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin froh darüber, dass wir diesen Kulturhaushalt für das nächste Jahr noch mal so hinbekommen haben, wie er jetzt da ist. Ich möchte gemeinsam mit Ihnen im nächsten Jahr die Anstrengung unternehmen, Kunst und Kultur in Thüringen tatsächlich auch wieder auf die Beine zu helfen. Ich glaube, das ist ganz wichtig. Ich hoffe, dass wir das gemeinsam hier bestreiten werden. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bergner:

Das war eine Punktlandung. Vielen Dank, Frau Kollegin. Das Wort hat für die FDP-Fraktion Abgeordneter Montag.

Abgeordneter Montag, FDP:

Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, am Haushalt selbst haben wir ein paar Dinge geändert. Das wissen Sie selbst, Herr Minister, wir hatten ja darüber gesprochen. Das hat jetzt keine allzu große Relevanz, insofern tragen wir diesen Haushalt in großen Teilen sogar mit. Deswegen gibt mir das Podium heute hier die Möglichkeit, ein Stück weit auch mal zurückzuschauen, denn das Jahr 2020 war für den einen oder anderen tatsächlich ein Jahr von Pleiten, Pech und Pannen, das er vielleicht vergessen machen möchte. Das gilt hier und da nicht nur für uns, sondern sicherlich auch für die eine oder andere Frage im Agieren des Ministers.

(Abg. Montag)

Los ging es im Januar mit der Debatte bei „Fakt ist!“ um eine fragwürdige Mehrheitsgewinnung von Initiativen von Rot-Rot-Grün eben durch Stimmen der AfD. Sie sind ja – Gott sei Dank! – auch schnell wieder davon abgekommen.

(Zwischenruf aus der Fraktion DIE LINKE: Mit AfD-Stimmen kennt sich jemand aus!)

Wir haben im Mai die Debatte erlebt, als es um die Schlösserstiftung ging, die nicht nur eine emotionale, sondern auch eine inhaltliche Schiefelage hatte: Missachtung der Kulturhoheit der Länder, Ausschluss der kommunalen Mitbestimmung. Letzten Endes auch die Frage nach dem Hauptsitz der Stiftung: Seitdem wissen Sie, dass Halle nicht in Thüringen liegt. Oder wie Sie sagen: Schussligkeitsfehler. Aber gleich weiter die Debatte in einem Jahr der Corona-Pandemie zu der Frage „Neubau Thüringer Landesvertretung, ja oder nein?“. Da hat ja – Gott sei Dank – die Finanzministerin dieses teure Repräsentationsobjekt bzw. -projekt schnell wieder kassiert. Recht hat sie damit gehabt. Am Ende immer wieder auftragend, trotz vielerlei Be- teuerung der Versuch, auch in der Corona-Pandemie politisch Meter zu machen. Das sehe ich bis heute pro- blematisch. Ich darf nur mal an die Debatte um die Frage „Sonderplenum“ erinnern, damals beantragt von der CDU, den MP quasi in eine Debatte laufen zu lassen, die er abends schon wieder kassieren muss, wenn am Ende die Bürgerinnen und Bürger verwirrt zurückblieben. Das sind ja manche bis heute. Insofern darf ich Ihnen und uns ein paar besinnliche Weihnachtsfeiertage wünschen und vor allen Dingen dann auch einen guten Start in das neue Jahr.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bergner:

Vielen Dank, Herr Kollege Montag für die bemerkenswert kurze und inhaltsreiche Rede.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Ich meinte das ausdrücklich positiv, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Wir haben es auch positiv aufgefasst!)

Das ist ein kleines Geplänkel zu zweit. Es schafft nämlich nicht jeder, die Redezeit von 3 Minuten zu unter- schreiten. Das kann dann jetzt an dieser Stelle für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Marx probieren.

Abgeordnete Marx, SPD:

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, das mit der Unterschreitung kann ich nicht versprechen. Wenn man nichts zur Kultur zu sagen hat, ist das leicht, aber ich habe vor, zu dem Einzelplan 02 zu reden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit den Änderungsanträgen, die hier jetzt zum Einzelplan 02 gestellt werden, gelingt uns etwas, was ich zu Beginn der Haushaltsberatungen nicht zu hoffen gewagt hätte, nämlich eine deutliche Stärkung des Kulturbereichs und der Aufarbeitungslandschaft. Dabei werden zum einen coronabedingte Belastungen ausgegli- chen, zum anderen bereits begonnene Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung weiter vorangetrieben, zum Dritten der Weg für vor Ort dringend benötigte Investitionen freigemacht und zuletzt auch noch wichtige langfristige Weichenstellungen materiell untersetzt.

Zum Ausgleich coronabedingter Belastungen: Hier ist besonders die Verdopplung des Kulturlastenaus- gleichs auf 20 Millionen Euro zu nennen, mit der die der Pandemieentwicklung geschuldeten Mindereinnah- men und Mehrausgaben der Kommunen auch im Kulturbereich abgedeckt werden. Aber auch die unmittel-

(Abg. Marx)

bare Unterstützung von Künstlerinnen und Künstlern nehmen wir in den Blick durch die Auflage eines Corona-Stipendienprogramms bei der Thüringer Kulturstiftung und die ebenfalls dort verankerte Umsetzung des Projekts „Chancengeber*innen“.

Damit zum zweiten Punkte, zu der Digitalisierung: Hier hat uns Corona sehr deutlich gezeigt, wie wichtig inzwischen online verfügbare Kultur- und Bildungsangebote sind. Da erhalten die Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora sowie die Landeszentrale für politische Bildung zusätzliche Projektmittel zum zügigen Ausbau ihrer Social-Media- und Online-Aktivitäten. Mehr Geld stellen wir außerdem der Stiftung Schloss Friedenstein für ihr Projekt zur digitalen Transformation klassischer Ausstellungsformate zur Verfügung.

Gleichzeitig – Punkt 3 – eröffnen wir Möglichkeiten für Investitionen in Millionenhöhe. Das betrifft etwa die dringend erforderliche Verbesserung der Sammlungs- und Arbeitsbedingungen am Weimarer Standort des Landesamts für Denkmalpflege und Archäologie, Bau- und Sanierungsmaßnahmen der Klassik Stiftung, die Erweiterung des Naturkundemuseums in Erfurt oder die Unterstützung der Stiftung Meininger Baudenkmäler beim Erwerb von Schloss Landsberg.

Über die Musik- und Jugendkunstschulen ist schon viel gesagt worden. Das ist ein besonders wichtiger Ansatz, weil wir einen bedeutenden Beitrag zur Sicherung und Weiterentwicklung partizipativer Musik- und Kunstangebote in den Regionen leisten.

Ich freue mich sehr, dass der Mitteleinsatz für das Kulturland Thüringen gesteigert werden konnte. Damit können wir nicht nur unsere kulturellen Schätze bewahren, sondern vor allen Dingen sie auch weiter wachsen und sich entwickeln lassen, denn nur so werden wir ein Kulturland bleiben, indem wir auch aktive Kulturarbeit betreiben und fördern. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bergner:

Vielen Dank, Frau Kollegin, für die ebenfalls bemerkenswert kurze Redezeit.

(Zwischenruf Abg. Liebscher, SPD: Und die bemerkenswert inhaltliche Rede!)

Auf jeden Fall haben wir jetzt noch einen Redner hier drauf, nämlich Herrn Kollegen Kellner für die CDU-Fraktion.

Abgeordneter Kellner, CDU:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Haushaltsplan 2021: Ich denke, das ist ein guter Haushaltsplan, was den Kulturbereich betrifft. Die Kolleginnen und Kollegen haben es ja schon vorneweg gesagt: Vor allem im Bereich der Musik- und Jugendkunstschulen konnten wir doch erhebliche Mittel aufstocken; 6 Millionen Euro stehen dafür zur Verfügung. Ich denke, das ist auch gut angelegtes Geld. Es hat uns auch schon viele Jahre beschäftigt, an der Stelle die Musik- und Jugendkunstschulen zu stärken.

Was uns ebenfalls wichtig war, ist die Förderung von Medienprojekten, Bürgerfunk, aber auch lokale Rundfunkanbieter, wofür wir 200.000 Euro zur Verfügung stellen wollen.

(Beifall DIE LINKE, CDU)

Auch das ist wichtig, dass es nicht zu kurz kommt, und gerade im regionalen Bereich. Was uns ebenfalls ganz wichtig war, ist die Heimat- und Brauchtumspflege. Vor allem für kleine Museen im ländlichen Raum, die vorwiegend von Ehrenamtlichen mit hohem Engagement getragen werden und wo auch viele Kunst-

(Abg. Kellner)

schätze gerade in der Region vorhanden sind, bedarf es der Unterstützung. Deswegen haben wir hier ein Programm mitaufgelegt, auch im Haushalt mit drin, mit 1 Million Euro. Davon können ca. 400 Heimatmuseen, Heimatstuben profitieren. Ich denke, auch das ist ein wichtiges Zeichen in dem Bereich, dass man den ländlichen Raum und vor allem die Breitenkultur nicht vergisst.

Ebenfalls ist für uns ganz wichtig, dass ein Kirchensanierungsprogramm von 5 Millionen Euro mit aufgelegt wurde – auch dafür herzlichen Dank –, weil das auch historische Gebäude gerade im ländliche Raum sind. Bei jeder Kirche in jedem Dorf ist es wichtig, dass dem Sanierungsstau entgegengetreten wird, weil letztendlich da auch ein Rieseninvestitionsbedarf besteht.

Und was uns ganz wichtig war, sind die Grenzmuseen. Hier haben wir noch mal 200.000 Euro miteingebracht; auch dafür herzlichen Dank, dass es aufgenommen wurde. 30 Jahre nach der deutschen Einheit leisten diese Grenzmuseen vor allem eine wichtige Aufgabe für die nächsten Generationen, auch eine ganz wichtige Bildungsaufgabe. Deswegen möchten wir diese auch mit diesem Haushaltsansatz unterstützen. Ebenfalls ist das Forschungszentrum, was errichtet werden soll, in Point Alpha mit 700.000 Euro auf den Weg gebracht. Auch das ist wichtig, was Bildungsmaßnahmen anbelangt, um nicht zuletzt auch die Aufarbeitung der Diktatur und des Grenzregimes mit zu betrachten.

Auch der Härtefallfonds, der mitaufgelegt wurde mit 1 Million Euro für die Opfergruppen des DDR-Unrechts, ist, denke ich mir, ein wichtiges und gutes Zeichen 30 Jahre nach der Einheit.

Alles in allem, finde ich, ist der der Einzelplan 02 im Haushalt 2021 gut aufgestellt und er zeigt auch, dass es eine Perspektive gibt nach der Pandemie bzw. wenn die Pandemie mal vorbei ist, ich hoffe, dass das sehr schnell geht,

Vizepräsident Bergner:

Herr Kollege, Ihre Redezeit endet.

Abgeordneter Kellner, CDU:

also dass eine Perspektive aufgezeigt wird und die Kulturschaffenden auch im nächsten Jahr verlässliche Zahlen haben und auch Unterstützung erfahren. Auch das, denke ich mir, war uns ganz besonders wichtig, dieses Zeichen zu setzen.

Vizepräsident Bergner:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Kellner, CDU:

Ich habe gedacht, die von Herrn Montag kriege ich.

(Zwischenruf Abg. Montag, FDP: Da hätten Sie vorher fragen müssen!)

(Heiterkeit CDU)

Vizepräsident Bergner:

Nein, selbst die ist inzwischen zu Ende. Ich danke für Ihren Beitrag.

Abgeordneter Kellner, CDU:

Also in diesem Sinne vielen Dank für die gute Zusammenarbeit und ich wünsche Ihnen auch ein gesegnetes Weihnachtsfest.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bergner:

Meine Damen und Herren, damit habe ich jetzt zum Einzelplan 02 keine Wortmeldungen mehr vorliegen. Bevor wir in die Mittagspause eintreten, möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass 5 Minuten nach Beginn der Mittagspause die Sitzung des Ausschusses für Europa, Kultur und Medien hier im Obergeschoss in der großen Loge beginnt.

Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die Mittags- und gleichzeitig Lüftungspause ein. Die Parlamentarischen Geschäftsführer hatten ja heftig um 45 statt 30 Minuten gerungen. Das vereinbart sich auch mit der Ausschusssitzung, die wir jetzt haben. Deswegen bitte ich Sie, sich kurz vor um zwei, sprich 13.58 Uhr wieder einzufinden.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Mittagspause angelangt. Wenn Sie so langsam Ihre Plätze wieder einnehmen könnten, bitte schön.

Wir fahren fort mit unserer Beratung und treten ein in den **Einzelplan 03 – Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales – einschließlich Kapitel 17 20 und Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes.**

Ich rufe für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Henfling auf.

Abgeordnete Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident! Zu dem Kommunalbereich in diesem Einzelplan ist ja in den Generalausssprachen schon ausreichend gesagt worden, lassen Sie mich dazu nur noch einen Satz formulieren: Ich glaube, dass wir tatsächlich im Rahmen unserer Möglichkeiten dafür gesorgt haben, dass die Kommunen in diesem und auch im nächsten Jahr gut ausgestattet sind. Und ich glaube tatsächlich, dass wir da eine gute Arbeit gemacht haben, Rot-Rot-Grün und CDU gemeinsam dafür gesorgt haben, dass es besser wird. Im nächsten Jahr verhandeln wir ja den Kommunalen Finanzausgleich neu und dann müssen wir tatsächlich schauen, wie wir da für mehr strukturelle Sicherheit bei den Kommunen sorgen können.

Für uns als Bündnisgrüne ist in dem Haushalt besonders wichtig, dass hier die Polizeivertrauensstelle aufgestockt wird. Hier gibt es drei Stellen mehr. Perspektivisch aus unserer Sicht soll diese Polizeivertrauensstelle unabhängig werden. Sie soll eigene Ermittlungskompetenzen bekommen und auch für Polizeibeamtinnen zuständig sein. Dazu gibt es auch den begleitenden Entschließungsantrag „Thüringer Polizei stärken und Fehlerkultur weiter befördern“.

Mit dem Entschließungsantrag soll das Innenministerium gebeten werden zu prüfen, wie in Thüringen eine unabhängige Beschwerdebehörde mit diesen Kompetenzen in Thüringen aufgebaut werden kann, und ein Vorschlag für eine Rechtsgrundlage dazu zu unterbreiten. Ich glaube, das Beispiel Dänemark, was ja auch immer vom Kollegen Dittes hier angeführt wird, ist dabei ein gutes Beispiel, an dem man sich orientieren kann.

(Abg. Henfling)

Außerdem haben wir uns fokussiert auf ein Pilotprojekt zur Supervision. Die Sachmittel und eine Stelle beim LKA sind im Rahmen eines Pilotprojekts dort eingestellt. Wir glauben, dass das ein wichtiger Schritt ist für alle Polizistinnen und Polizisten, langfristig Supervision zur Verfügung zu stellen zu können. Im Haushalt 2020 war dazu auch schon Geld da. Das ist leider nicht abgeflossen. Ich glaube, wir haben jetzt hier eine gute Grundlage geschaffen, damit das funktioniert.

Außerdem haben wir uns stark gemacht für den Aufbau einer Abteilung „Sozialkompetenz“ bei der Polizeischule mit zusätzlichen Stellen. Sie soll dort die Aus- und Fortbildung im Bereich Führungskräftequalifizierung, Teamentwicklung, strategische Moderation, Konfliktmanagement und Stressbewältigung stärken. Auch das ist, glaube ich, ein wichtiger Punkt.

Wichtig wäre uns, im nächsten Jahr tatsächlich auch über die Weiterentwicklung der Polizeischule in Meinungen noch tiefer und umfassender zu diskutieren. Aber ich glaube, auch das ist Ansinnen aller demokratischen Fraktionen in diesem Hause.

Mit der CDU wurde ja schon Einigung herbeigeführt, die tragen wir auch so mit. Wir sind froh, dass damit die Anträge zu Videoüberwachung und Bodycams zurückgezogen wurden, denn wir halten das im Gegensatz zur CDU für keine wirklich sinnvollen innenpolitischen Maßnahmen. Ich glaube eher, dass das dazu führt, dass es bürgerinnenunfreundlich ist und das es am Ende auch nicht die Kriminalität wirklich senken wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin soweit größtenteils zufrieden mit diesem Einzelplan und glaube, dass wir ihm guten Gewissens zustimmen können, und freue mich aber trotzdem über die inhaltliche Ausgestaltung und Diskussion auch im nächsten Jahr. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bergner:

Vielen Dank, Frau Kollegin Henfling. Ich rufe für die CDU-Fraktion Abgeordneten Walk auf.

Abgeordneter Walk, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Innen- und Kommunalpolitiker meiner Fraktion haben den Haushalt 2021 ganz in die Zeichen notwendiger Schritte in Anbetracht der Zukunft der Thüringer Sicherheitsbehörden auf der einen Seite und der finanziellen Handlungsfähigkeit der Thüringer Kommunen auf der anderen Seite gestellt

(Beifall CDU)

und wir als CDU-Fraktion haben uns eingesetzt für insgesamt 200 Millionen Euro mehr für die kommunale Familie. Damit konnten wir das größte Finanzplus für die Thüringer Kommunen seit sechs Jahren erreichen und eines auch unserer zentralen Wahlversprechen erfüllen.

(Beifall CDU)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sind uns darüber einig, dass es wichtig ist, den Bürgermeistern und Landräten sowie den Gemeinde- und Stadträten vor Ort mit einem neuen Fairnessabkommen wieder mehr Spielraum und mehr Gestaltungsmöglichkeit zu geben. Unsere Verantwortlichen und die Menschen vor Ort haben sich das auch im Wortsinn verdient.

Deswegen will ich zunächst auf den Einzelplan 17 eingehen, sechs Punkte, die mir bedeutend erscheinen:

(Abg. Walk)

Erstens die Sofortanpassung der Schlüsselzuweisungen bereits im Haushaltsjahr 2021 – dort erfolgt eine regelgebundene Erhöhung der Schlüsselmasse in Höhe von den angesprochenen 100 Millionen Euro.

Zweitens die kommunale Finanzgarantie – für 2021 wird eine Gewerbesteuerausfallzahlung in Höhe von 80 Millionen Euro geleistet werden können.

Dritter Punkt: Darüber hinaus erhalten die Thüringer Kur- und Erholungsorte 2021 zusätzliche Zuweisungen in Höhe von 10 Millionen.

Viertens: Außerdem wird der Kulturlastenausgleich um weitere 10 Millionen Euro aufgebohrt.

Nicht zuletzt sind die 29,5 Millionen Euro zur Stärkung insbesondere kleiner kreisangehöriger Gemeinden und Kommunen im Rahmen der Korrektur der Hauptansatzsatzstaffel zu nennen.

(Beifall CDU)

Und letzter Punkt: Der Kommunale Finanzausgleich gilt ab dem Jahr 2022 und unserem Ziel, die Thüringer Kommunen langfristig finanziell besser auszustatten, sind wir damit einen wesentlichen Schritt weitergekommen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das zweite Kerngebiet der Union ist die innere Sicherheit und deswegen komme ich jetzt zum Einzelplan 03. Wir freuen uns zunächst über 75 zusätzliche Stellen im Polizeibereich, das betrifft sowohl den Vollzug als auch die Verwaltung und den Tarifbereich. Wir freuen uns über 23 zusätzliche Kontaktbereichsbeamte. Wir freuen uns über jährlich 300 Polizeianwärter, die eingestellt werden, nicht nur in diesem Jahr, sondern auch im kommenden Jahr. Wir haben dazu beigetragen, dass die Digitalisierungsoffensive der Thüringer Polizei jetzt auch endlich in Schwung gerät mit zusätzlichen 5 Millionen Euro im Bereich IuK, Technik, Hard- und Software, dazu noch 25 Stellen beim Thüringer Landeskriminalamt in der entsprechenden Zentralstelle für IuK. Ein ganz wesentlicher Punkt sind die knapp 1.600 Stellenhebungen, das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: 1.600 Stellenhebungen bei der Thüringer Polizei vornehmlich mit mittleren Polizeivollzugsdienst.

(Beifall SPD)

Außerdem ist die Schaffung einer zentralen Feuerwehrbeschaffungsstelle, die wir mit einer Machbarkeitsstudie unterstützen wollen, zusätzliches Feuerwehrinvestitionsprogramm von 5 Millionen Euro und zusätzliches Personal bei der Landesfeuerwehrschule zu nennen.

Kurzum, liebe Kolleginnen und Kollegen, das zeigt, sowohl die Thüringer Kommunen als auch die Blaublichtorganisationen im Freistaat können sich auf die Union verlassen und die Union, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist und bleibt die Kommunalpartei und die Union ist und bleibt auch die Partei der inneren Sicherheit.

Bei drei Punkten werden wir dranbleiben, Frau Kollegin Henfling, sehr geehrte Vorsitzende, bei der Videoüberwachung, bei den Bodycams, sie sind nicht bürgerunfreundlich, im Gegenteil, bürgerfreundlich und wir wollen auch weiterhin den Verfassungsschutz stärken. Danke an alle Einsatzkräfte in schwieriger Zeit! Danke, dass Sie für uns da sind! Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Henfling:

Vielen Dank, Herr Walk. Ich möchte Sie alle noch mal darauf hinweisen, dass Sie bitte, wenn Sie nicht an Ihrem Platz sitzen, einen Mund-Nasen-Schutz tragen, weil das hier versehentlich wahrscheinlich von dem einen oder anderen ignoriert wurde.

Als Nächster erhält Abgeordneter Dittes für die Fraktion Die Linke das Wort.

Abgeordneter Dittes, DIE LINKE:

Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin, so eine Haushaltsberatung ist ja so ein bisschen wie eine Hochzeit oder eine Beerdigung. Nicht alles, was gesagt wird, stimmt. Das gilt vor allem für die Frage, wer hat es gemacht oder wer hat es verantwortet, Herr Walk. Aber es stimmt halt auch manch Inhaltliches nicht, was hier gesagt worden ist. Herr Walk, wenn Sie sagen, 200 Millionen Euro, das ist der größte Zuschlag an die Kommunen, den Sie erwirkt hätten,

(Zwischenruf Abg. Walk, CDU: Ja, richtig!)

dann will ich Ihnen sagen: In diesem Jahr 2020 hat die Thüringer Landesregierung mit dem Parlament den Kommunen zusätzlich zu den geplanten Mitteln 365 Millionen Euro für Investitionen, aber auch um Mehrausgaben und Mindereinnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie auszugleichen, zur Verfügung gestellt. Ich denke, das sollte man in so einer Darstellung durchaus berücksichtigen.

Es war nicht allein die CDU, die gesagt hat, wir wollen den Kommunen mehr im Haushalt 2021 zur Verfügung stellen. Das war eine gemeinsame Position. Es gab durchaus unterschiedliche Modelle, wie man zur Höhe kommt, wie man die berechnet, wie die Abrechnungsmodalitäten sind. Wir haben deutlich gemacht, dass wir wollen, dass das Geld, was wir in die Hand nehmen, bei den Kommunen ankommt, die es brauchen. Deswegen will ich eins noch mal erwidern, auch auf die Rede Ihres Fraktionsvorsitzenden, der gesagt hat, die Kommunen sind dank der CDU nicht mehr länger am Gängelband, haben wieder Freiraum zum Atmen und die Menschen würden jeden Tag in den Kommunen die Gemeinden erleben, Darauf will ich – das meine ich auch als Mensch – ernsthaft erwidern: Es gibt kein abstraktes Land und dort die konkreten Lebensverhältnisse in den Gemeinden. Natürlich erleben die Menschen die Gesellschaft in den Gemeinden. Aber nicht alles, was sie dort erleben – da will ich beispielsweise auf die Polizei, die öffentliche Sicherheit verweisen, aber auch auf die Bildung, auf die Lehrer –, ist allein in der Verantwortung einer Kommune. Das Land entscheidet ganz wesentlich durch den eigenen Verantwortungsbereich mit für das kommunale Leben. Das muss man doch gemeinsam denken und nicht gegeneinander diskutieren. Das kommt doch auch in diesem Haushaltsentwurf zum Tragen.

Ich will es mal in Zahlen ausdrücken: 3,7 Milliarden Euro, also fast ein Drittel des Gesamthaushalts, gehen an die Kommunen – 2,23 Milliarden Euro über den Kommunalen Finanzausgleich und dazu noch mal über 1,5 Milliarden Euro an Zuschüssen an die Kommunen. Ich glaube, das ist doch das, worauf es hier ankommt. Dass die Kommunen nicht am Gängelband gehalten worden sind, zeigt sich auch daran – auch das müssen wir zur Kenntnis nehmen –, dass die Kommunen in den letzten sechs Jahren 600 Millionen Euro mehr an eigenen Steuereinnahmen hatten und dazu die auch in dieser Zeit angestiegenen Landeszuschüsse.

Insofern ist der Haushalt 2021 eine Fortsetzung dessen, was wir die letzten Jahre im Interesse der Kommunen, aber vor allem im Interesse der Menschen in Thüringen, realisiert haben.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

(Abg. Dittes)

Ich will in der zur Verfügung stehenden Zeit noch auf die anderen Bereiche kurz eingehen. Mir ist die Polizeivertrauensstelle genauso wie Frau Henfling von der Fraktion Die Grünen wichtig. Ich will darauf nicht weiter eingehen. Wir sind froh, dass wir Ihren Überwachungsfantasien keine haushälterische Grundlage verschafft haben. Ich will deutlich sagen, dass ich mich darüber freue. Das aber ist nicht Ihr Verdienst. Das war eine Initiative unserer Fraktion, dass wir den vorgeschlagenen Stellenabbau im Bereich der Landespolizeidirektion durch das Innenministerium wieder rückgängig gemacht und die Stellen dort nicht nur wieder in die Landespolizeidirektion geführt haben, sondern zusätzlich durch die Bürosachbearbeiter zur Entlastung von Polizeidienststellen in Thüringen beigetragen haben.

Sie haben einen ganz wichtigen Punkt angesprochen: die Hebung im Bereich der Polizei. Ich will deutlich sagen: Es war eine gemeinsame Initiative dieser Koalition und des Innenministeriums hier eine haushälterische Freiheit zu schaffen. Das heißt nicht, dass die Polizeibeamten nun automatisch im nächsten Jahr befördert werden. Aber es wird der haushälterische Spielraum geschaffen, um die Beförderungen, die notwendig sind, zu realisieren. Es liegt in der Verantwortung des Innenministeriums, dies in den kommenden Jahren konsequent zu nutzen. Uns war es ebenso wichtig, mit dem Entschließungsantrag deutlich zu machen, dass wir für den Polizeibereich ein Seiteneinsteigerprogramm brauchen und eine Aufstiegschance für die Beamten, die sich berufsbegleitend weiter qualifizieren.

Ich denke, die Zahl 44 Millionen Euro für Feuerwehr, Brand- und Katastrophenschutz sagt einiges darüber aus – auch die zusätzlichen acht Stellen bei der Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule –, wie wichtig dieser Landesregierung, dieser Koalition dieser Bereich ist. Ich denke, dass wir hier zu einer deutlichen Stärkung beigetragen haben, ist aus den Änderungsanträgen ersichtlich.

Abschließend meine Damen und Herren, will ich nicht verschweigen, dass mir durchaus bei einigen Zahlen, insbesondere im investiven Bereich, die in dem Einzelplan 03 oder auch in dem Bereich für die Kommunen zur Verfügung stehen, die Frage kommt, ob diese Mittel tatsächlich im kommenden Jahr abfließen werden, ob sie wirklich umgesetzt und realisiert werden können. Hier hoffe ich auf das gemeinsame Agieren des Ministeriums, aber auch der Kommunen, da die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen, dass wir dann nicht beim Haushalt 2022

Vizepräsidentin Henfling:

Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Dittes, DIE LINKE:

wieder feststellen müssen, dass Beschlüsse, die das Parlament getroffen hat, wie beispielsweise bei den zehn zusätzlichen Stellen im Bildungszentrum der Polizei, nicht realisiert worden sind. Insofern freue ich mich auch auf Ihre Zustimmung zum Einzelplan 03. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Henfling:

Herr Dittes und die langen Sätze. Ich bitte Sie, auf Ihre Redezeit zu achten. Ich weiß, dass es knapp ist, aber nichtsdestotrotz wäre es wichtig, um Gerechtigkeit für alle herzustellen. Als Nächstes erhält Abgeordneter Bergner für die FDP-Fraktion das Wort.

Abgeordneter Bergner, FDP:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir haben Adventszeit. Das ist die Zeit, in der die Kinder ihre Wunschzettel an den Weihnachtsmann verschicken. Und dieses Jahr haben auch wir Wunschzettel bekommen – ein sehr großer und ein sehr langer kam von den Polizistinnen und Polizisten in Thüringen. Die FDP hat diesen Wunschzettel aufmerksam gelesen und konkrete Vorschläge gemacht, etwa ein Pilotprojekt „Interaktive Streifenwagen“ für 1,4 Millionen Euro, 1,1 Millionen Euro mehr für Personal und vor allem 200.000 Euro für die Supervision. Um das denen zu erklären, die damit nichts anfangen können: Das ist etwas, wo es eben auch um die seelische Betreuung von Polizistinnen und Polizisten bei schwieriger Arbeit, bei schwierigen Einsätzen – etwa in der Ermittlung bei Kinderpornografie und dergleichen – geht. Leider ohne Erfolg.

Nachdem die CDU ihre Wunschprojekte, unter anderem die Bodycams und – was wir dann doch begrüßen, Herr Kollege Walk – die flächendeckende Videoüberwachung, zurückgezogen haben, blieb Folgendes nach den langen Verhandlungen mit R2G stehen: der Aufbau einer neuen Behörde „Polizeivertrauensstelle“, der Aufbau eines Fachbereichs „Soziale Kompetenz bei der Aus- und Fortbildung der Polizei“ und eine Nachwuchskampagne für mehr Diversität. Da hilft dann auch nicht, meine Damen und Herren, dass die CDU sich feiern lässt, dass sie für mehr Stellen, mehr Anwärter und eine Regelbeförderung gesorgt habe, denn diese Luftblase wird platzen. Sie haben nämlich dafür fast 1 Million Euro zu wenig Geld eingeplant. Und das bedeutet, dass mangels Geld die Kollegen gar nicht eingestellt werden können, und ich glaube, das wissen Sie auch.

Und genauso, meine Damen und Herren, geht es den Kommunen. Da ist es nämlich doch nicht alles so Friede, Freude, Eierkuchen, wie sich das hier vorhin abzeichnete. Ein Investitionsbedarf von 1.251.380.000 Euro – nach den neuesten Erhebungen vorrangig bei Infrastruktur, Schulen und Digitalisierung –, und ich glaube, da sind wir bei dem Thema „Investitionsstau“ immer noch an dem Punkt, wo bei Weitem nicht alles erfasst ist, was erfasst sein müsste. Und Sie lehnen den Antrag der FDP auf freie Investitionspauschalen ab, unser Bemühen, eben den Kommunen vor Ort zu überlassen, wofür sie das Geld einsetzen. Stattdessen gibt es Klimaschutzmanager, grüne IT-Rechenzentren und viele weitere Wahlprogramme und Supervisionen – halt nur 100.000. Und alles, meine Damen und Herren, zulasten der nächsten Generationen, denn die haben spätestens nach diesem Haushalt ohne Einsparungen und voller sinnloser Geschenke einen Haufen Schulden unterm Weihnachtsbaum und keine Rücklagen mehr, wie wir lernen mussten. Da wird es, meine Damen und Herren, in den nächsten Jahren sehr viele enttäuschte Gesichter geben. – Frohe Weihnachten.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Henfling:

Als Nächste erhält Frau Abgeordnete Marx für die SPD-Fraktion das Wort.

Abgeordnete Marx, SPD:

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dann kommen wir mal wieder zurück zum Einzelplan 03, nämlich das ist das, was wir hier gerade besprechen. Ich freue mich besonders über diesen Etat. Über die kommunalen Steigerungen ist schon viel gesagt worden, schon von meinem Fraktionsvorsitzenden Herrn Hey, das wird sicherlich auch in der Schlussrunde von unserer Finanzpolitikerin noch mal eine Rolle spielen, die auch kommunal verankert ist, wie viele von uns.

(Abg. Marx)

Ich freue mich deswegen, weil ich Gesichter sehe. Ich sehe Gesichter bei all diesen Haushaltstiteln von meiner Blaulichttour, die ich nicht nur in diesem Jahr gemacht habe, sondern auch in den vergangenen Jahren. Ich freue mich wirklich, dass ich diese Menschen jetzt vor meinem geistigen Auge sehe – leider kann ich Ihnen die Bilder hier nicht an die Wand werfen – und dass wir alle zusammen hier etwas bewirkt haben, was die Lage und ihre Einsatzbedingungen deutlich verbessern wird.

14,5 Millionen Euro zusätzlich im Landeshaushalt und im Sondervermögen für Zuweisungen an Gemeinden für Investitionen in Rettungsdienstleitstellen, Katastrophenschutz sowie Feuerwehrhäuser, Gerätefahrzeuge und Schutzausrüstungen. Ich sehe Menschen vor mir, die wirklich vor Ort diese Ortsfeuerwehren noch am Leben halten. Ich sehe Kindergruppen, die in Meiningen sogar schon eine eigene Garderobe haben. Es sind alles wunderbare Dinge und wichtige Dinge, die wir hier zur Verbesserung dieses Ehrenamtes beitragen können. Ich sehe vor mir die Leitung der Feuerwehr, Landesfeuerwehr und Katastrophenschutzschule, die wir auch besucht haben und die sich jetzt sicherlich sehr freuen werden über die acht neuen Stellen, für die wir auch eine wunderbare Zuarbeit von ihnen bekommen hatten, für was sie das genau benötigen.

Ich freue mich und sehe auch Gesichter bei 100.000 Euro für die Respektkampagne für Rettungskräfte und Polizei. Sie sind leider so nötig wie selten zuvor, denn wir wissen, dass diese Menschen nicht nur eine harte Arbeit tun und einen guten Job, sondern dass sie oft genug auch noch dumm belabert werdet, um es mal so zu sagen.

Ich freue mich – und da sehe ich auch wieder ein Gesicht – über die Stärkung der psychosozialen Notfallbetreuung. Hier nenne ich ausnahmsweise mal einen Namen, das darf ich, das ist Dirk Schütze, der lange als Rettungssanitäter tätig war, inzwischen Bürgermeister im Weimarer Land ist und der uns auch diesen Bereich immer besonders ans Herz gelegt hat.

(Beifall SPD)

Danke, Dirk, dafür, es kommt jetzt etwas Besserung.

Ich freue mich über 1.600 Stellenhebungen im mittleren Dienst von A8 nach A9, da sehe ich ganz, ganz viele Kolleginnen und Kollegen von der Polizei vor mir,

(Beifall SPD)

die ich auch aus meiner eigenen Dienststelle in Sondershausen kenne und auch aus anderen im Land, die teilweise wirklich Jahrzehnte – kann man fast sagen – auf Beförderungen warten mussten. Das muss sich dringend ändern. Wir brauchen nicht nur gut ausgestattete Polizistinnen und Polizisten, sondern auch welche, die das Geld verdienen, was sie wert sind.

Ich sehe noch viel mehr Gesichter, die in der Polizeivertrauensstelle bisher schon gute Arbeit leisten. Ich sehe keine Gesichter, die sind geheim, im Amt für Verfassungsschutz, bin aber auch sicher, dass auch da acht neue Gesichter uns Gutes tun werden und freue mich mit Stephan Kramer auch auf eine Stärkung dieses Bereichs. Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Henfling:

Vielen Dank, Frau Marx. Jetzt erhält für die AfD-Fraktion Abgeordneter Mühlmann das Wort.

Abgeordneter Mühlmann, AfD:

Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete und Zuschauer am Livestream! Ich werde aufgrund der Kürze der Zeit nur auf einige Anträge der AfD-Fraktion im Einzelplan eingehen. Bei den freiwilligen Feuerwehren in Thüringen haben wir seit der Einführung der Feuerwehrrente im Jahr 2009 bis heute einen Rückgang an ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen zu verzeichnen. Dieser Rückgang ist das Ergebnis des – man kann es leider nicht anders bezeichnen – Versagens der bisherigen Landesregierung bei der Förderung dieses so wichtigen Ehrenamts.

(Beifall AfD)

Daher haben wir eine Erhöhung des Landeszuschusses zur Feuerwehrrente um 5,4 Millionen Euro beantragt, damit nach 25 Dienstjahren eben nicht nur ein von der Inflation aufgeessener Rentenanspruch zurückbleibt. Wir stehen zu dem Ehrenamtlichen in unseren Feuerwehren und stärken nicht zuletzt deshalb auch die Landesfeuerwehrschule.

Meine Damen und Herren, der kommunale Patient gehört intensivbetreut und nicht wie bislang in das Sterbezimmer abgeschoben. Ich verweise hierzu insbesondere auf das Schreiben des Thüringischen Landkreistags an die Mitglieder des HuFA. Eine bestehende Unterfinanzierung unserer Kommunen muss möglichst schnell beseitigt werden. Gerade bei den Landkreisen und kreisfreien Städten werden bis zu 50 Prozent ihres Haushaltsvolumens durch Sozialleistungen belegt. Dies ist zu ändern. Wir schließen uns den Forderungen der kommunalen Spitzenverbände an und beantragen eine Erhöhung der Finanzausgleichsmasse um insgesamt 100 Millionen Euro und freuen uns natürlich auch, dass dieser Forderung offenbar auch die vier regierungstragenden Fraktionen folgen.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, Bodycams werden vor allem von linken Politikern als Bedrohung für ihre teils infamen Unterstellungen von angeblicher Polizeigewalt und Rassismus in der Polizei gesehen. Deshalb traut sich selbst die SPD seit Jahren nicht, diesbezüglich endlich mal Nägel mit Köpfen zu machen. Wir beantragen daher, die Haushaltsmittel des entsprechenden Titels zu erhöhen, denn die Ergebnisse mehrerer Pilotprojekte zu den Bodycams sind eindeutig: Bei über 11.000 Trageversuchen gab es genau null Beschwerden und von den Polizeibeamten über die Staatsanwälte bis hin zu Richtern sprechen sich alle für ein solches Einsatzmittel mit einer deeskalierenden Wirkung aus.

(Beifall AfD)

Wir wollen damit langfristig die Ausstattung aller Polizeibeamten im Schutzdienst erreichen und stellen mit diesen Finanzmitteln zunächst allen Dienststellen die notwendige Technik zur Verfügung.

Jetzt, weil es thematisch zur Polizei gehört, ein kurzer Rundflug: Im Polizeibereich Stellen zu fordern, ist leider unnötig. Sie schaffen es ja nicht einmal, die vorhandenen zu besetzen,

(Beifall AfD)

weshalb Hunderte Haushaltsstellen seit Jahren unbesetzt sind. Die Landesregierung selbst hat auf meine Kleine Anfrage 1155 zum Thema „Polizeiausbildung“ geantwortet: „Zu einem attraktiven Bildungsstandort gehört aber auch die Schaffung von zeitgemäßen Unterkunftsplätzen für die Anwärter des mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienstes“. Das geht in die richtige Richtung und ist Voraussetzung für die Besetzung freier Stellen bei der Polizei. Allerdings lassen die teils widersprüchlichen Aussagen der Landesregierung zu dieser wichtigen Erkenntnis erahnen: Wie ernst das Personalproblem der Thüringer Polizei tatsächlich ist,

(Abg. Mühlmann)

scheint noch immer nicht in den Köpfen aller politischen Verantwortungsträger angekommen zu sein. Und während die vier Koalitionsfraktionen noch untereinander die Verantwortung hin- und herschieben, handelt die AfD-Fraktion und bringt einen entsprechenden Antrag ein. Mit bis zu 57 Millionen Euro wollen wir in den kommenden Jahren dem Ausbildungsstandort in Meiningen die notwendigen Mittel zukommen lassen, um dadurch die Schaffung von zeitgemäßen Unterkunftsplätzen auch Wirklichkeit werden zu lassen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Henfling:

Aus den Reihen der Abgeordneten liegen mir jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor, es gibt auch keine Redezeit mehr. Möchte die Landesregierung? Gut, vielen Dank. **(Sprechzettel der Landesregierung zu Einzelplan 03 siehe Vorlage 7/1438 sowie Anlage ...)**

Dann würden wir jetzt die Aussprache zum Einzelplan 03 schließen und zum **Einzelplan 04** kommen, dem **Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport**. Als Erstes erhält Abgeordneter Tischner für die CDU-Fraktion das Wort.

Abgeordneter Tischner, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, in diesen Tagen erleben wir, dass die Welt, dass Europa, dass Deutschland und unser Freistaat vor großen Herausforderungen stehen. Die Herausforderungen durch die Pandemie verlangen auch unserem Schulsystem, der Jugendarbeit und den Sportorganisationen sehr viel ab. In solchen schwierigen Zeiten ist es wichtig und notwendig, dass man politisch gemeinsame Ziele definiert und nach Lösungen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger sucht. Das Ringen nach Lösungen, die von einer großen Mehrheit der Bevölkerung getragen werden, ist die Aufgabe dieses Parlaments. In dem Sinne bin ich dankbar, dass eine Mehrheit des Thüringer Landtags in den vergangenen Monaten den Wählerwillen in den Mittelpunkt gestellt hat. Wenn Kompromisse schmerzen, aber die Menschen spüren, die wesentlichen Probleme werden angegangen, dann ist das gut für unser Thüringen.

In dem Sinne kann ich für meine Fraktion auch die Ergebnisse zum Etat des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport bewerten. Für meine Fraktion war dabei das handlungsleitende Ziel, die zentralen Fragen des Schulsystems im Blick zu haben. Die zentralen Fragen des Schulsystems sind in diesen Tagen – wir haben oft genug hier darüber debattiert – die Gestaltung des Generationenwechsels und die Verringerung des Unterrichtsausfalls. Deshalb sind wir froh, folgende Dinge im Haushalt als CDU-Landtagsfraktion mit festgeschrieben zu haben: ein Zulagensystem für Bedarfsregionen und Mangelfächer, die Verbesserung der Grundschullehrerbezahlung mit A13, mindestens 80-Prozent-Verträge für alle Horterzieherinnen und Horterzieher, die Entfristung von über 400 Lehrerinnen und Lehrern, die schon in den Schulen tätig sind, ca. 400 zusätzliche Stellen zur Absicherung des Unterrichts für die aktuell deutlich steigenden Schülerzahlen, 600 Förderschullehrer, die dem Unterricht nicht vollständig entzogen werden, 40 zusätzliche Lehrer für Deutsch als Zweitsprache und deutlich mehr Geld für die freien Schulen. Wir sind stolz darauf,

(Beifall CDU)

dass wir mehr Finanzmittel und Personal für die Digitalisierung der Thüringer Schulen, mehr Investitionsmittel für Schulen und Kindergärten erreicht haben. Es ist erreicht worden: mehr Plätze für die praxisintegrierte Ausbildung, aber auch die Schulgeldfreiheit für die Gesundheitsfachberufe. Und was kommt den Schulen noch zugute? Mehr Personal für schnellere Einstellungsverfahren an den Schulämtern. Wir alle kritisieren

(Abg. Tischner)

hier immer wieder in den Reden, in den bildungspolitischen Reden, dass es viel zu lange dauert, wie unsere Schulämter bei den Einstellungsverfahren agieren. 16 zusätzliche Stellen können hier Deutliches erreichen. Außerdem 16 zusätzliche Stellen für Schulpsychologen – ein wichtiges Signal.

Der Haushalt enthält außerdem mehr Finanzmittel und mehr Personal für die Digitalisierung der Thüringer Schulen, mehr Investitionsmittel für unsere Schulen und Kindergärten. Im Einzelplan 07 findet sich zudem ein Mittelaufwuchs für die Qualifizierung von Seiteneinsteigern im Bereich der Naturwissenschaften an der Friedrich-Schiller-Universität.

Vizepräsidentin Henfling:

Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Tischner.

Abgeordneter Tischner, CDU:

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Ich bin dankbar, dass wir diesen Haushalt zustande bekommen haben. Ich glaube, das ist ein wichtiges Signal für die Thüringer Schulen. Danke schön.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Henfling:

Vielen Dank, Herr Tischner. Für die SPD-Fraktion erhält jetzt Abgeordneter Möller das Wort.

Abgeordneter Möller, SPD:

Vielen Dank. Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer am Livestream, in aller Kürze eine kleine Replik zum Einzelplan 04.

Zunächst zur schulischen Bildung: Mit den in den letzten Haushalten vorgenommenen Weichenstellungen, mit den jetzt zur Abstimmung stehenden 880 zusätzlichen Lehrerinnenstellen und der im Besoldungsgesetz festgeschriebenen A13 im Grundschulbereich sowie den dort ebenfalls verankerten Zulagen für die Bedarfsregionen und Mangelfächer haben wir dem Bildungsministerium sämtliche Instrumente an die Hand gegeben, um Lehrerinnenmangel und Unterrichtsausfall erfolgreich bekämpfen zu können.

Das ist eine sehr gute Nachricht für die Thüringer Schulen, stellt aber auch eine Verpflichtung für das Ministerium dar. Die SPD erwartet von ihm nun auch, dass sämtliche Lehrerstellen zügig besetzt werden und dass es schon 2021 zu deutlichen Verbesserungen bei der Unterrichtsabdeckung kommt.

Eine wichtige Entscheidung treffen wir mit dem Haushalt auch für die frühkindliche Bildung. Hier kommt es zu einer Verdoppelung der Ausbildungsplätze in der praxisintegrierten Ausbildung, was das Land in die Lage versetzt, das sogenannte PiA-Modellprojekt nicht nur aus Eigenmitteln fortzusetzen, sondern es auch regional in die Fläche zu bringen und nachfragegerecht auszuweiten. Für mich ist das ein zentraler Schritt auf dem Weg, die tarifgerecht entlohnte Ausbildung als gleichberechtigte Regelausbildung für Erzieherinnen und Erzieher in Thüringen zu etablieren, um so den Fachkräftebedarf künftig besser decken zu können.

Ebenso ist es vorbildlich, dass wir jetzt in den Gesundheitsberufen – der Entschließungsantrag, der Ihnen vorliegt, sagt das noch mal eindeutig – das Schulgeld abschaffen. Das ist auch ein Vorbild für die Erzieherinnenberufe, da wollen wir noch hin.

(Abg. Möller)

(Beifall SPD)

Da bin ich bei dem Thema, was nicht zustande gekommen ist: eine von mir vorgeschlagene Vereinheitlichung und Verbesserung des Personalschlüssels im Kindergarten, also in der Altersgruppe der über Dreijährigen auf 1 zu 13. Ich finde das persönlich sehr bedauerlich, da wir dringend weitere Schritte zur Verbesserung der frühkindlichen Bildung und Betreuungsqualität gehen müssen. Wir werden diesen Punkt also gleich zu Beginn der nächsten Legislatur wieder aufrufen müssen.

(Beifall SPD)

Im Bereich der Jugendpolitik bin ich froh, dass die von der SPD angestoßene gesetzliche Verankerung der Jugendpauschale und der Schulsozialarbeit wirkt. So haben die Jugendämter, die freien Träger und Jugendverbände die Sicherheit, jungen Menschen in unserem Land dauerhaft Mitbestimmung und Unterstützung durch geeignete Fachkräfte anbieten zu können. Zudem stärken wir die politische Bildung und die europäische Jugendbildungsstätte in Weimar.

Beim Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit verstärken wir die Ansätze, denn nach Auffassung der SPD sind Aufklärung und Bildung die geeigneten Mittel, um Rassismus und Faschismus zu bekämpfen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Henfling:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Für die AfD-Fraktion erhält jetzt Abgeordneter Jankowski das Wort.

Abgeordneter Jankowski, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Abgeordnete, liebe Gäste am Livestream! 3 Minuten sind für den kompletten Einzelplan 04 ein bisschen kurz, deswegen kann ich hier nur auf wenige Schwerpunkte eingehen, zu denen wir Änderungsanträge eingebracht haben. Ein Schwerpunkt liegt für uns bei den Förderschulen, da diese durch die Inklusionspolitik von Rot-Rot-Grün in den letzten Jahren massiv gebeutelt wurden.

Der ursprüngliche Haushaltsentwurf der Regierung sieht unter anderem vor, dass 60 Förderschullehrer an die Schulämter zum Mobilen Sonderpädagogischen Dienst versetzt werden sollen. Die Diagnostik ist eine sehr wichtige Aufgabe – ohne Frage –, jedoch kann dies auch durch anderes Personal abgesichert werden und nicht überall ist es deswegen erforderlich, dort auch gut ausgebildete Förderschullehrer einzusetzen. Sie sind unserer Meinung nach besser an den Förderschulen aufgehoben und wir haben deswegen einen entsprechenden Antrag dazu gestellt.

(Beifall AfD)

Zusätzlich sieht ein Änderungsantrag von uns vor, dass weitere rund 3 Millionen Euro für Lehrpersonal an den Förderschulen vorgesehen werden. Damit sollen weitere 54 Stellen für Förderschullehrer geschaffen werden, um die Personalsituation an den Förderschulen zu verbessern. Der Erhalt des Förderschulsystems hat für unsere Fraktion eine entscheidende Bedeutung. Wir wollen mit unseren Änderungsanträgen verhindern, dass die Förderschulen noch weiter ausbluten.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt für uns bei der Förderung des Breitensports. Sport spielt im Gemeinschaftsleben eine wichtige Rolle und dafür werden zu allererst ordentliche Sportstätten benötigt. Doch schauen wir uns den Zustand der Sportstätten in Thüringen doch einmal an, gerade in den ländlichen Regionen. Wir ha-

(Abg. Jankowski)

ben verfallende Bolzplätze, baufällige Sporthallen oder geschlossene Freibäder. Das ist die Realität für viele Thüringer Bürger. Deswegen fordern wir, dass zum einen die Zuweisung für Investitionen an Gemeinden und Gemeindevertreter für Sportanlagen von den derzeit eingeplanten 7 Millionen Euro auf 10 Millionen Euro aufgestockt werden, um die teilweise maroden Sportstätten endlich wieder auf Vordermann zu bringen.

(Beifall AfD)

Das Ganze löst aber nur einen Teil des Problems, denn die Sportstätten müssen nicht nur saniert oder neu errichtet werden, vor allem müssen sie auch erhalten und gepflegt werden und gerade dafür fehlen schon vielerorts die finanziellen Mittel. Die Kommunen weisen seit Längerem darauf hin, dass die im Sportfördergesetz vorgesehene jährliche Pauschale von 5 Millionen Euro bei Weitem nicht ausreicht. Teilweise müssten Kommunen bei anderen freiwilligen Leistungen Abstriche vornehmen, um überhaupt die Sportstätten weiter betreiben zu können. Hier muss dringend nachgebessert werden und deswegen fordern wir, dass im Haushalt die Zuweisungen gemäß Thüringer Sportfördergesetz von derzeit 5 Millionen Euro auf 10 Millionen Euro angehoben werden.

(Beifall AfD)

Mit diesen beiden Maßnahmen wollen wir die kommunalen Haushalte spürbar entlasten und dafür sorgen, dass die Sportanlagen auch entsprechend unterhalten werden können. Nichtsdestotrotz bedarf es aber noch einer umfassenden Novellierung des Thüringer Sportfördergesetzes, denn das derzeitige ist einfach nicht praxistauglich und hat noch zu viele offene Baustellen. So viel, wie in der Kürze der Zeit möglich ist, von unserer Seite zum Einzelplan 04. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Henfling:

Für die Fraktion Die Linke erhält jetzt Abgeordneter Wolf das Wort.

Abgeordneter Wolf, DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren der demokratischen Fraktionen! Ich werde den ersten Teil übernehmen, Kollege Schaft spricht dann kurz nach mir.

Dies ist nun der fünfte Haushalt, der den Charakter von R2G trägt. Wir investieren in Soziales und Bildung und sichern so Zukunft. Sicher erwarten Sie nun, dass ich zu umfangreichen Steigerungen im Bildungsbe- reich und somit ca. 170 Millionen Euro zusätzlich für Bildung Stellung nehme. Das sind insbesondere die 840 zusätzlichen Lehrerinnenstellen, davon 40 für Deutsch als Zweitsprache, die zusätzlichen Schulpsycho- logen, die 300 zusätzlichen Stellen für Hortnerinnen, die zusätzlichen 33 Millionen Euro für Schulen, 5 Millio- nen Euro für Kinder, ein Kindergarteninvestitionsprogramm, 28,5 Millionen Euro für Investitionen an Ganz- tagsschulen, die Verdopplung der Stellen dualer Erzieherinnenausbildung und natürlich nicht zu vergessen die für meine Fraktion auch äußerst wichtige A13 für unsere Grundschulpädagoginnen.

Das alles trägt und ist geprägt von dem Willen, Thüringen mit diesem Haushalt stärker aus der Krise zu füh- ren, als wir in diese hineingegangen sind. Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten von Pandemie, den Menschen und dem Land eine Perspektive zu bieten, das ist und bleibt Markenkern linker Politik, insbeson- dere linker Bildungspolitik. Wir übernehmen als Linke zusammen mit SPD und Grüne Verantwortung für un- ser Land, für alle Menschen, die hier leben. Es ist gut, dass das demokratische Spektrum im wahrsten Sinne des Wortes Stabilität geschaffen hat. Der 5. Februar wird als Datum der Schmach von CDU und FDP blei-

(Abg. Wolf)

ben, mit Faschisten gestimmt zu haben. Der 21. Dezember kann ein neues Datum für den demokratischen Konsens in unserem Land sein, dass Demokraten zusammen unser Land voranbringen können, ohne ihr Profil, ihre politische DNA zu verlieren. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Henfling:

Vielen Dank, Herr Wolf. Als Nächste erhält Frau Abgeordnete Baum für die FDP-Fraktion das Wort.

Abgeordnete Baum, FDP:

Vielen Dank an die Damen für das Hygienemaßnahmengreifen.

(Beifall DIE LINKE)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Abgeordnete, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer am Livestream! Es ist schön, dass Herr Wolf jetzt gerade vor mir gesprochen und gesagt hat, wie groß dieser Bildungshaushalt ist, denn der Bildungshaushalt ist immer einer, der eher zu den größeren gehört. Ich wäre eine schlechte Bildungspolitiklerin, wenn ich nicht sagen würde, dass ein für Bildung ausgegebener Euro immer ein guter Euro ist. Wir stehen damit in Thüringen auch gar nicht so schlecht da, wir sind – glaube ich – auf Platz 3, wenn ich das richtig in Erinnerung habe und da sich das mit dem diesjährigen Haushalt nicht komplett ändert. Mit 7.300 Euro pro Schülerin und Schüler – da sind die Kosten von den Kommunen noch nicht dabei – sind wir relativ weit vorn im Ranking mit den anderen Bundesländern, 80 Prozent davon sind meistens Personalmittel, das erklärt sich meist. Die Frage ist trotzdem: Wie viel investieren wir tatsächlich in Lehrpersonal, in Ausstattung, in gute Fortbildung und Weiterbildung und in ein attraktives Arbeitsumfeld?

(Beifall FDP)

Ich finde es gut, dass wir in dem jetzt vorliegenden Haushalt nicht nur von einem Anwuchs von Verwaltungsstellen sprechen, sondern dass es tatsächlich auch neue Lehrerstellen und die Entfristung der Lehrerstellen gibt. Die Frage, die sich natürlich immer stellt: Kriegen wir diese Lehrer? Wir haben jetzt ein relativ großes Paket geschnürt für dieses Zulagensystem – 24 Millionen Euro insgesamt –, trotzdem bin ich davon überzeugt, dass es noch andere Sachen gibt, die dann manchmal kein Geld sind, die eher dazu führen, dass wir tatsächlich Lehrkräfte an unser Land binden. Dazu gehört ein übersichtliches und zügiges Einstellungsverfahren – wenn das jetzt mit dem Mehrpersonal in den Schulämtern kommt. Ich sehe das noch nicht, aber Zuversicht verlässt mich spät.

Das Zweite sind natürlich immer Perspektiven für diejenigen, die uns in Notsituationen aushelfen, die also einspringen. Da ist jetzt die Frage, ob sich das mit den Mangelfächerzulagen und den schulartfremden Zulagen lösen lässt.

Beim Thema „Ausstattung“ sehen wir im Plan aktuell nur die Umsetzung des Digitalpakts. Da muss ich auch sagen: Aus der letzten Anhörung, die wir zu dem Thema „Digitalisierung“ hatten, sehe ich vor allem noch ein Thema unklar, nämlich die Frage der Zuständigkeiten. Hier soll das ThILLM jetzt unterstützen, wie auch beim Thema „Fort- und Weiterbildung“. Ob wir nicht an Geschwindigkeit gewinnen können, indem wir noch externe Unterstützer dazu holen, lasse ich jetzt mal nur als Idee im Raum stehen.

Grundsätzlich lässt sich zusammenfassen, dass wir relativ wenig Gestaltungsvorschau im Haushaltsplan sehen. Es gibt ein paar Wahlgeschenke, die jetzt gerade im zweiten Schritt noch verteilt worden sind. Und ich bin sehr dankbar dafür, dass wir die Finanzierung der freien Schulen angepasst haben. Aber für die Zu-

(Abg. Baum)

kunftsfähigkeit unserer Schulen ist aus unserer Sicht nicht immer Geld ausschlaggebend. Wir brauchen eine schlanke Schulverwaltung mit flexiblen Prozessen und vor allem vielen begeisterten Pädagoginnen und Pädagogen.

Vizepräsidentin Henfling:

Ihre Redezeit ist leider vorbei.

Abgeordnete Baum, FDP:

Dafür die Grundlage zu legen, das sollte unsere Aufgabe sein. Vielen Dank.

(Beifall CDU, FDP)

Vizepräsidentin Henfling:

Vielen Dank, Frau Baum. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhält jetzt Abgeordnete Rothe-Beinlich das Wort.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Erfolg hat bekanntlich viele Mütter und Väter und ich freue mich, wenn jetzt auch die FDP sagt: Wir haben es gemeinsam gemacht. Ich glaube tatsächlich, dass es uns im Bildungsbereich gelingen muss, längerfristig einen sogenannten Schulfrieden oder ähnliches zu schließen, wenn wir vorankommen wollen. Weil das Gegeneinander nicht guttut, weil wir Kontinuität und Verlässlichkeit brauchen und an ganz vielen Stellen ist uns das jetzt tatsächlich mit dem Haushalt auch gelungen.

Da geht es zum Beispiel darum, feste Stellen zu schaffen und eben nicht befristet einzustellen, damit die Lehrerinnen und Lehrer sich sozusagen woanders eine Zukunft suchen. Da geht es darum, Erzieherinnen und Erzieher auch entsprechend auszubilden – Denny Möller hat es gesagt und ich habe es vorhin auch schon erwähnt – und die praxisintegrierte Ausbildung ebenfalls zu verbessern. Es muss perspektivisch auch darum gehen, den Betreuungsschlüssel weiter zu verbessern. Auch das ist ein Wunsch, der, glaube ich, tatsächlich in uns allen ruht. Allein es ist eine Frage wie Geld verteilt wird und wir haben uns dann tatsächlich erst mal für die Sicherung der Lehrerinnen und Lehrer entschieden, aber die Qualität in den Kindergärten ist natürlich trotzdem immens wichtig.

Ich will trotzdem auf ein paar Änderungsanträge auch anderer Fraktionen eingehen, die hier vorn so dynamisch vorgetragen wurden. Wir müssen uns alle vor Augen führen, dass die AfD beispielsweise die Schulsozialarbeit zusammenstreichen will. Gleiches gilt übrigens für den Schulbuchetat, was ich spannend finde, weil sie einerseits die Digitalisierung verdammt und andererseits nicht mal Schulbücher zulassen lässt. Das muss sie uns schon mal erklären, wie das – in Anführungszeichen – zusammengehen soll.

(Beifall DIE LINKE)

Ähnlich ist das übrigens mit den Sonderschullehrerinnen und den Förderpädagoginnen und Förderpädagogen. Inklusion ist ein Menschenrecht. Die Eltern haben die Wahlfreiheit nach Schulgesetz zu entscheiden, welche Schule das Kind besucht. Da kann man nicht verordnen, dass die Sonderpädagogen nur an die Förderschule gehen, wenn sich die Kinder in der Realität aber an der Allgemeinen Schule wiederfinden, weil sie das Recht haben, gemeinsam mit anderen Kindern zu lernen und genau dort auch die Unterstützung brauchen, und genau dem haben wir natürlich auch Rechnung getragen.

(Abg. Rothe-Beinlich)

Ich will aber auch nochmal auf die Bildung für nachhaltige Entwicklung eingehen, weil es eben nicht nur – in Führungszeichen – um Schule und Kindergarten geht, so wichtig wie diese Bereiche sind, sondern auch und gerade mit Blick auf eine Partei hier rechts außen, um politische Bildung. Ich habe es vorhin schon erwähnt, 2,8 Millionen Euro stellen wir zusätzlich für die Erwachsenenbildung bereit, die allen Volkshochschulen und allen freien Trägern in der Erwachsenenbildung zugutekommen sollen, da wir politische Bildung ganz dringend brauchen. Hören Sie sich doch die Verschwörungsideologien, Mythen und Erzählungen an, wie heute hier von Björn Höcke am Pult dargestellt, dann wissen Sie Bescheid, warum wir politische Bildung dringend brauchen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Corona ist eben keine Grippe und auch das gilt es in der Schule von Anfang an zu lernen, dass eine Pandemie andere Maßnahmen erfordert und ich will noch einen Punkt ansprechen, weil er tatsächlich uns alle noch lange beschäftigen wird. Das ist die Digitalisierung und hier auch die Fort- und Weiterbildung gerade der Lehrerinnen und Lehrer, aber auch das Fitmachen – in Führungszeichen – der Strukturen. Und auch da brauchen wir ein Miteinander von allen Ebenen und in diesem Sinne haben wir einen guten, einen großen Etat, der immens wichtig ist. Aber es ist nicht so, als ob nicht noch ein paar mehr Euro auch diesem Etat im nächsten Jahr weiter guttun würden. Vielen herzlichen Dank!

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Henfling:

Vielen Dank. Für die Fraktion Die Linke hat sich jetzt noch Abgeordneter Schaft zu Wort gemeldet. Sie haben noch 2 Minuten und 4 Sekunden.

Abgeordneter Schaft, DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuschauerinnen am Livestream! Ich will die 2 Minuten noch mal nutzen, um ganz besonders auf einen Schwerpunkt aufmerksam zu machen, der uns als Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag wichtig war.

Die Enquetekommission „Rassismus“ hat uns in der letzten Legislatur ein ganzes Maßnahmenbündel auf den Tisch gelegt, was darauf wartet umgesetzt zu werden. Und das machen wir mit diesem Haushalt konkret im Einzelplan 04. Astrid Rothe-Beinlich hat das gerade schon angesprochen. Wir werden strukturell die Einrichtung der Erwachsenenbildung in Thüringen die Volkshochschulen und die freien Träger stärken mit 2,8 Millionen Euro. Das sind 40 Stellen für die politische Bildungsarbeit in der Fläche in Thüringen und das kann sich sehen lassen. Das ist angesichts der Demokratieverachtung, rassistischer Hetze und antisemitischer Stimmungsmache auf den Straßen notwendig.

(Beifall DIE LINKE)

Wir haben 75.000 Euro für die Begutachtung von Lehr- und Lernmaterialien verankert. Auch das hat uns die Enquetekommission ins Stammbuch geschrieben, zu sagen, hier muss auf rassismuskritische und diskriminierungssensible Darstellung überprüft werden, ob Vielfalt auch abgebildet wird. Angesichts dessen, dass heute das Urteil gegen den Attentäter von Halle gefällt wurde, dessen Tatmotive Antisemitismus, Antifeminismus und Rassismus waren, ist es umso wichtiger, dass wir auch 1,2 Millionen Euro auf das Landesprogramm für Demokratie draufpacken, um genau das anzugehen, Projekte zu fördern, die sich gegen Antisemitismus starkmachen, Projekte zu fördern, die sich gegen Rassismus starkmachen und ihn tagtäglich be-

(Abg. Schaft)

kämpfen. Ich hoffe, dass das nur die ersten Schritte waren, die wir mit diesem Haushalt zur Umsetzung der Maßnahmen der Enquetekommission machen. Ein weiterer Schritt sind die 200.000 Euro für die Antidiskriminierungsstelle. Ich hoffe, dass die dann auch freigegeben werden und sich hier die demokratischen Fraktionen dem nicht weiter verwehren, die Mittel auch freizugeben, denn sie ist dringend notwendig, um auch den Opfern von Rassismus und rechter Gewalt eine weitere Anlaufstelle zu schaffen. Das wäre dann der nächste von vielen wichtigen Schritten; die ersten machen wir jetzt mit diesem Einzelplan 04.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Henfling:

Vielen Dank. Aus den Reihen der Abgeordneten liegen mir jetzt keine Wortmeldungen mehr vor. Wünscht das Ministerium das Wort? Nicht – gut. Dann können wir jetzt auch die Aussprache zum Einzelplan 04 – Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport – beenden und kommen zum **Einzelplan 05 – Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz** –. Als Erster erhält Abgeordneter Beier für die Fraktion Die Linke das Wort.

Abgeordneter Beier, DIE LINKE:

Sehr geehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen, der Einzelplan 05 im Haushalt 2021 zeigt, auch in Krisensituationen stehen wir an der Seite von Migrantinnen, Geflüchteten und auch an der Seite der Thüringer Justiz und deren Beschäftigten. Mit dem Haushalt 2021 führen wir den Weg eines offenen und solidarischen Freistaats fort. Er versetzt uns nicht nur in die Lage, nein, er verpflichtet uns erneut, Menschen aus Notlagen zu retten und hier aufzunehmen. Ob der Begriff „Landesaufnahmeanordnung“ nun drinsteht oder nicht, ist hier nicht das entscheidende Kriterium. Die Tatsache, dass das Geld da ist, ist entscheidend. Daher müssen wir gemeinsam alle Möglichkeiten ausschöpfen, um dies auch in die Praxis umzusetzen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viele Menschen brauchen jetzt Hilfe. Wir können mit diesem Haushalt im neuen Jahr unseren Beitrag leisten.

Als Linke begrüßen wir die Finanzmittel, die für dringend notwendige Investitionen in die Erstaufnahmeeinrichtungen in mehrfacher Millionenhöhe bereitgestellt wurden, die neben einer Aufwertung der Verpflegung der dort Untergebrachten auch die Finanzierung der erforderlichen Umbaumaßnahmen sicherstellen sollen.

Das Landesprogramm „Dolmetschen“ ist nach vielen positiven Rückmeldungen aus der Praxis ein Erfolgsprojekt. Wir haben das ganz bewusst im Ausschuss noch mal diskutiert und uns Feedback eingeholt. Es ist nur folgerichtig, dass es fortgesetzt und mit entsprechenden Finanzmitteln ausgestattet wird. So können auch weiterhin Übersetzungen schnell, unkompliziert und digital vorgenommen werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt für uns ist die Bereitstellung notwendiger Finanzmittel für die Maßnahmen zur Integrationsförderung und dem muttersprachlichen Unterricht.

Erfreulich ist es, dass wir es geschafft haben, den Haushalt noch in diesem Jahr rundzukriegen und hoffentlich auch heute hier zu verabschieden. Gerade im Bereich Migration und Integration gibt es viele Menschen und Projekte, die schlichtweg darauf angewiesen sind, dass wir den Haushalt heute verabschieden. An dieser Stelle gelten mein Dank und meine Solidarität denjenigen, die sich täglich für Migrantinnen und Geflüchtete einsetzen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Beier)

Ihre Hinweise müssen wir ernst nehmen und in unsere Entscheidungen einbeziehen. Diffamierungen wie beispielsweise zuletzt gegenüber dem Flüchtlingsrat weisen wir entschieden zurück.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für die Linke-Fraktion ist die soziale Funktion der Justiz von besonderer Bedeutung. Dies muss auch am Ende mit Leben gefüllt werden. Daher möchte ich hier noch auf drei Punkte eingehen.

Auf Initiative der Linke-Fraktion wird ein mit 150.000 Euro ausgestatteter Fonds geschaffen, um Opfer von rechter, rassistischer, antisemitischer und sexualisierter Gewalt bei ihrer Beteiligung und Ermittlung von Strafverfahren zu unterstützen. Auch das ist ein Thema aus der Praxis. Dort gibt es seit Jahren Rückmeldungen, dass ein solcher Lückenschluss dringend notwendig ist. Diesen nehmen wir hier nun vor.

Des Weiteren sollen die Mittel für die Fort- und Weiterbildung von ehrenamtlichen Richter/-innen und Schöffen/Schöffinnen aufgestockt werden. Solche Weiterbildungsangebote sind wichtig, damit diese engagierten Ehrenamtlichen in der Justiz ihre Aufgaben in Gerichtsverhandlungen fachlich und gut gerüstet wahrnehmen können.

Schließlich noch einen Blick auf die im Haushalt vorgesehenen Stellenhebungen: Die in der Justiz, insbesondere im Justizvollzug, kompetente und engagierte Erfüllung verantwortungsvoller Aufgaben muss mit angemessener Bezahlung und mit Beförderung einhergehen. Daher sind die nun vorgesehenen Stellenhebungen ein wichtiger Baustein, ebenso das Personalentwicklungskonzept, was vom Ministerium erstellt wurde. Damit werden wir uns in der Zukunft sicherlich noch beschäftigen.

Vizepräsidentin Henfling:

Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Beier, DIE LINKE:

Zu guter Letzt: Vielen Dank an alle, die konstruktiv mitgewirkt haben. Vielen Dank an jene, die sich dafür die Nächte um die Ohren geschlagen haben. Die Justiz und die Schutzsuchenden werden es Ihnen danken. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Henfling:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Als Nächstes erhält für die CDU-Fraktion Abgeordneter Schard das Wort.

Abgeordneter Schard, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, hinter uns allen liegt ein außergewöhnlich ungewöhnliches Jahr. Aufsehenerregende Prozesse liegen hinter uns. Aber auch Grundrechtseinschränkungen in nie da gewesenem Ausmaß prägten juristisch die vergangenen Monate. Bei all den Herausforderungen und Problemen hat sich insbesondere eins bewiesen, nämlich dass unser Rechtsstaat funktioniert und dieses Funktionieren dauerhaft zur Akzeptanz unseres Rechtsstaates wie auch unserer Demokratie führt. Wenn auch teilweise vielerlei infame Termini wie „Ermächtigungsgesetz“ etc. die Runde machten, ist das Vertrauen des weitaus größten Teils unserer Bevölkerung in unsere Institutionen groß. Das, meine Damen und Herren, ist gut so.

(Abg. Schard)

Es ist Aufgabe der Gerichte, die Exekutive zu kontrollieren. Auch dieser Kontrollpflicht ist unsere Justiz nachgekommen. Damit ist die Justiz der Garant für eben diesen unseren Rechtsstaat. Es wäre gut, wenn der Justiz wieder die gehobene Stellung bzw. die Wertschätzung zugebilligt werden würde, die diese verdient.

Auch im Bereich der Justiz gibt es nicht nur im kommenden Jahr viel zu tun; ich nenne das Stichwort „Digitalisierung“. Die Pandemie hat uns vor Augen geführt, welche Chancen und Möglichkeiten in der Digitalisierung liegen können. Dabei lediglich die elektronische Akte ins Feld zu führen ist sicherlich zu wenig und zu kurz gegriffen. Deshalb wäre es durchaus von Vorteil, dort noch mehr Innovation und Geschwindigkeit in Bezug auf Digitalisierung an den Tag zu legen. Digitalisierung ist nämlich nicht nur eine lästige Pflicht. Der Haushalt hält diesbezüglich zwar Geld vor, wirkliche langfristige Konzepte sehe ich allerdings zu wenig. Wenn wir unsere Justiz schlagkräftig für die Zukunft aufstellen wollen, müssen wir uns verstärkt der verheerenden Altersstruktur unserer Gerichte widmen. Hier geht es nicht um Stellenbesetzungsverfahren im eigentlichen Sinne, sondern um die Zukunft unseres Rechtsstaates und um die Zukunft der Qualität unserer Rechtsprechung.

Es ist eine ungemein wichtige Aufgabe, die Justiz aus dem Schatten anderer Aufgaben des Ressorts herauszuholen und ihm mehr Gewicht zu verleihen. Denn man kann es nicht oft genug sagen: Nur mit einer funktionierenden Justiz ist auch ein funktionierender Rechtsstaat zu garantieren.

Ich muss allerdings noch auf einen Punkt im Einzelplan 05 zu sprechen kommen – in aller gebotenen Kürze. Das ist das Landesaufnahmeprogramm.

Bereits im laufenden Jahr hat das Bundesinnenministerium auch Thüringen die Zustimmung zur Aufnahme von Flüchtlingen über eigene Programme verwehrt. Ein eigenes Landesaufnahmeprogramm wie von der Regierungskoalition geplant entbehrt damit auch der juristischen Grundlage, womit der Haushalt keinen Bestand haben könnte.

Es gebe viel zu sagen. Meine Redezeit ist beendet. Ich sehe das. Aber: Die Wichtigkeit und Schwere der Justiz anzuerkennen ist eine wichtige Zukunftsaufgabe. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Henfling:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhält jetzt Abgeordnete Rothe-Beinlich das Wort.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass ich anderer Auffassung bin, was die Landesaufnahmeordnung angeht, habe ich vorhin schon deutlich gemacht. Ich persönlich wäre auch sehr dafür, dass wir an dieser Stelle gegen die Entscheidung des Bundesinnenministers klagen,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

um Rechtssicherheit zu bekommen. Dann wüssten wir nämlich, ob Landesaufnahmeordnungen tatsächlich möglich sind oder nicht und welche Handlungsspielräume Länder haben. Aber das wird wohl noch ein längerer Weg sein.

Nun zu dem Einzelplan: Ich will zunächst ganz kurz auf den Bereich der Justiz eingehen, weil es, glaube ich, tatsächlich entscheidend ist, die Bedeutung der Justiz als dritte Staatsgewalt und Garant für den Rechtsfrieden einmal besonders hervorzuheben. Der Rechtsstaat muss gerade in Zeiten wie diesen das Vertrauen der

(Abg. Rothe-Beinlich)

Bürgerinnen und Bürger in staatliche Institutionen bewahren und stärken. Dafür braucht es effizient arbeitende Gerichte und Staatsanwaltschaften. Hier haben wir beim Personal auch wirklich gut nachsteuern können. Darüber bin ich sehr froh, das ist auch entscheidend, das ist eine wichtige Anerkennung und das ist auch gut so.

Außerdem haben wir in den Bereichen „Prozesskostenhilfe“, bei der Entschädigung von Zeugen, bei ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern und auch in der Straffälligenhilfe aufgestockt. All das sind Bereiche, die oftmals unterm Radar viel zu wenig gesehen werden, obgleich sie eine immens wichtige Arbeit leisten.

Nun zur AfD und ihren Änderungsanträgen: Es sollen Straflager für auffällige Geflüchtete errichtet werden. Ich sage nur: nicht mit uns. Den Kommunen soll völlig rechtwidrig die Finanzierung der Unterbringung gestrichen werden – nicht mit uns.

(Unruhe AfD)

Die Krankenkassen sollen auf den Kosten der Gesundheitsbehandlung von Geflüchteten sitzen bleiben, dabei wissen wir alle, dass Gesundheit alle angeht. Millionen Euro jedoch sollen in Abschiebeprogramme fließen – nicht mit uns. Mit Hinweis darauf, dass die Amtssprache Deutsch sei, sollen die Leistungen des Dolmetscherprogramms gestrichen werden, erklären Sie das mal vor Ort – nicht mit uns. Die Beratung für Geflüchtete soll gestrichen werden, weil sie angeblich nicht zu einer Verbesserung der Integration taugt. Sie werden wissen, was ich jetzt sage: nicht mit uns. Dazu kommt noch, dass die Integrationsbeauftragte verunglimpft wird und so geht es immer weiter und immer weiter. Selbstverständlich konnten und werden wir keinen dieser Anträge mittragen. Dennoch ist es wieder einmal schwer zu ertragen, welche rassistische und menschenverachtende Einstellung die AfD vertritt, und das auch in Form von Änderungsanträgen. Aber das ist heute in der Rede zum Haushalt vom selbsternannten Fraktionsführer auch schon mehr als deutlich geworden.

Lange Rede, kurzer Sinn: Wir meinen, dass wir die wichtigen und richtigen Akzente damit setzen, indem wir sagen, wir stocken auf in punkto Integration. Selbstverständlich verstetigen wir das Landesdolmetscherprogramm, um das uns viele Länder beneiden. Selbstverständlich wollen wir Beratung, wollen wir Gesundheit für alle, egal woher sie kommen. Selbstverständlich geht es uns auch weiterhin um eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik, denn genau damit macht Rot-Rot-Grün auch den Unterschied. Ich bin froh, dass uns dies auch in den Verhandlungen mit der CDU so gelungen ist, sodass man tatsächlich auch von Christlichkeit und Nächstenliebe in diesem Haushalt sprechen kann. Auch wenn hier manches anders ausgegangen wäre, wenn alle so gewollt hätten, wie sie könnten. Zum Glück brauchte es vernünftige Kompromisse, über die ich an dieser Stelle wirklich froh bin. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Henfling:

Vielen Dank. Für die AfD-Fraktion erhält jetzt Abgeordneter Möller das Wort.

Abgeordneter Möller, AfD:

Meine sehr geehrten Damen und Herren von den regierungsbegleitenden Fraktionen und von der Oppositionsfraktion, das ist ein spannender Einzelplan. Das sieht man schon an der Diskussion um die Landesaufnahmeanordnung. Herr Voigt schlägt sich stolz auf die Brust von der CDU und sagt: Wir haben es verhindert, dass es eine Landesaufnahmeanordnung gibt. Und die rot-rot-grünen Fraktionen, seine Partner, sagen:

(Abg. Möller)

Nein, wir haben einfach nur das Geld genommen und in eine andere Position reingesteckt, aber das Geld dafür ist da. Da sehen Sie mal wieder, meine Damen und Herren, die CDU lässt sich entweder über den Tisch ziehen oder, noch viel schlimmer, sie streut ihren Wählern Sand in die Augen und macht heimlich mit Ihnen gemeinsame Sache in Sachen Integration und Flüchtlingspolitik.

(Beifall AfD)

Auch ansonsten gibt es bei diesem Haushalt eine Menge zu kritisieren. Allein auf der Seite 31 finde ich Ausgabenpositionen in Höhe von 97 Millionen Euro, die mehr oder weniger entbehrlich sind, unter anderem 21,5 Millionen Euro für die Gesundheitskarte. Wissen Sie, das Gesundheitssystem soll laut Gysi nicht den Profitinteressen von Krankenhauskonzernen unterworfen werden, und das stimmt, da hat er recht. Aber es sollte auch nicht ideologischen Interessen unterworfen werden, und genau das ist in Thüringen der Fall. Wenn Sie mal überlegen, wie viele Fachärzte, wie viele Krankenhausabteilungen man von 21,5 Millionen Euro im Jahr finanzieren könnte und was in Thüringen stattdessen im Krankenhaus geschieht: In Schleiz wird eine Station im Krankenhaus geschlossen, in Greiz wird eine Kinderstation geschlossen und Frau Werner weiß es nicht mal, die erzählt genau das Gegenteil.

(Beifall AfD)

In einer strukturschwachen Region wie im Thüringer ländlichen Raum werden solche Einrichtungen geschlossen und das Geld ballern Sie in Ihre Integrationspolitik rein.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, das ist eine Politik, die den fundamentalen Interessen unseres Freistaats und unserer Bürger widerspricht und dafür sollten Sie sich alle was schämen, auch die CDU, die das alles mitmacht.

(Beifall AfD)

Und wo ich gerade dabei bin: Wissen Sie was? Die Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl, da werden allein 874.000 Euro pro Jahr für die Reinigung der Erstaufnahmeeinrichtung verballert; die Mittel werden dafür bereitgestellt.

(Beifall AfD)

Wenn Sie mal überlegen, das sind also Leute, denen Sie nicht mal zutrauen, ihr eigenes Objekt zu säubern, so wie das früher in allen Flüchtlingsunterkünften, zum Beispiel bei den Aussiedlern, der Fall war. Wie wollen Sie denn jemals, selbst mit 6 Millionen Euro Integrationsprogramm, Menschen integrieren, die nicht mal in der Lage sind, ihr eigenes Gebäude zu säubern? Meine Damen und Herren, dieser Einzelplan zeigt, dass Ihre Flüchtlingspolitik überhaupt nicht Hand und Fuß hat.

Deswegen kann man das nur ablehnen. Sie werden unsere Änderungsanträge, die sinnvoll sind, leider auch ablehnen. Insofern wird es wohl noch ein Weilchen dauern, bis Thüringen eine vernünftige Flüchtlingspolitik bekommt. Danke schön.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und wer putzt Ihnen den Dreck hinterher?)

Vizepräsidentin Henfling:

Für die Fraktion der SPD erhält jetzt Abgeordnete Marx das Wort.

Abgeordnete Marx, SPD:

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wer humanitäre Hilfe für die Elenden und Flüchtenden dieser Erde für ein Ideologieprojekt hält, dem kann ich leider nicht helfen, weil unsere ethischen Grundlagen zu unterschiedlich sind.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man kann sich vielleicht darüber irgendwie befreit oder erlöst zeigen, dass jetzt die Mittel fürs Landesaufnahmeprogramm im Haushalt gestrichen werden können, weil es das Landesaufnahmeprogramm leider im Moment nicht gibt. Aber wer sich darüber freut, der hat vielleicht am Wochenende die Meldung über die Äußerung des Bundesentwicklungsministers Gerd Müller von der CSU nicht gehört, der über das neue Lager Kara Tepe auf Lesbos gesagt hat, dort herrschten unerträgliche Zustände, denn dort würden in nassen Zelten Babys von Ratten gebissen. Das auch noch mal für alle die, die meinen, wir hätten hier gerade irgendwie wegen der Corona-Einschränkungen trostlose Zustände in Thüringen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trostlos ist es dort und ich habe es – und das möchte ich auch ausdrücklich hier SPD-seitig sagen – deswegen auch sehr bedauert, dass das Landesaufnahmeprogramm nicht zustande gekommen ist.

Im Bereich Justiz sorgen wir dafür, dass dieser Bereich weiterhin im Bereich Rechtswesen solide finanziert wird. Rechtsprechung ist immer wichtig, das muss man ja eigentlich gar nicht erklären. Das ist die dritte Säule der Gewaltenteilung. Auch hier gibt es einen großen Nachholbedarf in der digitalen Einsatzfähigkeit. Da haben wir jetzt auch mal etwas nachgebessert – die Weiterbildung von ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern wurde schon erwähnt. Ein bisschen ein wunder Punkt – das muss ich mal selbstkritisch anmerken – ist die Bezahlung der Referendare. Da wird zwar zugelegt, aber wir müssen uns dann in einer nächsten Legislatur doch noch mal, denke ich, ernsthaft Gedanken darüber machen, ob das eine kluge Entscheidung war, die Verbeamtung der Rechtsreferendare aufzuheben, oder ob wir die nicht wieder brauchen, um hier qualifizierten Nachwuchs rekurrieren zu können.

Wichtig und schön – und da komme ich noch einmal auf meine Rede im Innenbereich zurück, da sehe ich auch Gesichter vor mir – finde ich, dass wir endlich auch den Justizvollzugsbeamten helfen können, indem wir dort eine Stellenhebung im Justizvollzugsdienst von A7 auf A9 vornehmen. Das ist tatsächlich eine lange überfällige Gleichwertigkeit, die dann hier endlich nachvollzogen wird.

Und als letzten Punkt – in 10 Sekunden – freue ich mich auch noch über die Verbesserung der finanziellen Ausstattung im Bereich Verbraucherschutz. Denn da geht es nicht nur um Dieselschaltungen oder Anlagebetrug, sondern auch um die ganz kleinen alltäglichen Sorgen unserer Thüringer Bürgerinnen und Bürger. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Henfling:

Vielen Dank. Das Wort erhält jetzt Abgeordnete Baum von der FDP-Fraktion.

Abgeordnete Baum, FDP:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ja schon viel gesagt worden – das ist ganz gut –, dann kann ich meine 3 Minuten, die bei mir länger werden, auf zwei Themen richten, die uns besonders wichtig sind. Die nächsten fünf Jahre werden im Justizbereich nicht ganz unkritisch, denn es geht darum, das Wissen zu erhalten, was wir unter Richterinnen und Richtern und Staatsanwältinnen und Staatsanwälten haben. Ich höre wohl – das hat ja auch Volker Emde heute früh schon aus dem HuFA berichtet –, dass das Ministerium den Generationenwechsel sehr wichtig nimmt. Wir sind da gespannt. Aus einer Kleinen Anfrage war jetzt für uns das Konzept noch nicht so ganz ersichtlich, wie wir es schaffen können, durch vor allem eine frühzeitige Übergabe der Stellen, das Wissen der erfahrenen Richterinnen und Richter auch sicherzustellen.

(Beifall FDP)

Woran uns noch gelegen ist – und das haben Sie gesehen an den Änderungsanträgen, die wir eingebracht haben –, wir wollen, dass die Schutzausrüstung der Gerichtsvollzieher, die schon seit einigen Jahren im Haushalt steht, auch umgesetzt werden, nämlich für Schutzausrüstung und funktionierende Notfallsender. Bisher steht es nur als Haushaltsstelle, ist nicht genutzt worden, wir hoffen, dass die Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher in Thüringen da schnell von profitieren können und dass das dann auch Geräte sind, mit denen sie gut arbeiten können. Darüber hinaus wünschen wir uns, dass es für die Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher ein höheres Kontingent für den Bereich Fortbildung gibt – dafür haben wir einen Antrag eingereicht –, dass es eine Fortbildungsreihe geben soll. Das wäre schön gewesen, es ist leider im Haushaltsausschuss abgelehnt worden.

Wir Freien Demokraten fordern auch weiter die Stärkung der Justiz. Das ist uns wichtig. Dafür braucht es eine zeitgemäße Ausstattung und eine angemessene Personaldecke sowie auch den digitalen Ausbau der Juristenausbildung.

(Beifall FDP)

Die dritte Säule der Demokratie darf nicht bröckeln. Vielen Dank.

(Beifall CDU, FDP)

Vizepräsidentin Henfling:

Vielen Dank. Aus den Reihen der Abgeordneten liegen mir jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Wünscht die Landesregierung das Wort? Herr Adams? Nein, okay (***Sprechzettel der Landesregierung zu Einzelplan 05 siehe Vorlage 7/1438 sowie Anlage ...***). Gut, dann können wir auch diesen Einzelplan beenden und kommen zum Einzelplan 06 des Thüringer Finanzministeriums und Einzelplan 17 – Allgemeine Finanzverwaltung ohne das Kapitel 17 20, einschließlich Gesamtplan Thüringer Haushaltsgesetz 2021, Thüringer Nachtragshaushaltsgesetz 2020 und Mittelfristiger Finanzplan.

Als Erste hat Abgeordnete Bergner von der FDP-Fraktion das Wort.

(Zwischenruf Abg. Montag, FDP: Keine Wortmeldung!)

Frau Bergner, Sie wollen nicht? Gut. Dann erhält jetzt Abgeordneter Müller aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Abgeordneter Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen, liebe Besucher, wir wollen in Thüringen die Weiterentwicklung einer digitalen Gesellschaft forcieren, dazu bedarf es eines echten Habitus für Digitales, der dies fördert und eines Umdenkens in vielen Bereichen, wie zum Beispiel dem Schulwesen, in Behörden und Verwaltungen, in den Kommunen sowie Wirtschaftsunternehmen und Ministerien erfordert. Wir wünschen uns von den bestehenden handelnden Strukturen zukünftig mehr Engagement und Mut, statt Bedenken und Ablehnung.

E-Government wird global bereits in vielen Orten als ein probates Mittel staatlichen Handelns praktiziert. Es ist besonders in Flächenstaaten ein wirksames Mittel für mehr Transparenz und Teilhabe für Bürgerinnen und Bürger und führt zu einem Vertrauensaufbau in Regierungen und Institutionen. Um dies auf kommunaler Ebene zu verankern, müssen Verwaltungsleistungen wirklich digitalisiert werden. Damit meinen wir nicht das Abbilden bisheriger Prozesse mit digitalen Mitteln. Den Bürgerinnen muss es ermöglicht werden, ihre konkreten Anfragen und Anliegen unkompliziert auf digitalem Weg stellen, bearbeiten und lösen zu können. Viele Bürgerinnen scheinen sich in Entscheidungsprozessen nicht wiederzufinden bzw. haben das Gefühl, sich zu wenig beteiligen zu können. Unabhängig von der Bewertung dieser Wahrnehmung wollen wir die Chancen der Digitalisierung nutzen, um die Zentrumperipheriebindung der Bürgerinnen zu stärken, Bürgerinnen an politischen Willensbildungen und Entscheidungsprozessen sowie am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen und Entscheidungsprozesse transparenter und nachvollziehbarer zu machen.

Sehr geehrte Damen und Herren, um dies auf kommunaler Ebene zu verankern, müssen Verwaltungsleistungen wirklich digitalisiert werden. Damit meinen wir nicht das Abbilden der bisherigen Prozesse. Den Bürgerinnen muss es ermöglicht werden, ihre konkreten Anfragen und Anliegen unkompliziert auf den Weg zu geben. Bei der Digitalisierung in der Verwaltung des Landes und der Kommunen hinkt Thüringen hinterher. Das Kompetenzzentrum sollte eine zentrale Beratungs- und Führungsrolle einnehmen, ist bisher allerdings personell nicht dafür ansatzweise ausgestattet. Das haben wir als Bündnis 90/Die Grünen in diesem Haushalt ins Auge gefasst und die Stellen für das Kompetenzzentrum mehr als verdoppelt. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Henfling:

Vielen Dank. Für die CDU-Fraktion erhält jetzt Abgeordneter Kowalleck das Wort.

Abgeordneter Kowalleck, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, zunächst einmal an dieser Stelle auch der Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Thüringer Finanzministeriums für ihre Unterstützung während der gesamten Haushaltsberatungen. Ich denke, wir alle wissen, wie wichtig dies auch ist, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Danke zu sagen.

(Beifall CDU)

In 3 Minuten ist es natürlich schwierig, über den gesamten Themenkomplex vom Gesamtplan über den Einzelplan 06, die Finanzverwaltung, Nachtragshaushalt 2020, Mittelfristigen Finanzplan zu sprechen, aber wir haben auch schon in der Berichterstattung des Ausschussvorsitzenden die verschiedenen Punkte gehört. Auch die Finanzministerin ist schon auf verschiedene Themenkomplexe eingegangen.

(Abg. Kowalleck)

Meine Damen und Herren, für uns als CDU-Fraktion war es wichtig, dass wir als Landesparlament mit dem Nachtragshaushalt 2020 eben auch eine Forderung auf den Weg gebracht haben, die finanzpolitische Klarheit in diesem Land geschaffen hat. Ich denke, wir haben da auch entsprechende Akzente gesetzt und sind auch den Beispielen anderer Bundesländer gefolgt. Mit diesem Nachtragshaushalt 2020 haben wir eben auch damit entsprechende Voraussetzungen für Weiteres geschaffen.

Die Kreditaufnahme hat heute auch schon eine Rolle gespielt. Für uns als CDU-Fraktion war es insbesondere wichtig, auch hier die Kreditaufnahme mit Blick auf zukünftige Generationen zu verringern. Das ist das, was wir auch in Zukunft immer im Auge behalten müssen, wie die finanzpolitische Entwicklung in unserem Land ist. Gerade auch mit der Aufnahme von 1,56 Milliarden Euro haben wir doch eine große Summe, die es in den kommenden Jahren auch zu tilgen gilt. Aber wie ich bereits gesagt habe, ist es eben auch wichtig, hier weiterhin in der Krise die Voraussetzungen zu schaffen, dass sich unser Land finanzpolitisch gut entwickelt. Auch in anderen Bundesländern war es eben notwendig, dass hier Kredite aufgenommen werden. Wir müssen das auch weiter im Auge behalten, ebenso wie die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung in unserem Land. Ich habe ja auch in den vergangenen Jahren immer schon in den Haushaltsberatungen darauf hingewiesen, dass gerade auch das Volumen des Haushalts im Auge behalten werden muss.

Die Novembersteuerschätzung wurde heute auch schon angesprochen. Gerade auch die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land ist eng mit den Steuereinnahmen verbunden. Wir hatten in den vergangenen Jahren eben auch das Glück, dass die Wirtschaft florierte.

Vizepräsidentin Henfling:

Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Kowalleck.

Abgeordneter Kowalleck, CDU:

An dieser Stelle – Sie sehen, 3 Minuten sind nicht viel – möchte ich noch mal ganz herzlich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken. Wir haben eben auch mit der Anhebung des Eingangsamts für den Mittleren Dienst hier ein Zeichen gesetzt. Wir werden da aber auch weiter dranbleiben.

Vizepräsidentin Henfling:

Und jetzt ist wirklich Schluss.

Abgeordneter Kowalleck, CDU:

Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Henfling:

Nur weil es kurz vor Weihnachten ist, bin ich so großzügig mit den Danksagungen am Ende.

Für die SPD-Fraktion erhält jetzt Abgeordnete Merz das Wort.

Abgeordnete Merz, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer am Livestream, die Einzelpläne des Finanzministeriums kommen in der Regel eher unspektakulär und meist sehr genügsam daher: keine großen Investitionen, keine umfangreichen Projekte oder Förde-

(Abg. Merz)

rungen. In diesem Jahr gibt es dabei eine kleine Ausnahme. Vergessen wird gern, dass das Finanzministerium neben dem Einsammeln von Steuergeldeinnahmen, die wir alle sehr gern in den anderen Einzelplänen gebrauchen, und der akribischen Verwaltung des Landeshaushalts selbst auch für das E-Government und die Digitalisierung der gesamten Landesverwaltung zuständig ist.

Aus diesem Grund konnten jetzt durch ein Zusammenwirken der Fraktionen von Linken, Grünen und SPD zehn zusätzliche Planstellen für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes bereitgestellt werden. Hiermit soll neues Personal zur Beratung und Begleitung bei der Umsetzung dieser umfangreichen Aufgaben aus diesen neuen gesetzlichen Anforderungen eingestellt und im neuen Kompetenzzentrum 4.0 verortet werden. Dieses Kompetenzzentrum soll dabei sowohl alle Ministerien und nachgeordneten Bereiche als auch unsere Kommunen unterstützen. Dafür werden neben Informatikerinnen und Informatikern besonders auch IT-Projekt- und -Prozessmanagerinnen und -manager benötigt, denn es gilt, bestehende Strukturen auf ihre digitale Optimierung zu analysieren und praxisnahe Prozesse zu entwickeln, die tatsächlich auch für alle Bürgerinnen und Bürger einfach und nachvollziehbar sind.

Uns freut, dass die Eingangsbesoldung für die Steuersekretäre von A6 auf A7 noch im neuen Besoldungsgesetz am Freitag Platz gefunden hat. Das hilft auch hier, die Vergütung an veränderte Erfordernisse für diese Tätigkeiten, die immer wieder neu und anspruchsvoller werden, anzupassen. Das ist aber tatsächlich schon die ganze Aufregung in diesen Einzelplänen. Im weiteren Teil und in den anderen Titeln gibt man sich – wie gewohnt – genügsam. Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Henfling:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Für die AfD-Fraktion erhält jetzt Abgeordneter Kießling das Wort.

Abgeordneter Kießling, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren, beim Einzelplan 06 sind uns die immensen Steigerungen bei den Personalausgaben um 8 Millionen Euro nebst dem Stellzuwachs aufgefallen. Meine Vorrednerin hat schon kurz begründet, woran das liegt. Zu diesem Einzelplan hatten wir gesamt 18 Änderungsanträge eingebracht mit einem Gesamtsparvolumen von 1,7 Millionen Euro. Wie zu erwarten war, wurden von Ihnen auch hier alle abgelehnt. Da war im Ganzen nichts Spektakuläres, wie schon die Vorrednerin sagte.

Zum EP 17 hatten wir zehn Änderungsanträge eingereicht mit einem Einsparvolumen von 36 Millionen Euro. Mehrausgaben hatten wir bei den Schlüsselzuweisungen für Kreisaufgaben und den Stabilisierungsansatz vorgesehen, ebenso mehr bei den Schlüsselzuweisungen für die Gemeinden, da diese in der ersten Haushaltsplanung versehentlich zu kurz gekommen sind oder – besser gesagt – wesentlich zu kurz gekommen sind. Hier haben wir unsere Anträge zum Teil umgesetzt. Denn schon seit Jahren sind die Kommunen über den Kommunalen Finanzausgleich kaputtgespart worden. Der Partnerschaftsgrundsatz der hier herrschen sollte, ist schon damals unter dem Finanzminister der CDU Voss abhandengekommen.

Das Konnexitätsprinzip haben Sie auch schon seit Jahren nicht eingehalten, gerade bei den übertragenen Aufgaben im eigenen Wirkungskreis. Wir sind gespannt, was der neue Ausschuss bringen wird. Es ist die Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleiches angestrebt. Da gucken wir, ob die Verbesserungen entsprechend nachhaltig sein werden. Allerdings ist Eile geboten. Wir hätten gern gesehen, dass es schneller geht. Aber leider haben Sie es hier nicht so eilig wie bei diesem Haushalt.

(Abg. Kießling)

Ein Härtefallfonds für Straßenausbaubeiträge muss endlich kommen und in ausreichender Höhe ausfinanziert werden. 5 Millionen Euro sind hierfür zu wenig. Wir haben daher beantragt, Titel 633 06 im Einzelplan 17 um 15 Millionen Euro aufzustocken. Ebenso ist ein Stabilisierungsansatz für die Kreisaufgaben unter Titel 613 02 im Einzelplan 17 auszubringen. Zwar hat die Landesregierung in ihrem Gesetzentwurf für ein Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes dies vorgesehen, die Finanzierung im Landeshaushalt für 2021 aber leider vergessen.

Stärken Sie unsere Kommunen und nehmen Sie nicht weiter mit einer Unterfinanzierung derselben den dort lebenden Menschen nachhaltig ihre Heimat. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Henfling:

Für die Fraktion Die Linke hat jetzt Abgeordneter Hande das Wort.

Abgeordneter Hande, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir ein paar allgemeinere Betrachtungen. Die Einnahmen des Landes aus Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisung betragen im Jahr 2019 knapp 8 Milliarden Euro. Im Haushaltsentwurf 2020 rechneten wir mit 500 Millionen Euro mehr. Nach der letzten Steuerschätzung kommen nun aber nicht 500 Millionen Euro mehr, sondern 250 Millionen Euro weniger.

Bereits im Jahr 2021 soll wieder mehr Geld in die Landeskasse kommen als 2019. Es bleibt jedoch immer noch ein Minus von etwa einer halben Milliarde gegenüber den bisherigen Planungen. Das wir nun dem Wunsch der CDU gefolgt sind und die Rücklagen vollständig aufgebraucht haben beziehungsweise dies werden, macht es leider in kommenden Jahren nicht einfacher.

Aber, meine Damen und Herren, ich habe keine Angst vor einem neuen Haushalt oder gar einem neuen Doppelhaushalt, aber Respekt. Die Finanzministerin hat vorhin bereits gesagt, welche Anstrengungen dafür vonnöten sein werden. Insgesamt freue ich aber auf die Aufgabe, denn als rot-rot-grüne Regierungskoalition wollen wir natürlich auch künftig für Stabilität in Thüringen sorgen. Da ich von stabilen Mehrheiten nach der Wahl im April einfach mal jetzt ausgehe, hoffe ich doch, dass zumindest die künftigen Aufstellungen, zumindest in der Erarbeitung, etwas einfacher werden.

Ein Punkt, meine sehr geehrten Damen und Herren, aus den Haushaltsberatungen zum Einzelplan 17 möchte ich hier aber dennoch erwähnen. Es geht um das Kapitel 17 14 – Versorgung –. Hier sind zum Beispiel auch die Mittel etatisiert, die der Freistaat an die Rentenversicherung zahlt, um Zusatzrenten aus DDR-Zeiten für Lehrer und Polizisten zu finanzieren. Der Bund hat bisher 40 Prozent der Kosten getragen und will ab nächstem Jahr seinen Anteil auf 50 Prozent erhöhen. Das führt dazu, dass das Land Thüringen nicht mehr 450 Millionen Euro, sondern nur noch 400 Millionen Euro an die Deutsche Rentenversicherung zu zahlen hat. Jetzt kommt die Kuriosität: Frau Schweinsburg vom Landkreistag erklärte uns im Rahmen der Anhörung – und das ist kein Witz –, dass diese gesparten 50 Millionen Euro den Kommunen gehören. Dass es sich hier um Minderausgaben handelt, die bereits eingepreist sind, störte sie dabei nicht. Problematisch ist aber die inhaltliche Verknüpfung. Wenn also das Land weniger Geld für seine Landesaufgaben zahlen muss, dann gehört das Geld wohl anscheinend den Kommunen. Dass kommunale Spitzenverbände beharrlich mehr Geld für die Kommunen fordern, gehört offensichtlich zur Stellenbeschreibung dazu und ist auch in Ordnung. Nur rechnet man alles zusammen, dann sieht man, wie Kollege Dittes das zum Einzelplan 13 be-

(Abg. Hande)

reits ausgeführt hatte, dass die Kommunen rund 3,75 Milliarden Euro aus dem Haushalt erhalten. Ich vermute, egal wie viel Geld wir den Kommunen zugutekommen lassen, es werden immer 200 Millionen Euro fehlen. Aber nichtsdestotrotz, mit diesem Wissen und in Erwartung dieser Forderung freue ich mich auf künftige Haushaltsrunden und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Vielen Dank. Wünscht die Landesregierung das Wort? Das ist nicht der Fall, und da die Redezeit aufgebraucht ist, brauche ich eigentlich gar nicht mehr fragen, ob es weitere Wortmeldungen gibt. Ich frage trotzdem mal in die Runde? Nein. Damit ist die Aussprache zum Einzelplan 07 – Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft – beendet.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir waren bei 06!)

Dann habe ich doch das Falsche, okay. Damit ist die Aussprache zum Einzelplan 06 – Thüringer Finanzministerium – und zum Einzelplan 17 – Allgemeine Finanzverwaltung ohne Kapitel 17 20 – einschließlich Gesamtplan, Thüringer Haushaltsgesetz 2021, Thüringer Nachtragshaushaltsgesetz 2020 und Mittelfristiger Finanzplan beendet.

Dann kommen wir zum **Einzelplan 07 – Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft**. Die Redezeiten verteilen sich auf die Fraktionen wie folgt: Fraktion Die Linke 3 Minuten, Fraktion der AfD 3 Minuten und alle übrigen Fraktionen ebenfalls 3 Minuten. Nach 3 Minuten Redezeit der Landesregierung verlängert sich die Redezeit jeder Fraktion gemäß § 29 Abs. 4 der Geschäftsordnung entsprechend.

Es hat jetzt Abgeordneter Müller von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Abgeordneter Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe Gäste, wir wissen noch nicht, welche weiteren wirtschaftlichen Auswirkungen die momentane Situation auf die Thüringer Wirtschaft haben wird, aber eines wissen wir ganz sicher, dass wir aus haushalterischen Gesichtspunkten die Schwerpunkte im Bereich Forschung und Entwicklung setzen müssen, dass wir einen Transformationsprozess in der Automotive-Branche aktiv unterstützen müssen und dass wir die besonders kleinteilige Struktur der Thüringer Wirtschaft im Blick behalten werden müssen. Mit diesem Haushalt gelingt uns genau das. Zum einen unterstützen wir das Handwerk mit dem Meisterbonus und der Meistergründungsprämie. Weiterhin investieren wir massiv in Forschung und Entwicklung, damit wir vom System der verlängerten Werkbank in Thüringen wegkommen hin zu mehr Eigenständigkeit und Innovation. Da helfen uns gerade die wirtschaftsnahen Forschungsinstitute.

Zu guter Letzt fördern wir die Automotive-Industrie im Transformationsprozess nicht nur mit einigen einzelnen Unterstützungsleistungen, sondern mit einem ganzen Bündel an passgenauen Maßnahmen. Dafür investieren wir noch einmal einen mittleren zweistelligen Millionenbetrag. Und das sind alles Gelder, die wir zusätzlich zu den Millionenhilfen an die Wirtschaft ausschütten. Das ist eine massive finanzielle Belastung des Landeshaushalts, aber wir können und wir wollen an dieser Stelle auch nicht am falschen Ende sparen.

Kommen wir nun zu den Universitäten. Im Hochschulbereich kann Thüringen auf ein Jubiläum zurückblicken: die Gründung der ältesten und der jüngsten Universität Deutschlands. Es ist allen klar, dass Wissen-

(Abg. Müller)

schaft ins Zentrum der Gesellschaft gehört. Deshalb war es uns wichtig, diesen Bereich für den nächsten Haushalt zu stärken. Das Universitätsklinikum in Jena – das UKJ – ist ein fester Anker in der medizinischen Forschung. Wir statten das Klinikum mit 16 Millionen Euro aus, um aufgeschobene Investitionen im Bereich Geräteanschaffung und Strahlentherapie meistern zu können. Damit geben wir einen Ausgleich für den Tarifabschluss und die Gehaltserhöhung der Beschäftigten, die das UKJ aus ihrem bisherigen Etat gezahlt hat.

Des Weiteren stellen wir 13,9 Millionen Euro für Forschung und Wissenschaft zur Verfügung. Damit soll ein Next-Generation-Cluster aufgebaut und gestärkt werden, das den Wissenschaftsbereich zu neuen Forschungsfeldern führt und ihn zukunftssicher und verantwortungsvoll aufstellen wird. Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Vielen Dank, Herr Müller. Als Nächste erhält Abgeordnete Kniese von der Fraktion der AfD das Wort.

(Zwischenruf Abg. Wolf, DIE LINKE: Jede Stimme für die AfD ist eine Stimme zu viel!)

Abgeordnete Kniese, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Zuschauer am Livestream, die finanziellen Zuweisungen an die Hochschulen steigen seit Jahren, obwohl die Studentenzahlen insgesamt rückläufig sind. Diese Kostensteigerungen hängen insbesondere mit kostenintensiven Studiengängen zusammen, welche besonders stark von ausländischen Studenten belegt werden. Aber die wenigsten ausländischen Studenten stehen anschließend unserem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Wir fordern daher die Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Studenten in Höhe von 1.500 Euro pro Semester,

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, FDP: Jetzt kommt das wieder! Meine Güte!)

wodurch ca. 17 Millionen Euro generiert werden würden.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, FDP: Sie haben noch nicht begriffen, wie bereichernd das ist!)

Es ist ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft, Herr Kemmerich, denn Qualität hat ihren Preis.

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, FDP: Es geht um kulturellen Austausch!)

Und trotz Studiengebühren würden wir auch zukünftig Nicht-EU-Studenten an unseren Hochschulen willkommen heißen können, denn Bildung nimmt in vielen Kulturen einen hohen Stellenwert ein, wofür man bereit ist zu zahlen. Fragen Sie einmal Ihre Kollegen in Baden-Württemberg, liebe Grüne, Grüninnen und Sternchen.

Einsparpotenzial sehen wir bei den Zuschüssen an Unternehmen für die sprachliche Vorbereitung von Auszubildenden aus dem Ausland. Die Fraktion der AfD vertritt die Ansicht, dass zunächst immer die einheimischen Potenziale ausgeschöpft werden sollten, bevor wir ausländische Auszubildende anwerben. Ja, das gelingt nicht immer, insbesondere nicht in den Bereichen mit einem sehr hohen Fachkräftemangel. Aber in Zeiten von Corona-Maßnahmen und dem Herunterfahren der Wirtschaft besteht hier unseres Erachtens kein Bedarf von 1 Million Euro, weshalb wir die Kürzung des Ist auf 250.000 Euro fordern.

Es ist meine feste Überzeugung, dass es in Zeiten von Corona-Maßnahmen und dem damit verbundenen Herunterfahren des wirtschaftlichen und sozialen Lebens unerlässlich ist, unseren zahlreichen fleißigen Un-

(Abg. Kniese)

ternehmern zur Seite zu stehen und damit natürlich auch den Arbeitnehmern. Viele Selbstständige und Gewerbetreibende, die sich mühsam vom ersten Lockdown im Frühjahr erholt und im Sommer in teure Hygienekonzepte finanziert haben, gehen jetzt dem finanziellen Ruin entgegen. Von einem Lockdown in den nächsten zu taumeln, treibt unsere Wirtschaft an den Abgrund. Es fehlt den Regierungsparteien an einer nachhaltigen Strategie. Eine Abfolge von Lockdowns stellt eben keine nachhaltige Strategie dar.

Nicht unerheblich wenige Berufspolitiker mit einer gesicherten monatlichen Diät – komme was wolle – sprechen immer gern vom Rückgrat der Gesellschaft, wenn sie über Unternehmer reden und wenn die Kameras laufen. Als eine der noch wenigen der Wirtschaftsliberalen in diesem Land, in der Opposition sage ich Ihnen: Brechen Sie nicht der Gesellschaft das Rückgrat. Im Übrigen bin ich für die Abwahl von Rot-Rot-Grün und Frau Merkel. Danke.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Danke, Frau Kniese. Es erhält jetzt Abgeordneter Schubert von der Fraktion Die Linke das Wort.

Abgeordneter Schubert, DIE LINKE:

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer am Livestream, Untergangsszenarien statt Konzepte, nichts Konkretes zur Wirtschaftsförderung, nichts Innovatives zur Stärkung des Wissenschaftsstandorts/Hochschulstandorts Thüringen – so kennen wir die AfD. Frau Kniese, Sie sind dieser Linie wieder treu geblieben.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In den Haushaltsverhandlungen haben wir uns als Linksfraktion im Bereich „Wirtschaft, Wissenschaft, Digitale Gesellschaft“ für einen Ausstieg bei der nachwendebedingten Rentenungerechtigkeit, den sogenannten Lücke-professoren, eingesetzt, die Erhöhung der Medizinstudienplätze und Investitionen am UKJ genauso wie den Breitbandausbau vorangetrieben und für die Finanzierung der Meistergründungsprämie gekämpft, ganz besonders für den Transformationsfonds im Bereich der Automotive-Industrie, den es in der jetzt vorliegenden Ausgestaltung ohne Die Linke nicht gäbe.

(Beifall DIE LINKE)

Alle kennen wir noch die Berichte aus den letzten Wochen und Monaten über die Standortschließungen in Nordhausen, in Mühlhausen, in Gerbershausen und auch in Eisenach. Deswegen sagen wir als Linke ganz klar: Dieser wichtige Wirtschaftszweig, Hauptpfeiler der industriellen Basis unseres Freistaats, den gilt es zu unterstützen, deswegen will die Linke mit einem Transformationsfonds alle Akteure an einen Tisch holen und die Thüringer Transformationsstrategie vorantreiben, auch mit Blick auf neue Entwicklungsziele hinsichtlich der Mobilitätswende.

Diesen genannten Prozess mit einer Transformationswerkstatt zu institutionalisieren, ist inkludiert in den Landeshaushalt und mit 1 Million Euro untersetzt. Wir wollen dort eine erste Anlaufstelle für Entscheiderinnen in Unternehmen mit den Belegschaften, die unmittelbar von der Transformation betroffen sind, vorantreiben. Außerdem koordiniert sie nach unserer Vorstellung auch die regionalen Transformationsbeiräte, die sich mit den Strukturentwicklungsgesellschaften bilden und regionale Kompetenzen fördern sollen.

Ein weiterer wichtiger Baustein in diesem Prozess ist die Weiterbildungsoffensive für die Beschäftigten, die mit 2 Millionen Euro im Landeshaushalt für das Jahr 2021 unterlegt ist. Ohne weitere Qualifizierung und

(Abg. Schubert)

Perspektiven kann es keine ökologische und soziale Transformation geben. Das heißt, die Kompetenzen der Mitarbeiterinnen müssen gestärkt und weiter geschult werden, damit sie sich auf neue Produktions- und Wertschöpfungsketten einstellen können.

Hier müssen auch die Hochschulen durch eine weitere Öffnung für Menschen ohne allgemeine Hochschulreife eine wichtige Rolle spielen. Mit diesem Paket an Maßnahmen wollen wir den Transformationsprozess begleiten. Nur wenn wir jetzt handeln, werden wir die negativen Folgen von Strukturbrüchen in ganzen Regionen vermeiden sowie massiven Beschäftigungsabbau verhindern können und den Einstieg in eine soziale, nachhaltige, ökologische und bedarfsgerechte Industrie- und Wirtschaftspolitik schaffen, denn Nachhaltigkeit ist wichtig, um auch nachhaltige Perspektiven für die Arbeitsplätze, auch für die Industriearbeitsplätze in Thüringen zu organisieren. Deswegen können wir auch diesem Einzelplan mit gutem Gewissen zustimmen. Rot-Rot-Grün, die Regierung von Bodo Ramelow, liefert auch im Einzelplan 07. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Danke, Herr Schubert. Es spricht jetzt Abgeordneter Henkel von der Fraktion der CDU.

Abgeordneter Henkel, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Zuschauer am Livestream, obwohl es nicht unser Haushalt ist, ist es uns dennoch gelungen, wesentliche Schwerpunkte für die Wirtschaft, für Wissenschaft und die Digitalisierung in Thüringen durchzusetzen. Es ist gelungen, ein zusätzliches 60-Millionen-Euro-Programm auf den Weg zu bringen. Dabei ist unser Ziel die Stärkung der sozialen Marktwirtschaft durch eine moderne Wirtschaftspolitik, die vor allem Infrastruktur, Innovation und Fachkräftegewinnung im Blick hat. Der vorliegende Haushalt trägt in hohem Maße auch die Handschrift der Christlich Demokratischen Union. Das wird an vielen Stellen deutlich. Ich möchte gern drei Beispiele benennen.

Erstens: Mit einem Wirtschaftspaket stärken wir den Mittelstand, das Handwerk und Start-ups. Wir konnten die jahrelange Forderung nach einem echten Meisterbonus und einer Gründungsprämie durchsetzen. Die duale Ausbildung wird durch ein Programm zur Fachkräftegewinnung und digitale Berufsschulen gestärkt. Mit Jugendunternehmenswerkstätten und Unternehmerymnasium wird der Gründerkreis in ganz Thüringen erneuert. Aber auch die Bürokratie und die Kostenbelastung für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung werden in Zukunft gesenkt. Uns ist es nämlich gelungen, einen Normenkontrollrat zum Abbau für Bürokratie zu etablieren, auch wenn Rot-Rot-Grün das gern verhindert hätte.

(Beifall CDU)

Zweitens: Die CDU-Fraktion bringt Digitalisierung und Infrastruktur voran. Wir wollen, dass unsere Wirtschaft digitaler wird. Deswegen stocken wir den Digitalbonus auf und unterstützen kleine und mittlere Unternehmen bei der Anschaffung von Soft- und Hardware. 5 Millionen Euro stehen für Investitionen in die Etablierung von 5G-Anwendungen zur Verfügung. Unsere Gemeinden werden dank der CDU-Fraktion kräftig bei der Digitalisierung unterstützt. Für die Förderung des Breitbandausbaus stehen zusätzlich 23 Millionen Euro zur Verfügung. Auch die Entwicklung von Smart-Initiativen wird zukünftig mehr gefördert.

Drittens: Die CDU setzt Investitionen in Forschung und Innovation für ein modernes Industrieland durch. Wir wollen die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft stärken und Transformation mit Technologie meistern. Deshalb stellen wir Mittel für ein Thüringer Anwendungszentrum Wasserstoff mit Blick auf Eisenach und das Er-

(Abg. Henkel)

furter Kreuz bereit. Wir haben die Grundsteine für mehrere Forschungsinstitute zu den Themen „Nachhaltiges Bauen“, „6G-Kommunikation“ und „Hochleistungskeramik“ gelegt, die ebenfalls auf unsere Initiative zurückgehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, abschließend möchte ich eins sagen: Gerade die Verhandlungen im Wirtschaftsbereich haben eins gezeigt. Die politische DNA der CDU und die von Rot-Rot-Grün unterscheidet sich doch fundamental. Wir als CDU sind die Partei Ludwig Erhards, die Partei der sozialen Marktwirtschaft. Rot-Rot-Grün hingegen steht für Bürokratieaufbau, für Verstaatlichungsfantasien und für sozialistische Experimente. Solche Experimente haben in der Vergangenheit immer ins Elend und in Not geführt. Wir als CDU sehen das anders. Genau deshalb haben wir versucht, unsere Handschrift im Haushalt mitzuschreiben, die soziale Marktwirtschaft hier ein Stück weit mit zu etablieren. Deshalb werben wir für diesen Haushalt, weil wir denken, dass er besser ist, weil er dazu geeignet ist, die Fehler, die Rot-Rot-Grün in den letzten fünf Jahren in Thüringen gemacht hat, wieder zu kompensieren. Danke schön.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Danke, Herr Henkel. Als Nächste spricht Abgeordnete Lehmann von der Fraktion der SPD.

Abgeordnete Lehmann, SPD:

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, 85 Millionen Euro mehr an Mittelstandsförderung, mehr Geld für die Hochschulen und mehr Investitionen für das UKJ – einige Stichpunkte, die den Haushalt auszeichnen – haben wir im Rahmen der Debatte heute schon gehört. Ich möchte den Schwerpunkt meiner kurzen Rede für uns auch als Fraktion auf den Strukturwandel in der Automobil- und Zulieferindustrie legen. Über dieses Thema haben wir in den letzten Wochen, Monaten und Jahren hier im Landtag schon viel diskutiert. Man könnte sagen, es ist ein Dauerthema hier im Landtag. So ist es nur konsequent, dass wir mit diesem Haushalt im Einzelplan 07 ein Transformationsbudget für die Automobilindustrie auf den Weg bringen, mit dem wir nicht nur über den Strukturwandel reden, sondern den Ankündigungen, diesen Wandel aktiv politisch zu begleiten, auch Taten folgen lassen und damit zentralen Forderungen nicht nur aus dem Bereich der Unternehmer nachzukommen, sondern auch Forderungen aus den Reihen der Gewerkschaften und der Betriebsrätinnen und Betriebsräte.

(Beifall SPD)

Wir haben aus meiner Sicht drei wichtige Punkte. Der eine ist der Bereich Investition, Forschung und Entwicklung. Wir werden mit dem Haushalt 45 Millionen Euro an Zuschüssen und Investitionen in dem Bereich Forschung und Entwicklung auf den Weg bringen, zum Beispiel im Bereich Wasserstofftechnologie und 5G-Anwendung, und reagieren damit darauf, dass die kleineren und mittleren Unternehmen in Thüringen in der Regel nur sehr geringe Forschungs- und Entwicklungskapazitäten haben und es ihnen dadurch in der Regel schwerfällt, auf Veränderungen am Automobilmarkt mit neuen Produktentwicklungen zu reagieren. Das ist ein Punkt, der dieses Transformationsbudget ausmacht.

Es gibt aber auch Schwerpunkte aus Sicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, zum Beispiel die Etablierung einer Transferagentur. Mit 3 Millionen Euro zusätzlich wollen wir die Gründung einer Transformationsagentur in den nächsten Jahren auf den Weg bringen, um eine zentrale Anlaufstelle und Beratungsstelle zu schaffen, die gleichermaßen für Geschäftsführungen und auch für Betriebsrätinnen und Betriebsräte offensteht, weil das einer der Punkte war, die an uns aus Gesprächen mit Betriebsräten und Gewerkschaftern

(Abg. Lehmann)

aus der Branche immer wieder herangetragen wurden. Dort wurde auch immer wieder deutlich gemacht, dass Impulse für den Wandel in Unternehmen sehr, sehr häufig aus der Belegschaft, von den Betriebsrätinnen und Betriebsräten kommen. Und damit wollen wir auch zeigen, dass nicht nur Mitbestimmung im Betrieb wichtig ist, sondern dass Betriebsräte ganz oft auch Treiber vor Ort sind und dass wir das unterstützen wollen.

(Beifall SPD)

Wir wollen außerdem einen dritten Punkt aufnehmen: Wir wollen eine Weiterbildungsoffensive. Der Aspekt der Weiterbildung und Fortbildung spielt in der heutigen Arbeitswelt oft erst im Zusammenhang mit dem Verlust des Arbeitsplatzes eine Rolle. Hier brauchen wir in den kommenden Jahren einen Kulturwandel. Wir müssen erstens erreichen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Möglichkeit haben, sich neben dem Beruf fortzubilden, um fit zu werden für die Arbeit an neuen Produkten, aber auch in neuen Branchen. Und wir müssen es aus meiner Sicht auch schaffen, es muss möglich sein, dass wir das gerade für länger andauernde Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten möglich machen, ohne dass es eine deutliche Verschlechterung der Einkommensverhältnisse gibt, weil das häufig leider nicht mehr die Lebenssituation der Menschen abbildet. Und das wollen wir mit dieser Weiterbildungsoffensive ermöglichen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Danke, Frau Lehmann. Es erhält nun Abgeordneter Kemmerich von der Fraktion der FDP das Wort.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Zuhörer, Zuschauer online, liebe Unternehmer im Freistaat Thüringen! In der Wirtschaftspolitik liegt das Augenmerk darauf, den Unternehmen etwas zu ermöglichen. Sie müssen in die Lage versetzt werden und das dauerhaft, eigene Wertschöpfungsketten zu betreiben, zu erhalten und zu sichern. Der Staat, dessen Aufgabe ist es hier, Hindernisse aus dem Weg zu räumen und vor allem den Unternehmen zu ermöglichen, auf Krisen selbst reagieren zu können. All dies kann man in der Haushaltspolitik nur schlechterdings ausdrücken. Deshalb erlauben Sie mir ein paar allgemeine wirtschaftspolitische Hinweise auch auf das, was hier gesagt worden ist.

Die Vertreter der AfD zeigen wieder in doppelter Hinsicht, dass sie überhaupt nicht verstehen, wie man eine global organisierte, auf Austausch basierte Wirtschaft und auch Hochschule organisiert.

(Beifall FDP)

(Unruhe AfD)

Ausländische Studenten vom Standort Thüringen mit Gebühren fernzuhalten, ist der völlig falsche Ansatz. Wenn Leute in Baden-Württemberg den Irrweg gehen, können sie das gern machen. Aber ich begrüße herzlich, aufs Herzlichste jeden ausländischen Studenten an einer Thüringer Universität zum Austausch mit unseren Studenten. Und ich bin froh über die Gastfreundschaft aller ausländischen Universitäten für unsere Studenten.

(Beifall FDP)

(Abg. Kemmerich)

Das Gleiche gilt, dass sie nach wie vor negieren, dass wir ein Fachkräfteproblem haben und behalten werden. Wenn diese Krise vorbei ist – und der Tag wird kommen –, brauchen wir händeringend Fachkräfte und zwar aus aller Welt. Und deshalb da noch mal die herzliche Einladung nach Thüringen für Fachkräfte, die sich hier einbringen wollen.

(Beifall FDP)

Was hier immer gefeiert wird, dieser Transformationsfonds, ist Gift für die Wirtschaft. Immer wenn die Politik eingreift, geht das schief. Die Unternehmen brauchen – ich wiederhole es gern – die Möglichkeit, sich auch in einer Krise selbst aufzustellen und herauszuarbeiten. Dafür braucht man neue Ideen, Handlungsmöglichkeiten und nicht unbedingt Geld und Fonds und gut gemeinte Hilfe.

Herr Müller, Sie haben formuliert, Hilfen für die Wirtschaft sind eine Belastung für den Haushalt. Diejenige, die diese ganzen Haushalte finanziert, mit Steuern, mit Abgaben, mit Innovationen, ist die Wirtschaft, deshalb ist das eine Investition und keine Belastung und das müssen Sie sich einfach mal merken.

(Beifall FDP)

Herr Henke, das müssen Sie mir erlauben: Ludwig Erhard zu zitieren von jemandem aus einer Partei, die gerade im Deutschen Bundestag eine Paketsteuer entwickelt, also der Onlinehandel soll jetzt bestraft werden mit Paketsteuer, das ist, als wenn wir vielleicht eine E-Mail-Steuer noch erheben zur Rettung der Faxgeräte

(Zwischenruf Abg. Montag, FDP: Zulasten der Post?!)

(Beifall FDP)

oder wir erheben jetzt eine Netflix-Steuer zur Rettung der Kinos. Lasst die Wirtschaft machen, Innovation tut gut und eine vernünftige Verkettung zwischen Onlinehandel und stationärem Handel, das ist die Zukunft auch in Thüringen. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Vielen Dank, Herr Kemmerich. Die Landesregierung möchte Ihre Rede zu Protokoll geben (**Sprechzettel der Landesregierung zu Einzelplan 07 siehe Vorlage 7/1438 sowie Anlage ...**). Möchten Sie noch sprechen? Ja. Bitte, Herr Minister Tiefensee.

Tiefensee, Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft:

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Sag mal was zum Transformationsfonds! Das kann doch so nicht stehenbleiben!)

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, liebe Zuschauer am Livestream!

Erstens in Richtung AfD und Studiengebühren: Ich bin Herrn Kemmerich sehr dankbar, dass er das geradegerückt hat. Zu den Fakten: 2017 hat Baden-Württemberg Studiengebühren für Studierende außerhalb der EU eingeführt, 1.500 Euro pro Semester. Wir halten erstens fest, das deckt keinesfalls die Kosten. Zweitens: Von diesen 1.500 Euro sind 300 Euro bei den Hochschulen gelandet, der Rest im allgemeinen Haushalt. Zum Dritten: Hochschule, Wissen, Wissensvermittlung, Studium ist international und es ist völlig kontraproduktiv, aus dem Nicht-EU-Ausland denjenigen das Studium zu verwehren, die nicht über die finanziellen Mittel verfügen. Dann schaffen wir genau das, was Sie eigentlich wohl nicht wollen können, nämlich, dass wir

(Minister Tiefensee)

wichtige Aufbauarbeit außerhalb der Europäischen Union durch diejenigen, die hier ihr Studium absolviert haben, verunmöglichen. Deshalb ist das der völlig falsche Ansatz.

Ich würde ganz gern noch mal etwas zum Transformationsfonds sagen: Ob wir das Fonds, Budget oder wie auch immer nennen, es ist eine gemeinsame Anstrengung gewesen, dass wir uns für die Automobilzulieferindustrie im Besonderen, dass wir uns für deren Transformation und Konversion einsetzen. Mir wäre sehr daran gelegen, dass dieses Kind mehrere Mütter und Väter hat und nicht durch einen nur reklamiert wird.

Zum Dritten vielleicht noch ein Satz in Richtung der CDU-Fraktion: Meine Damen und Herren, der Haushalt, wie er jetzt vorliegt, ist deutlich gestiegen, aber er ist schon gestiegen dadurch, dass die rot-rot-grüne Regierung einen Entwurf vorlegt hat, der eine Vielzahl von den Positionen beinhaltet, die Sie jetzt angesprochen haben, Stichwort Breitbandausbau. Alles das ist etatisiert und ich bitte auch da, dass das Kind viele Mütter und Väter hat, denn es bedarf einer gemeinsamen Anstrengung. Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Vielen Dank, Herr Minister Tiefensee. Die Redezeiten sind ausgeschöpft. Damit ist die Aussprache zum Einzelplan 07 – Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft – beendet.

Ich schlage vor, die Zeit zwischen den Einzelplänen für die Lüftungspause von 5 Minuten zu nutzen. Die Sitzung wird also dann um 16.02 Uhr fortgesetzt.

Ich setze die Sitzung fort mit **Einzelplan 08 – Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie**. Auch diesem Teil haben alle Fraktionen eine Redezeit von 3 Minuten. Die Landesregierung könnte sich auch noch mal zu Wort melden und hat dann ebenfalls 3 Minuten Redezeit.

Das Wort erhält jetzt Abgeordneter Dr. König von der Fraktion der CDU.

Abgeordneter Dr. König, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer am Livestream, ich habe heute Vormittag die zu Protokoll gegebene Rede von Frau Ministerin Werner durchgelesen, wo sie ein positives Fazit für den Einzelplan 08 zieht, aber auch zugibt, dass der zunächst von der Landesregierung vorgelegte Haushaltsentwurf in ihrem Ressort von massiven Kürzungen geprägt war, die sie, wenn auch schweren Herzens, ich zitiere, „mittragen konnte“. Im Haushalts- und Finanzausschuss hat Frau Werner sogar noch deutlicher gesagt, dass im Haushaltsentwurf der Landesregierung im Bereich der Pflegepolitik, der Arbeitsmarktpolitik, der Familien, der Eltern-Kind-Zentren, bei Senioren und bei der Pflege gestrichen wurde.

Gerade vor diesem Hintergrund bin ich schon etwas enttäuscht, dass Sie – Frau Ministerin – auch wenn Sie gerade nicht hier ist, in der zu Protokoll gegebenen Rede nicht einmal erwähnt, wer beispielsweise dafür gesorgt hat, dass bei Familien und Senioren in Thüringen nicht gestrichen wird, wer dafür gesorgt hat, dass das Ehrenamt in Thüringen gestärkt wird und wer dafür gesorgt hat, dass die Digitalisierung im Gesundheitsbereich vorangetrieben wird.

(Beifall CDU)

Werte Kolleginnen und Kollegen, das war die CDU-Fraktion. Die CDU-Fraktion war das sozialpolitische Korrektiv des Landeshaushalts,

(Beifall CDU)

(Abg. Dr. König)

denn ohne die CDU hätten Sie, Frau Ministerin, sicher nicht so ein positives Fazit für Ihren Teilhaushalt ziehen können. Das möchte ich an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen und zugleich aber auch die konstruktive Arbeitsweise mit den Fachpolitikern der regierungstragenden Fraktionen betonen, die ebenfalls mit weiteren sozialpolitischen Initiativen für das positive Fazit gesorgt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte in aller Kürze noch einmal drei Bereiche benennen, die maßgeblich von der CDU geprägt wurden. Als erstes der Bereich Familie. Hier haben wir Kürzungen bei der überregionalen Familienförderung wie zum Beispiel bei der Telefonseelsorge, der Seniorenarbeit und den Eltern-Kind-Zentren zurückgenommen und eine wichtige Initiative mit der Einführung der Familiencard auf den Weg gebracht.

(Beifall CDU)

Ohne die CDU-Fraktion wäre die Familiencard nicht eingeführt worden oder wird nicht eingeführt.

(Beifall CDU)

Wir wollen nicht – wenn wir in die zu Protokoll gegebene Rede von Frau Ministerin Werner schauen – eine Familiencard auf kommunaler Ebene, sondern wir wollen nach dem Konzept des Arbeitskreises der Thüringer Familienorganisation eine Familiencard als App auf Landesebene mit einem Guthaben von 50 Euro pro kindergeldberechtigtem Kind.

Eine weitere Initiative im Bereich der Familien von unserer Seite war die Einführung des Kinder-Bauland-Bonnuses, wo heute Morgen auch schon unser Fraktionsvorsitzender drauf eingegangen ist. Der zweite Schwerpunkt war das Thema Ehrenamt und hier haben wir bereits durch den Notfallfonds für gemeinnützige Vereine im Rahmen der Corona-Hilfen gezeigt, dass die Ehrenamtsstiftung eine wichtige

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Kommen Sie bitte zum Schluss!

Abgeordneter Dr. König, CDU:

Institution für unsere Ehrenamtlichen im Freistaat Thüringen ist. Die stärken wir weiterhin mit einer Million Euro im nächsten Jahr für die Heimat- und Brauchtumspflege und auch im Bereich der Gesundheit haben wir Schwerpunkte gesetzt für die Krebsprävention, Krebsberatungsstellen und für die Kofinanzierung des Krankenhauszukunftsfonds und natürlich für mehr Landärzte im ländlichen Raum durch die Stärkung der Stiftung zur Förderung der ambulanten medizinischen Versorgung. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Danke, Herr Dr. König. Es spricht nun Abgeordneter Möller von der Fraktion der SPD.

Abgeordneter Möller, SPD:

Vielen Dank. Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer am Livestream, lieber Kollege Dr. König, ich sage mal, für das Soziale hat der Stabilitätspakt tatsächlich etwas Gutes, er stabilisiert nämlich das Soziale im Land und das haben Sie gerade in Ihrer Rede schon deutlich gemacht. Der Einzelplan 08 ist das Herzstück zur Bekämpfung der aktuellen Pandemie, die Gesundheitskrise, die soziale Krise und die Folgen der Wirtschaftskrise bekämpfen wir mit Mitteln aus diesem Haushalt. Deshalb ist es so

(Abg. Möller)

wichtig, dass mehr als ein Drittel aller Umschichtungen im Landeshaushalt 2021 zugunsten dieses Einzelplans 08 getätigt werden – in Zahlen gesprochen. Hinter diesen Zahlen stehen Projekte, vor allem stehen Menschen. Da sage ich hier als sozialpolitischer Sprecher der Sozialdemokratischen Partei im Thüringer Landtag: Das Soziale, der Gesundheitsbereich, die Rechte von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen, welche Priorität diese Themen in der Politik und für uns Politiker und Politikerinnen haben, das zeigt, was uns als Gesellschaft und als Staat ausmacht. Was wollen wir als Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen da? Wir wollen einen Sozialstaat, in dem der Mensch, in dem die Gerechtigkeit und Solidarität im Vordergrund stehen. Die Corona-Pandemie wird – das ist uns allen klar – nicht spurlos am Arbeitsmarkt vorbeigehen. Das ist schon gegenwärtig. Umso wichtiger sind die zwei bestehenden Arbeitsmarktprogramme, die wir weiter aufstocken.

Das große Schlagwort „Digitalisierung“ geht auch an diesem Einzelplan nicht vorbei. Wir sehen vor allen Dingen im Krankenhausbereich Bedarf, hier wird investiert. Die Pandemie zeigt uns aber schmerzlich, dass das nicht reicht. Deswegen stellen wir weitere 15 Millionen Euro für die kommunalen Krankenhäuser zur Verfügung.

Es sind auch die kleinen Beiträge, die wichtig sind. Zum Beispiel stärken wir im Gesundheitsbereich ebenso die Krebsberatung mit 40.000 Euro und haben auf der Grundlage der Haushaltsmittel aus dem Bund insgesamt 296.000 Euro zur Verfügung gestellt, um den Aufbau der „Welt der Versuchungen“ – ein Drogenpräventionsprojekt – zu stärken.

Das Thema „Pflege“ führt uns momentan besonders vor Augen, wie hart die Krise zuschlägt. Hier wird Außergewöhnliches geleistet und das tagtäglich. Dies ist ein bedeutender Bereich, sowohl ambulant als auch stationär, aber auch im häuslichen Bereich. Deswegen wollen wir Programme, die auf dieser Idee fußen, weiter ausbauen. AgaTheE ist heute schon genannt worden, das Programm, das „Älter werden in der Gemeinschaft – Thüringer Initiative gegen Einsamkeit“ heißt. Hier wollen wir 2,2 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stellen.

Durch meine Ausführungen wird auch etwas ganz klar, das ist die Bedeutung der Familien – es ist eben gerade schon darauf eingegangen worden –, denn diese mussten in diesem Jahr enorm viel leisten und hatten zwischen zu pflegenden Angehörigen, eigener Erwerbstätigkeit und der Betreuung von Kindern und Jugendlichen zu Hause eine für viele ganz neue Last zu schultern. Wir tragen diesem Umstand neben den genannten Punkten der Pflege Rechnung, zum einen durch die weitere Finanzierung von Thüringer Eltern-Kind-Zentren, zum anderen aber auch durch die Familienkarte. Wir als SPD haben es schon vor Monaten gesagt:

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Kommen Sie bitte zum Schluss!

Abgeordneter Möller, SPD:

Wenn sich die Härtezeit der Pandemie legt, dann brauchen die Familien eine Verschnaufpause, diese wird jetzt kommen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Danke, Herr Möller. Es erhält jetzt Abgeordneter Montag von der Fraktion der FDP das Wort.

Abgeordneter Montag, FDP:

Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, da sich hier alle wahnsinnig lieb haben, will ich ein bisschen Wasser in den Wein gießen und darauf eingehen, was aus unserer Sicht nicht geschehen ist und wie man diesen Einzelplan, vor allen Dingen im Bereich „Gesundheit“, zu bewerten hat. Er ist eben ohne Innovation, er ist ohne Weitblick und am Ende leider ohne konkrete Initiativen, beispielsweise bei Präventionsprogrammen.

Ich will das kurz erläutern: Alle reden immer von Digitalisierung. Jetzt gehen wir mal in die Einzelpläne ein bisschen rein und schauen mal, was gibt man denn tatsächlich im Vergleich aus. Wir schauen mal nach Sachsen, dort sind 2019/2020 30 Millionen Euro. In Hessen will man allein coronabedingt mit 40 Millionen Euro Transformationsprozesse im Gesundheitswesen bei der Digitalisierung unterstützen. Thüringen stellt für telemedizinische Projekte und Netzwerke Zuschüsse von 0 Euro zur Verfügung – das ist nicht nur ein Zug, den man verpasst hat, sondern man hat sich direkt umgedreht und läuft in die entgegengesetzte Richtung –

(Beifall FDP)

und für Investitionen zur Förderung von telemedizinischen Projektwerken 850.000 Euro. Digitale Lösungen können die Patientensicherheit erhöhen, die Effizienz stärken. Digitalisierung kann den Zugang zur Gesundheitsversorgung erleichtern und Bürokratie abbauen. Wir haben Änderungsvorschläge gemacht mit einem Gesamtvolumen von 8,3 Millionen Euro. Ich will dazu sagen, das hätte keinen Cent mehr bedeutet, sondern das haben wir alles aus den einzelnen Titeln des Einzelplans 08 – wie man so schön sagt – herausgeschwitzt.

Dem Einzelplan 08 fehlt leider der Weitblick, nämlich die Gesundheitsversorgung von morgen in den Blick zu nehmen. Wir haben darüber gesprochen: Medizinstudienplätze, mehr Mediziner, vielleicht auch bei den Zahnmedizinern und hoffentlich auch bei den Pharmazeuten. Wir werden sehen, was da im nächsten Jahr an Fragen zurückkommt. Aber das reicht nicht. Wir müssen uns überlegen, was wir eigentlich tun, um die Medizinerinnen und Mediziner, die Zahnmediziner und eben die Pharmazeuten im Land zu halten.

(Beifall FDP)

Dazu haben wir einige Vorschläge gemacht. Aber interessant ist doch, dass Sie hier die Förderung der ambulanten medizinischen Versorgung in Thüringen statt zu stärken eben schrumpfen von unzureichenden 440.000 Euro auf nur 290.000 Euro. Den Prozess wollen wir umkehren und 750.000 Euro dort geben, wo wir der Meinung sind, wo ganz konkret tatsächlich Versorgung gestärkt werden kann.

Ein Punkt, den ich hier mehrfach gehört habe, ist die Frage Krebs. Auch da freue ich mich sehr, dass tatsächlich – vielleicht ist es ein abstimmungstechnischer Unfall gewesen, aber nichtsdestotrotz – hier ein Antrag – der Kollege nickt schon – der FDP eine Mehrheit bekommen hat. Die hat er zu Recht bekommen,

(Beifall FDP)

weil wir uns seit mehr als einem halben Jahr im Übrigen gemeinsam mit dem einen oder anderen Kollegen für eine Stärkung der Versorgung von Krebspatienten/-innen in Thüringen einsetzen.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Kommen Sie bitte zum Schluss!

Abgeordneter Montag, FDP:

Ich glaube, wir haben gezeigt, wie man es besser machen kann. Wir werden auch weiterhin dranbleiben. Insofern hoffe ich, da irgendwann auch bei Ihnen auf Gehör zu stoßen. Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Danke, Herr Montag. Es spricht nun Abgeordnete Pfefferlein von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Abgeordnete Pfefferlein, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben alle nicht damit gerechnet, dass ein bislang unbekanntes Virus innerhalb kürzester Zeit die ganze Welt, die Wirtschaft und vor allem die Gesundheit unzähliger Menschen bedroht und unser aller Aufmerksamkeit fordert.

Unter diesen Bedingungen war die Aufstellung des Haushalts für das kommende Jahr eine ganz besondere Herausforderung. Umso dankbarer bin ich darüber, dass wir im Sozial- und Gesundheitsbereich als Rot-Rot-Grün im engen Schulterschluss mit der CDU einen den Umständen angemessenen Haushaltsplan vorlegen können. Dieser Schulterschluss ist nicht nur dem Stabilitätspakt geschuldet, sondern vielmehr der uns bewussten Verantwortung für eine gute Gesundheits- und Sozialpolitik, die niemanden zurücklassen darf. Ein Haushaltsplan, der eine schöne grüne Handschrift trägt und dafür müssen keine Unsummen fließen. Weil in Thüringen als einziges Bundesland noch immer eine unabhängige Beratungsstelle für Menschen fehlt, die mit Prostitution und Sexarbeit ihren Lebensunterhalt bestreiten, stehen nun 200.000 Euro zur Verfügung. Nach einigem Hin und Her, welches Haus dieses Geld verwalten darf, wird nun das Sozialministerium dafür Sorge tragen, dass die Beratungsstelle schon in den ersten Monaten des neuen Jahres an den Start gehen kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Fraktion setzt sich schon seit Jahren dafür ein, dass in Thüringen ein Drug-Checking-Projekt als wirksame Maßnahme zur Verminderung der Begleitrisiken von Drogenkonsum ins Laufen kommt. Das nötige technische Können und die engagierte Organisation stehen dem Freistaat zur Verfügung. Wir haben 100.000 Euro eingestellt, damit Thüringen zu einem Vorreiter in Deutschland werden kann. Vor allem für die Personalgewinnung von Ärztinnen und Ärzten für den Öffentlichen Gesundheitsdienst bekommen die Kommunen mehr Geld. Der Bund hat dazu Mittel in Aussicht gestellt, wir brauchen aber auch 420.000 Euro Landesmittel dafür.

Die Zuschüsse für Investitionen an Tierheime sollten gekürzt werden. Aber um den erheblichen Bedarf zur Unterstützung für diese Maßnahmen des Tierschutzes in den Thüringer Tierheimen decken zu können, brauchen wir die Summe des Vorjahres, also 1 Million Euro.

Was mich ganz besonders freut, die hochwertige Versorgung mit Hebammenleistungen in Thüringen ist auch im kommenden Jahr mit 750.000 Euro gut aufgestellt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem in diesem Jahr endlich die Thüringer Geburtshäuser gefördert werden konnten, ist die Hürde dort genommen und die neuen Anträge haben 2021 Aussicht auf einen schnellen Bescheid. Wir brauchen mehr freiberuflich im Land tätige Hebammen und wollen perspektivisch die Attraktivität des Berufes steigern. Dazu

(Abg. Pfefferlein)

könnten wir uns auch eine Gründerinnenprämie für die Eröffnung von Hebammen geführten Praxen vorstellen und die Zahlung eines Bonus für Hebammen, die freiwillig in der Geburtshilfe in Thüringen tätig sind.

Kurzum: Ich freue mich über die eben genannten Haushaltsansätze und hoffe, dass das Geld im kommenden Jahr dort ankommt, wo es hin soll. Vielen Dank an dieser Stelle noch mal an meine Kolleginnen und Kollegen und das Sozialministerium für die angenehme Zusammenarbeit. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Danke, Frau Pfefferlein. Ich rufe nun den Abgeordneten Dr. Lauerwald von der Fraktion der AfD auf.

Abgeordneter Dr. Lauerwald, AfD:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Kollegen Abgeordnete und werte Zuschauer am Livestream! In Thüringen haben wir nun weiterhin kein ÖGD-Gesetz. Die Minderheitsfraktionen von Rot-Rot-Grün und die Schein-Opposition von CDU haben unseren Gesetzentwurf zum Öffentlichen Gesundheitsdienst mit dürftigen Begründungen abgelehnt.

Stattdessen lobt sich Ministerin Werner in ihrer ungehaltenen Rede zum Einzelplan 08, dass den Kommunen ein bisschen mehr Geld für die Erbringung der Eigenanteile zugewiesen werden. Auch werden in ihrem Ressort nicht nur 42 Stellen nicht abgebaut, sondern noch 40 Stellen zusätzlich geschaffen. Begründet wird das natürlich alles mit dem vermehrten Arbeitsanfall durch die vermeintliche Pandemie. Finanziert wird dieser Aufwuchs durch eine zusätzliche Kreditaufnahme in Höhe von 1,6 Milliarden Euro. Bei so viel verschwenderischer Disziplinlosigkeit erlauben wir uns einen echten Sparvorschlag zu unterbreiten.

Thüringen leistet sich seit vielen Jahren unter völlig überbezahlten Konditionen eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte. Staatliche Institutionen, Städte und Landkreise müssen diesen Posten ebenfalls besetzen. Er kostet die genannten Arbeitgeber jeweils 75 Prozent der regulären Arbeitszeit. Die landeseigene hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte kostet den Steuerzahler jährlich mehr als 490.000 Euro. Bisher ist nicht erkennbar, dass diese teuren Institutionen in irgendeiner Weise zur Behebung von Missständen oder der Verbesserung der Lage aller wie auch immer beschriebenen Geschlechter in nachweisbarer Form beigetragen haben. Nur die Bezahlung der Gleichstellungsbeauftragten wurde nachdrücklich um ca. 1.000 Euro brutto pro Monat angehoben. Wir plädieren hier für die völlige Streichung dieser Stelle.

(Beifall AfD)

Mit dieser Einsparung kann man nun wirklich sinnvolle Maßnahmen umsetzen, zum Beispiel die Erhöhung der Zuweisungen an Krankenhäuser um 5 Millionen Euro, die Erhöhung der ÖGD-Finanzierung um 270.000 Euro und die überfällige Finanzierung ambulanter Krebsberatungsstellen. Am wichtigsten erscheint mir aber der Titel „Förderung von Maßnahmen zur Unterstützung und Stärkung der Pflege in Thüringen insbesondere im ländlichen Raum“. Die finanzielle Absicherung dafür wurde aber von 4,4 Millionen Euro in 2020 für das Jahr 2021 auf null gesetzt.

Endlich eine ausreichende Unterstützung haben die Menschen verdient, die ihr Leben lang gearbeitet haben, die die Trümmer nach dem Krieg beseitigt haben, die unter der zweiten Diktatur oftmals mehr als weniger gelitten haben und die dann diesen wirtschaftlichen Scherbenhaufen des real existierenden Sozialismus wegräumen mussten. Diese Menschen sollen nicht erneut die Leidtragenden sein und angemessen unterstützt werden. Wer kümmert sich denn um unsere Alten auf dem Land? Sollen sie, wenn sie pflegebedürftig

(Abg. Dr. Lauerwald)

werden in Gemeinschaftsunterkünften verwahrt und dort versorgt werden? Nein. Das will wohl niemand. Das muss so lange wie möglich im vertrauten häuslichen Umfeld pflegerisch abgesichert werden. Das sind wir unseren Eltern, Großeltern und Urgroßeltern schuldig.

(Beifall AfD)

(Unruhe DIE LINKE)

Die AfD möchte das oben genannte eingesparte Geld insbesondere für die Stärkung der Pflege im ländlichen Raum verwendet wissen und dafür im oben genannten Titel 684 80 einen Betrag in Höhe von 4 Millionen Euro einsetzen. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Vielen Dank, Herr Dr. Lauerwald. Es spricht nun Abgeordnete Stange von der Fraktion Die Linke.

Abgeordnete Stange, DIE LINKE:

Werte Kolleginnen und Kollegen, dass die AfD frauen- und ausländerfeindlich ist, das hat sie heute hier an diesem Pult und auch in den Änderungsanträgen, die sie zum Haushalt eingebracht hat, wieder dokumentiert.

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Märchenerzähler!)

Ich sage nur: die Streichung der Gleichstellungsbeauftragten.

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Gleichstellung soll Usus sein!)

Das ist das allerletzte, was ihnen einfällt, um ein paar Euro zusammenzusparen.

(Beifall DIE LINKE)

Werte Kolleginnen und Kollegen, im Einzelplan 08 werden politische Zielstellungen und politische Vorhaben von Rot-Rot-Grün aus den zurückliegenden Legislaturen noch mal verfestigt und finden ihren Niederschlag. Eine linke Handschrift ist, wie alle anderen vorher hier auch schon richtig betonten, natürlich zu erkennen. Und an der Stelle will ich es noch mal ausdrücklich sagen: Ich grüße Frau Ministerin Werner, die sich jetzt in einer Ministerschaltkonferenz zur Zulassung des Impfstoffs befindet und uns grüßen lässt. Ich denke, das ist genauso wichtig, dass man dort die Thüringer Stimme erhebt.

Lassen Sie mich noch mal auf den Einzelplan 08 zurückkommen. Wir haben versucht – und das hat der Kollege König von der CDU bereits erwähnt –, die Reduzierung von 13 Millionen Euro in dem ursprünglichen Entwurf zu kompensieren. Das ist gemeinsam mit Rot-Rot-Grün und der CDU auch gut auf den Weg gekommen. Für uns als Linke hat der 08-er Haushalt vor allen Dingen zwei wichtige Merkmale: Einmal sind das die erhöhten finanziellen Investitionen in die Krankenhäuser, Pflegeheime und in den öffentlichen Gesundheitsdienst und zweitens natürlich unser Kernthema, das Thema „Arbeitsmarktpolitik“. Hier haben wir die Mittel wieder auf die ursprüngliche Höhe von 2020 aufstocken können, also auf 7,5 Millionen Euro. Wenn man sich genau anschaut, welche Menschen davon profitieren, so sind es vor allen Dingen ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, die in den Arbeitsmarktprogrammen ein Zuhause gefunden haben, aber auch Menschen, die in den zurückliegenden Jahren wenig Chancen hatten, in eine Arbeit auf dem sogenannten ersten Arbeitsmarkt zu kommen.

(Abg. Stange)

Das Thema „AgaThe“ ist bereits erwähnt worden, aber lassen Sie mich auf ein linkes Thema noch mal eingehen, das ist das Landesprogramm für das Zusammenleben der Generationen. Dies kann aufgrund der weiteren 1 Million Euro, die zugeführt worden sind, weiter gut ausfinanziert werden. Für 2021 heißt das, dass ungefähr 20 Landkreise und kreisfreie Städte in die Stufe III des Landesprogramms gehen können und somit vor Ort für den Bürger und die Bürgerin gute Angebote auf den Weg bringen können. Wir haben bereits von den weiteren familienpolitischen Maßnahmen gehört, ob das die Sanierung von Burg Bodenstein oder Kloster Volkenroda ist, das ist egal, Hauptsache, es wird an Familienerholungsstätten weiterhin Geld gegeben für Menschen, die es dort unbedingt brauchen.

Lassen Sie mich noch ein Wort zu den zwei Planstellen für die Beauftragte für die Gleichstellung von Mann und Frau sagen. Das ist sehr wichtig, weil die Istanbul-Konvention umgesetzt werden muss.

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Kommen Sie bitte zum Schluss!

Abgeordnete Stange, DIE LINKE:

Dazu hat sich Deutschland verpflichtet und dazu brauchen wir Personal, das es umsetzt und das wird mit dem Haushalt auf den Weg gebracht. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Vielen Dank, Frau Stange. Alle Redner haben ihre Redezeit voll ausgeschöpft. Gibt es noch Wortmeldungen von der Landesregierung? Das sehe ich nicht. (**Sprechzettel der Landesregierung zu Einzelplan 05 siehe Vorlage 7/1438 sowie Anlage ...**). Damit ist die Aussprache zum Einzelplan 08 – Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie – beendet.

Ich komme nun zum **Einzelplan 09 – Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz**. Auch hier haben alle Fraktionen eine Redezeit von 3 Minuten. Sollte sich die Landesregierung noch mal zu Wort melden, stehen ihr auch 3 Minuten zu. Der erste Redner ist der Abgeordnete Möller von der Fraktion der SPD.

Abgeordneter Möller, SPD:

Vielen Dank, sehr geehrter Herr Präsident. Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem Einzelplan 09 für das Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz und den durch Linke, CDU, SPD und Grüne vorgeschlagenen Änderungen bin ich sehr zufrieden. Für diesen Einzelplan gilt: Wir investieren in Menschen, in Zukunftstechnologien und den Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen. Aus sozialdemokratischer Sicht haben und mussten wir an diesem Einzelplan wenig verändern. Insofern danke ich der Ministerin für diesen Haushalt.

Ein paar kleine Akzente haben die Fraktionen natürlich gesetzt. Ich persönlich freue mich insbesondere über die im kommenden Jahr zur Verfügung stehenden Fördermittel in Höhe von 550.000 Euro für das Brehm-Museum in Renthendorf

(Beifall SPD)

und 350.000 Euro für das Naturkundemuseum in Erfurt, die wir verhandelt haben

(Abg. Möller)

(Beifall SPD)

und die sich nun allerdings im Einzelplan der Staatskanzlei einsortieren. Brehms Tierleben ist Ihnen sicherlich ein Begriff und ich bin mir sehr sicher, dass sich die sechs Gemeinden, die sich als Träger der Brehm-Gedenkstätte zu einem Zweckverband zusammengeschlossen haben, sehr darüber freuen.

(Beifall SPD)

Sie haben es verdient, sie leisten gute Arbeit.

Als Kommunalpolitiker freue ich mich zudem sehr, dass im Einzelplan 09 erhebliche Mittel enthalten sind, nämlich rund ein Drittel des Gesamtplans, das den Kommunen zugutekommt. Auch im Sondervermögen wurde an die Kommunen gedacht. Hier stehen die kommenden Jahre 12 Millionen Euro für Investitionen der Gemeinden und ihrer Verbände für Klimaschutz zur Verfügung, also für Investitionen in die Zukunft, in erneuerbare Energien, in Energieeffizienzmaßnahmen und letztlich also zum Schutz unserer Lebensgrundlagen, denn wie Kanzlerin Merkel schon 2007 wusste: Ein „weiter so“ gibt es nicht, der Klimaschutz ist die größte Herausforderung im 21. Jahrhundert. Nicht nur deshalb gilt es hier weiter an Tempo zuzulegen. In die Kategorie „Zukunft“ fallen auch die zusätzlichen Mittel, auf die sich die Fraktionen geeinigt haben, für die Wärme- und Energieoffensive, die Wasserstoffoffensive und die Solaroffensive. In Summe kommen hier knapp 21 Millionen Euro zu dem, was die Landesregierung schon geplant hat, hinzu.

Und die Fraktionen haben aber auch im Bereich „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ nachgelegt. Als jemand, dem Bildung am Herzen liegt, finde ich es klasse, dass wir ein Modellvorhaben „Thüringer Nationale Naturlandschaften“ als Lernorte für Bildung nachhaltiger Entwicklung weiterentwickeln. Dass uns als Thüringer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch die Natura-2000-Stationen am Herzen liegen, für die wir uns seit 2009 einsetzen, dürfte ebenfalls niemanden überraschen. Wir nannten sie damals biologische Stationen. In diesem Bereich hat sich wirklich sehr viel ins Positive gewandelt, sodass Thüringen auf seinem Aufholkurs in puncto Naturschutz und Biodiversität auch künftig eher auf der Überholspur zu finden sein wird als anders. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Danke, Herr Möller. Ich rufe nun Abgeordnete Hoffmann von der Fraktion der AfD auf.

Abgeordnete Hoffmann, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, liebe Zuschauer am Livestream, die AfD-Fraktion hat umfangreiche Änderungsvorschläge für den Haushalt 2021, Einzelplan 09, Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz, eingereicht. Da diese im Haushalts- und Finanzausschuss abgelehnt wurden, haben wir zwei Änderungsanträge zur Beschlussempfehlung des Ausschusses eingebracht. Durch unseren ersten Änderungsantrag „Keine Förderung klima- und energieideologischer Ziele“ ließen sich fast 44 Millionen Euro einsparen. Auch angesichts der Lage für den Mittelstand durch die Corona-Krise ist es mehr als angebracht, strikt auf die eigenen Ausgaben zu achten, gerade wenn sie ideologisch motiviert sind. Wir streichen Zuschüsse für die Anschaffung von E-Bussen. Man sollte kein Steuergeld dafür ausgeben, die Elektromobilität zu fördern, für die Batterieelemente unsauber durch Umweltfrevler in anderen Ländern abgebaut werden müssen.

(Beifall AfD)

(Abg. Hoffmann)

Auch die anderen damit verknüpften Ausgaben sind zu streichen und dem Markt zu überlassen. Sie wären auch nicht nötig, wenn Rot-Rot-Grün keinen Kampf gegen den Verbrennungsmotor auf dem Rücken der Thüringer Wirtschaft führen würde.

(Beifall AfD)

Wir streichen ebenfalls die anderen klimaideologisch begründeten Ausgaben, die mit der Energiewende und ihrem wackligen Zugpferd Windkraftindustrie erklärt werden, für die es übrigens immer noch keine Speicher gibt, von der Umweltzerstörung ganz zu schweigen.

(Beifall AfD)

Unter diesen von uns beanstandeten Titeln befinden sich 11 Millionen Euro für Zuweisungen für kommunale Vorhaben zum Klimaschutz und Klimafolgeanpassung. Diese Millionen hart erwirtschaftete Steuergelder sollen unter anderem zur Versorgung von Klimaschutzmanager/-innen verwendet werden. Für diese Posten gibt es weder eine vorherige Bedarfsermittlung noch eine qualitative Anforderung durch den Fördermittelgeber oder eine Evaluierung.

(Beifall AfD)

Das Geld wird rausgehauen, bis es alle ist.

(Beifall AfD)

Nach dem Marsch durch die Institutionen kauft man sich durch Steuerkohle und Klientel-Politik in die Kommunen ein, so scheint es. 11 Millionen Euro, dafür ließen sich die besten CO₂-Senker, auch bekannt als Bäume, anpflanzen.

(Beifall AfD)

Damit kann man Forschungen zu natürlichen Feinden, zu Schädlingen wie dem Borkenkäfer finanzieren, Rehkitze und Junghasen schützen oder die Vogelschutzwarte und andere Verantwortungsarten schützen.

11 Millionen Euro, das sind, in Links-Grün ausgedrückt, fast 1.000 Solarblumen. Eine verschwenderische Summe und nicht die einzige im geplanten Haushalt EP 09 von über 300 Millionen Euro, geht es nach Rot-Rot-Grün und CDU-Fraktion. Und in der HuFA-Sitzung am 15. Dezember wurde auch noch mal draufgelegt.

Unser zweiter Änderungsantrag namens „Trinkwasserversorgung sicherstellen“ will die Investitionszuschüsse für Wasserver- und Abwasserentsorgungsanlagen erhöhen. Wasser ist Kernaufgabe und Grundrecht. Nach Aussage im Haushalts- und Finanzausschuss in der Sitzung vom 25. September wird der Ansatz für die Förderung des Anschlusses kommunaler Wasserversorger an Fernwasserversorgungssysteme 2021 schon jetzt absehbar nicht reichen. Dann sollte man die Summe auch gleich erhöhen.

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Kommen Sie bitte zum Schluss!

Abgeordnete Hoffmann, AfD:

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Vielen Dank, Frau Hoffman. Es spricht jetzt Abgeordnete Dr. Bergner von der Fraktion der FDP.

Abgeordnete Dr. Bergner, FDP:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, liebe Zuschauer am Livestream, ein Haushalt sollte smart sein und für Krisenzeiten gilt das als Muss. Wofür steht „smart“? Spezifisch, messbar, ambitioniert, realistisch und terminiert. Das sind Dinge, die ich an vielen Stellen vermisste. Ich möchte ein Beispiel aus dem Gebiet EP 09 hier aufführen.

Es gibt ein Thüringer Klimagesetz. Darin wird in § 8 Abs. 2 von einem Klimapakt zwischen Land und den Kommunen gesprochen, der nicht existiert und nach meiner Kenntnis frühestens Mitte 2021 existieren wird. Für ein solches Vorhaben, was heute nicht definiert ist, werden 11 Millionen Euro eingestellt. Wofür? Ausgegeben kann dafür nichts werden. Freuen wir uns dann wieder, dass wir irgendwann Geld eingespart haben, was wir fälschlicherweise verplant haben? Unser Vorschlag, diese 11 Millionen Euro der Sanierung der Thüringer Wälder zu widmen, der Aufforstung und dem Umbau und zur Errichtung von Straßenbegleitgrün, wurde noch nicht mal Aufmerksamkeit gewidmet, dass das diskutiert werden konnte im Vorfeld. Diese 11 Millionen könnten über einen Flächenschlüssel sowohl den Waldbesitzern als auch ThüringenForst für die dringenden Sanierungs- und Umbauarbeiten zur Verfügung gestellt werden. Hier könnten schon in den Monaten März, April die ersten Bäume gepflanzt werden, im Herbst die zweite Tranche. Hier würden wir Ergebnisse sehen können und könnten jedes Jahr positive Entwicklungen wahrnehmen. Das wäre auch ein sofortiger Beitrag zur Regulierung des CO₂-Gehalts in unserer Atmosphäre, denn schon heute verbrauchen die Thüringer Wälder 30 bis 40 Prozent des in Thüringen produzierten CO₂ und das könnte dadurch noch gesteigert werden. Ich muss sagen, ich finde es sehr schade, dass solche effektiven Maßnahmen hier in diesem Parlament kein Gehör finden.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Danke, Frau Dr. Bergner. Es spricht jetzt die Abgeordnete Wahl von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Abgeordnete Wahl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer am Livestream! Eine Partei wie die AfD, die Windenergieanlagen in Thüringen komplett ablehnt, die hat ehrlich gesagt von Klimaschutz so Nullkommagarnichts verstanden, dass es mir nicht einmal wert ist, meine Redezeit weiterhin darauf zu verwenden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn eine Sorge von Klimaschützer und Klimaschützerinnen war in diesem Jahr, dass vor dem Hintergrund der dringend gebotenen Eindämmung der Corona-Pandemie die Bekämpfung der Klimakrise in den Hintergrund rücken könnte. Um dem entgegenzuwirken, haben wir als Landtagsfraktion im Sommer ein Klima-Konjunktur-Programm unterbreitet. Damit wollten wir die Weichen stellen, um einerseits die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise abzumildern und gleichzeitig in eine krisenfestere Zukunft zu investieren. Das sich nun mehrere Klimaschutzprojekte daraus auch im Haushalt 2021 wiederfinden, ist ein großer Erfolg.

(Abg. Wahl)

So stehen zum Ausbau der Solarenergie im Vergleich zum vorigen Haushalt 12,5 Millionen Euro mehr zur Verfügung. Unternehmen, Verbände, Kommunen und auch Privatpersonen können damit nicht nur Geld und CO₂ einsparen, sondern die Förderung der Solarenergie stärkt auch die regionale Wertschöpfung. Besonders freut uns die Einrichtung eines Bürgerenergiefonds mit 2 Millionen Euro zur Stärkung der dezentralen Bürgerenergie.

Ganz erhebliche Zuwächse konnten wir auch beim Klimaschutz für Kommunen verzeichnen. Kollege Möller hat es gerade schon erwähnt. Für 2021 stehen insgesamt 17,5 Millionen Euro mehr zur Verfügung. So bieten wir Kommunen auch in schwierigen Haushaltslagen die Möglichkeit, Klimaschutz vor Ort voranzutreiben.

Weiterhin ist uns der Einstieg in ein Wärmeinvestitionsprogramm gelungen. Gerade im Sektor Wärme liegen in der Energieerzeugung und Effizienz noch erhebliche Potenziale bei der Transformation zu einem klimaneutralen Energiesystem und auch für Wasserstoff stehen 5 Millionen Euro für Investitionen und zur Sicherung der Kofinanzierung von Programmen des Bundes und der EU im Haushalt.

Noch nie fanden sich in einem Thüringer Haushalt insgesamt so viele Mittel für mehr Klimaschutz wieder.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ein wichtiges Zeichen an die junge Generation und Fridays for Future, denn es zeigt, wir haben als Politik eure Forderungen vernommen und wir reden nicht nur über Klimaschutz, sondern wir stellen auch die Mittel dafür bereit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Neben dem Klimaschutz ist aber auch das Artensterben eine der großen globalen Herausforderungen in diesem Jahrhundert. Da dieses auch vor Thüringen nicht haltmacht, ist es gut, dass wir auch für den Naturschutz weitere Verbesserungen erwirken konnten. Die starken Aufwüchse aus den vergangenen Jahren für den Naturschutz werden verstetigt.

Nicht nur für Bildung, für nachhaltige Entwicklung haben wir die Mittel erhöht, sondern auch für die Natura-2000-Stationen weitere Verbesserungen bei den Personalstellen erwirken können. Und last but not least – freut uns vor allen auf die Stärkung für den Bärenpark Worbis. Auf unserer Klausur haben wir es als Landtagsfraktion im Sommer ein Bild von der wichtigen Arbeit des Parks machen können. Sie retten Wildtiere aus teils schrecklichen Verhältnissen und geben Ihnen im Park die Chance, ein artgerechtes Leben zu verbringen.

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Kommen Sie bitte zum Schluss!

Abgeordnete Wahl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Die zusätzliche Million werden Sie daher sicher gut investieren. Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Danke, Frau Wahl. Es erhält jetzt Abgeordneter Gottweiss von der Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Gottweiss, CDU:

Herr Präsident, werte Kolleginnen und liebe Zuschauer am Livestream! Der Einzelplan 09 setzt einige wichtige Schwerpunkte, die uns als CDU-Fraktion sehr am Herzen liegen. So ist zum Beispiel der Umwelt- und Artenschutz auf einem soliden Niveau ausfinanziert und wird an verschiedenen Stellen sogar gestärkt. Richtig und wichtig ist, dass beim Klimaschutz die konkrete Förderung von Innovation und Technologie eine hohe Priorität besitzt. Wir alle haben diese Aufgabe vor der Brust. In dem vor uns liegenden Jahrzehnt müssen die wesentlichen Aufgaben bei der Reduktion der Treibhausgase erledigt sein, wenn wir das Pariser Klimaschutzabkommen ernst nehmen. Umso wichtiger ist, dass wir nicht nur theoretisch darüber reden, was benötigt wird. Stattdessen müssen wir in der Praxis Innovation und Technologie fördern, damit diese erfolgreich in den Markt eingeführt werden und sich dort auch etablieren können.

Jetzt ist genau der richtige Zeitpunkt für Innovationen beim Klimaschutz. Ich möchte hier positiv hervorheben: zusätzliche Mittel für die Wasserstoffoffensive 5 Millionen Euro, zusätzliche Mittel für Solar Invest 7 Millionen Euro, die Wärmeoffensive mit einer Millionen Euro und das Förderprogramm GeoInvest auf Initiative der CDU-Fraktion 250.000 Euro, auch dies ein Stärkung im Wärmesektor mit oberflächennaher Geothermie.

Aber es gibt auch Kritik, die wir äußern müssen. Wenn man sich den Einzelplan 09 genauer anschaut, dann erkennt man, dass im Bereich des Naturschutzes und der Umweltbildung Zuwächse stattfinden, die keinerlei Maß mehr kennen. Ich möchte hier einmal die Gebietsbetreuung der Natura-2000-Stationen ansprechen. Ich bin großer Fan der Arbeit dieser Stationen, aber die Dinge müssen im richtigen Verhältnis zueinander stehen. Die Mittel für die Gebietsbetreuung steigen von 1,5 Millionen in 2019 auf 3,75 Millionen Euro 2021. Bei zwölf Natura-2000-Stationen macht das 312.000 Euro pro Station. Der staatliche Naturschutz findet ja eigentlich schwerpunktmäßig bei den unteren Naturschutzbehörden der Landkreise statt. Die Natura-2000-Stationen sind nur Ergänzungen zu den UNBs. Einfach mal zum Vergleich: Für den Natur- und Landschaftsschutz stellt der Kreis Weimarer Land ca. 170.000 Euro zur Verfügung. Wenn die Natura-2000-Station, die ergänzend dazu wirken soll, den doppelten Etat hat, ist dies nicht mehr in einem ordentlichen Verhältnis, zumal die eigentlichen Mittel der Station ja über Projektförderung eingeworben werden; das kommt ja noch obendrauf. Das ist nur ein Beispiel.

Ähnliches könnte man für viele andere Stellen im Naturschutz und der Umweltbildung aufzeigen. In diesem Bereich werden direkt und indirekt Strukturen geschaffen, die mehr als üppig mit Hunderten von Mitarbeitern ausgestattet sind. Auch wenn jede einzelne dieser Positionen durchaus eine sinnvolle Intention verfolgt, so sind sie in der Gesamtheit doch Ausdruck finanzpolitischer Maßlosigkeit. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Danke, Herr Gottweiss. Von der Fraktion Die Linke spricht jetzt Abgeordnete Maurer.

Abgeordnete Maurer, DIE LINKE:

Nachdem die Ausschussvorsitzende der AfD vorhin nicht so begeistert von ihrem Themenbereich gesprochen hat, versuche ich mal ganz zum Schluss noch ein bisschen mehr Leben in die Debatte zu bringen.

(Beifall DIE LINKE, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Zuschauer/-innen am Livestream, schön, dass Sie immer noch da sind! Auf Landesebene – und viele von kennen das auch auf kommunaler Ebene – lassen sich die

(Abg. Maurer)

globalen Probleme, vor denen wir stehen, nur sehr mühselig angehen. Besonders im Umwelt- und Klimabereich ist es schwer, in Bundesländergrenzen zu denken, und es ist nicht immer klar, was so eine kleine Einheit, also global gesehen, überhaupt bewirken kann oder wo man die Prioritäten setzen sollte, gerade wenn es ums Geld geht.

Trotzdem und trotz der besonderen Herausforderungen in diesem Jahr, in dem wir zu Recht unseren Fokus auf die sozialen Themen gesetzt haben, können wir stolz sein, was wir, die umweltpolitischen Sprecher/-innen von Rot-Rot-Grün in den Haushaltsverhandlungen geschafft haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Soziales und Umweltpolitik geht eben doch gut zusammen.

Lassen Sie mich, bevor ich auf unsere Highlights eingehen möchte, voranstellen, dass wir Klima- und Umweltschutz nicht nur im Einzelplan 09 umgesetzt haben. Umwelt- und Klimaschutz kommt längst auch in anderen Bereichen vor, Bildung, Infrastruktur, Wirtschaft. Ich finde, das ist eine großartige Entwicklung, für die viele da draußen und hier drin gearbeitet haben.

Aber kommen wir nun zu einigen Schlaglichtern:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das prominenteste Beispiel ist wohl die Wasserstoffoffensive. Die Thüringerinnen und Thüringer wollen, dass die wichtigen wissenschaftlichen Untersuchungen, von denen wir in der Presse so oft lesen, endlich in unseren Alltag angekommen. Mit der Wasserstoffoffensive legen wir dafür in Thüringen einen sehr wichtigen Grundstein und man darf in den Haushaltsdebatten nicht vergessen, dass wir mit den finanziellen Mitteln, die Thüringen bereitstellt, unseren Eigenanteil beim Abschaffen von Geldern der EU und des Bundes leisten können

(Zwischenruf Abg. Czuppon, AfD: Mehr Emotion bitte!)

und damit können wir sogar noch größer denken, weil am Ende mehr rauskommt, und zwar für uns alle. Schauen wir uns mal ein ganz alltägliches Beispiel an, unsere Wärme und Energieoffensive. Die Erzeugung von Heizungs- und Wasserwärme ist in Deutschland für 10 Prozent der CO₂-Emission verantwortlich. Natürlich war es klar, dass wir deshalb in unserem Haushalt auch auf Energieeffizienz setzen. An diesem Beispiel sieht man sehr gut und wenn man unseren Einzelplan durchblättert, entdeckt man noch ganz viele andere solcher Vorhaben, wie Landespolitik eben doch ganz konkret Umwelt- und Klimaschutz betreiben kann. Und bevor ich zum Schluss meiner leider sehr kurzen Rede kommen muss, möchte ich noch einmal unterstreichen, dass es uns wichtig war, die vielen einzelnen Punkte miteinander zu verweben, sodass jeder Lebensbereich auf seine Kosten kommt. Die Natura-2000-Stationen, haben wir eben schon gehört, Sie kennen sie alle, wurden genauso gefördert wie die Energiewende, wie die Altlastensanierung, wie Hochwasserschutz. Wir müssen nämlich an allen Stellen arbeiten, das wissen Sie, wir müssen Ressourcen bereitstellen, aber auch aufklären, Konflikte verarbeiten und auch in Bildung investieren. Die Natura-2000-Stationen sind da ein wichtiges Beispiel, aber auch die Investitionen in Stellen für Bildung und nachhaltige Entwicklung ist wichtig. Von Kind auf sollen die Thüringer und Thüringerinnen lernen, dass unsere Umwelt wichtig ist. Und jetzt könnte ich ewig so weitermachen und Ihnen jeden einzelnen Punkt erläutern wie unser Einzelplan aufgestellt ist.

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Kommen Sie bitte zum Schluss!

Abgeordnete Maurer, DIE LINKE:

Aber wenn die Zeit knapp ist, wurde gerade eben schon gesagt, dann bleibt nur noch eines zu sagen, nämlich denjenigen zu danken, den Einzelpersonen, Vereinen und Verbänden, die maßgeblich mitgewirkt haben und die dafür gesorgt haben, dass unser Haushalt so lebensnah ist. Dafür vielen Dank! Das Geld kommt dahin, wo es hingehört. Danke.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Danke, Frau Maurer. Alle Redner haben wiederum ihre Redezeit voll ausgeschöpft. Wünscht die Landesregierung das Wort? Bitte, Frau Ministerin Siegesmund.

Siegesmund, Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte kurz die Gelegenheit nutzen, mich bei den Abgeordneten von den Fraktionen Die Linke, der SPD, Bündis 90/Die Grünen und auch der CDU zu bedanken für den Kraftakt, den Sie hinter sich gebracht haben bis hier hin, auch für den Einzelplan 09. Wenn ich sage Kraftakt, dann wissen wir, Politik des Ermöglichens in diesen Zeiten heißt eben, nicht nur kurzfristig zu denken, die Pandemiesituation hat uns aufgegeben, dieses vor allem zu tun, sondern auch mittel- und langfristig. Wenn man langfristig denkt, dann weiß man, mit Natur und Klima lässt eben nicht verhandeln, sondern da müssen wir tun und das umso dringender.

Gerade weil wir wissen, dass die Corona-Pandemie und die Krise, die damit zusammenhängt, nicht nur Wirtschaft, sondern auch andere Bereiche betrifft, weil wir aber gleichzeitig wissen, dass die Klimakrise unsere Aufmerksamkeit voll umfänglich braucht, bin ich Ihnen allen sehr dankbar für diese Anstrengungen. Und ja, wir denken Wirtschaft und Klima zusammen, wir investieren deutlich mehr in den Bereich Photovoltaik, wir unterstützen Unternehmen im Bereich Energieeffizienz und wir investieren in innovative und saubere Technologien. Herr Gottweiss, ich kann ziemlich gut damit leben, dass Sie uns vorwerfen, dass wir zu viel für Naturschutz investieren

(Zwischenruf Abg. Zippel, CDU: Reductio ad absurdum!)

und ich kann auch gut damit leben, dass Sie sagen, endlich geht es mal mit dem Wasserstoff voran, aber dann bitte ich Sie auch bei künftigen Debatten, lassen Sie uns darüber reden, wo die Energie herkommen soll, um den grünen Wasserstoff zu produzieren. Da freue ich mich auf eine gute weitere Zusammenarbeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir gestalten Klimaschutz auch bürgerinnen- und bürgernah, wir stärken auch die Verbraucherberatung, wir investieren bei Wärmeinvest deutlich und ja, wir investieren in die Bereiche, die die Menschen vor Ort auch sehen, dass sie sinnvoll sind, wenn es um Klimainvestitionen geht. Und ganz konkret, auch weil Frau Bergner die Frage stellte, wofür sind denn Klimaschutzmanagerinnen und -manager eigentlich da, will ich Ihnen mal ein konkretes Beispiel nennen. Überall da, wo es diejenigen gibt, ob in den Kreisen oder in den Städten, ist es am Ende sogar so, dass es sich für den kommunalen Haushalt auszahlt. In Weimar bis zu 200.000 Euro, die der Stadthaushalt gespart hat, weil er jemanden hat, der die Stadt gut bei der Frage berät: Wofür geben wir Energie aus, wo investieren wir und wo können wir gleichzeitig noch CO₂ einsparen?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vor diesem Hintergrund finde ich, dass das ein rundes Programm ist, ein rundes Klima-, Energie- und Naturschutzpaket. Ich will Danke dafür sagen, dass auch die Natu-

(Ministerin Siegesmund)

ra-2000-Stationen personell gestärkt in das nächste Jahr gehen können, denn wir brauchen mehr Anstrengung für Biodiversität und für Klimaschutz, nicht weniger. Das atmet dieser Haushalt. Vielen Dank dafür, dass die Parlamentarierinnen und Parlamentarier das ermöglichen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Auch die Landesregierung hat sich an ihre Redezeit gehalten. Damit ist die Aussprache zum Einzelplan 09 – Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz – beendet.

Ich komme jetzt zum **Einzelplan 10 – Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft**. Auch hier steht allen Fraktionen wiederum eine Redezeit von 3 Minuten zur Verfügung. Sollte sich die Landesregierung zu Wort melden, stehen ihr ebenfalls noch 3 Minuten zu. Die erste Rednerin ist Abgeordnete Wahl von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Abgeordnete Wahl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Wissenschaft werden die Klimakrise, das Artensterben und die Umweltverschmutzung, aber auch Infektionskrankheiten wie COVID-19 oder die Schweinepest immer häufiger als Öko-Krise zusammengefasst. Diese Öko-Krise zerstört unsere Lebensgrundlagen. Wir haben nur dann eine Chance, die Kurve noch zu kriegen, wenn wir unsere Anstrengungen auf die umfassende Lösung dieser Herausforderung ausrichten.

Im Einzelplan 10 zeigt sich dies im Forst aktuell am dramatischsten. Selbst ein relativ normales Jahr wie das letzte konnte den Verlust von inzwischen mindestens 7 Prozent unserer Wälder nicht stoppen. Wir haben dort jetzt bereits riesige Kahlfelder. Hier sehen wir, wie abhängig wir von einer halbwegs stabilen Klimaentwicklung sind. Umso wichtiger ist, dass wir mit diesem Haushalt nicht nur langfristig wirkende Klimaschutzmaßnahmen fördern, sondern auch 32 Millionen zusätzlich als direkte Unterstützung an die Landesforstanstalt sowie die Waldbesitzer/-innen und Kommunen zur Bewältigung von Extremwetterereignissen im Wald zuführen.

„Paris“ ist nicht nur das Schlagwort für die Vereinbarung, die Klimaerhitzung auf möglichst 1,5 Grad zu begrenzen. Die Stadt Paris ist auch ein Vorbild, wie man in kürzester Zeit pragmatisch die Lösung für eine Vielzahl von Krisen angehen kann. Paris ist deshalb inzwischen auch eine Fahrrad-Hauptstadt. In den Thüringer Städten sind wir leider in den meisten Fällen noch weit davon entfernt, uns so bezeichnen zu können. Dass wir für die kommunale Radwegeinfrastruktur ein Plus von 5 Millionen gegenüber 2020 erwirken konnten, ist deshalb vielleicht nur ein kleiner Beitrag für eine bessere Radinfrastruktur, aber einer, der ganz sicherlich Verwendung findet. Für die 5 Millionen Euro zusätzlich sind bereits eine Vielzahl von Vorhaben der Kommunen an uns herangetragen worden. Die Verkehrswende ist zentral für die Einhaltung der Klimaziele, deshalb ist dies ein weiterer wichtiger Baustein, um in den Kommunen und Städten den Radfahrer/-innen eine sichere Radwegeinfrastruktur zur Verfügung zu stellen.

Eine weitere Verbesserung im Bereich der Mobilität ist die Stärkung des Azubi-Tickets. Nicht nur garantieren wir mit diesem Haushalt, dass dessen Ticketpreis weiterhin bei 50 Euro bleibt, wir weiten es auch endlich auf die Freiwilligendienstleistenden aus.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Wahl)

Das ist eine langjährige Forderung vieler Jugendverbände, die wir hiermit nun endlich umsetzen. Die trägt auch zur Attraktivität Thüringens als Einsatzort für Freiwilligendienstleistende, aber eben auch für Azubis bei.

Erwähnt seien auch die zusätzlichen Regionalisierungsmittel des Bundes für die Aufrechterhaltung des ÖPNV und die Mittel zur Herstellung der Barrierefreiheit, die wir als Bündnisgrüne-Fraktion sehr begrüßen. Insgesamt kann EP 10 damit hoffentlich einen kleinen Beitrag zur weiteren Umsetzung der Verkehrswende hier in Thüringen leisten. Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Vielen Dank, Frau Wahl. Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Malsch von der Fraktion der CDU.

Abgeordneter Malsch, CDU:

Werter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucher am Livestream, die Forst- und Infrastrukturpolitiker meiner Fraktion haben den Haushalt 2021 ganz in die Zeichen notwendiger Schritte in Anbetracht der katastrophalen Situation in unseren Wäldern gestellt. In den letzten Wochen haben wir in den Haushaltsgesprächen hart mit Rot-Rot-Grün über weitere finanzielle Hilfen für die Waldbesitzer gerungen und wir haben uns gut verständigt – vielen Dank dafür.

Der Landtag hat im November einen Gesetzentwurf zur künftigen Finanzierung der Landesforstanstalt beschlossen. Mit dem jetzt verabschiedeten Gesetz, geregelten Anhebungen und dauerhaften Festschreibungen der Finanzzuführungen auf dem Niveau des Jahres 2018 wird die Zukunftsfähigkeit der Forstanstalt wiederhergestellt. Künftig kann die Anstalt wieder allen Waldbesitzern zur Verfügung stehen.

Liebe Frau Dr. Bergner, parallel dazu hat sich die CDU-Fraktion für die Einführung einer CO₂-Bindungsprämie zur Sicherstellung eines beschleunigten Waldumbaus mit standortgerechten und klimastabilen Baumarten eingesetzt. Es ist uns gelungen, sich über Änderungsanträge im Umfang von 15 Millionen Euro für den Haushalt 2021 mit den Koalitionsfraktionen zu einigen und die Einführung einer Flächenprämie für die kommunalen und privaten Waldbesitzer zu ermöglichen.

(Beifall CDU)

Denn wir wissen: Für viele Privatwaldbesitzer besteht die Gefahr des finanziellen Totalverlusts, Kommunen fehlen die Holzeinnahmen. Wesentlich war deshalb die Frage, wie wir das Geld auf die Fläche bekommen. Der CDU-Fraktion war es deshalb besonders wichtig, nicht nur den Landeswald im Blick zu haben, sondern vor allem auch die kommunalen und privaten Waldbesitzer. Im Haushalt 2021 schaffen wir nun dafür die Grundlage: Mit einer noch auszugestaltenden Flächenprämie für unsere Waldbesitzer kann dies jetzt ermöglicht werden. Die Anstrengungen der Waldbesitzer im Hinblick auf die Klimafunktion des Waldes sollen angemessen vergütet werden, die Prämie soll flächenbezogen und unbürokratisch der klimaschutz- und naturschutzorientierten Waldbewirtschaftung dienen.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Beschleunigung der Bautätigkeit. Wir haben für 10 Millionen Euro mehr für den Schulbau gesorgt, das war uns besonders wichtig. Wir haben uns auch – und das gemeinsam – auf 15 Millionen mehr für den kommunalen Straßenbau geeinigt und dies bereitgestellt.

(Beifall CDU)

(Abg. Malsch)

Der kommunale Straßenbau muss gestärkt werden, auf diese Weise können die Kommunen zum Beispiel Maßnahmen mit den Förderungen aus dem Abwasserpakt sinnvoll kombinieren

(Beifall CDU)

und so insbesondere den ländlichen Raum stärken. Nun kommt es darauf an, die Richtlinien zu erarbeiten. Unsere Unterstützung haben Sie, legen wir los! Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Danke, Herr Malsch. Ich rufe nun Abgeordnete Dr. Lukin von der Fraktion Die Linke auf.

Abgeordnete Dr. Lukin, DIE LINKE:

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, der Einzelplan 10 ist naturgemäß ein Investitionshaushalt und im Vergleich zu 2020 leicht angewachsen, die Investitionsquote sogar noch um 1 Prozent gestiegen, und er bietet damit eine solide Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung im Freistaat. Ich möchte an dieser Stelle unseren Dank an das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft und die Haushälter richten, die eine gute Vorarbeit für den Haushalt geleistet haben. Danken möchte ich aber auch der Finanzministerin, die in ihrem gestrigen Interview die Notwendigkeit von Investitionen in den kommenden Jahren betont hat. Vor allem aber ein herzliches Dankeschön an die Abgeordneten von den Fraktionen Die Linke, SPD, Grüne und CDU, die für substanzielle Beiträge für die Entwicklung dieses Haushalts und für die Erhöhung um 108 Millionen Euro in diesem Haushalt für wichtige Vorhaben gesorgt haben.

Drei Schwerpunkte will ich kurz erwähnen, einmal der Wohnungs- und Städtebau, der Bau von Schul- und Sportstätten. Hier ist das Wohnungsbauvermögen mit 25,6 Millionen Euro zusätzlich gestärkt worden. Das ist nicht nur eine Förderung des sozialen Wohnungsbaus, sondern zugleich ein Investitionsprogramm für die Baubranche im Freistaat, also nicht nur eine soziale Komponente.

Der zweite Punkt ist die Stärkung des Verkehrsbereichs in Thüringen: Wesentlich mehr Mittel werden für die Erneuerung von Straßenbahnen zur Verfügung gestellt, zusätzliche Mittel für Barrierefreiheit und insgesamt 21,8 Millionen für das Azubi-Ticket. Die Erweiterung der Freiwilligendienste hatte Frau Wahl schon erwähnt. Herr Malsch hat darauf hingewiesen, 15 Millionen kommen zusätzlich für den kommunalen Straßenausbau inklusive Radwegebau. Ich denke, damit haben wir auch einen guten Beitrag insgesamt geleistet.

Ein dritter Schwerpunkt sind die 32,3 Millionen für ThüringenForst, den Kommunalwald und die privaten Waldbesitzer für die Bewältigung der Folgen von Dürre und Borkenkäferkatastrophe und für den Waldumbau. Hier ist es in den nächsten Wochen und Monaten notwendig, dass diese Mittel auch gut abfließen, dass sie dort ankommen, wo sie gebraucht werden und dass besonders die Rolle des Waldes für Klimaschutz und Gemeinwohlorientierung gefördert wird.

Einige wenige Worte zu den Anträgen von AfD und FDP. Die AfD hat das Thema „ASP, Jagd- und Fischereiwesen“ für sich entdeckt. Während im Haushalts- und Finanzausschuss noch akribisch die Futter- und Haltungskosten für den einen Spürhund hinterfragt wurden, stehen jetzt 9,6 Millionen mehr für die Bewältigung der ASP-Folgen zu Buche. Wofür? Wollen Sie ganz Thüringen einfrieden oder eine Zentralstelle für Wildschweinausweisung damit finanzieren?

(Beifall DIE LINKE)

(Abg. Dr. Lukin)

Es ist wirklich ziemlich schwierig, wofür Sie das einstellen wollen.

Und liebe Kollegen von der FDP, Ihre Sparmaßnahmen in allen Ehren. Sie haben sich dessen gerühmt. Aber wenn Sie die Aktionen der 23 Kreisverkehrswachten im Freistaat mit 22.000 Euro rasieren wollen, das wäre Herrn Untermann nie passiert. Sie schränken praktisch die Verkehrserziehung, die Verkehrsprävention ein. Sie wollen die 4,9 Millionen Aufwuchs für das Azubi-Ticket wegnehmen. Ja, was denken Sie sich eigentlich? Das ist doch eine Art Wirtschaftsförderung.

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Kommen Sie bitte zum Schluss!

Abgeordnete Dr. Lukin, DIE LINKE:

Wie gesagt, das nächste Mal bitte am Thema orientieren und substantiell dazu beitragen, einen guten Haushalt 10 zu gestalten.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Danke, Frau Dr. Lukin. Ich rufe nun Abgeordneten Henke von der Fraktion der AfD auf.

Abgeordneter Henke, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Abgeordnete, werte Gäste am Livestream! Da ich etwas angegriffen worden bin, warum ich im Haushalt gut 10 Millionen Euro gefordert habe, möchte ich gleich darauf antworten. Sie waren ja im Ausschuss dabei, als wir gefragt haben, was denn die anderen Länder, die jetzt von der ASP betroffen sind, an Kosten haben. Es hat allein das Land Brandenburg 30 Millionen Kosten bei der Einfriedung, um ASP im Land verhindern zu können.

(Beifall AfD)

Das heißt, das sind nur Verhinderungsmaßnahmen und da geht es noch nicht darum, irgendwelche Ersatzmaßnahmen vorzunehmen. Das muss ich ganz klar mal so sagen. Da bewegen wir uns mit unseren 10 Millionen wahrscheinlich noch am unter Rand. Ich denke, wir sollten froh sein, wenn der Kelch an uns vorbeigeht und die ASP nicht bekommen. Aber es ist ja nicht die einzige Virusgrippe, die wir haben, wir haben noch die H5N1, das ist die sogenannte Vogelgrippe oder auch Geflügelpest, die auf uns zukommt, die wird auch auf die Züchter zukommen und da müssen wir vorsorgen. Ich sehe nicht, dass wir mit diesen 500.000 Euro, die wir in diesem Haushalt eingeplant haben, über die Runden kommen. Das wird einfach nicht funktionieren.

Aber ich möchte noch auf ein paar andere Punkte eingehen, die hier im Haushalt aufgeplopt sind. Statt auf die geplante Rückführung aus dem Sondervermögen „Thüringer Wohnungsvermögen“ in Höhe von 9,6 Millionen Euro oder auf die rund 83 Millionen Euro Steuermittel für den Kauf eines Mehrheitsanteils an dem früheren kommunalen Unternehmen GWB Elstertal einzugehen, möchte ich etwas viel Gravierenderes für den Einzelplan 10 ansprechen und das sind die eben angesprochenen ASP-Maßnahmen. In Brandenburg und Sachsen wütet sie schon, es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis sie bei uns in Thüringen eintrifft. Wir sind so, wie wir ausgestattet sind, nicht darauf vorbereitet.

(Abg. Henke)

Ich möchte hier noch mal die Bauern lobend erwähnen, die sehr viel für unser Land getan haben. Die Schweinehalter hier in unserem Land haben schwer mit dem Exportproblem zu kämpfen. Sie können ihr Schweinefleisch nicht mehr verkaufen. Das bedeutet aber auch für die Schweinehalter, sie müssen die Tiere, die sie nicht verkaufen können, weiter unterhalten. Das heißt, sie müssen gefüttert werden, sie müssen versorgt werden. Diese Kosten laufen weiter auf und die Bauern bleiben darauf sitzen. Das kann nicht sein. Deswegen Dank an die Bauern, die sehr viel aushalten mussten in den letzten Jahren, über Dürre, Düngemittelverordnung und schlechte Ernten. Wir sollen froh sein, dass wir unsere bäuerliche Ertragsgenossenschaft noch so gut erhalten können.

(Beifall AfD)

Ich möchte nur sagen, dieser Haushalt ist nicht auskömmlich finanziert. Wir haben gesagt, tun Sie mehr Geld rein. Sie haben unseren Antrag abgelehnt, ich finde das schade. Ich hoffe, dass wir die Gelder nicht in die Hand nehmen müssen, wenn das wirklich alles auf uns zu kommt. Sie haben es in der Hand gehabt und haben es abgelehnt, und zwar mit äußerst fadenscheinigen Gründen, so wie sie hier vorgetragen worden sind. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Danke, Herr Henke. Es spricht nun Abgeordneter Liebscher von der Fraktion der SPD.

Abgeordneter Liebscher, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit den Änderungen, die wir als Koalitionsfraktionen gemeinsam mit der CDU am Einzelplan des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft vorgenommen haben, haben wir gemeinsam eine sehr solide Grundlage gelegt. Wir investieren massiv in Menschen und in die Infrastruktur.

(Zwischenruf Abg. Montag, FDP: Man kann nicht in Menschen investieren!)

Besonders freut mich – und da erzähle ich kein Geheimnis –, dass wir es im parlamentarischen Verfahren geschafft haben, das Wohnungsbauvermögen zu stärken,

(Beifall SPD)

obwohl es das Ministerium zunächst nicht vorhatte. Statt knapp 10 Millionen zu entnehmen, führen wir jetzt 15 Millionen Euro zu.

(Beifall SPD)

Die von Rot-Rot-Grün betriebene Änderung der Wohnungsbaurichtlinien Ende der letzten Legislatur hat dazu geführt, dass diese erstmals auch tatsächlich nachgefragt werden. Es wäre peinlich und frevelhaft gewesen, wenn wir das nicht hinbekommen hätten, meine sehr geehrten Damen und Herren. Man kann nicht erst die Nachfrage erzeugen und dann das notwendige Geld nicht einstellen, erst recht nicht bei derartigen Dingen wie dem Wohnungsbau, wo Planung und Umsetzung Jahre dauern und viel Geld kosten. Ich kündige hier und heute schon an, dass wir diese Anstrengungen auch im nächsten und im übernächsten Jahr beibehalten müssen, auch wieder in der Größenordnung von rund 25 Millionen Euro pro Jahr. Denn wir brauchen eine Renaissance des sozialen Wohnungsbaus, mehr belegungsgebundenen Wohnraum und den Um- und Neubau von barrierearmen oder – noch besser – barrierefreien Wohnungen. Und das nicht nur in den gro-

(Abg. Liebscher)

ßen Städten, sondern auch im ländlichen Raum muss der Wohnungsbestand saniert und Mietpreise durch Fördermittel verträglich gehalten werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein weiteres Highlight im Haushalt des Infrastrukturministeriums ist für mich natürlich die Finanzierung zusätzlicher Straßenbahnen in den Zentren. Hier geht es um stark nachgefragten Nahverkehr, der zudem elektrisch, also klimaschonend ist, sinnvoll, notwendig und gut. Das gilt genauso für die fast 27 Millionen Euro zusätzlich für unseren Wald, 15 Millionen Euro zusätzlich für den Straßen- und Radwegebau, 10 Millionen Euro zusätzlich für Schulbauprojekte und auch 5 Millionen Euro für das Azubi-Ticket, damit jede und jeder Auszubildende zu seinem Traumjob kommt und künftig auch die Freiwilligendienstleistenden davon profitieren können. Ein weiteres Highlight sind die 5 Millionen Euro zusätzlich für unsere Städte und Gemeinden zum Abbau von Barrieren bei Bus- und Straßenbahnhaltestellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das waren alles Projekte, die der Landtag auf den Regierungsentwurf obendrauf gepackt hat. Ich freue mich sehr darüber, über jede einzelne dieser Maßnahmen, und auch sehr darüber, dass wir uns darauf verständigen konnten. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Danke, Herr Liebscher. Von der Fraktion der FDP erhält nun Abgeordneter Bergner das Wort.

Abgeordneter Bergner, FDP:

Vielen Dank, Herr Präsident. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, 3 Minuten genügen nicht, um alle Unzulänglichkeiten dieses Einzelplans aufzuzeigen. Es sind viele und es sind schwerwiegende. Nicht nur, dass sich die ganz große Koalition gegenseitig überbietet, möglichst viele Wahlkampfgeschenke im Haushalt unterzubringen, sie verwendet auch die Rücklagen des Landes dafür.

(Beifall AfD)

Von einer nachhaltigen Haushaltspolitik im Sinne kommender Generationen, die irgendwann die Rücklagen wiederaufbauen und Schulden zurückzahlen müssen, meine Damen und Herren, kann da keine Rede sein.

(Beifall AfD, FDP)

Wir als FDP-Fraktion haben allein in diesem Einzelplan über 60 Änderungsanträge gestellt, um Einsparpotenziale aufzuzeigen. 38 Millionen Euro hätten so eingespart werden können und dabei sind die Investitionen, die wir gerne zusätzlich gesehen hätten, schon herausgerechnet. Sie haben natürlich im Haushaltsausschuss alles abgelehnt.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte zu den von uns vorgeschlagenen Projekten verlieren. Wir möchten die Erhaltung der Landesstraßen weiter auskömmlich finanzieren und die Verkehrsinfrastruktur insgesamt nicht als Sparstrumpf missbrauchen.

(Beifall FDP)

Wir möchten die Reaktivierung von stillgelegten Bahnstrecken vorantreiben, aber nicht auf ideologischer Basis, sondern auf der Grundlage valider Daten und Potenziale und der dafür gefertigten Ingenieurleistungen.

(Beifall FDP)

(Abg. Bergner)

Und, meine Damen und Herren, wir möchten die Waldbesitzer in Thüringen unterstützen, das ist heute schon mehrfach gesagt worden, denn die Wälder sind ein großer CO₂-Speicher und natürlich ein Refugium und natürlich auch ein Gelände mit sehr hoher Biotopwertigkeit. Wir möchte sie unterstützen, die Schäden durch Trockenheit und Schädlingsbefall zu bekämpfen. Der Zerstörung durch Windkraftanlagen haben wir ja jetzt einen Riegel verschieben können, aber, meine Damen und Herren, wenn ich an ThüringenForst denke, es kann auch nicht Sinn der Sache sein, dass Kredite aufgenommen werden, um private Waldbesitzer zu verdrängen.

Investitionen in die landeseigene Infrastruktur sind immer auch Investitionen in die Zukunft des Landes, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen. Deswegen will ich auch sagen, Frau Dr. Lukin, mit Blick auf das, was Sie hier gesagt haben: Gute Haushaltsführung bedeutet, mit dem Geld auszukommen, das man hat, anstatt Rücklagen zulasten kommender Generationen zu plündern. Deswegen haben wir uns hineingekniet. Insgesamt hat meine Fraktion 350 Änderungsanträge gebracht, drei Entschließungsanträge mit 25 Seiten, und zwar stehen wir für Investitionen, für die Stärkung der Freiheit der Kommunen, vor Ort selbst zu entscheiden, und für eine enkelfitte Haushaltsführung, meine Damen und Herren. In diesem Sinne werden wir, auch wenn wir keine Mehrheit erhalten können, weiterstreiten. Danke schön.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Danke, Herr Bergner. Gibt es weitere Wortmeldungen? Die Landesregierung? Das sehe ich nicht (**Sprechzettel der Landesregierung zu Einzelplan 10 siehe Vorlage 7/1438 sowie Anlage ...**). Gut, dann ist damit die Aussprache zum Einzelplan 10 – Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft – beendet.

Ich komme nun zum **Einzelplan 16 – Informations- und Kommunikationstechnik**. Auch hier steht jeder Fraktion eine Redezeit von 3 Minuten zur Verfügung. Sollte die Landesregierung sich zu Wort melden, stehen hier ebenfalls 3 Minuten zur Verfügung. Mir liegen drei Wortmeldungen vor. Zuerst spricht Abgeordnete Merz von der Fraktion der SPD.

Abgeordnete Merz, SPD:

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer am Livestream, im Einzelplan 16 sind traditionell ressortübergreifend die Mittel für Kommunikationstechnik, Digitalisierung und Ähnliches etatisiert. Vieles davon wurde bereits von den jeweiligen Fachkolleginnen und Fachkollegen hier an vielen Stellen erläutert und schon aufgegriffen, was ja auch richtig ist, da immerhin viele Projekte einen ganz konkreten fachlichen Bezug in den Einzelplänen haben.

Einen Punkt möchte ich noch mal gesondert herausgreifen, und zwar die technische Ausstattung des neuen Landesrechenzentrums. Am Standort Langewiesen sollen im Jahr 2021 12,8 Millionen Euro investiert werden, damit dort besonders moderne, leistungsfähige und energieeffiziente Systeme zum Einsatz kommen können. Aufgrund des andauernden Fortschrittes bei der OZG-Umsetzung und der weiter zu betreibenden Zentralisierung der Rechentechnik im Land ist die Rechenleistung sogar noch weiter auszubauen.

Der Kollege Andreas Bühl hatte sich bei Twitter schon letzte Woche besonders darüber gefreut, was jetzt in seiner Heimatregion und seinem Wahlkreis damit alles umgesetzt werden kann. Zum Glück hat sein Fraktionsvorsitzender seinen Einspruch in der letzten Verhandlungsrunde nachts auch noch zurückgezogen. Sonst würde tatsächlich nicht ganz so viel Geld vor Ort in Langewiesen investiert.

(Abg. Merz)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verwundert war ich beim Einzelplan 16 tatsächlich wieder mal über die FDP. Wie es die selbsternannte Digitalisierungspartei fertig bringt im dafür vorgesehenen Einzelplan etwa 80 Streichanträge zu stellen, bekomme ich wirklich nicht zusammen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Montag, FDP: Das ist ganz einfach! Sie müssen das Geld auch ausgeben können!)

Auf der einen Seite immer wieder Digitalisierung als Lösung für nahezu alles zu verkaufen und auf der anderen Seite der Landesregierung dafür die Mittel kürzen zu wollen, das passt eindeutig nicht zueinander.

Insgesamt finden wir in diesem Einzelplan umfassende Titel auch in Verbindung mit den geplanten Veranschlagungen im Sondervermögen, die Thüringen bei der Umsetzung der Digitalisierungsstrategie ein ganzes Stück weiter nach vorne bringen kann. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Danke, Frau Merz. Die nächste Rednerin ist Abgeordnete Henfling von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Abgeordnete Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Rot-Rot-Grün hat sich schon in der letzten Legislaturperiode dafür ausgesprochen, Thüringen endlich zukunftsfähig aufzustellen. Natürlich ist auch das Thema „Digitalisierung“ dabei nicht von der Hand zu weisen.

In den Verhandlungen zum Haushalt wurden den Kommunen nicht nur umfangreiche finanzielle Hilfen für die Bewältigung der Corona-Pandemie zugesichert. Auch für die weitere Digitalisierung, insbesondere der Kommunen, haben wir uns hier eingesetzt.

Wir haben – das wissen die Menschen aus dem Innenausschuss – mit einem Gutachten zu den digitalen kommunalen Gremiensitzungen in der Pandemiesituation deutlich gemacht, dass Kommunen ihre interne Arbeit stärker auf digitale Lösungen ausrichten müssen. Eine Videoplattform für kommunale Gremienarbeit, die den Ansprüchen an die IT-Sicherheit sowie Datenschutz genügt, muss regional gehostet und administriert werden. Dafür braucht es eigene IT-Service-Stellen vor Ort, die von Landesseite beraten, unterstützen und mitfinanziert werden. Wir haben in dem Haushalt 2,5 Millionen Euro eingestellt, um solche Software-Lösungen möglich zu machen, die das Land entweder selber entwickeln oder auch kaufen kann.

Digitalisierung geht eben nicht ohne IT-Sicherheit. Bereits 2014 hat der Chaos-Computer-Club darauf hingewiesen, dass es eine deutliche Wechselwirkung zwischen IT-Sicherheit und Open-Source-Förderung gibt. Open-Source-Software ist in vielen Bereichen fest etabliert und weit verbreitet. Die meisten Software-Lösungen und fast alle Datenbanken sind open-source-basiert. Darum haben wir auch schon in der letzten Legislatur erfolgreich offene Standards und Schnittstellen in das Thüringer E-Government-Gesetz geschrieben. Davon profitieren jetzt auch die Kommunen.

Ich möchte kurz bei der Kollegin Merz anschließen, weil das etwas ist, wo ich mir so gedacht habe, die FDP steht hier vorne und redet großartig von Digitalisierung.

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, FDP: Ich erkläre gleich, was wir meinen!)

(Abg. Henfling)

Ja, Herr Kemmerich, Sie sind immer so ein großer Aufklärer. Aber dann stehen Sie hier vorne und das Einzige, was kommt, ist Geblubber.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht ist der FDP durchgerutscht, dass Digitalisierung eben nicht nur im Wirtschaftshaushalt vorhanden ist, sondern auch im Einzelplan 06 und im Einzelplan 16 gibt.

(Zwischenruf Abg. Zippel, CDU: Das schimpft sich Vizepräsidentin!)

Sie reden zwar großartig von digitaler Verwaltung und Ihrem Entschließungsantrag,

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, FDP: Sie verstehen nicht, was wir meinen!)

aber wie die Kollegin Merz schon dargelegt hat, das Einzige, was Sie im Einzelplan 16 zustande bekommen, ist zu kürzen. Sie machen keinen einzigen Vorschlag, wie Sie digitale Verwaltung umsetzen wollen. Das ist – ehrlich gesagt – ein Armutszeugnis.

(Zwischenruf Abg. Montag, FDP: Sie haben 50 Prozesse von 20.000 genannt, das ist peinlich!)

Ja, Sie haben 60 Prozesse beschrieben, Sie haben dafür aber das Geld weggekürzt. Was wollen Sie denn mit Prozessen, wenn Sie es nicht finanzieren können? Sie haben, glaube ich, den Haushalt nicht verstanden. Das ist das Hauptproblem.

(Unruhe CDU)

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Ich bitte die Anwesenden um Mäßigung.

Abgeordnete Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Deswegen würde ich mal zum Abschluss ... Der Herr Montag regt sich immer so schön auf und glaubt dann immer, dass hinterher alle – na ja, ist egal.

(Zwischenruf Abg. Zippel, CDU: Das ist ein respektloses Verhalten!)

Zum Abschluss würde ich sagen, ich glaube, die Digitalisierungspartei in diesem Parlament ist definitiv nicht die FDP. Die Digitalisierung wird hier von Rot-Rot-Grün vorangetrieben. Und Herr Zippel, ja, regen Sie sich auf.

(Zwischenruf Abg. Zippel, CDU: Was ist denn das für ein respektloses Verhalten unter Kollegen?)

Ich finde es ja eher respektlos – das ist, glaube ich, das, was Sie immer nicht verstehen. Respektlos ist, dass hier vorn eine Frau steht, die Sie regelmäßig niederbrüllen und sich dann wundern, dass die Frau sich dagegen wehrt. Das ist das Problem, was Sie haben. Das ist Ihr Problem, nicht meins.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Unruhe CDU)

Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann:

Bitte kommen Sie zum Schluss. – Frau Henfling, ich bitte Sie, diese respektlosen Äußerungen gegenüber anderen Abgeordneten zu unterlassen.

(Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Kaufmann)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Welche denn?)

Der nächste Redner ist Abgeordneter Kowalleck von der Fraktion der CDU.

Abgeordneter Kowalleck, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich denke, wir bekommen die Haushaltsrede in diesem Parlament auch noch mit der notwendigen Würde über die Bühne.

(Beifall CDU, FDP)

Ich denke, hauptsächlich waren die Redebeiträge von Sachlichkeit geprägt. Wir sollten das auch in den abschließenden Debatten so halten.

Meine Damen und Herren, Sie wissen ja, in der letzten Legislaturperiode wurde der Einzelplan 16 sozusagen ins Leben gerufen. Nachdem es am Anfang nicht so ganz rund lief, sind mittlerweile auch die Ministerien komplett in dem Einzelplan vereint. Gerade für uns als CDU-Fraktion ist es wichtig, hier noch mal den Stellenwert der Digitalisierung zu betonen. Aufgrund der Entwicklung in den verschiedenen Gesellschaftsbereichen und der notwendigen Modernisierung der Landes- und Kommunalverwaltung ist es notwendig, dass hier in dem Einzelplan entsprechende Investitionen getätigt werden.

Wir sehen das auch vor Ort. Die Thüringer Finanzministerin hatte das ja heute auch noch einmal genannt, dass es doch gerade in der Anfangsphase das eine oder andere Problem gab. Wir müssen daran denken, die Kommunen mitzunehmen. Die Kommunen sind oftmals personell nicht so ausgestattet, dass sie jede Änderung mitmachen können. Sie brauchen die Unterstützung, die finanzielle Unterstützung des Landes.

Wir haben hier vielfältige Maßnahmen in dem Einzelplan. Ich möchte noch mal an das ganze Projekt „E-Akte“ erinnern, die Arbeitsplatzausstattung, die ganz besonders wichtig ist, und nicht zuletzt auch an das Thema „Schulcloud“.

Meine Damen und Herren, wir sehen gerade in den vergangenen Tagen, dass dieses Thema im Bildungsbereich insbesondere noch sehr hakt. Hier bitte ich die Landesverwaltung bzw. die Landesregierung, tatkräftig zu unterstützen. Denn gerade im Rahmen des Lockdowns müssen die Schüler und die Lehrer hier entsprechende Unterstützung erfahren. Wir sehen gerade momentan, dass es da notwendig ist, auch Hilfestellung zu leisten.

Unsere Anträge haben insbesondere darauf gezielt, die Rettungskräfte, Katastrophenschutz, Brandschutz, Rettungsdienste und vor allem unsere Polizei, zu unterstützen. Hier gibt es eine umfassende Digitalisierungsoffensive, die bei der Thüringer Polizei entsprechend umgesetzt werden muss. Das umfasst auch die Digitalisierung der Polizeidienststellen, der Streifenwagen bis hin zum Polizeibeamten vor Ort. Wir stehen hier an der Seite unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Denn es ist wichtig, dass diese die Unterstützung erhalten, die sie im Polizeialltag, bei der Bekämpfung von Verbrechen und insbesondere natürlich auch der Cyberkriminalität benötigen.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Worm:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Mir liegt jetzt zum Einzelplan 16 aus den Reihen des Parlaments doch noch eine Redemeldung vor. Herr Abgeordneter Kemmerich, bitte.

Abgeordneter Kemmerich, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, das will ich doch den Damen gern geben, dass wir uns hier am Podium noch mal darüber auseinandersetzen, was wir als Digitalisierung verstehen.

(Beifall FDP)

Zunächst mal vorangestellt: Wir haben versucht, innerhalb der kommunalen Familie 50 Millionen Euro aus der Zweckbindung herauszunehmen, um sie den Kommunen für Projekte der Digitalisierung vor Ort zur Verfügung zu stellen,

(Beifall FDP)

weil wir immer den Grundsatz weiterverfolgen, dass dort am besten die Entscheidung darüber getroffen werden kann, was für die Kommunen Priorität hat. Nach dem Monitor, der dort erstellt worden ist, ist das auf der Prioritätenliste der Kommunen ganz weit oben.

Gestrichen im Einzelplan haben wir Mittel für externe Dienstleistungen. Denn hier bewahrheitet sich einmal mehr, was nichts bringt, bringt auch nicht mehr, wenn ich noch mehr draufpacke.

(Beifall FDP)

Die einfachsten Dinge – und das hat der Rechnungshof unseres Freistaats schon moniert – bei der Projektförderung werden missachtet. Es wird nicht mal der einfache Leitfaden des Bundesministeriums des Innern beachtet. Also nicht mehr Geld für externe Kräfte, sondern Schulung für die Mitarbeiter in den Ministerien,

(Beifall FDP)

damit sie digitale Prozesse begreifen und umsetzen können und damit selber ihr eigener Herr sind, so wie wir eben, denken wir Liberalen. Für 200.000 Euro kann man ein wunderbares Fortbildungsprogramm innerhalb der Ministerien organisieren und dann ist man Herr der Dinge.

Auf der anderen Seite haben wir Geld für Stellenaufwuchs gestrichen, wo in den Strukturen, die heute schon vorhanden sind, die Stellen gar nicht besetzt sind. Verwaltungskompetenzzentrum 4.0.: Vorgesehen waren 25 bis 40 Stellen, besetzt sind drei – in Zahlen: 3 von 25 bis 40.

(Beifall FDP)

Besetzen Sie erst mal diese Stellen, bevor Sie neue Stellen schaffen, oder seien Sie ehrlich mit uns! Ist es eine Sparbüchse für andere Dinge, die wir eben nicht teilen? Da sagen wir: Haushaltsklarheit, um hier Verlässlichkeit zu haben.

Auf Nachfrage hat uns Staatssekretär Schubert erklärt, dass sieben Personen, die im Vorjahr auf diesen Stellen im Verwaltungskompetenzzentrum waren, abgezogen und woanders eingesetzt worden sind. Wenn das Ihr Verständnis von der Wichtigkeit digitalisierter Prozesse ist, dann gute Nacht! Dann kommen wir nämlich nicht voran und bleiben auf dem Punkt stehen, den wir heute haben, und der ist mangelhaft, und das ist überhaupt noch ein freundliches Wort dafür.

(Beifall FDP)

Online-Zugangsgesetz: 2.000 Prozesse sollen digitalisiert werden. Ein Bruchteil, 50, 60 Felder sind bis jetzt angepackt worden. Ende 2022 – das ist nicht mehr lange hin – soll das erreicht werden. Mir schwant da nicht viel Gutes, meine Damen und Herren. Digitalisierung ist weder männlich noch weiblich. Digitalisierung ist aber unser Steckenpferd. Die Freien Demokraten sind und bleiben die Digitalisierungspartei. Danke.

(Abg. Kemmerich)

(Beifall FDP)

Vizepräsident Worm:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Aus den Reihen der Abgeordneten liegen mir jetzt keine weiteren Redemeldungen vor. Für die Landesregierung spricht Frau Finanzministerin Taubert.

Taubert, Finanzministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete, nur kurz zu dem, auch was Herr Kemmerich angesprochen hat. Natürlich, wenn Sie ohne Stellenmehrung eine neue Maßnahme machen müssen – in dem Fall beim Landesverwaltungsamt zunächst mal dieses Kompetenzzentrum 4.0 –, müssen Sie Menschen von woanders abziehen. Es bleibt Ihnen gar nichts anderes übrig, wenn Sie keine anderen Stellen haben.

(Zwischenruf Abg. Kemmerich, FDP: Die Stellen sind nicht besetzt!)

Genau das ist passiert: Die sieben Personen haben versucht, mit den Gemeinden anzufangen. Und ganz ehrlich – ich nehme mal die großen kreisfreien Städte raus, weil die kompetenter und seit vielen Jahren da auch ganz anders drauf sind –, im flachen Land interessiert sich niemand für OZG-Umsetzung,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ganz wenige Menschen in den Verwaltungen. Das ist das Problem. Es ist auch das Problem der Bürgermeister – ich will Ihnen nicht zu nahe treten, das ist nur eine Feststellung –, die haben das nicht auf dem Schirm. Wir haben Gemeinden – der Gemeinde- und Städtebund ...

(Zwischenruf aus der Fraktion der CDU: Die haben auch kein Geld!)

Ach, das hat aber nichts mit Geld zu tun – gar nichts. Sie kommen aus dem Eichsfeld, da ist es anders, weil Sie mal 1990 rechtswidrig Kreiswerke bekommen haben, da können Sie das machen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber in vielen anderen Gemeinden ist das ebenso. Der Bürgermeister hat den Draht dazu nicht und da wird das nicht gemacht. Jetzt müssen wir mühselig schauen, dass wir an der Stelle vorankommen. Deswegen soll es diese Stellen geben. Diese Stellen aus dem Landesverwaltungsamt bleiben dort, die werden nicht neu. Im Finanzministerium sollen jetzt neue Stellen dazu dienen, dass wir tatsächlich auf Dauer eine Unterstützung für die Kommunen haben, weil sie das selbst weder über die KIV noch über andere Wege tun. Ich kann nur alle, die bei Ihnen irgendwo im Kreistag sitzen, aufrufen und bitten: Unterstützen Sie wenigstens das jetzt, was so langsam auf den Weg kommt. Wir wissen alle gemeinsam, Herr Kemmerich, das Beste wäre, die Kommunen, auch die Kreise sagen: Wir schließen uns zusammen, wir machen ein Rechenzentrum, wir haben alle Möglichkeiten. Das wissen alle – da gibt es gar keinen Erkenntnisverlust –, aber machen wollen sie es nicht, sie wollen es gern wieder selbst machen. Jetzt haben drei Landkreise angefangen. Es wäre sehr sinnvoll, wenn sich die anderen mit den dreien vernetzen würden, um dann tatsächlich auf das Ziel zu kommen – von mir aus auch in fünf Jahren, wenn es nicht anders geht –, dass wir tatsächlich zusammenarbeiten, dass wir die Sicherheit gewährleisten, dass wir Inhaltliches bei der Software gewährleisten. Wenn wir das erreichen könnten, dann wären wir wirklich ein großes Stück weiter. Aber am Finanzministerium, am TL-RZ liegt das nicht, wir werden auch mit diesen Stellen helfen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Worm:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das kann ich nicht erkennen. Damit ist die Aussprache zum Einzelplan 16 – Informations- und Kommunikationstechnik – beendet.

Wir kommen zum **Einzelplan 18 – Staatliche Hochbaumaßnahmen**. Mir liegen einige Redemeldungen vor. Als Erster hat Herr Abgeordneter Malsch, Fraktion der CDU, das Wort.

Abgeordneter Malsch, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucher am Livestream, der Einzelplan 18 wurde durch das Ministerium bewertet und der Minister führt aus, dass die mittelfristige Hochbauplanung in den kommenden Jahren fortzuführen ist, um dort planvoll zu investieren. Das gilt für eine ganze Reihe an aufgeführten Maßnahmen und es ist positiv zu erkennen, dass die Vorabinvestitionen oder die Vorabkosten für die Planungsvorläufe auch hier finanziert werden sollen. Wir finden das gut, dass jetzt auch die Erkenntnis gekommen ist, dass man Planungsvorläufe finanzieren muss. Ich kann mich gut an ein Plenum hier erinnern, wo der ehemalige Minister für Bau und Verkehr kritisiert worden ist, dass er so viele Planungsvorläufe in seinem Bereich in der Schublade hatte, die dann gar nicht zum Tragen gekommen sind, und das Geld dafür unnütz ausgegeben worden ist. Von daher will ich jetzt mal nicht sagen, es geht um die Planwirtschaft, aber es geht um zukünftig planbare Projekte der Hochbauten. Das finden wir auch in Ordnung. Das, was wir gefunden haben, haben wir korrigiert, nämlich das Thema, das nicht nur in den Liegenschaften des Freistaats Thüringen zu schauen ist, sondern auch in den übertragenen Liegenschaften und dass da ein kleines Defizit von 850.000 Euro bei der Ausstattung für die Landesforstanstalt war, ihr Objekte in Schuss zu halten. Das haben wir mit dem Haushalt korrigiert. Von daher, kann ich sagen, ist das dann zum Schluss ein guter Einzelplan geworden. Vielen Dank an der Stelle für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Worm:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Für die Fraktion der AfD hat Abgeordneter Kießling Redewunsch signalisiert.

Abgeordneter Kießling, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren an den Bildschirmen, seit Jahren sinkt langfristig betrachtet die Investitionsquote bei den Baumaßnahmen. Ich habe mir mal aufgrund der Kürze der Zeit drei Beispiele rausgenommen. Im Einzelplan hatten wir zum Beispiel vorgeschlagen, die 2 Millionen Euro für das Jahr 2021 bei der Förderung von Photovoltaikanlagen auf der landeseigenen Immobilie zu sparen und lieber in die Polizeistation in Arnstadt zu investieren, denn hier ist leider schon lange nicht mehr richtig investiert worden.

Bei der Fusion der Kreise Arnstadt und Ilmenau wurde die Polizeiinspektion in Arnstadt an der Bundesstraße B 4 aufgegeben zugunsten vom Standort Ilmenau. Der Umzug in ein aus den 50er-Jahren altes, kleines Objekt der Forstanstalt war keine gute Entscheidung rückblickend, denn die Station ist nun im alten Gewerbegebiet gelandet an einer sehr schlecht erhaltenen Straße aus DDR-Zeiten. Hier gibt es keinen vernünftigen Fußweg, spärliche Beleuchtung in der Nacht und keine Bushaltestelle. Für ortsunkundige Bürger ist diese Polizeistation schlecht zu finden. Sollte die Polizei auf dieser schlechten Straße es einmal eilig haben – was eventuell mal vorkommt –, so sind hier ohne Weiteres Schäden an Fahrzeugen aufgrund der vielen Bo-

(Abg. Kießling)

denunebenheiten möglich. Daher gibt es auch eine öffentliche Petition, welche durch die Stadtratsfraktion in Arnstadt angeschoben wurde, mit dem Wunsch, dass die Polizeistation besser erreichbar sein muss für die Bürger. Sie soll wieder zurück ins Zentrum bzw. an das Zentrum der Stadt Arnstadt heran, was ich auch hier als direkt gewählter Abgeordneter dieses Kreises nur befürworten kann, denn im IIm-Kreis und im Einzugsgebiet von Arnstadt liegt das größte Gewerbegebiet Thüringens. Auch ist hier die Kriminalitätsrate im Vergleich zu Ilmenau weiter steigend. Unsere Polizei macht zwar eine gute Arbeit, dennoch ist – wie gesagt – die Kapazität des Objekts an der Grenze angekommen und entsprechend erschöpft. Es kann auch nicht sein, dass an dem neuen Standort keine Garagen für die Einsatzfahrzeuge vorhanden sind, wo diese doch am alten Standort an der B 4 vorhanden waren. Gerade im Winter ist das Vorhandensein der Garage für die Einsatzfähigkeit mehr als wichtig.

Wir haben Ihnen deshalb auch heute noch mal einen Änderungsantrag zur Beschlussempfehlung eingereicht. Im Kapitel 18 03 haben wir einen neuen Titel 821 01 für den Erwerb von Grundstücken, von diesem Grundstück, mit 300.000 Euro angesetzt und im neuen Titel 712 34 für den Neubau der Polizeistation 1,6 Millionen Euro veranschlagt. Vor dem Zusammenschluss der Kreise Arnstadt und Ilmenau war am Standort an der B 4 bereits der Bauplan für die neue Polizeiinspektion Arnstadt fertig. Dies sollte nun dringend nachgeholt werden und so auch der Petition Abhilfe geschaffen werden, damit die Polizei für die Bürger wieder vernünftig erreichbar ist und um die Arbeit im IIm-Kreis für die Polizei mit vernünftigen Arbeitsbedingungen und Raumangeboten zu ermöglichen, gerade im Hinblick auf die Kriminalitätsrate und auch auf das größte Gewerbegebiet Thüringens. Denn auch hier erwarten die ausländischen Investoren eine sichtbare Polizeistation und nicht versteckt irgendwo im alten Gewerbegebiet.

Vizepräsident Worm:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Kießling, AfD:

Die Polizeistation Meiningen wollen wir auch noch haben, da gibt es noch einen Änderungsantrag. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Worm:

Danke sehr. Aus den Fraktionen heraus liegt mir eine weitere Redemeldung vor. Herr Abgeordneter Bergner.

Abgeordneter Bergner, FDP:

Vielen Dank, Herr Präsident. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir haben auch in diesem Einzelplan Änderungsvorschläge unterbreitet. Hier ist unter anderem eine Baumaßnahme vermerkt, die einen Neubau für die Unterbringung einer Ausstellung vorsieht. Das ist mit Sicherheit perspektivisch ein wichtiges Vorhaben, das wir grundsätzlich nicht in Rede stellen wollen, aber es sind eben Ausgaben drin in Höhe von 1,3 Millionen Euro und Verpflichtungsermächtigungen, meine Damen und Herren, für die nächsten Jahre in Höhe von weiteren 2 Millionen Euro. Und – das ist erstaunlich – in 2019 wurden hierfür keine Mittel abgerufen und in 2020 gar nicht erst welche eingestellt. Es kann also, meine Damen und Herren, so dringlich nicht gewesen sein. 3,3 Millionen Euro – und das, obwohl Sie den Haushalt für Ihre Wünsche historisch aufgebläht haben

(Abg. Bergner)

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Ach, ach!)

und obwohl Sie Rücklagen aufgebraucht haben, ohne auch nur im Ansatz zu schauen, wo man zurückhaltender

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Geben Sie doch mal ein Beispiel!)

oder zu einem anderen Zeitpunkt Geld ausgeben könnte.

Meine Damen und Herren, Sie haben vorhin über notwendige Baumaßnahmen gesprochen in den Kommunen, bei der Polizei, in den Schulen oder eben auch bei der Landesfeuerwehrschule. Sie hätten unserem Antrag folgen und das Geld da investieren sollen, wo es selbst nach Ihrer eigenen Ansicht besser investiert wäre. Aber das, was Sie hier machen, ist nicht nur ein historisch voluminöser Haushalt, es ist auch eine historische Geldverschwendung, meine Damen und Herren,

(Beifall FDP)

und zwar unter Aufbrauchen aller Ersparnisse und unter Aufnahme neuer Kredite.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich sage es immer wieder, auch wenn Sie es nicht hören wollen, erinnern wir an die geradezu biblisch fetten Jahre, die wir in der vergangenen Legislaturperiode hatten. Hätten Sie auf den Rechnungshof gehört und das Geld, was Sie die letzten Jahre eingenommen haben, wenigstens ansatzweise gespart, dann hätten Sie jetzt noch einiges übrig zur Bewältigung der Corona-Krise, Rücklagen für Beamtenpensionen, die Sie das zweite Jahr infolge aussetzen. Sie hätten sicher noch den einen oder anderen Euro für Neubauten wie für diese Ausstellung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke Ihnen.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Worm:

Vielen Dank. Gibt es jetzt aus den Fraktionen weiteren Redebedarf? Das kann ich nicht feststellen, für die Landesregierung ebenso nicht. Damit ist die Aussprache zum Einzelplan 18 – Staatliche Hochbaumaßnahmen – beendet.

Wir würden eigentlich in die Schlussrunde kommen, aber wir machen noch mal 5 Minuten Lüftungspause.

(Beifall CDU, SPD)

Es ist 17.55 Uhr, wir fahren fort in der Tagesordnung.

Nach Abarbeitung der Einzelpläne kommen wir nun zur **Schlussrunde**. Die Redezeiten verteilen sich auf die Fraktionen wie folgt: Fraktion Die Linke 13 Minuten, der AfD 12 Minuten, der CDU 12 Minuten, der SPD 8 Minuten, Bündnis 90/Die Grünen 8 Minuten und für die Fraktion der FDP stehen ebenfalls 8 Minuten Redezeit zur Verfügung. Nach 13 Minuten Redezeit der Landesregierung verlängert sich die Redezeit jeder Fraktion gemäß § 29 Abs. 4 der Geschäftsordnung entsprechend. Mir liegen zwischenzeitlich aus allen Fraktionen für die Schlussrunde Redewünsche vor. Wir beginnen mit Herrn Abgeordneten Kießling, AfD-Fraktion.

Abgeordneter Kießling, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren, wir haben heute die Debatte zum Nachtragshaushalt 2020 und dem Haushalt 2021 erlebt. Dieser Haushalt und diese Debatte wa-

(Abg. Kießling)

ren einzigartig. Einzigartig durch die Corona-Pandemie oder zu sagen wie er ist, einzigartig durch die verordneten Verbote.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ha, ha, ha!)

Die Corona-Maßnahmen machten eine Neuverschuldung für den Haushalt 2020 in Höhe von 1,268 Milliarden Euro notwendig, allerdings eigentlich nicht. Es wurde ein Feuerwerk von Hilfsprogrammen aufgelegt, so könnte man meinen, jedoch kommen diese Corona-Hilfen nicht überall an und sie sind nicht ausreichend.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich denke, wir brauchen sie nicht!)

Gerade, wenn wir die Veranstaltungsbranche, die vielen Solo-Selbstständigen betrachten, hier wurden zwar die Fixkosten in Höhe von 5.000 Euro bei dem ersten verhängten Berufsverbot im Frühjahr gezahlt, doch zum Leben reicht es leider nicht. Auch bei dem neuerlich verhängten Berufsverbot sind wieder viele Hilfen angedacht, jedoch werden hier wieder nur pauschale Fixkosten erstattet. Es reicht zum Leben nicht, meine Damen und Herren. Die Veranstaltungsbranche wie auch unsere Gastwirte und die vielen anderen Selbstständigen möchten keine Almosen, sie wollen endlich wieder arbeiten dürfen.

(Beifall AfD)

Natürlich gern auch mit entsprechenden Hygienekonzepten ohne Corona-Wahn, Herr Müller.

(Zwischenruf Abg. Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie müssen mal aufhören! Sie tragen doch dazu bei!)

Die Gaststätten haben bewiesen, dass Hygienekonzepte wirksam waren und sie nicht für die Verbreitung von dem Virus verantwortlich sind und dennoch haben Sie wieder einmal für alle Gaststätten Berufsverbot erteilt. Dies ist nicht verhältnismäßig, meine Damen und Herren!

Ein Feuerwerk wird es Ende dieses Jahres leider nicht in gewohnter Weise geben, denn der Verkauf von Feuerwerkskörpern für den Einzelhandel wurde von der Landesregierung verboten. Dies ist ein historisches Verbot, was die Branche der Feuerwerke in Existenznot bringen kann. Da gibt es auch nichts zu lachen auf der linken Seite.

(Beifall AfD)

Auch die Frage ist noch nicht bis zum Schluss geklärt, meine Damen und Herren, wohin mit den ganzen explosiven Stoffen, die nicht die Lagerverkaufsstätten verlassen können. Hier hat die Landesregierung mit Ihrem Verbot ein explosives Gemisch produziert, hier wird das Gericht das letzte Wort haben. Und Sie, Astrid Rothe-Beinlich, haben hier nicht das Wort.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sagen Sie mal, geht's noch? Sie haben Abgeordneten im Parlament nicht zu sagen, wann sie sprechen dürfen!)

Im Jahr 2021 werden wir leider ein weiteres Sterben der Läden in den Innenstädten erleben und auch Finanznöte in den Kommunen durch das Wegbrechen der Steuereinnahmen bei der Gewerbesteuer. Daher haben wir entsprechende Änderungsanträge zur Stabilisierung der Kommunen, kommunalen Finanzen, eingebracht, welche nun auch teilweise von der Regierungskoalition übernommen wurden. Beispielhaft sind die 100 Millionen Euro mehr für den KFA. Dies ist nicht die Errungenschaft der CDU, auch wenn Herr Voigt sich dies nun zu eigen machte. Die wahre Heimatpartei ist die AfD, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD)

(Abg. Kießling)

(Zwischenruf Abg. Prof. Dr. Voigt, CDU: Das Protokoll notiert Gelächter!)

Auch hat die AfD über 300 Änderungsanträge zum Beispiel für die Unterstützung der Hebammen und für die Pflege im ländlichen Raum eingebracht. Für die Pflege im ländlichen Raum haben wir 4 Millionen Euro angesetzt. Die CDU und Rot-Rot-Grün haben für diesen Titel 684 80 sagenhafte 0 Euro eingestellt, meine Damen und Herren. Das ist schon sehr bezeichnend. Für Ihre Programm „Demokratie, und Toleranz und Weltoffenheit“ investieren Sie 5,8 Millionen Euro, was wir mittels Antrag gestrichen haben und in ein Landesprogramm „Meine Heimat, mein Thüringen“ gewandelt haben. Denn hier in Thüringen werden die hart erarbeiteten Steuermillionen gebraucht und nicht in aller Welt. Im Bereich Migration haben wir Änderungsanträge mit einem Sparvolumen von 29,92 Millionen Euro eingereicht, was Sie von den sogenannten demokratischen Fraktionen alles abgelehnt haben. Ebenso unsere Anträge für die Musikschulen, den Sie dann doch noch übernommen haben und die Änderungsanträge für die Kommunen oder auch den Antrag zur Unterstützung der Landwirte im Rahmen der Afrikanischen Schweinepest, mein Kollege hat schon dazu ausgeführt.

Auch haben wir für mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung der Bundesmittel und Landesmittel innerhalb der kommunalen Familie noch einen Änderungsantrag eingebracht, mit dem Titel „Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes“. Wie sich auf Seite 9 des Prüfberichts des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales zur Kleinen Revision nach § 3 Abs. 6 des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes als Anlage zum vorliegenden Gesetzentwurf der Landesregierung entnehmen lässt, ist die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften nach dem Sozialgesetzbuch, dem Zweiten Buch, in Thüringen von 94.131 im Jahr 2015 auf 69.462 im Jahr 2019 und damit um mehr als ein Viertel zurückgegangen. Zudem hat der Bund mit § 3 Abs. 2 Nr. 3 seiner Verordnung zur Festlegung und Anpassung der Bundesbeteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung für das Jahr 2020 in der Bundesbeteiligungs-Festlegungsverordnung 2020 in ihrer Fassung vom 6. Oktober 2020 seine Beteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1 SGB II für den Freistaat Thüringen für das gesamte Jahr 2020 um 25,6 Prozent und das Jahr 2021 um 24,1 Prozent im Gegensatz zum Jahr 2019 erhöht.

Damit sind die Gründe, die aus Sicht der rot-rot-grünen Landesregierung zur Änderung des Soziallastenansatzes in § 13 Abs. 2 des bisherigen Finanzausgleichsgesetzes mit dem Thüringer Gesetz zur Novellierung des Kommunalen Finanzausgleichs vom 21. Dezember 2015 geführt haben, nunmehr nachträglich entfallen. Selbiges ist im Hinblick auf eine sonst bestehende Ungleichbehandlung zwischen kreisfreien Städten und Landkreisen auf der einen und kreisangehörigen Gemeinden und Städten auf der anderen Seite bei der Verwendung der Schlüsselmasse zu korrigieren. Dies ist Gegenstand unseres Änderungsantrags zum vorliegenden Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes, denn für uns ist es nicht länger hinnehmbar, wie die kreisangehörigen Gemeinden und Städte in der Landrät erepublik Thüringen hier über den Tisch gezogen werden.

(Beifall AfD)

Ein weiterer Antrag: Zur Unterstützung und für mehr Gerechtigkeit sorgt unser Änderungsantrag zum Thema „Härtefallfonds“ bei den Straßenausbaubeiträgen. Hier hat die Landesregierung bisher 28,5 Millionen Euro eingestellt für die Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zum Ausgleich des Wegfalls von Straßenausbaubeiträgen. Wir packen noch mal 15 Millionen dazu, damit die Erstattung an die Gemeinden ausreichend untersetzt ist und nicht die Mittel ausgehen, wie auch schon bei den Gewerbesteuer einnahmen.

Diese Abschaffung der Straßenausbaubeiträge war auch ein Erfolg der AfD und des Drucks der vielen Bürgervereinigungen, insbesondere der Bürgerallianz Thüringen, gegen erhöhte Kommunalabgaben e.V. Danke für Ihren Einsatz, liebe Bürger.

(Abg. Kießling)

(Beifall AfD)

Danke auch an die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung, insbesondere auch an Herrn Bieler und Herrn Apel, für ihren Einsatz bei der Haushaltsaufstellung und dem Drumherum. Natürlich danke auch an Herrn Emde für die gute Führung des Haushalts- und Finanzausschusses. Danke auch an die Finanzministerin, dass wir heute auch über einen Nachtragshaushalt reden konnten für 2020. Die AfD-Fraktion hatte sich von Anbeginn dafür eingesetzt, dass wir entsprechend einen Nachtragshaushalt bekommen. Es war uns von Anfang an klar, dass die Corona-Maßnahmen eben nicht mit einem Sondervermögen einfach so abgedeckt werden können.

Allerdings haben Sie und die rot-rot-grüne Koalition inklusive CDU hier für den Haushalt 2020 und 2021 unsere Forderung, das Einsparpotenzial zu heben, nicht umgesetzt. Dies zeigt uns deutlich, dass Sie eben nicht einen besonders nachhaltigen und ausgewogenen Haushalt aufgestellt haben, denn gerade in Corona-Zeiten muss sparsam mit Steuermitteln umgegangen werden.

(Beifall AfD)

Dass die Steuereinnahmen in Zeiten von Corona zurückgehen, zeigt auch die Novembersteuerschätzung. Hier wurde das Haushaltsvolumen von 12 Milliarden auf 11,738 korrigiert. Ob dies die letzte Korrektur bleibt, ist abzuwarten. Ich habe da meine Zweifel an den verordneten Maßnahmen. Da sind dieser Nachtragshaushalt 2020 und der Haushalt 2021 uns als AfD-Fraktion leider nicht zustimmungsfähig.

Einige Änderungsanträge stellen wir aber eben noch zur Abstimmung und bitten dann um Ihre Zustimmung, genauso auch um Zustimmung für unseren Antrag zur Sanierung der Polizeischule in Meiningen. Dort sind die Unterkünfte noch aus DDR-Zeiten, die müssen dringend saniert werden. Es nützt das schönste Anwerbeprogramm nichts, wenn die Ausbildungsbedingungen nicht geeignet sind. Hier haben wir 60 Millionen insgesamt eingestellt für den Haushalt und bitten dann entsprechend um Zustimmung. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Worm:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Als nächsten Redner rufe ich Herrn Abgeordneten Hande, Fraktion Die Linke, auf.

Abgeordneter Hande, DIE LINKE:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Rahmenbedingungen, unter denen wir jetzt den Nachtragshaushalt 2020 sowie den Haushalt für das kommende Jahr beschließen wollen, könnten kaum schwieriger sein. Wie bereits von zahlreichen Vorrednerinnen ausgeführt, befinden wir uns seit Beginn dieses Jahres in einer pandemischen Situation, in deren Folge wir unter anderem im laufenden Haushaltsjahr mit Steuermindereinnahmen in Höhe von ca. 728 Millionen Euro konfrontiert sind. Trotz dieser Mindereinnahmen waren und sind wir gewillt, den Menschen in unserem Land ebenso wie den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteuren ein Höchstmaß an Stabilität und Unterstützung zukommen zu lassen. Aus diesem Grund sind wir im Jahr 2020 nicht in eine Streichorgie bei den Landesausgaben verfallen, um die Mindereinnahmen abzufangen, sondern haben versucht und verfolgen das weiter, durch gezielte und schnelle Hilfsmaßnahmen entgegenzusteuern. Dafür haben wir Anfang Juni ein Corona-Hilfsprogramm aufgelegt.

Ich möchte an der Stelle der Landesregierung danken, die mit uns gemeinsam dafür gesorgt hat, dass Menschen, Unternehmen und Kommunen schnell und halbwegs unbürokratisch geholfen werden konnte. Da, wo

(Abg. Hande)

es nicht ganz so zielgenau war, kann und wird jetzt nachgesteuert, denn der Wirtschaftsplan des nach wie vor bestehenden Sondervermögens ist nicht in Stein gemeißelt und wird der Entwicklung und den Bedürfnissen angepasst.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung bleibt angespannt. Wie aus der Mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre bis 2024 zu entnehmen ist, steigen die bereinigten Gesamteinnahmen nur langsam. So liegen diese aller Voraussicht nach im Jahr 2022 bei 10,1 Milliarden Euro, im Jahr 2023 bei 10,2 Milliarden Euro und steigen dann im Jahr 2024 auf ca. 10,5 Milliarden Euro. Vor diesem Hintergrund ist es das Hauptziel der rot-rot-grünen Koalition, nicht nur mit dem Haushalt 2021 weiter für Stabilität in Thüringen zu sorgen, sondern auch die folgenden Jahre im Blick zu haben. Mit der Änderung der Landeshaushaltsordnung in der letzten Plenarsitzung haben wir die Haushalte künftiger Jahre im dreistelligen Millionenbereich entlastet. Das ist eine Stellschraube, weitere werden folgen müssen, wie es auch Finanzministerin Heike Taubert bereits ankündigte.

Auf der Ausgabenseite stellt der Bereich Bildung wie in jedem Jahr auch im Haushalt 2021 mit 2,9 Milliarden Euro den größten Einzelposten dar. Hier sind wir insbesondere mit Personalausgaben in Höhe von ca. 1,4 Milliarden Euro konfrontiert. Für einen Financer ist das vielleicht zunächst eine eher negative Aussage, aber es ist eine gute Nachricht für unser Land. So haben wir nicht nur die Besoldung der Regelschullehrer von A12 auf A13 angehoben, sondern nun auch die der Grundschullehrerinnen und -lehrer, und zudem konnten wir zudem 900 weitere Stellen im Bereich Bildung allgemein schaffen. Meine Kollegen Torsten Wolf und Christian Schaff führten da bereits genauer aus.

Vielleicht an der Stelle noch ein paar weitere Eckwerte, die den vorgelegten Haushalt charakterisieren: Im Jahr 2014 waren Investitionen in Höhe von 1.112.011.000 Euro etatisiert. Es war eine Investitionsquote von 12,4 Prozent. Im Jahr 2021 sind es nun 1.975.336.500 Euro, was einer Investitionsquote von 16,5 Prozent entspricht – ein Aufwuchs von 78 Prozent. Nun könnten Sie natürlich sagen, das wird im Vollzug alles so nicht kommen, aber dann blicken wir doch mal auf den Haushalt 2020, wo wir aller Voraussicht nach auf eine Investitionsquote von ca. 15 Prozent kommen werden.

Ein weiteres Wort zur Personalausgabenquote: Diese betrug im Haushalt 2020 27,8 Prozent. Im Entwurf der Landesregierung betrug diese 27,9 Prozent und mit dem jetzt zu beschließenden Haushalt liegen wir bei 26,8 Prozent.

Ein weiteres Wort zum Thema „Schulden“: Der Schuldenstand des Freistaats betrug am 31.12.2014 15.856.743.000 und noch ein paar Euro mehr. Am 31.12.2019 betrug der Schuldenstand 14.944.305.000 Euro. Das ist verglichen zwischen den Jahren 2014 und 2019 ein Anstieg von 10,4 Prozent. Mit der Kreditaufnahme jetzt von ca. 1,55 Milliarden Euro liegen wir höchstwahrscheinlich Ende des Jahres 2021 bei 16,5 Milliarden Euro.

Ich möchte mir an der Stelle erlauben, den Blick auch auf andere Bundesländer zu richten. Wie das Handelsblatt kürzlich meldete – ich darf, Herr Präsident, die Zahlen zitieren –, hat Sachsen einen Zuwachs von 89,6 Prozent in der Verschuldung, Bayern plus 30,6 Prozent, Bremen plus 20,4 Prozent. In NRW ist die absolute Neuverschuldung – die liegen da an der Spitze –, dort sind es 17 Milliarden Euro im Rahmen der Corona-Hilfsmaßnahmen. Das sind auf die Einwohner heruntergebrochen 950 Euro pro Einwohner. In Thüringen beträgt diese Zahl 730 Euro pro Einwohner. Und dennoch: Diese Zahlen sind natürlich alle nicht schön, zeigen aber, dass wir in Thüringen maßvoll und umsichtig vorgehen.

(Abg. Hande)

Solche Vergleiche ließen sich noch an mehreren Stellen ziehen. Aber Fakt ist, dieser Haushalt ist eben nicht nur ein Haushalt, der verschiedene Vorhaben etatisiert, er ist auch der Haushalt einer Minderheitsregierung sowie ein Stück weit Pandemie-Haushalt. Trotzdem oder gerade auch deshalb ist es ein guter Haushalt.

Eine Anmerkung zum Verfahren möchte ich noch machen, vielleicht auch zwei. Kollege Emde hat zu Beginn des heutigen Tages mit seinem Bericht schon einiges dazu gesagt. Im Beschlussverfahren lagen dem Haushalts- und Finanzausschuss über 1.000 Änderungsanträge vor – konkret waren es, soweit ich weiß, 1.061 –, die wir im Ausschuss alle einzeln abgestimmt haben. Darunter waren auch zahlreiche Änderungsanträge der Koalition und/oder CDU zur Aufstockung beziehungsweise Stärkung des Bereichs der Digitalisierung und des Breitbandausbaus.

Ich neige fast dazu, mich an der Stelle zu entschuldigen, dass ich wieder das Thema FDP aufgreifen muss. Aber im Verfahren war es auffällig. Die FDP-Fraktion hat alle Anträge, wie es die Kolleginnen Merz und Henfling bereits im Einzelplan 16 ausgeführt haben, im Bereich Digitalisierung abgelehnt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und nicht nur das, auch einzelne Änderungsanträge der FDP richteten sich an verschiedenen Stellen auf die Kürzung von Mitteln im Bereich der Digitalisierung. Das war deshalb so auffällig, da mir persönlich noch immer der Slogan der FDP „Digital first. Bedenken second.“ im Ohr liegt. Und ja, Herr Kemmerich, Sie haben hier vorhin versucht, das alles noch mal schönzureden. Aber da sage ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, da passen Ihre Worte und Ihre Taten einfach nicht zusammen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Montag, FDP: Ignoranz ist auch eine Kunst!)

Bevor Sie jetzt warm werden, möchte ich einen Satz an die AfD richten.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Ach, nein!)

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Ach, nein!)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach, nein!)

Sehr geehrter Herr Höcke! Er ist nicht da, ich nehme das zurück. Herr Höcke sprach eingangs von einem Änderungsantrag seiner Fraktion, mit welchem er die automatische Diätenerhöhung korrigieren wollte – konkret ging es dabei um die Kürzung der Grundentschädigung der Abgeordneten – mit der Begründung der Aussetzung der automatischen Diätenerhöhung. So berechtigt es ist, diesen Punkt zu diskutieren, so handwerklich falsch ist dabei Ihr Vorgehen. Um da etwas zu ändern, braucht es keinen Änderungsantrag für den Haushalt, sondern eine Änderung der Thüringer Verfassung. Ich weiß, die Kolleginnen und Kollegen von der AfD haben es nicht so mit der Verfassung. Aber vielleicht sollten Sie diese mal lesen. Artikel 54 ist das in diesem Fall – aber das nur exemplarisch genannt. In der Summe rühmt sich die AfD mit ihren über 300 Änderungsanträgen. Aber es war und ist einfach nur schade um das Papier.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend feststellen, dass der Ihnen vorliegende Haushalt 2021 in diesen schwierigen Zeiten der finanzpolitische Fels in der Brandung unseres Bundeslandes ist.

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Schade um die Zeit!)

Seine Erarbeitung war tatsächlich keine leichte Geburt. Daher möchte ich zunächst der Finanzministerin und ihren Kolleginnen und Kollegen aus dem TFM danken. Gleiches gilt natürlich auch für die zuständigen Mitar-

(Abg. Hande)

beiterinnen und Mitarbeiter aller Häuser. Darüber hinaus gilt mein Dank an der Stelle auch ausdrücklich der CDU-Fraktion. Denn wie bereits gesagt, haben wir nicht nur eine besondere pandemische Lage, sondern auch eine besondere politische Lage, die Rot-Rot-Grün und CDU zu einer Zusammenarbeit genötigt hat. Wir alle hätten uns wahrscheinlich etwas Anderes gewünscht. Aber vielleicht ist es in diesen schwierigen Zeiten gar nicht mal so schlecht, wenn der Haushalt für unser Land trotz aller politischer Differenzen ein guter Kompromiss ist und von einer breiten Masse des Parlaments getragen wird.

Mein letzter Dank ist an die Finanzreferenten der Fraktionen gerichtet. Ohne die unermüdliche Arbeit von Jan Richter, Stephan Schuhmacher und Andreas Schuster wäre eine Haushaltsaufstellung in dieser Zeit und unter diesen Bedingungen nicht möglich gewesen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich wünsche ganz persönlich allen dreien, dass sie nun über die Feiertage zur Ruhe kommen, zur Ruhe kommen können und nicht jede Nacht von Zahlen träumen.

Ihnen allen wünsche ich ein frohes Weihnachtsfest und bleiben Sie gesund. Und da wir gleich in die Abstimmung gehen werden, bitte ich Sie um Zustimmung zum Nachtragshaushalt, aber auch zum Haushalt 2021. Denn es liegt Ihnen vor dem Hintergrund der eingangs dargestellten sehr schwierigen Gesamtsituation nicht irgendein Thüringer Landeshaushalt vor, sondern der Thüringen-Haushalt. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Worm:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Ganz so schnell gehen wir nicht in die Abstimmung, sondern als Nächste hat Frau Abgeordnete Merz aus der SPD-Fraktion das Wort.

Abgeordnete Merz, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, werte Zuschauerinnen und Zuschauer am Live-Stream, am 4. September, vor mehr als 100 Tagen, haben wir in diesem Haus mit der ersten Lesung des Landeshaushaltsgesetzes 2021 begonnen. Es folgte ein – wie sich zeigte – turbulenter und ereignisreicher Prozess, der im starken Kontrast zu den Haushaltsberatungen der Vergangenheit stand, wie ich mir immer wieder sagen ließ. Zu den Beratungen in ungewohnter Konstellation kam die Bewältigung der Corona-Krise mit all ihren uns teilweise immer noch unbekanntem Auswirkungen hinzu. Von dem, was die Landesregierung Anfang September hier im Thüringer Landtag als Vorschlag einbrachte, wurde in der Zwischenzeit Vieles grundlegend geändert.

Die Gründe hierfür sind unterschiedlich. Einerseits haben sich die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen zwischenzeitlich wieder verändert – die Steuerprognosen fielen im Vergleich zu Mai diesen Herbst etwas besser aus. Auch aus diesem Grund schlagen im Gegensatz zu den Entwürfen der Landesregierung nicht mehr 1,83 Milliarden Euro, sondern nur noch 1,55 Milliarden Euro bei der Kreditaufnahme zu Buche. Für die Haushälter unter uns und sicher auch für die Finanzministerin ist dies grundsätzlich erst einmal eine erfreuliche Entwicklung. Gleichzeitig steigt das Haushaltsvolumen jedoch im Jahr 2021 auf 11,739 Milliarden Euro spürbar an. Ein Grund hierfür ist die Überführung des von der Landesregierung ursprünglich geplanten Sondervermögens in dreistelliger Millionenhöhe aus einem Sondervermögen in den Landeshaushalt. Dies war im November einer der Knackpunkte, aber auch ein geeinter Haushaltseckpunkt, der bei den Verhand-

(Abg. Merz)

lungen zwischen Rot-Rot-Grün und der CDU festgelegt wurde, die sich nach anfänglicher Zurückhaltung erst da in die weitere Gestaltung des Haushaltes einbrachte.

Dabei hat sich gezeigt – auch wenn manche das nicht unbedingt gern hören –, dass die Gemeinsamkeiten bei den Zielsetzungen in diesem Landeshaushalt, sicher auch mit Blick auf die Verantwortung gegenüber diesem Land in einer Pandemie, aber auch mit Rückblick auf die Regierungskrise im Februar, waren häufig größer, als man anfangs vermutet hatte. Bei den Themen „Waldhilfen“, „Polizei“, „Investitionen in den ÖPNV“ und „Straßenbau“ waren sich die Fachpolitiker der Fraktionen meist schnell einig. Geholfen hat dabei sicher auch die in den Verhandlungen vereinbarte Auflösung der Rücklage, die lange ebenfalls ein großer Streitpunkt von Rot-Rot-Grün und der CDU war. Dieser zusätzlich verfügbare Haushaltsrahmen für Investitionen nicht im Sondervermögen, sondern im Haushalt ist ein weiterer Grund für den Anstieg des Haushaltsvolumens.

Sehr geehrte Damen und Herren, bei allen zeitlich engen und inhaltlichen Schwierigkeiten in den Verhandlungen, den nächtlichen Sitzungen und den vielen Sonderrunden, die wir gedreht haben: Am Ende liegt ein Haushalt vor, der diesem Land in der Krise die Möglichkeit gibt, handlungsfähig zu bleiben und vor allem weiter zu investieren.

(Beifall SPD)

Denn gegen eine Krise sollte gerade die öffentliche Hand nicht mit Gewalt ansparen. Nein, sie muss Vorbild sein, auch für kontinuierliche Investitionen bei unseren Kommunen und in der Privatwirtschaft. Vielmehr müssen neue und alte Probleme auf Landesebene gezielt weiter angegangen werden, gerade dann, wenn der Wandel wie zum Beispiel bei Digitalisierung oder wie jetzt im Gesundheitswesen unvermeidbar ist. Wir alle haben es aktuell im Lockdown in fast allen Bereichen des Lebens und der Gesellschaft selbst erfahren müssen: Man soll sich ihm offensiv entgegenstellen, anstatt den Kopf einzuziehen.

Und ja, durch die Corona-Pandemie treten andere bestehende Probleme in der Wahrnehmung vielleicht kurzfristig ein Stück in den Hintergrund. Sie verschwinden aber nicht, zum Beispiel beim Thema „Waldumbau“. Auch hier fließen nach Änderungsanträgen im kommenden Jahr insgesamt 26 Millionen Euro zusätzlich, unter anderen 7,5 Millionen Euro für die kommunalen Waldflächen. Ein altes Problem gemeinsam gelöst oder zumindest angegangen – aus meiner Sicht durchaus ein erfolgreicher Punkt in diesen Haushaltsberatungen. Das ist ebenfalls das Thema der fehlenden Erzieherinnen und Erzieher in unseren Kindergärten – alles nicht neu und schon oft besprochen, aber wenn wir die Betreuung unserer Jüngsten zukünftig auf qualitativ hohem Niveau sicherstellen wollen, brauchen wir viel mehr Erzieherinnen und Erzieher. Deshalb hat sich insbesondere meine Fraktion dafür starkgemacht, die praxisintegrierte Ausbildung auf 120 Ausbildungsplätze zu verdoppeln und diese Finanzierung zu 100 Prozent durch das Land zu stellen, ohne Kommunen oder freie Träger damit zu belasten.

Die Überführung von 840 befristeten Stellen für Lehrerinnen und Lehrer in unbefristete Verhältnisse wurde hier zu Recht bereits mehrfach angesprochen, denn es ist ein wichtiges Element, dem Mangel an Lehrkräften in unserem Land besser entgegenzuwirken.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer, mit dem erzielten Ergebnis von 200 Millionen Euro für eine kommunale Finanzgarantie ist ein wichtiger Schritt gemacht worden, um unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen Planungssicherheit für das kommende Jahr zu verschaffen. Gerade in Zeiten der Krise – und das sage ich nicht zuletzt als kommunalpolitische Sprecherin meiner Fraktion – ist es wichtig, dass die

(Abg. Merz)

Kommunen und damit die Menschen direkt vor Ort nicht von den ganz harten Auswirkungen von der Corona-Krise heimgesucht werden.

Es war von Anfang an unser Ziel, die erreichten Standards mindestens zu erhalten und den Kommunen für 2021 Planungssicherheit zu geben. Wichtig dabei war uns als SPD jedoch, dass dies eben kein Vorgriff auf einen notwendigen, zu reformierenden KFA darstellen darf. Das ist und bleibt die Aufgabe des Unterausschusses für das kommende Jahr.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, wenn wir davon sprechen, nicht gegen die Krise anzuspüren, dürfen zahlreiche Maßnahmen zur Bewältigung eben genau dieser Krise nicht fehlen: für den Gesundheitsschutz, für die kommende Impfkampagne, die Anschaffung von Schutzausrüstungen, Investitionen in den Pflegebereichen, in den kommunalen Krankenhäusern wie auch für den Krankenhauszukunftsfonds. Viele Mittel wurden auch in dem Sondervermögen dafür bereitgestellt. Die Zahl der Medizinstudienplätze wird dank einer gemeinsamen fraktionsübergreifenden Initiative und zusätzlichen 4 Millionen Euro im Haushalt weiter erhöht. Parallel dazu gibt es 16 Millionen Euro für Investitionen an das Uniklinikum Jena.

Sehr geehrte Zuschauer, werte Kolleginnen und Kollegen, der vorliegende Haushalt 2021 setzt deutliche Signale bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen und es wird ordentlich investiert. Es muss uns allen aber auch klar sein, bei all diesen Notwendigkeiten, aber auch einigen kleinen Wohltaten, die dieser Haushalt bereithält: Es wird in den nächsten Haushalten wieder wesentlich weniger werden müssen. Perspektivisch werden wir die Investitionen zur Bewältigung, zur Eindämmung und zur Abmilderung der Krise zurückfahren müssen.

Vizepräsident Worm:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordnete Merz, SPD:

Dabei hilft uns auch die Änderung der LHO letzten Freitag, in der wir die Tilgungsdauer auf acht Jahre entzerrt haben, um den späteren Landeshaushalten etwas Luft zu verschaffen.

Am Ende gilt mein Dank für diesen geeinten Landeshaushalt an alle, die konstruktiv und verantwortungsvoll diesen Haushalt und den Nachtragshaushalt mitgestaltet haben.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Worm:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist jetzt zu Ende. Ich rufe als nächsten Redner Herrn Abgeordneten Montag, Fraktion der FDP, auf.

Abgeordneter Montag, FDP:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich liebe es ja, wenn es ein bisschen emotional zugeht, das ist auch richtig. Scheinbar gehört auch ein Stück weit dazu, mit einem gewissen Maß an Ignoranz durch politische Debatten zu gehen. Nicht nur, lieber Herr Hande, hat der Kollege Kemmerich versucht, Ihnen und Ihren Kollegen mal näherzubringen, dass nicht die Summe entscheidend ist, also die Frage, wie viel Geld man für etwas ausgibt, sondern was man damit macht, Punkt 1, und Punkt 2, ob man es tatsächlich auch umsetzen kann, das heißt, das Geld tatsächlich – auf gut Deutsch – auch auf die Straße bekommt.

(Abg. Montag)

(Beifall FDP)

Es bemisst sich sozusagen nicht an der Menge des eingesetzten Kapitals, sondern an der Wirkung des eingesetzten Kapitals. Das gilt auch und gerade für Gelder, die einem nur zur eigenen Obhut übertragen worden sind und das ist ja bei Steuergeldern der Fall.

(Beifall FDP)

Warum haben wir explizit Einzelplan 16 auf das Maß heruntergekürzt, das uns vernünftig erschien? Wir haben uns einfach über ein paar Jahre die Entwicklung des Abrufs der Mittel angeschaut. Wir haben geschaut, was haben Sie getan bei der Frage, die der Rechnungshof unter anderem kritisiert hat, nämlich Personalausstattung – da ist nicht viel passiert. Bei der Frage des geleiteten Projektmanagements, diese Kompetenzen sind augenscheinlich in der Verwaltung nicht vorhanden, ist ja auch kritisiert worden durch die Kolleginnen und Kollegen des Rechnungshofs. Wir haben uns dann gefragt, was machen wir jetzt eigentlich, wenn wir natürlich wollen, dass wir nicht nur einen Schritt weiterkommen, sondern drei, vier, fünf, denn, liebe Frau Ministerin, gerade beim OZG ist es ja bei dem Weg, den Sie noch vor sich haben bis 2022 mindestens schon fünf nach zwölf. Deswegen verstehe ich Emotionalität, ich bin ja auch selber so ein Typ und nehme das auch immer gern an, das dient ja auch dazu, Positionen klarzumachen. Aber ich würde, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Rot-Grün, mir wenigstens wünschen, dass Sie sich die Mühe machten, unsere Begründung für die Änderungsanträge wenigstens zu lesen, dann können wir auch über unterschiedliche Positionen debattieren, aber hier einfach vorzugehen und tatsächlichen Unsinn zu erzählen,

(Beifall FDP)

das ist dann wirklich auch nicht mehr die Debatte, die ich mir unter respektvollem Miteinander vorstelle. So viel dazu.

350 Änderungsanträge – da gibt es die Möglichkeit, noch mal ein Stück weit zurückzublicken auf eine auch für uns herausfordernde Zeit. Ich glaube, das gilt dann tatsächlich größenunabhängig von den einzelnen Fraktionen. 350 Änderungsanträge zu erarbeiten, zu begründen, zu prüfen, gegenzuprüfen, sich zu überlegen, war das eine gute Idee, welche Auswirkungen hat das, nachzufragen – das ist, wie man gute fundierte Haushaltspolitik macht. Dazu drei Entschließungsanträge, der Kollege Bergner hat das schon gesagt, mit einem Umfang von 25 Seiten, wo wir unsere Grundsätze, wenn Sie wollen, unseren haushaltspolitischen Akkord oder Dreiklang noch mal dezidiert darstellen und untersetzt haben. Denn für uns ist es wichtig zu investieren – ja –, auch in der Krise, aber für uns ist es noch viel wichtiger, richtig zu investieren.

(Beifall FDP)

Denn noch einmal: Wir haben das Geld nur treuhänderisch von denen, die das Geld tatsächlich erwirtschaftet und über Steuern in diesen Landeshaushalt gegeben haben.

(Beifall FDP)

Wir haben da zahlreiche Vorschläge gemacht, wie man in Bildung investieren kann, wie man Wirtschaft in die Zukunft begleiten kann. Kollege Schubert, bei allem Respekt, aber Sie haben ja eben den Transformationsfonds angesprochen – und es ist exemplarisch, dass Sie leider Wirtschaftspolitik nach Symbolen machen. Und es ist leider so, dass Sie nicht Innovationen Raum geben, sondern versuchen, am Ende Wirtschaft zu gestalten über eine Grüne- oder Runde-Tisch-Politik. Ich möchte gerne mal wissen: Was soll denn konkret werden mit einem Produzenten des Automotive-Bereichs? In welche Innovation soll er investieren, wenn er Sie nicht persönlich, aber vielleicht auch andere aus der Politik an seiner Seite weiß, die, die kein

(Abg. Montag)

Risiko tragen, die, die nicht wissen, wie man ein Unternehmen führt und die auch drittens nicht wissen, wie die Marktsituation ausgeht. Da muss man leider so sagen: Das ist leider Wirtschaftspolitik nach dem Motto: Wenn man nicht mehr weiterweiß, dann gründet links einen Arbeitskreis.

(Beifall FDP)

Dafür kann es für uns keine Zustimmung geben, weil wir auch ganz einfach eben nicht der Überzeugung sind, was Frau Hennig-Wellsow angesprochen hat, dass es eine neue Realität gibt. Auch nach Corona wird sich Realität nicht verändern. Es werden sich Bedingungen verändern. Aber wir setzen da nach wie vor auf die Kraft der Innovation, auf die Kraft individueller Freiheit, auf das, was uns einst mal sehr erfolgreich gemacht hat, nämlich soziale Marktwirtschaft.

(Beifall CDU, FDP)

Und so können Sie das durchdeklinieren. Ich habe das gesagt, 350 Änderungsanträge noch mal zusammengefasst auf 18 Seiten.

Aber es gibt auch einen zweiten Punkt, wo wir erklären und noch mal deutlich werden lassen, wie wir uns Subsidiarität vorstellen, dass wir also auch bei der Frage der kommunalen Familie nicht diejenigen sind, die hierherkommen und sagen, das Geld kommt ja sowieso aus dem Automaten, also raus die Moneten – das würde die kommunale Familie freuen. Sondern wir haben uns den Haushalt angeschaut und haben gesagt: Wenn wir schon Gelder einstellen – auch Sie haben das ja getan –, wenn wir diese Gelder aber ganz eng definieren in ihrer Verwendung, in ihrem Ausgabezweck, dann nehmen wir doch den Kommunen die Möglichkeit, auf ihre Realität vor Ort adäquat reagieren zu können. Das Geld ist da, es ist nur für die falschen Dinge da.

(Beifall FDP)

Dafür gibt es uns Freie Demokraten, dass wir da den Finger in die Wunde legen und tatsächlich die Dinge neu denken. Also: Zweckbindung rausnehmen, das Geld den Kolleginnen und Kollegen in den Gemeinderäten, in den Städten geben, um den Bürgermeistern tatsächlich die Möglichkeit zu geben, zu entscheiden: Ich brauche Finanzen, ich brauche Investitionen, ich weiß, wo bei mir vor Ort kommunal der Schuh drückt, also kann ich auch das Geld nutzen, ohne dass ich die Landesregierung über Umwege erst danach fragen muss.

(Beifall FDP)

Vertrauen wir doch unserer kommunalen Familie! Das war das zweite Prinzip.

Und das dritte Prinzip ist eines, das schon die schwäbische Hausfrau kennt – ja, die wird immer gern bemüht; manche sagen da immer, das sei überkommen. Aber ich kann Ihnen sagen, die Frage der EZB und der Ausweitung der Geldmenge gegenüber der Gütermenge ist eben auch in der Ökonomie deutlich umstritten. Ich sage, das ist eine hochgefährliche Entwicklung. Deswegen gilt es, die Schuldenlast im Blick zu behalten, weil sie letzten Endes die Steuerlast von morgen ist. Also haben wir, wenn wir heute finanzpolitische Entscheidungen treffen, die über morgen und übermorgen hinausreichen, die über viele Jahre hinweg hinausreichen, haben wir doch die Verantwortung, jedes einzelne ...

Vizepräsident Worm:

Herr Abgeordneter Montag, auch für das dritte Prinzip ist jetzt die Redezeit zu Ende.

(Beifall DIE LINKE, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abgeordneter Montag, FDP:

Ich habe doch 8 Minuten?

Vizepräsident Worm:

Es sind 8 Minuten und 7 Sekunden.

Abgeordneter Montag, FDP:

In dem Fall freue ich mich, dass wir Ihnen weiterhin hier erhalten bleiben. Gute Ideen haben wir. Ich freue mich auf den Diskurs. Danke schön.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Worm:

Für die Fraktion der CDU hat jetzt Abgeordneter Kowalleck das Wort.

Abgeordneter Kowalleck, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde an den Anfang meiner Rede den Dank stellen. Ich denke, das ist wichtig, bevor der Präsident mir aufgrund der fehlenden Redezeit den Hahn abdrehet.

(Beifall DIE LINKE, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, mit diesem Landeshaushalt haben alle Beteiligten gezeigt, dass sie Verantwortung übernehmen, Verantwortung für dieses Land übernehmen, und das in ganz besonderen Zeiten, in Zeiten der Corona-Pandemie. Es wurde heute auch schon gesagt: Das ist nicht selbstverständlich nach so einem Jahr, das auch ich als langjähriger Landespolitiker so in dieser Form noch nicht erlebt habe und viele von Ihnen auch nicht. Deswegen ist es angebracht, allen Beteiligten danke zu sagen, die mitberaten, mitgestaltet haben. Insbesondere möchte ich hier der Landtagsverwaltung danken, die uns als Haushalts- und Finanzausschuss in den Gremiensitzungen zur Verfügung stand und natürlich auch in den mitberatenden Ausschüssen. Ich möchte meinen zahlreichen Kollegen danke sagen, den Fachpolitikern, die sich hier bei der Beratung eingebracht haben. Die Referenten der Fraktionen wurden heute schon genannt.

(Beifall DIE LINKE, FDP)

Ich möchte hier insbesondere meinen Referenten Markus Steinmeier herausstreichen, der uns als CDU-Fraktion insbesondere in schwierigen Zeiten unterstützt hat.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, ich denke, das ist wichtig, dass wir auch hier in der Form zusammengearbeitet haben, dass wir den Landeshaushalt auf den Weg gebracht haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der Landeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 setzt Schwerpunkte zugunsten der Kommunen, des ländlichen Raums, der mittelständischen Wirtschaft, der Forschung und Innovation, der Schulen und bei der Förderung der Familien. Er stärkt damit gezielt die für die Zukunft des Freistaats Thüringen ausschlaggebenden Politikfelder und sorgt dann auch mehr für gleichwertige Lebensverhältnisse in unserem Freistaat.

(Abg. Kowalleck)

Die Finanzausweisungen für die Kommunen sind so hoch wie seit sechs Jahren nicht mehr – das ist auch ein Verdienst der CDU.

(Beifall CDU)

Wir haben hier als Kommunalpolitiker, als Landespolitiker ganz eng auch mit den kommunalen Spitzenverbänden über viele Monate gesprochen und gearbeitet und Lösungsvorschläge auf den Tisch gepackt. Wir berücksichtigen damit unter anderem die besonderen und vielfältigen Belastungen durch die Corona-Pandemie und ihre Folgen. An einer insgesamt unzureichenden Finanzausstattung der Kommunen ändert dies natürlich vorläufig auch etwas, aber wir haben weiterhin die Reform des Kommunalen Finanzausgleichs als Ziel und dies müssen wir auch als Landesparlament auf den Weg bringen. Das haben uns auch die kommunalen Spitzenverbände so mit auf den Weg gegeben und wir als CDU-Fraktion sehen das als besonderes Ziel an.

Die kleinstädtisch und ländlich geprägten Regionen profitieren unter anderem vom kommunalen Straßenbau, der Förderung kleiner Gemeinden, kleinerer Krankenhäuser und von zusätzlichen Investitionen in kleine Gemeinden. Der Ausbau des Netzes der Kontaktbereichsbeamten, die Förderung der Heimat- und Sportvereine und zusätzliche Mittel für die Sanierung unserer Dorfkirchen stärken die Sicherheit und eben auch die Lebensqualität vor Ort. Gerade der ländliche Raum spielt dabei eine wichtige Rolle. Dieser darf nach unserer Meinung nicht vergessen werden, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Natürlich liegt unser Augenmerk auch auf der Entwicklung unserer Wirtschaft. Gerade in diesen Pandemiezeiten müssen wir hier mit Förderprogrammen zur Digitalisierung von Mittelstand und Industrie unterstützend helfen. Unterstützung für neue Forschungsinstitutionen verbessern die Wettbewerbsfähigkeit und Integrationskraft der Thüringer Wirtschaft. Der vollwertige Meisterbonus ist ein starkes Signal zur Unterstützung der Selbstständigkeit des Handwerks und der Aufwertung beruflicher Bildung.

(Beifall CDU)

Der Haushalt 2021 stellt Mittel für die umfassendste Schuloffensive seit sechs Jahren zur Verfügung: 900 neue Lehrerstellen, eine bessere Besoldung für Grundschullehrer und ein Zulagensystem für Lehrerstellen in ländlichen Regionen, für Mangelfächer und für Lehrer mit besonderen Aufgaben sind ein entscheidender Beitrag gegen Unterrichtsausfall und Lehrermangel.

(Beifall CDU)

Mit Mitteln für den Schulbau, die Digitalisierung der Klassenzimmer und WLAN-Anschluss werden die pädagogischen Möglichkeiten durchgreifend erweitert. Die Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft wird auf ein sicheres Fundament gestellt. Das war ein steiniger Weg, aber auch mit Unterstützung der CDU-Fraktion ist dies gelungen. Hier auch noch mal einen herzlichen Dank an unsere Bildungspolitiker.

(Beifall CDU)

Thüringen investiert mit dem Haushalt 2021 ebenso in Familien. Der neue Kinderbaulandbonus erleichtert Familien abhängig von der Kinderzahl die Investitionen in die eigenen vier Wände. Mit der Familiencard wird der Besuch in Thüringer Kultur- und Freizeiteinrichtungen für Kinder kostenfrei. Das ist ein Betrag zur Förderung der Familien, der Kulturträger und der Heimatbildung und Heimatbindung.

(Beifall CDU)

(Abg. Kowalleck)

Weiterhin haben wir mehr Geld für die Thüringer Eltern-Kind-Zentren auf den Weg gebracht. Das ist eine Investition in eine ganzheitliche Familienförderung.

Das Sondervermögen Thüringer Corona-Pandemiefonds, das Thüringer Nachtraghaushaltsgesetz 2020 und das Thüringer Haushaltsgesetz 2020 sind auch ein Ausdruck einer Notfallsituation und ihrer konjunkturellen Folgen. Ich habe das eingangs schon gesagt: Gemeinsam haben wir hier Lösungen gesucht und gefunden. Das ist wichtig in dieser Situation für unser Land, für unseren Freistaat Thüringen.

Meine Damen und Herren, angesichts der zurückgehenden Einwohnerzahl des Freistaats Thüringen und des dabei noch einmal schrumpfenden Anteils der erwerbsfähigen Bevölkerung in den kommenden anderthalb Jahrzehnten sind strukturell ausgeglichene Haushalte ein Ziel, das unmittelbar angestrebt werden muss. Die öffentliche Hand kann letztendlich nur ausgeben, was sie einnimmt. Oftmals wird auch gesagt, dass wir Verantwortung für die zukünftigen Generationen haben. Letztendlich wissen wir alle: Das ist so. Wir haben mit unseren Maßnahmen, die wir mit diesem Haushalt auf den Weg bringen auch Zeichen für die kommenden Generationen, für die Familien gesetzt. Wir wollen hier fördern und auch fordern. Letztendlich ist auch Eines klar: Wir bringen heute hier ein Fundament mit diesem Haushalt auf den Weg. Aber wir müssen auch sehen, wie die Entwicklung in diesem Land weiterhin ist. Ich kann auch nach diesem Tag und nach diesen Abstimmungen nur an Sie alle appellieren: Wenn wir hier auseinandergelassen, lassen Sie uns weiter respektvoll miteinander die Zukunft dieses Landes gestalten, lassen Sie uns zusammenarbeiten für dieses Land, für die Menschen in Thüringen. Das ist für mich ein Ziel und eine Kernaufgabe, die wir angehen müssen, denn gerade in den vergangenen Monaten und Wochen haben wir gesehen, dass in diesem Land nicht Hass und Hetze siegen dürfen, sondern die Mitmenschlichkeit.

(Beifall DIE LINKE, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)

In Zeiten der Corona-Pandemie müssen wir zusammenstehen, zusammenarbeiten und dieses Land für die Menschen in Thüringen voranbringen.

Meine Damen und Herren, bleiben Sie gesund, arbeiten Sie zusammen und gehen wir die kommenden Aufgaben auch gemeinsam an! Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, CDU, SPD)

Vizepräsident Worm:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Abgeordneter Olaf Müller das Wort.

Abgeordneter Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen und – sofern noch dabei – liebe Gäste! Herr Kowalleck, an Sie möchte ich gleich anknüpfen: Auch an uns soll es nicht liegen. Wir werden das schon hinkriegen.

(Beifall DIE LINKE)

Die Haushalte, die wir heute hier besprochen haben, stehen alle unter dem Einfluss einer Pandemie, die noch lange nicht ausgestanden ist und mit der wir wohl noch lange zu kämpfen haben werden. Deshalb ist es aus meiner Sicht besonders spannend, welche Lösungen die Fraktionen mit ihren Änderungsanträgen für diese Herausforderung gestellt haben.

(Abg. Müller)

Bei der AfD ist keine Strategie zu erkennen. Das ist nicht neu, denn zur Pandemie fällt der AfD außer Verwirrung zu stiften nichts zur Lösungsfindung ein. Während Alice Weidel feststellte, sie hätte die Bedeutung der Pandemie schon Wochen vor der Bundesregierung erkannt, behauptet der selbsternannte Fraktionsführer Höcke im Sommer, die Pandemie sei vorbei und Corona würde auch nicht wiederkommen. Meine Damen und Herren, selten sind politische Hasardeure so einfach durch die Wirklichkeit entlarvt worden. Es hilft eben nicht, Tatsachen zu leugnen und Probleme nicht sehen zu wollen. Mit Realitätsverweigerung kann man keine Politik machen und kann man auch den Menschen in Thüringen nicht helfen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die AfD ist damit in diese Krise so hilfreich wie ein Sandkasten in der Wüste.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weiterhin kam aus der AfD nur weinerliches Gezeter über den falschen Standort dieses Pultes.

Herr Kießling, die Gastronomie hat sich ausdrücklich für die laufende Hilfe bedankt. Sie ist umfangreicher ausgefallen, als von Ihnen damals gehofft.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Anträge der FDP-Fraktion kennzeichnen sich durch eine radikale, aber in meinen Augen sinnbefreite Sparorgie durch alle Ministerien unter vollkommener Ausblendung der Realitäten. Das Signal lautete wohl an dieser Stelle, dass die FDP in der Krise keine Notwendigkeit einer arbeitsfähigen Regierung sieht. Alles natürlich zum Wohle der Thüringer Bevölkerung, wie die FDP immer wieder betont und dann gleichzeitig aber immer mehr Wirtschaftshilfen fordert – in Verbindung natürlich mit einer schnelleren Bearbeitung durch die Landesbehörden und ohne Kontrollmechanismen gegen den Missbrauch der Hilfsgelder.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Absurd und widersprüchlich, wie ich finde. Das zeigt wiederum auch den fehlenden Respekt der FDP vor den Steuerzahlern, ähnlich wie das Abstimmverhalten im Haushalts- und Finanzausschuss, als Herr Kemmerich und Frau Bergner mehrmals vom Vorsitzenden hingewiesen werden mussten, zumindest doch wenigstens für ihre eigenen Anträge zu stimmen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und Herr Montag, einen habe ich noch für Sie aufgehoben:

(Zwischenruf Abg. Montag, FDP: Da freue ich mich aber!)

Qualität zählt und nicht Quantität.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So ist immerhin einer ihrer 350 Änderungsanträge doch tatsächlich im Haushalts- und Finanzausschuss durchgekommen. Herr Montag, Sie mögen ja glauben, Sie hätten die Weisheit gepachtet. Im Haushaltsausschuss war davon durch Ihre Kolleginnen und Kollegen wirklich wahrlich nichts zu bemerken. Wenn wir auf das Thema Treuhand zurückkommen wollen: Wenn Sie wirklich mit Steuergeldern treuhänderisch umgehen wollten und ihnen tatsächlich auch Wert beimessen mögen, dann sehen Sie sich doch mal in Ihrer eigenen Fraktion um, nach der Person von Frau Bergner, die offensichtlich ihre neue politische Heimat außerhalb der FDP gefunden hat.

(Zwischenruf Abg. Montag, FDP: Nicht ablesen, freie Rede!)

(Abg. Müller)

Seien Sie doch an der Stelle konsequent und lösen Sie Ihre Fraktion ganz auf. Das wäre nicht nur ein politisches Zeichen zum Wohle des Landeshaushalts, sondern würde uns auch effektiv bares Geld sparen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Montag, FDP: Das ist schon ein Niveau!)

Kommen wir nun zu der Fraktion, die sich nicht ausschließlich populistisch mit dem Landeshaushalt beschäftigt hat, sondern die viel Zeit, viel Arbeit und auch viel Nerven in die Umsetzung gesetzt hat. Noch nie hat es eine so differenzierte Auseinandersetzung mit dem Landeshaushalt gegeben wie in diesem Jahr. Das zeigt aber gleichzeitig, dass sich auch die CDU ihrer staatspolitischen Verantwortung gestellt hat, wenn auch – und das muss ich an dieser Stelle noch einmal sagen – mit ein paar Einlassungen, die nicht notwendig gewesen wären. Ich meine explizit die Verknüpfung von Wind im Wald durch die CDU, ich meine die Rückführung des Investitionspakts in den Haushalt und ich meine das Aufbrauchen der Rücklage.

Sehr geehrte Damen und Herren, die CDU hat hier demonstriert, dass sie auch nach der nächsten Wahl nicht damit rechnet, in Regierungsverantwortung zu kommen, denn ihr Ziel scheint es gewesen zu sein, die nächste Landesregierung aus finanzpolitischer Sicht handlungsunfähig dastehen zu lassen. Wir wissen nicht, wann die Krise endet und wie viel Geld wir noch benötigen, um die Unternehmen, die Kommunen und freien Träger in Thüringen zu stützen und somit Arbeitsplätze und Infrastruktur zu erhalten. Deshalb wäre es geboten gewesen, die Rücklage nicht aufzubrechen und Spielräume für später zu erhalten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine lieben Kollegen von der CDU, zum Glück haben wir es mit einem tragfähigen Kompromiss geschafft, die Weichen so zu stellen, dass auch eine zukünftige Landesregierung noch haushaltspolitische Handlungsfähigkeit behalten kann. Für diese Kompromissbereitschaft danke ich Ihnen ausdrücklich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Schwerpunkte dieses Haushalts wurden am heutigen Tage nun mehrfach von den unterschiedlichsten Fraktionen benannt. Ich bin froh, dass wir noch einmal eine solche Schwerpunktsetzung hinbekommen haben, denn an vielen Stellen mussten wir einfach nur auf diese Krise reagieren. Wenn wir uns den Mittelfristen Finanzplan, der mittlerweile allerdings von den Entwicklungen schon wieder überholt ist, ansehen, dann werden wir zukünftig einer schweren Aufgabe gegenüberstehen, um Thüringen auf diesem Level und in diesen hohen Investitionen halten zu können. Der Freistaat ist aus vielerlei Sicht gut gerüstet, aber es liegt nun an uns in der Politik, durch geeignete Maßnahmen niemanden in der Krise zurückzulassen oder abzuhängen. Wir müssen zukünftig noch besser abwägen, mit welchen Maßnahmen wir den Freistaat fördern, und wir müssen von der Gießkanne als geeignetes Instrument für die Verteilung von Finanzmitteln wegkommen. Ich bin jedoch zuversichtlich, dass auch ein zukünftiges Parlament an den richtigen Stellen sachorientiert arbeitet und sich die Populisten, denen es ausschließlich darum geht – und erlauben Sie es mir –, hier rumzupöbeln, in der Minderheit befinden werden. Und in diesem Sinne danke ich Ihnen

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Sie gehen von sich selbst aus!)

und gehe hoffnungsvoll in den Abstimmungsmarathon, ohne mich in den verbleibenden 56 Sekunden ganz ausdrücklich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu bedanken, die konstruktiv wie auch meine Kolleginnen und Kollegen sich an der Erarbeitung der Haushalte beteiligt haben. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marx:

Es gibt noch zwei Redemeldungen aus den Reihen der Abgeordneten. Zunächst erteile ich Herrn Abgeordneten Gröning von der Fraktion der AfD das Wort.

Abgeordneter Gröning, AfD:

Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Abgeordnete, leider wird in diesem Haushalt ein überaus wichtiges Instrument – und ich rede von der Arbeit des Petitionsausschusses – sträflich vernachlässigt. Über die Gründe dafür kann ich nur spekulieren. Es scheint, als ob die Bürgernähe nicht gewollt ist. Jedoch ist die Bürgernähe das zentrale Kriterium für unsere Demokratie und sollte kein Schatten-dasein fristen.

(Beifall AfD)

Aus diesem Grund haben wir die Aufnahme zweier Titel beantragt. In der Aufgabe des Petitionsausschusses liegt begründet, unsere Bürger anzuhören und – wenn es rechtlich geboten ist – Hilfe durch einen Härtefallfonds zu gewährleisten. Daher ist es umso wichtiger, dass alle unsere Bürger hier in Thüringen auf die Arbeit des Petitionsausschusses aufmerksam gemacht werden. Unser erster Antrag zielt genau darauf ab. Wir benötigen dringend ein Konzept, um den Petitionsausschuss in der Öffentlichkeit zu bewerben.

Unser zweiter Antrag dient den Mitgliedern des Petitionsausschusses. Nicht selten ist es der Fall, dass Rechtsunklarheit besteht, wie und ob einem Petenten geholfen werden kann. Deswegen soll ein Titel aufgenommen werden, der für eine unabhängige rechtliche Einschätzung sorgen soll. Gewährleistet werden soll eine unterstützende Willensbildung des Abgeordneten. Nur so können wir im Petitionsausschuss unseren Bürgern wohlwollend zur Seite stehen.

Lassen Sie mich noch kurz etwas zu dem Titel für die Aufwendungen für Abgeordnete sagen. Unsere Bürger sind durch die anhaltende Corona-Situation gezwungen, zu sparen. Auch wir hier als Abgeordnete sollten ein Zeichen setzen und auf die automatische Erhöhung der Zuwendungen verzichten. Auch das haben wir sinnvollerweise in einem Änderungsantrag zum Ausdruck gebracht.

Da diese Punkte im Sinne aller Parteien sein dürften, bitte ich Sie, unseren Änderungsanträgen zum Wohle unserer Bürger hier in Thüringen zuzustimmen.

(Beifall AfD)

Danke schön.

Vizepräsidentin Marx:

Als nächster Redner erhält Herr Abgeordneter Blechschmidt, Fraktion Die Linke, das Wort.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Nein!)

Steht hier auf meinem Zettel. Aber wenn das nicht der Fall ist, dann ist die Redeliste aus den Reihen der Abgeordneten erschöpft. Die Landesregierung wünscht nicht noch einmal das Wort.

Dann kann es mit den Abstimmungen losgehen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Wir kommen zu den Abstimmungen zum Thüringer Nachtragshaushaltsgesetz 2020, zum Thüringer Haushaltsgesetz 2021, zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes und zum Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2020 bis 2024 für den Freistaat Thüringen. Ich sage gleich etwas zu den

(Vizepräsidentin Marx)

Abstimmungsgrundlagen, die ganzen Drucksachen, die jetzt sozusagen hier in die Abstimmung kommen. Es wird am Ende gar nicht so schlimm werden. Ich habe mal durchgezählt. Also wir haben 44 Einzelabstimmungen, davon nach derzeitigem Stand acht namentlich.

(Zwischenruf Abg. König-Preuss, DIE LINKE: Können wir von der AfD ein Paket machen?)

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Wir stimmen alles einzeln ab!)

Da gab es schon längere Abstimmungsläufe. Selbstverständlich werden die Abstimmungen einzeln durchgeführt. Jetzt zunächst die Abstimmungsgrundlagen.

Natürlich ist die allererste Grundlage das Thüringer Haushaltsgesetz 2021 in der Drucksache 7/1498. Zweite Abstimmungsgrundlage ist das Thüringer Nachtragshaushaltsgesetz 2020 in Drucksache 7/1499. Es geht weiter mit dem Zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes in Drucksache 7/1501 – Neufassung – und dem Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2020 bis 2024 für den Freistaat Thüringen in der Drucksache 7/1822. Zu diesen vorgenannten Drucksachen gab es Ergänzungsvorlagen, und zwar a) Ergänzungsvorlage zum Entwurf des Thüringer Haushaltsgesetzes 2021 in der Drucksache 7/2200 und b) Ergänzungsvorlage zum Entwurf des Thüringer Nachtragshaushaltsgesetzes 2020 in der Drucksache 7/2201.

Drittes Kapitel der Abstimmungsgrundlagen: Beschlussempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses zum a) Thüringer Nachtragshaushaltsgesetz 2020 – die finden Sie in der Drucksache 7/2325 –, b) Thüringer Haushaltsgesetz 2021 in der Drucksache 7/2326. Die Beschlussempfehlung zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes hat die Drucksachenummer 7/2327. Schließlich der Mittelfristige Finanzplan für die Jahr 2020 bis 2024 für den Freistaat Thüringen: Hier lautet die Drucksachenummer der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses 7/2328.

Vierter Komplex der Abstimmungsgrundlagen: die Änderungsanträge. Änderungsanträge wurden eingereicht zum Landeshaushaltsplan 2021, jetzt hier noch einmal im Plenum abzustimmen, und zwar a) von der Fraktion der AfD in den Drucksachen 7/2367 – Neufassung –, 7/2368 bis 7/2370, 7/2371 – Neufassung –, 7/2372, 7/2373 – Neufassung, 7/2374 bis 7/2377, 7/2378 – Neufassung –, 7/2379 – Neufassung –, 7/2380, 7/2381, 7/2382 – Neufassung –, 7/2383, 7/2384 und 7/2385 – Neufassung – und 7/2386. Das sind die Änderungsanträge der AfD zum Landeshaushaltsplan 2021.

Es folgen vier Änderungsanträge gemeinsam von den Fraktionen Die Linke, der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, die haben die Drucksachenummern 7/2387 bis 7/2390.

Schließlich gibt es noch einen Änderungsantrag der Fraktionen Die Linke, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 7/2394.

Es folgen als fünfter Komplex Ihrer Abstimmungsgrundlagen die Entschließungsanträge zum Thüringer Haushaltsgesetz 2021: zunächst Antrag der Fraktionen Die Linke, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 7/2344, dann Anträge der Fraktion der FDP in den Drucksachen 7/2391 bis 7/2393, gemeinsamer Antrag der Fraktionen Die Linke, der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen in Drucksache 7/2400.

Der Entschließungsantrag, den es ursprünglich auch noch in Drucksache 7/2343 gab, wurde am 18. Dezember 2020 durch die Einreicher zurückgezogen.

Im nächsten Komplex finden wir Entschließungsanträge zum Thüringer Nachtragshaushaltsgesetz 2020 und zum Thüringer Haushaltsgesetz 2021, das sind also Entschließungsanträge, die beide Haushalte betreffen:

(Vizepräsidentin Marx)

erst mal von der Fraktion der CDU in den Drucksachen 7/2397, 7/2398 – Neufassung – und 7/2399. Die Fraktion der CDU hat am 21. Dezember, also heute mitgeteilt, dass der Entschließungsantrag in der Drucksache 7/2395, den wir auch noch hatten zurückgezogen wird.

Als Nächstes gibt es noch einen weiteren Entschließungsantrag der Fraktionen Die Linke, der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 7/2396 – Neufassung.

Jetzt gibt es noch einen Änderungsantrag zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes der Fraktion der AfD, das ist die Drucksache 7/2357. Das waren jetzt die Abstimmungsgrundlagen.

Jetzt zum Fahrplan der Abstimmungen: Es wird zuerst über das Thüringer Nachtragshaushaltsgesetz 2020 einschließlich Nachtrag zum Landeshaushaltsplan, dann über das Thüringer Haushaltsgesetz 2021 einschließlich Landeshaushaltsplan und dann über das Zweite Gesetz zur Änderung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes wie folgt abgestimmt: erst natürlich die jeweiligen Änderungsanträge, dann die Beschlussempfehlung im Ganzen, gegebenenfalls unter Berücksichtigung der angenommenen Änderungsanträge und sodann über den Gesetzentwurf gegebenenfalls unter Berücksichtigung der angenommenen und gegebenenfalls geänderten Beschlussempfehlung und danach gibt es die Schlussabstimmung.

Gegenstand der Abstimmungen zum Nachtrag zum Landeshaushaltsplan 2020 und zum Landeshaushaltsplan 2021 sind auch die Deckungsvorschläge, die gegebenenfalls in den jeweiligen Antragsbegründungen, Änderungsanträgen genannt sind. Soweit der Antrag abgelehnt wird, haben sich auch die entsprechenden Deckungsvorschläge erledigt.

Die Abstimmungsreihenfolge der Änderungsanträge ergibt sich grundsätzlich aus der haushaltssystematischen Stellung des ersten zur Änderung benannten Ansatzes bezogen auf die in der Überschrift des Antrags genannte Intention des Antrags. Also einfacher gesagt, wir stimmen jetzt nicht nach Parteienpaketen ab, sondern in der Reihenfolge der Haushaltstitel über die Änderungsanträge.

Soweit Änderungsanträge in den Ansätzen auf den Entwurf des Nachtrags zum Landeshaushaltsplan 2020 bzw. des Landeshaushaltsplan 2021 bzw. der entsprechenden Ergänzungsvorlagen und nicht auf die Ansätze der Beschlussempfehlung Bezug nehmen, stimmen wir nur über die neuen Ausgaben- bzw. Einnahmenseiten ab.

Über die Entschließungsanträge wird nach der bisherigen Praxis gemäß § 65 Abs. 2 und § 67 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung nach der Schlussabstimmung in der jeweils zweiten Beratung abgestimmt. Im Falle der Entschließungsanträge, die sowohl zum Thüringer Nachtragshaushaltsgesetz 2020 als auch zum Thüringer Haushaltsgesetz 2021 eingereicht wurden, wird nach der Abstimmung über die Entschließungsanträge zum Thüringer Haushaltsgesetz 2021 abgestimmt.

Im Anschluss wird über den Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2020 bis 2024 für den Freistaat Thüringen abgestimmt. Abgestimmt wird hier nur über die Beschlussempfehlung; da gibt es keine Änderungswünsche. Das war jetzt das ganze Paket und jetzt kommen wir zu den Einzelabstimmungen.

Es geht los mit der Abstimmung zum Thüringer Nachtragshaushaltsgesetz 2020. Es wird direkt über den Gesetzentwurf unter Berücksichtigung der Ergänzungsvorlage abgestimmt, da die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses die Annahme des Gesetzentwurfs unter Berücksichtigung der Ergänzungsvorlage empfiehlt.

(Vizepräsidentin Marx)

Wir stimmen also jetzt ab, Abstimmung in zweiter Beratung über den Entwurf des Thüringer Nachtragshaushaltsgesetzes 2020 einschließlich Nachtrag zum Landeshaushaltsplan – Drucksache 7/1499 – unter Berücksichtigung der Ergänzungsvorlage – Drucksache 7/2201 –. Wer diesem in zweiter Beratung, als diesem Nachtragshaushalt und den Ergänzungen, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Stimmen aus den Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU. Gibt es Gegenstimmen? Das sind die Stimmen aus der FDP-Fraktion und der AfD-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? Die gibt es nicht. Dann ist dieses Nachtragshaushaltsgesetz in zweiter Beratung mehrheitlich angenommen.

Wir kommen bei diesem Nachtragshaushaltsgesetz bereits zur Schlussabstimmung. Wer diesem Thüringer Nachtragshaushaltsgesetz, wie eben vorgetragen, auch in der Schlussabstimmung seine Zustimmung geben möchte, bitte ich aufzustehen. Das sind wiederum die Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU. Wer stimmt gegen das Nachtragshaushaltsgesetz? Das sind die Abgeordneten der FDP-Fraktion und der AfD-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? Die gibt es nicht. Dann ist das erste Päckchen jetzt schon mal fertig, der Nachtragshaushaltsplan; das Nachtragshaushaltsgesetz 2020 ist damit auch in der Schlussabstimmung mehrheitlich angenommen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir kommen dann zur Abstimmung zum Thüringer Haushaltsgesetz 2021 und jetzt folgt zunächst die Abstimmung über die Änderungsanträge zu den Einzelplänen in der Reihenfolge, wie gesagt, der Haushaltstitel. Das sind insgesamt 25 Änderungsanträge, bei sieben davon ist namentliche Abstimmung beantragt. Wir gehen einfach der Reihe nach entsprechend den Haushaltstiteln vor.

Der erste Antrag, über den wir offen abstimmen, ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD in der Drucksache 7/2367 in der neuen Fassung, der betrifft das Kapitel 01 01 Titel 526 02 neu. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Stimmen aus der AfD-Fraktion. Wer stimmt gegen diesen Änderungsantrag? Das sind die Stimmen der restlichen Fraktionen des Hauses. Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Der zweite Antrag ist ein gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen Die Linke, der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 7/2387. Der betrifft Kapitel 01 07 Titel 671 01. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU. Wer stimmt gegen diesen Änderungsantrag? Das sind die Stimmen aus der FDP-Fraktion. Wer enthält sich der Stimme? Das sind die Abgeordneten der AfD. Damit ist auch dieser Änderungsantrag mehrheitlich angenommen.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD in der Drucksache 7/2368, der beginnt mit Kapitel 02 01 Titel 682 75. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Mitglieder der AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Das sind die Mitglieder der Koalitionsfraktionen, der FDP-Fraktion und der CDU-Fraktion. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen dann zu einem gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen Die Linke, der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu Kapitel 03 14 Titel 422 01 in der Drucksache 7/2388. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? Das sind die Koalitionsfraktionen und die CDU-Fraktion. Wer stimmt gegen diesen Änderungsantrag? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? Das sind die Mitglieder von FDP- und AfD-Fraktion. Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich angenommen.

(Vizepräsidentin Marx)

Wir kommen jetzt zur ersten namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD in der Drucksache 7/2369, und zwar betrifft dieser Änderungsantrag Kapitel 03 14 Titel 514 02.

Bevor ich die Schriftführer bitte, mit den Urnen sich an die Seiten zu begeben, um in bewährter Weise abzustimmen, muss ich einen Hinweis geben: Es gab in einer der letzten Abstimmungen einen Farbfehler bei den Abstimmungskarten. Da war mal eine Karte nicht dunkelrot, sondern nur orange. Deswegen bitte ich Sie jetzt, bevor Sie abstimmen und Ihrem Stimmergebnis Gewicht verschaffen, dass Sie bitte nicht nur darauf gucken, welche Karte Sie einwerfen, welche Farbe die hat, sondern auch was draufsteht. Also wenn Sie mit Nein stimmen wollen bei grün ist klar, ist Ja. Aber gucken Sie bitte, ob auch wirklich Ja hinten draufsteht. Nein ist normalerweise rot und Enthaltungen wäre orange. Es konnten jetzt nicht die vielen Päckchen, die hier im Vorfeld verteilt wurden, einzeln kontrolliert werden. Also bitte achten Sie nicht nur auf die Farbe, sondern auch auf das, was auf der Abstimmungskarte steht. Damit eröffne ich die Abstimmung über den genannten Änderungsantrag der AfD. – Hatten alle Abgeordneten die Gelegenheit zur Stimmabgabe? Das scheint der Fall gewesen zu sein. Dann bitte ich um Auszählung. – Ich kann das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt geben: anwesende Abgeordnete zu Sitzungsbeginn waren 86, es wurden 82 Stimmen abgegeben. Mit Ja haben 18 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 44, Enthaltungen 20 (**namentliche Abstimmung siehe Anlage ...**). Damit ist der Änderungsantrag in der Drucksache 7/2369 mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen dann zum nächsten Änderungsantrag. Das ist wiederum ein Antrag der AfD in Drucksache 7/2370. Der betrifft den Haushaltstitel beginnend mit Kapitel 03 18 Titel 633 03. Auch hier hat die AfD-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt. Ich bitte deswegen erneut die Schriftführer, mit den Urnen an die Seite zu treten, und zwar möglichst bitte an die Tische, damit die Kolleginnen und Kollegen ihre Stimme mit dem gebührenden Abstand und ohne Pulkbildung abgeben können. – Hatten alle Kolleginnen und Kollegen Gelegenheit, ihre Stimme abzugeben? Das scheint der Fall zu sein. Dann bitte ich um Auszählung. – Ich kann das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt geben: Es wurden 81 Stimmen abgegeben, Ja stimmen 18, Neinstimmen 63 (**namentliche Abstimmung siehe Anlage ...**). Damit ist der Änderungsantrag in der Drucksache 7/2370 mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen dann zur siebenten Abstimmung, zum siebenten Änderungsantrag. Das ist wiederum ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD in der Drucksache 7/2371 – Neufassung – und betrifft das Kapitel 04 03 Titel 422 01. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Abgeordneten der AfD-Fraktion. Wer stimmt gegen diesen Antrag? Das sind die übrigen Fraktionen des Hauses. Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag Nummer 8 hat die Drucksachennummer 7/2372 und betrifft das Kapitel 04 31 Titel 547 84. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Abgeordneten der AfD-Fraktion. Wer stimmt gegen diesen Änderungsantrag? Das sind die übrigen Fraktionen des Hauses. Damit ist dieser Änderungsantrag mit Mehrheit abgelehnt.

Der neunte Änderungsantrag ist ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD in der Drucksache 7/2373 – Neufassung – und betrifft das Kapitel 05 02 Titel 633 72. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der AfD-Fraktion. Wer stimmt gegen diesen Änderungsantrag? Das sind die Stimmen aller anderen Fraktionen des Hauses. Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen dann zum zehnten Änderungsantrag, Änderungsantrag der Fraktion der AfD in der Drucksache 7/2374 zu Kapitel 05 02 Titel 636 72. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Mitglieder der AfD-Fraktion. Wer stimmt gegen diesen Antrag? Das sind die

(Vizepräsidentin Marx)

übrigen Mitglieder des Hauses. Gibt es Enthaltungen? Sehe ich nicht. Damit ist auch dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Antrag Nummer 11, Änderungsantrag der Fraktion der AfD in der Drucksache 7/2375, betrifft das Kapitel 07 69 Titel 099 61. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? Das sind die Mitglieder der AfD-Fraktion. Wer stimmt gegen diesen Antrag? Das sind die Mitglieder der übrigen Fraktionen des Hauses. Gibt es Stimmenthaltungen? Sehe ich nicht. Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen jetzt mit der Ziffer 12 zur Abstimmung über einen Änderungsantrag der Fraktionen Die Linke, der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 7/2389, der betrifft das Haushaltskapitel 08 08 Titel 428 01. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Koalitionsfraktionen und die Mitglieder der CDU-Fraktion. Gibt es Gegenstimmen? Das sind die Mitglieder der AfD-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? Das sind die Mitglieder der FDP-Fraktion. Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich angenommen.

(Beifall DIE LINKE)

Ziffer 13 ist ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD in der Drucksache 7/2376, er betrifft das Kapitel 08 10 Titel 633 02. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? Die Mitglieder der AfD-Fraktion. Wer stimmt gegen diesen Änderungsantrag? Das sind die übrigen Fraktionen des Hauses. Gibt es Stimmenthaltungen? Die gibt es nicht. Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag Nummer 14 der Fraktion der AfD in der Drucksache 7/2377, der betrifft das Kapitel 08 24 Titel 684 80. Hier war namentliche Abstimmung beantragt. Dementsprechend bitte ich die Schriftführer, erneut mit den Urnen an den Ecken des Saales Platz zu nehmen, und die Kolleginnen und Kollegen, ihre Stimmen abzugeben. – Konnten alle Kolleginnen und Kollegen ihre Stimme abgeben? Das scheint der Fall zu sein. Dann bitte ich um Auszählung. Möchte noch jemand seine Stimme abgeben? Ja. Jetzt kann ich aber die Abstimmung schließen und bitte um Auszählung. – Ich kann das Ergebnis bekannt geben: Es wurden 82 Stimmen abgegeben, Jastimmen 18, Neinstimmen 64 (**namentliche Abstimmung siehe Anlage ...**). Damit ist der Änderungsantrag in der Drucksache 7/2377 mit Mehrheit abgelehnt.

Den nächsten Antrag können wir wieder offen abstimmen. Das ist ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD in der Drucksache 7/2378 – Neufassung –. Der betrifft das Kapitel 08 29 und den Titel 685 02. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Mitglieder der AfD-Fraktion. Wer stimmt gegen diesen Änderungsantrag? Das sind die übrigen Fraktionen des Hauses. Gibt es Stimmenthaltungen? Die sehe ich nicht. Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Über den nächsten Antrag stimmen wir wieder namentlich ab. Das ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD in der Drucksache 7/2379 – Neufassung – und der betrifft das Kapitel 08 29, hier den Titel 686 71. Ich bitte die Schriftführer erneut, sich mit den Urnen bereitzustellen. – Ich gehe davon aus, dass jeder Gelegenheit hatte, seine Stimme abzugeben. Dann bitte ich um Auszählung. – Ich kann das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt geben: Es wurden abgegeben 82 Stimmen, Jastimmen 18, Neinstimmen 64 (**namentliche Abstimmung siehe Anlage ...**). Damit ist der Änderungsantrag in der Drucksache 7/2379 – Neufassung – mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum nächsten Änderungsantrag, in der Liste ist es die Nummer 17, ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD in der Drucksache 7/2380. Er betrifft Kapitel 08 29 Titel 633 73. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Kolleginnen und Kollegen aus der

(Vizepräsidentin Marx)

AfD-Fraktion. Wer stimmt gegen diesen Antrag? Das sind die Kolleginnen und Kollegen der restlichen Fraktionen des Hauses. Gibt es Stimmenthaltungen? Die gibt es nicht. Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen in der Ziffer 18 zum weiteren Änderungsantrag der Fraktion der AfD in der Drucksache 7/2381. Der betrifft Kapitel 09 05 Titel 894 01. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Mitglieder der AfD-Fraktion. Wer stimmt gegen diesen Antrag? Das sind die Mitglieder der Koalitionsfraktionen, der FDP- und der CDU-Fraktion. Damit ist auch dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zu Nummer 19 auf der Liste, Änderungsantrag der Fraktion der AfD in der Drucksache 7/2382 – Neufassung –. Der betrifft das Kapitel 09 06 Titel 526 80. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? Die Mitglieder der AfD-Fraktion. Wer stimmt gegen diesen Änderungsantrag? Die Mitglieder der Koalitionsfraktion, der FDP- und der CDU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? Gibt es keine. Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu einem gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen Die Linke, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 7/2394 zum Kapitel 10 02 Titel 682 75. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktionen der CDU und der AfD. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich? Die FDP-Fraktion. Damit ist dieser Änderungsantrag mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen jetzt in der Liste bei Nummer 21 erneut zu einem Änderungsantrag der Fraktion der AfD in Drucksache 7/2383. Der betrifft Kapitel 10 11 Titel 681 73. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt gegen diesen Antrag? Das sind die Mitglieder der anderen Fraktionen des Hauses. Gibt es Stimmenthaltungen? Gibt es keine. Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu drei namentlichen Abstimmungen hintereinander. Es geht los mit dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD in der Drucksache 7/2384. Der betrifft Kapitel 17 16 Titel 633 06. Ich bitte die Schriftführer, ihren Platz einzunehmen und die Stimmkarten einzusammeln. – Hatten alle Kolleginnen und Kollegen Gelegenheit zur Stimmabgabe? Das ist der Fall. Dann bitte ich um Auszählung. – Das Ergebnis: Abgegeben wurden 82 Stimmen. Mit Ja haben 18 Kolleginnen und Kollegen, mit Nein 64 gestimmt, Enthaltungen gab es keine (**namentliche Abstimmung siehe Anlage ...**). Damit ist der Änderungsantrag in der Drucksache 7/2384 mit Mehrheit abgelehnt.

Die nächste namentliche Abstimmung betrifft den Änderungsantrag der Fraktion der AfD in der Drucksache 7/2385 – Neufassung – und die betrifft Kapitel 18 03 und hier Titel 712 32. Ich bitte die Schriftführer erneut, ihre Position einzunehmen. – Kann ich die Abstimmung schließen? Das ist der Fall, dann bitte ich um Auszählung. – Ich kann das Ergebnis bekannt geben: Es wurden 82 Stimmen abgegeben. Mit Ja haben gestimmt 18, mit Nein 64 (**namentliche Abstimmung siehe Anlage ...**). Damit ist der Änderungsantrag in der Drucksache 7/2385 – Neufassung – mit Mehrheit abgelehnt.

Ich muss dann doch noch einmal für eine Lüftungspause unterbrechen. Aber danach dauert es auch nicht mehr allzu lange, aber doch so lange, dass wir jetzt noch mal lüften sollten. Wir treffen uns gleich wieder um 20.06 Uhr. Das ist dann auch wieder eine namentliche Abstimmung, also gehen Sie nicht zu weit weg.

Ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen. Wir fahren fort in den Abstimmungen. Wir sind jetzt bei Nummer 24 auf der Liste der Änderungsanträge zum Haushaltsplan 2020 angekommen. Das ist ein Änderungsantrag

(Vizepräsidentin Marx)

der Fraktion der AfD in der Drucksache 7/2386. Dieser Änderungsantrag beginnt mit Kapitel 18 03 Titel 712 34 neu. Auch hier ist namentliche Abstimmung beantragt und ich bitte die Schriftführer um Aufstellung mit den Urnen. – Hatte jeder und jede Gelegenheit zur Abstimmung? Das ist der Fall. Dann bitte ich um Auszählung.

Ich darf das Ergebnis bekanntgeben. Es wurden 81 Stimmen abgegeben, 18 Jastimmen, 62 Neinstimmen und 1 Stimmenthaltung. Damit ist der Änderungsantrag in der Drucksache 7/2386 mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum letzten Änderungsantrag zum Haushaltsplan 2021, und zwar ist dies ein gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktion Die Linke, der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 7/2390, betrifft Kapitel 18 25 Titel 711 19 neu. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Koalitionsfraktionen, die FDP-Fraktion und die CDU-Fraktion. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? Das sind die Mitglieder der AfD-Fraktion. Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich angenommen.

Damit sind wir schon durch mit den Änderungsanträgen und kommen zur Abstimmung zum Gesetz selbst. Wir stimmen zunächst ab über die Beschlussempfehlung zum Thüringer Haushaltsgesetz 2021 in der Drucksache 7/2326 im Ganzen unter Berücksichtigung der Ergänzungsvorlage Drucksache 7/2200 und unter Berücksichtigung der eben beschlossenen Änderungen zu den Einzelplänen. Wer dieser Beschlussempfehlung mit den vorgetragenen Ergänzungen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Stimmen von den Linken, Bündnis 90/Die Grünen, SPD- und CDU-Fraktion. Wer stimmt gegen diese Beschlussempfehlung? Das sind die Stimmen der FDP-Fraktion und der AfD-Fraktion. Damit ist das Haushaltsgesetz mehrheitlich so angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung in zweiter Beratung über den Entwurf des Thüringer Haushaltsgesetzes 2021 einschließlich Landeshaushaltsplan in Drucksache 7/1498 unter Berücksichtigung der Ergänzungsvorlage und unter Berücksichtigung der angenommenen und geänderten Beschlussempfehlungen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind erneut die Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU. Wer ist gegen das Haushaltsgesetz? Das sind die Stimmen der FDP-Fraktion und der AfD-Fraktion. Damit ist in zweiter Beratung das Thüringer Haushaltsgesetz angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer in der Schlussabstimmung dem Haushaltsgesetz 2021 die Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. Das sind die Stimmen aus der Fraktion Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU-Fraktion. Wer stimmt gegen dieses Gesetz? Das sind die Abgeordneten von FDP und AfD und damit können wir feststellen, dass das Haushaltsgesetz 2021 angenommen ist.

(Beifall DIE LINKE, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht noch etwas weiter. Ich muss zunächst jetzt noch einmal kurz auf den Nachtragshaushalt zurückkommen. Da war nämlich in der Beschlussempfehlung nicht nur enthalten, dass dem Nachtragshaushalt und der Ergänzungsvorlage so unverändert zugestimmt wird, sondern es gab auch noch eine Ermächtigung, Folgeänderung vorzunehmen und Unstimmigkeiten zu beseitigen, sowohl einmal für die Finanzministerin und auch für die Präsidentin des Landtags in den Ziffern II und III der Beschlussvorlage und darüber müssen wir jetzt noch mal zusätzlich separat abstimmen. Ich glaube, ich muss Ihnen das jetzt nicht noch mal einzeln vorlesen. Oder wünscht das jemand? Nein, das sehe ich nicht. Dann lasse ich darüber noch einmal abstimmen. Das sind in der Drucksache 7/2325 – das ist die Beschlussempfehlung zum Nachtragshaushaltsgesetz – die Ziffern II und III. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen? Das sind die Koalitions-

(Vizepräsidentin Marx)

fraktionen und die CDU-Fraktion. Wer stimmt gegen diese Ermächtigung? Das ist niemand. Wer enthält sich der Stimme? Das sind die Stimmen aus FDP- und AfD-Fraktion. Damit ist dieser Teil der Beschlussempfehlung jetzt auch Bestandteil der Beschlussfassung zum Nachtragshaushalt.

Jetzt kommen wir zu den Entschließungsanträgen, zunächst zu den Entschließungsanträgen, die ausschließlich das Haushaltsgesetz 2021 betreffen. Zunächst kommt zur Abstimmung der Entschließungsantrag der Fraktionen Die Linke, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 7/2344. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? Das sind AfD und FDP. Wer enthält sich der Stimme? Das sind die Mitglieder der CDU-Fraktion. Damit ist dieser Entschließungsantrag mehrheitlich angenommen.

Als Nächstes kommt der Entschließungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 7/2391 zur Abstimmung. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Mitglieder der FDP-Fraktion. Wer stimmt gegen diesen Entschließungsantrag? Das sind die Koalitionsfraktionen und die CDU-Fraktion. Wer enthält sich der Stimme? Das ist die AfD-Fraktion. Damit ist dieser Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen jetzt namentlich zu einer Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 7/2392. Ich bitte die Schriftführer, Aufstellung zu nehmen. – Sind alle Stimmen abgegeben? Dann bitte ich um Auszählung. Und die Vizepräsidentin Marx rügt die Abgeordnete Marx, weil ich eben dem Schriftführer ohne Maske hinterhergelaufen bin. Ich bitte um Entschuldigung. – Ich kann das Ergebnis bekannt geben. Es wurden 81 Stimmen abgegeben. Mit Ja haben gestimmt 5, Neinstimmen 58, Enthaltungen 18 (**namentliche Abstimmung siehe Anlage...**). Damit ist der Entschließungsantrag in der Drucksache 7/2392 mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen dann zu einem weiteren Entschließungsantrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 7/2393. Wer diesem Entschließungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Kolleginnen und Kollegen aus der FDP-Fraktion. Wer stimmt gegen diesen Entschließungsantrag? Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion der CDU. Wer enthält sich der Stimme? Stimmenthaltung gibt es nicht und eine Fraktion hat sich dann an der Abstimmung nicht beteiligt – oder wie sehe ich das. Sie haben mit Ja gestimmt? Dann habe ich das übersehen. Entschuldigung. Also bei den Jastimmen FDP und AfD und Gegenstimmen waren aus den Koalitionsfraktionen und CDU-Fraktion. Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum gemeinsamen Entschließungsantrag der Fraktionen Die Linke, der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 7/2400. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU und AfD. Wer stimmt gegen diesen Entschließungsantrag? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? Die FDP-Fraktion. Damit ist dieser Entschließungsantrag mehrheitlich angenommen.

Wir kommen jetzt zu den Entschließungsanträgen, die sowohl das Thüringer Nachtragshaushaltsgesetz 2020 als auch das Thüringer Haushaltsgesetz 2021 gleichermaßen betreffen. Da ist ein Antrag zurückgezogen worden. Deswegen stimmen wir jetzt ab über einen gemeinsamen Entschließungsantrag der Fraktionen Die Linke, der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 7/2396 – Neufassung –. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind alle Fraktionen des Hauses. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Stimmenthaltungen? Dann ist das ein einstimmiger Annahmebeschluss und dieser Entschließungsantrag ist damit Teil des Pakets.

(Vizepräsidentin Marx)

Wir kommen als Nächstes zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 7/2397. Wer möchte diesem Entschließungsantrag zustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind alle Fraktionen des Hauses. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen? Damit ist dieser Entschließungsantrag einstimmig angenommen.

Die nächste Abstimmung betrifft wiederum einen Entschließungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 7/2398 – Neufassung –. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind wiederum alle Fraktionen des Hauses. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Enthaltungen? Dann ist auch dieser Entschließungsantrag einstimmig angenommen.

Der letzte Entschließungsantrag ist erneut ein Entschließungsantrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 7/2399. Da gibt es eine Wortmeldung. Bitte, Herr Bühl.

Abgeordneter Bühl, CDU:

Ich würde für unsere Fraktion die Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss beantragen.

Vizepräsidentin Marx:

Es ist Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss beantragt. Das ist möglich, Entschließungsanträge zu überweisen. Wer möchte dieser Überweisung folgen, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind wiederum alle Fraktionen des Hauses. Gibt es Gegenstimmen? Gibt es Stimmenthaltungen? Damit ist das einstimmig so beschlossen, also die Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss.

Wir nähern uns jetzt hier auf der Zielgerade dem Ende und kommen zur Abstimmung zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes. Da haben wir zunächst abzustimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD in der Drucksache 7/2357. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt gegen diesen Änderungsantrag? Das sind die Koalitionsfraktionen und CDU-Fraktion und auch die FDP-Fraktion. Damit ist dieser Änderungsantrag mit Mehrheit abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes in der Drucksache 7/2327 im Ganzen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Koalitionsfraktionen und die CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Das ist die FDP- und die AfD-Fraktion. Damit ist der Beschlussempfehlung mehrheitlich gefolgt.

Wir kommen zur Abstimmung in zweiter Beratung über den Entwurf des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes in der Drucksache 7/1501 – Neufassung – unter Berücksichtigung der angenommenen Beschlussempfehlung. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Koalitionsfraktionen und die CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? Das sind die Fraktionen von FDP und AfD. Stimmenthaltungen? Gibt es nicht. Damit ist dieses Gesetz in zweiter Beratung angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetz in der Schlussabstimmung zustimmen möchte, den bitte ich, sich von den Plätzen zu erheben. Das sind die Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU. Wer stimmt dagegen? Das sind die Fraktionen von FDP und AfD. Gibt es Stimmenthaltungen? Die gibt es nicht. Damit ist auch dieses Gesetz in der Schlussabstimmung angenommen.

Wir kommen schon zur letzten Abstimmung, und zwar ist dies die Beschlussempfehlung zum Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2020 bis 2024 für den Freistaat Thüringen in der Drucksache 7/2328. Wer dieser

(Vizepräsidentin Marx)

Beschlussfassung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU. Wer stimmt dagegen? Das ist die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? Das ist die FDP-Fraktion. Damit ist auch diese Beschlussempfehlung mehrheitlich angenommen.

Wir sind am Ende unserer Haushaltsabstimmung. Vielen Dank für das konzentrierte Mitmachen. Ich kann diesen Tagesordnungspunkt schließen.

(Beifall DIE LINKE, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit endet auch die heutige Sitzung und ich weise darauf hin, dass die nächsten planmäßigen Plenarsitzungen am 3., 4. und 5. Februar 2021 stattfinden werden.

Ich wünsche Ihnen allen, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung, der Medien, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom Service, allen, die uns hier noch am Livestream zusehen, ein ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Start ins neue Jahr 2021. Besonders wünsche ich natürlich Ihnen und uns allen und allen, die uns hier noch zuschauen: Bleiben Sie gesund, geben Sie acht auf sich selbst und Ihre Mitmenschen, dann wird was draus! Einen schönen guten Abend!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ende: 20.34 Uhr